Die Neue Ära und der Nationalverein

Ein Beitrag zur Geschichte Preußens
und der Einheitsbewegung

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität
zu Marburg

vorgelegt von

Walter Grube
aus Stuttgart

Marburg 1933

Universitätsverlag von Robert Noske in Borna-Leipzig

Als Dissertation angenommen am 21. Februar 1931

Berichterstatter: Professor Dr. Mommsen

Tag der mündlichen Prüfung: 4. März 1931

Gedruckt mit Genehmigung der Fakultät

Meinen Eltern

Vorwort.

Die deutsche Politik der vorbismarckschen Regierungsjahre Wilhelms I., die Stellung der „Neuen Ära" zum Deutschen Bund, zur Bundesreform, zu Österreich und zu den Mittelstaaten hat eine moderne zusammenfassende Untersuchung noch nicht gefunden. Die folgende Arbeit will aus der deutschen Politik der Neuen Ära ein Teilproblem herausgreifen; sie setzt es sich zum Ziel, die Anschauungen der preußischen Regierung über die wiedererwachende nationale Bewegung zu untersuchen und die aus diesen Anschauungen erwachsende taktische Haltung darzustellen. Trotz dieser Begrenzung, die durch die Reichhaltigkeit des in neueren Publikationen erschlossenen Materials und durch die Fülle der Einzelprobleme — wie etwa die Haltung zur schleswig-holsteinischen oder zur kurhessischen Frage, zur Reform der Bundeskriegsverfassung u. a. m. — geboten ist, kann die Untersuchung selbstredend nicht vorübergehen an dem prinzipiellen Standpunkt Preußens zum Problem der Bundesreform. Denn auch wenn die deutschen Bevölkerungen ihrer Unzufriedenheit mit der bestehenden Gestaltung Deutschlands weniger starken Ausdruck gegeben hätten, wäre an die Regierung Preußens die Frage herangetreten, ob sie sich mit der Verfassung des Deutschen Bundes, die — zumal seit 1851 — die realen Machtverhältnisse zuungunsten Preußens ignorierte, auf die Dauer abfinden sollte, oder ob sie sich durch eine Umgestaltung der staatlichen Gliederung Deutschlands den zur erfolgreichen Behauptung ihrer europäischen Großmachtstellung notwendigen Kräftezuwachs verschaffen sollte. So ist Preußens Stellung zum deutschen Einheits p r o b l e m der größere Zusammenhang, von dem aus Preußens Stellung zur Einheits b e w e g u n g erst recht verständlich wird. Freilich bedingte die Haltung des preußischen Ministeriums zu jenem nicht ohne weiteres eine bestimmte, eindeutige Haltung zu dieser. Die Berliner Regierung konnte die Lösung der deutschen Frage für nötig halten, ohne gleichzeitig — sei es aus prinzipiellen Motiven, sei es aus taktischen innerpolitischen Erwägungen — die willig angebotene Unterstützung der populären Kräfte in Anspruch zu nehmen, sie konnte diese Lösung aber auch im Bunde mit der Bewegung durchführen. Verwarf sie die Bundes-

reform an sich, so war damit eine Ablehnung auch der Bundesreformbewegung von vornherein gegeben.

Es würde die Grenzen des zu behandelnden Teilproblems überschreiten, wollte man den Einfluß der liberalen und nationalen Ideen auf das politische Denken der preußischen Staatsmänner oder auf die Bildung ihres Nationalgefühls im allgemeinen aufzeigen. Der Versuch, die Stellung der Neuen Ära zum Nationalverein aus der geistigen Eigenart ihrer Träger abzuleiten, ein Versuch, der sich etwa Meineckes „Radowitz und die deutsche Revolution" zum Vorbild zu nehmen hätte, müßte zudem an der Spärlichkeit des derzeit vorliegenden biographischen Materials scheitern. Neben gelegentlichen Ausblicken auf die ideengeschichtlichen Hintergründe und neben der notwendigen Skizzierung der Bundespolitik muß sich die Untersuchung daher auf die Darstellung der auf gewissen grundsätzlichen und realpolitischen Erwägungen beruhenden praktisch-politischen Stellung Preußens zur Einheitsbewegung und insbesondere zum Nationalverein beschränken. Auch in dieser engen Begrenzung wird es möglich sein, Bausteine zu liefern nicht nur zur Geschichte Preußens, sondern auch der Einheitsbewegung, deren Wirksamkeit von dieser Stellung entscheidend beeinflußt wurde. Die Stellung Österreichs und der deutschen Mittelstaaten wird dabei dann zu streifen sein, wenn sie Ursache oder Wirkung der preußischen Haltung gewesen ist und wenn im Kontrast zu ihr die Berliner Politik besonders plastisch hervortritt.

Die zeitliche Begrenzung der Arbeit begründet sich darin, daß gerade in den ersten Regierungsjahren des Prinzregenten Preußen durch ein liberal gefärbtes Regiment mehr als je für die treibenden Ideen des Zeitalters und die nationalen Regungen in der Bevölkerung, die einem feudalen Kabinett als schlechthin revolutionär gelten mußten, aufnahmefähig war. Auf der anderen Seite erhielt gerade während der Neuen Ära mit dem Nationalverein jene Richtung der nationalen Bewegung Auftrieb und dominierenden Einfluß, die die Einigung Deutschlands durch Preußen erstrebte. Die Voraussetzungen für ein Zusammenwirken von Preußen und Einheitsbewegung waren also günstiger als jemals vorher oder nachher. —

Neben den gedruckten Quellen und der Literatur konnte für die Untersuchung folgendes ungedruckte Material benutzt werden: Akten des Preußischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten und der Preußischen Bundestagsgesandtschaft, ein Brief aus dem Nachlaß Max Dunckers (Preuß. Geh. Staatsarchiv), der Nachlaß des Ministers Rudolf von Auerswald (Pr.St.A. Königsberg), die Berichte der kurhessischen und der württembergischen Gesandtschaft in Berlin (Pr.St.A. Marburg und W.St.A. Stuttgart), sowie einige Aktenstücke des württem-

bergischen Innenministeriums (W.St.A. Ludwigsburg) und der württembergischen Gesandtschaft in Wien (W.St.A. Stuttgart) [1]). Den Beamten dieser Archive habe ich für ihre stets liebenswürdige Unterstützung zu danken. Für bereitwillig erteilte Auskünfte bin ich ferner zu Dank verpflichtet dem Preußischen Staatsministerium, dem Preußischen Innenministerium, dem Archiv des Auswärtigen Amts, dem Reichsarchiv, dem Pr.St.A. Stettin, Herrn Staatsarchivrat Dr. Schultze, Herrn Bibliotheksrat Dr. Heyderhoff, Herrn Dr. Reinhold Müller-Berlin und Herrn Dr. Arno Dorn-Halle.

Mein besonderer Dank gebührt Herrn Professor Dr. Wilhelm Mommsen, der die Arbeit angeregt und ihr Entstehen durch seinen Rat gefördert hat.

---

[1]) Ein Verzeichnis der benutzten Aktenkonvolute befindet sich am Schluß der Arbeit.

Inhalt.

Seite

Einleitung.
Preußens Stellung zur Einheitsbewegung bis zum Ausgang Friedrich Wilhelms IV. 1
Einsetzung der Regentschaft und Berufung des Ministeriums der Neuen Ära 4
Kapitel I. Das Berliner Kabinett und die öffentliche Meinung Deutschlands bis zum Ende des italienischen Krieges 12
Kapitel II. Die Haltung Preußens zur Bundesreformbewegung bis zur Beantwortung der Stettiner Adresse 32
Kapitel III. Die Zurückhaltung Preußens gegenüber dem Nationalverein 1859/60 . . . . . .
I. Von der Nationalvereinsgründung bis zum Badener Fürstentag 64
II. Die Koburger Generalversammlung des Nationalvereins . 82
III. Rechtsprinzip und Nationalitätsprinzip 94
Kapitel IV. Der Nationalverein am Bundestag 99
Kapitel V. Die innere Krise der Neuen Ära bis zum Rücktritt Schleinitz' 114
Kapitel VI. Bernstorffs Unionsversuche, ihr Scheitern und das Ende der Neuen Ära 128
Schluß 144
Exkurs über König Wilhelms Stellung zu den schwarz-rot-goldenen Farben 152
Anlagen 155
Verzeichnis des Aktenmaterials 186
Literaturverzeichnis 187

Einleitung.

Preußens Stellung zur Einheitsbewegung bis zum Ausgang Friedrich Wilhelms IV.

In den Jahrzehnten der Restauration ist neben Österreich der preußische Staat der schärfste Gegner der Einheitsbewegung gewesen. Die Ursachen dafür [1]) lagen in der machtpolitischen und geistigen Bindung Preußens an die konservativen Ostmächte. Die monarchisch-legitimistischen Prinzipien, mit denen der dynastische Absolutismus seine Stellung gegen die neuen Ideen des Zeitalters, gegen die liberalen und nationalen Bestrebungen des Volkes verteidigte, fanden Ausdruck in einer tiefgewurzelten Abneigung des Berliner Hofes gegen alles „Jakobinertum" und „Demagogentum". Der Kampf des Hohenzollernstaates gegen die selbständigen Regungen des „beschränkten Untertanenverstandes" ergriff, über die preußischen Landesgrenzen hinausreichend, auch die Einheitsbewegung im übrigen Deutschland; sowohl durch den Bundestag als Polizeiorgan der Großmächte wie durch direkte Einwirkung auf die kleineren Regierungen [2]) erstickte man die nationale Bewegung in dem größeren Teile Deutschlands, so daß sie lange Zeit nur in einigen mittelstaatlichen Parlamenten schüchtern zu Worte kam. Dieser Unterdrückung aller aufstrebenden Volkskräfte entsprachen die lediglich auf Erhaltung der bestehenden Rechtszustände gerichteten Tendenzen der preußischen Außenpolitik. Nachdem der äußere Wachstumsprozeß des preußischen Staates mit dem Wiener Kongreß ins Stocken geraten war, wurde eine territoriale Ausdehnung der preußischen Machtsphäre auf die deutschen Mittel- und Kleinstaaten ein

---

[1]) Vgl. zum folgenden neben den Gesamtdarstellungen von Treitschke u. a. Brandenburg, Die Reichsgründung I, S. 288, 291, 295, 336, 338 f.; Mommsen, Die deutsche Einheitsbewegung, eine Auswahl zeitgenössischer Äußerungen, S. 37, 135 f.

[2]) So legte die preuß. Regierung z. B. gegen die 1832 in Tübingen erschienene Schrift Paul Pfizers „Ziele und Aufgaben des deutschen Liberalismus" bei der württb. Regierung Beschwerde ein (W.St.A. Stuttgart I).

halbes Jahrhundert lang nicht versucht. Der deutsche Zollverein, zur Förderung rein wirtschaftlicher und nur preußischer Interessen geschaffen, wurde weder als politisches Machtinstrument gegen die schwächeren Bundesgenossen noch gar als Mittel zur Gewinnung nationaler populärer Sympathien gebraucht.

Mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. ließ zwar der behördliche Druck gegen die Vertreter des nationalen Gedankens etwas nach, allein nur scheinbar kam der preußische Staat den mit dem Thronwechsel wiedererwachten liberalen Regungen und der infolge der französischen Kriegsgefahr aufwogenden nationalen Welle entgegen. Das Einigungswerk der Paulskirche scheiterte nicht zuletzt an dem Widerwillen Friedrich Wilhelms IV. gegen die Einheitsbewegung, der dem Preußenkönig eine Umgestaltung des Bundes im Verein mit den von unten andrängenden Kräften der Nation und eine Annahme der Kaiserkrone verbot. Diese Haltung des Königs machte auch die Radowitzsche Unionspolitik unmöglich, da man die Furcht vor der Revolution nicht als Druckmittel auf die der Union widerstrebenden Regierungen benutzen wollte. Das Zaudern des Monarchen hemmte in entscheidender Weise die Tätigkeit auch des leitenden Staatsmannes Radowitz, der, zu gemeinsamer Arbeit mit der Einheitsbewegung bereit, die Erbkaiserlichen für seine Gedanken gewann, während der demokratische Flügel der Bewegung, dessen radikale Aufstände in Südwestdeutschland vom Prinzen von Preußen niedergeworfen wurden, der Unionspolitik ablehnend gegenüberstand [3]).

Innerlich unsicher, wich Friedrich Wilhelm dem äußeren Druck. Die Olmützer Punktation und die Wiederbeschickung des Frankfurter Bundestages nach den Dresdener Konferenzen bereiteten dem ersten deutschen Einigungsversuch ein klägliches Ende. Die nationale Bewegung versickerte. Die preußische Regierung aber bekämpfte von neuem die nationalen und freiheitlichen Regungen im eigenen Lande und schuf sich durch grobe Wahlbeeinflussung die gefügige „Landratskammer" von 1855. Sie trug durch die Beteiligung am Zustandekommen der das Presse- und Vereinswesen einengenden Bundesbeschlüsse von 1854, wenn sie ihnen auch aus Gründen des eigenen Prestiges die schärfsten Spitzen nahm, zur Unterdrückung der Einheitsbewegung auf dem ganzen Bundesgebiet bei [4]). Die Feindschaft der Berliner Regierung gegen die nationalen Bestrebungen war um nichts geringer als im

[3]) Vgl. Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution.

[4]) Für die Bundestagsverhandlungen über die Preßbestimmungen vgl. A. O. Meyer, Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag zu Frankfurt, S. 104—116, für die dort nicht behandelten Vereinsbestimmungen vgl. unten S. 86 f.

Vormärz, wenn sich auch die Methoden der Unterdrückung — schon mit Rücksicht auf Verfassung und Parlament — gewandelt hatten.

Zur gleichen Zeit traten jedoch in anderer Beziehung Veränderungen ein, die dies Verhältnis Preußens zur Einheitsbewegung späterhin entscheidend beeinflussen sollten. Es war das einmal der Umschwung der preußischen Bundespolitik Bismarcks, die, zunächst gerichtet auf Wiedererlangung der Gleichberechtigung mit dem Kaiserstaat, nach dem Scheitern dieses Strebens mehr und mehr auf eine Kaltstellung der Bundesversammlung hinauslief. Die nach außen wiederhergestellte Solidarität Preußens und Österreichs wurde nicht mehr getragen durch die innere Gleichstrebigkeit, die die beiden Großmächte im Zeitalter Metternichs verbunden hatte. Neben den Vormachtstendenzen der Präsidialmacht hatte Preußen das nie mehr erlöschende Mißtrauen der Mittelstaaten gegen eine Wiederaufnahme der Unionspolitik als Erbschaft der Jahre 1848—1850 davongetragen. Die deutschen Regierungen, im Revolutionsjahr dem Ansturm der nationalen Bewegung rasch erlegen, hatten nichts mehr zu fürchten als ein Bündnis dieser Kräfte mit dem preußischen Staat. Dem vorzubeugen, begannen sie in der Reaktionszeit eine Politik zu treiben, deren Selbständigkeit das preußisch-österreichische Spannungsverhältnis im Gegensatz zu früher in gewissem Maße ermöglichte. Ihre auf Erweiterung der Bundeskompetenz abzielenden Bestrebungen waren den Intentionen der Berliner Politik geradezu entgegengesetzt, und die Furcht vor hegemonialen Tendenzen Preußens trieb sie meist auf die Seite Österreichs, von dem sie eine Bedrohung ihrer Souveränität weniger zu erwarten hatten [5]). Der Platz des preußischen Bundestagsgesandten war bei dieser Aktivität der Präsidialmacht und der Mittelstaaten ein Kampfposten erster Ordnung, den die streitbare Natur Bismarcks genial auszufüllen verstand. Bismarck hat sich in diesem Ringen um Macht und Prestige nicht gescheut, Presse und öffentliche Meinung Deutschlands gegen den Kaiserstaat einzusetzen [6]).

Während dieses Kampfes am Frankfurter Bundestag vollzog sich auch auf dem europäischen Hintergrund eine grundlegende Wandlung: der Bund der drei konservativen Ostmächte, Feind aller nationalen Bewegungen und auch für Preußen mehr Fessel als Stütze, wurde durch den Krimkrieg gesprengt; das napoleonische Frankreich aber, nunmehr zu gesteigerter politischer Bedeutung gelangt, stellte sich durch

---

[5]) Vgl. Fuchs, Beusts Bundesprojekte 1853—60, Diss. Marburg 1930 (Masch.-Schr.).

[6]) So die anläßlich der schleswig-holsteinischen Frage vorübergehend wieder jäh auflodernde nationale Bewegung (A. O. Meyer a. a. O. S. 337—356).

die Proklamierung des Nationalitätsprinzips überall auf die Seite der niedergehaltenen Volksbewegungen. Diese veränderte Konstellation der großen Mächte bildete die erste Voraussetzung für die Regeneration Mitteleuropas. Alsbald regten sich, zunächst in Italien, die 1848/49 geschlagenen Kräfte. Seit dem Krimkriege schon hatte Cavour den französisch-sardinischen Bund vorbereitet. Seiner genialen Diplomatie kam die italienische Volksbewegung von unten zu Hilfe: der italienische Nationalverein, 1857 gegründet, trat bald in geheime Verbindung mit dem piemontesischen Staatsmann.

Einsetzung der Regentschaft und Berufung des Ministeriums der Neuen Ära.

Auf deutschem Boden reiften die Dinge langsamer. Die deutsche Einheitsbewegung wagte um diese Zeit ihr Haupt noch nicht wieder zu erheben, und das Preußen Friedrich Wilhelms IV. zeigte sich weit davon entfernt, nach dem Krimkrieg gleich Sardinien den mißlungenen Anlauf von 1849/50 erneut vorzubereiten. Erst als für den erkrankten Preußenkönig im Oktober 1858 sein Bruder Wilhelm die Regentschaft übernahm [7]), begann sich der erstarrte preußische Staatskörper wieder zu regen. An die Stelle Friedrich Wilhelms IV. und der österreichfreundlichen Kamarillapolitiker, die eine Durchführung der antiösterreichischen Bundespolitik Bismarcks im großen Stile verhindert hatten, trat jetzt die weit mehr von altpreußischen Traditionen erfüllte Soldatengestalt des Prinzregenten. Dadurch wurde überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, zu günstigerer Stunde die Gedanken der gescheiterten Radowitzschen Unionspolitik wieder aufzugreifen. Bezeichnend genug, daß schon unmittelbar nach der Einsetzung der Regentschaft in den Kreisen des Bundestages eine solche „Wiederaufnahme der deutschen National-Politik unter Preußischer Führung" und die „Belebung einer deutschnationalen Politik in der öffentlichen Meinung" teils erhofft, teils befürchtet wurde [8]).

Eine grundlegende Änderung der preußischen Politik erwartete auch der deutsche Liberalismus, der, seit acht Jahren verstummt, jetzt

---

[7]) Für die Einsetzung der Regentschaft und die Charakteristik der neuen Minister vgl. Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert, S. 491 ff.; Materialien zur Geschichte der Regentschaft in Preußen, Berlin 1859; Die Neue Ära, Sondershausen 1862.

[8]) Bismarck an Schleinitz, 9. Nov. 1858 (Bism. Ges. W. Bd. II S. 383 ff.); vgl. auch Fuchs a. a. O. S. 246—48.

seine Stunde gekommen meinte und sich erneut kräftig zu regen begann. Mit dem Prinzen, der während der Reaktionszeit in gemeinsamer Front mit den Liberalen gegen das feudale Regiment gestanden hatte, schien das liberale Preußen, das ja all diesen Männern Vorbedingung für ein in der deutschen Frage aktives Preußen war, in Erfüllung zu gehen. Vor diesem nahe geglaubten Ziel traten in dem freiheitlichen Aufschwung der öffentlichen Meinung die alten nationalen Forderungen vorerst noch in den Hintergrund. Das sogenannte „Schlesische Programm", um das sich der preußische Liberalismus zu sammeln begann, legte das Hauptgewicht auf die Sicherung und den Ausbau des in der Reaktionszeit verkümmerten preußischen Verfassungslebens [9]). Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus, die Ende 1858 stattfanden, spielte die deutsche Frage als Wahlprogramm noch keine Rolle. Die Forderung nach Bundesreform erhob sich kaum stärker als etwa in den vergangenen Jahren der Reaktion. Während der ersten Monate der Regentschaft war von einer im eigentlichen Sinne nationalen Bewegung, die über den inneren Kurswechsel in Preußen hinaus eine Veränderung der deutschen Verfassungsverhältnisse überhaupt angestrebt hätte, noch nichts zu verspüren. Aber es konnte bei der engen Verbindung, in der liberale und nationale Forderungen seit den Freiheitskriegen standen, nicht lange dauern, bis auch das Einheitsproblem wieder auftauchte und die einmal in Bewegung geratenen Geister beschäftigte. Dazu bedurfte es nur noch des Anstoßes von außen, der im kommenden Frühjahr den nationalen Instinkten der Bevölkerungen mächtigen Auftrieb verleihen sollte.

Der Prinz von Preußen hatte durch die Übernahme der Regierungsgeschäfte diese Volksbewegung entfacht; auf ihn richteten sich jetzt die Augen ganz Deutschlands. Ob er den Hoffnungen, die die Nation auf seine Regierung setzte, ob er den hochgespannten Erwartungen der Bewegungspartei in- und außerhalb Preußens entsprechen würde, das war die Frage, die weithin und noch auf Jahre hinaus die Geister bewegte. Prinz Wilhelm hatte sich, rein militärisch erzogen und streng monarchisch-konservativ gesinnt, schon in seinen früheren Jahren von der inneren und der deutschen Politik seines Bruders in manchem distanziert. Obwohl schroffer Gegner aller Volksbewegungen, der Revolution und der Frankfurter Reichsverfassung, hatte er, getrieben von preußischem Ehrgeiz, die Unionspolitik begünstigt. Ihr Scheitern in Olmütz traf ihn im Innersten. Er hatte sich schließlich nur schweren

---

[9]) Bernhardi III, S. 69 ff.; vgl. auch E. Uelsmann, Beiträge zur niederrheinischen Parteigeschichte der Neuen Ära und der Konfliktszeit, Diss. Köln 1922 (Masch.-Schr.).

Herzens mit jener „Verkleisterung der deutschen Verhältnisse“ durch die Reaktivierung des Frankfurter Bundestages abgefunden. Die Ära Manteuffel sah ihn, der einem Kreis gemäßigt konservativer und altliberaler Männer, den führenden Köpfen des „Wochenblattes“ nahestand, als Militärgouverneur von Rheinland und Westfalen in ausgesprochener Opposition zur Regierung.

Schon im Frühjahr 1858 hatte Bismarck den zur Stellvertretung Berufenen durch seine berühmt gewordene Märzdenkschrift für die Gedanken seiner Bundespolitik zu gewinnen versucht: Preußen müsse die Fessel des Bundestages abstreifen, der, von Österreich beherrscht und von den Mittelstaaten gestützt, die Berliner Regierung in der Durchführung einer wahren Interessenpolitik hemme. Außerhalb der Bundesversammlung müsse Preußen durch das Vereinbarungsprinzip deutsche Politik betreiben und dürfe auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regierungen keinen Wert mehr legen. Mit den Bevölkerungen des außerösterreichischen Deutschlands dagegen habe Preußen manche Interessen gemein; sie gelte es zu betonen und außerdem in den eigenen Kammern Diskussionen über die deutsche Frage hervorzurufen, um sie gegen jene Regierungen zu benutzen [10]).

Das deutsche Problem dachte Bismarck damals also ganz eindeutig zu lösen durch den Bund des preußischen Staates mit dem deutschen Volke gegen die deutschen Regierungen. Gerade hierin aber war es ihm nicht vergönnt, den Prinzregenten für seine Auffassung zu gewinnen. Zuviel der eigenen Vergangenheit, zuviel in seiner Bildung und geistigen Haltung, die das Zeitalter der Restauration geformt hatte, sprach für Wilhelm gegen eine solche, allen legitimistischen Überlieferungen und Anschauungen ins Gesicht schlagende Politik. Wohl war der Prinz nicht gewillt, im Schlepptau einer österreichisch-mittelstaatlichen Bundesmajorität zu segeln, wohl war er, seit Jahrzehnten der erste Soldat Preußens, dem Gedanken militärischer Führung ganz Deutschlands durch Preußen nicht abgeneigt, aber diese Pläne fanden ihre Schranke in dem Bewußtsein fürstlicher Solidarität, das das Bis-

---

[10]) Bism. Ges. W. II, S. 302—22. Der Gedanke kehrt wieder im Gespräch mit Unruh (Unruh, hrsg. von Poschinger, S. 209); vgl. A. O. Meyer a. a. O. S. 442 ff., 486 ff. Die Stellung Bismarcks zur Einheitsbewegung ist hier nicht zu erörtern, da sie als biographisches Problem, für das eine Beschränkung auf die hier behandelten Jahre der Neuen Ära nicht gerechtfertigt erscheint, nur in einem weiter gespannten Rahmen Platz finden könnte. Vgl. dazu Franz, Bismarcks Nationalgefühl (insbes. S. 51, 55, 66 f., 69 f., 75, 78, 80—85); Mommsen, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, H. Z. 138, S. 533 f.; Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, 7. Aufl., S. 309 ff.; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 147—167, 235 ff. und unten S. 149 f.

marcksche Radikalmittel verwerfen mußte und die Erhaltung der „bestehenden Rechte" zum obersten Grundsatz machte [11]). Die Eindrücke der Revolutionszeit und des badischen Aufstandes haben zu dieser Anschauung nicht unwesentlich beigetragen [12]).

Da der Regent das bisherige System der preußischen Innenpolitik verwarf, so entließ er wenige Wochen nach der Übernahme der Geschäfte das reaktionäre Ministerium seines Bruders. An die Spitze des neuen Kabinetts berief er den Fürsten Karl Anton von Hohenzollern [13]), der in den Revolutionsjahren sein Land an Preußen abgetreten hatte und danach in preußische Militärdienste getreten war. Konstitutionelle Gesinnung verband sich in ihm mit der Überzeugung von der Notwendigkeit der deutschen Einigung. Neben ihm stand als sein Stellvertreter und Minister ohne Portefeuille der Altliberale Rudolf von Auerswald [14]), dem Regenten seit der gemeinsamen Knabenzeit in Königsberg vertraut. Gesinnung und Vergangenheit wiesen ihn am meisten unter den neuen Ministern auf die Bahnen einer preußisch-deutschen Politik. Im Revolutionssommer 1848 hatte er zeitweise den Posten des Ministerpräsidenten und des Außenministers innegehabt; mit der Unionspolitik war er als Präsident des Erfurter Staatenhauses eng verknüpft gewesen. Die Reaktionszeit hatte ihn dann, obwohl nach außen wenig hervortretend, als einen der führenden Köpfe der liberalen Opposition gesehen. Das enge persönliche Verhältnis zum Hofe, das sonst fast nur konservative Kreise genossen, gab gerade ihm jetzt nach seiner Berufung die Chance, seine Gedanken dem Regenten gegenüber mit Nachdruck und Erfolg zu vertreten. Allein Auerswald, der seine Zurückhaltung als Oppositionsführer jetzt auf seine ministerielle Tätigkeit übertrug, im Landtag kaum auftrat und auch sonst eine leitende Initiative in den Regierungsgeschäften nicht entwickelte, war nicht der Mann, die Rolle des Vorwärtsdrängenden, des „Verbindungsoffiziers" zwischen der nationalen Bewegung und dem Monarchen zu spielen.

Noch weniger energisch war der neue Außenminister Schleinitz [15]). Geschmeidiger Hofmann und Günstling der Prinzessin von Preußen, war er, an sich österreichfreundlich, der Vertreter einer „Politik der

---

[11]) Vgl. Busch, Der Gegensatz zwischen König Wilhelm und Bismarck vor dessen Eintritt ins Ministerium (Bism. Jb. II, S. 341—49).

[12]) Vgl. Mommsen, Miquel I, S. 186, Anm. 1 und unten S. 69, 80, 92.

[13]) Zingeler, Karl Anton, Fürst von Hohenzollern, 1911.

[14]) Berner, Der Regierungsanfang des Prinzregenten, S. 43 ff.; Bernstein, Revolutions- und Reaktionsgeschichte Preußens und Deutschlands III, S. 311 f.

[15]) Aus den Papieren der Familie von Schleinitz, Berlin 1905; Berner a. a. O. S. 40 ff.; Bülow, Denkwürdigkeiten IV, S. 305 f.

freien Hand", die in seinen tatenscheuen Händen bald zu einer nahezu völligen Stagnation führte. — Das Ministerium des Innern wurde zunächst dem Oberpräsidenten Flottwell [16]), ein halbes Jahr darauf dem Grafen Schwerin übertragen. Auch Schwerin [17]), altliberal wie Auerswald, war 1848 Minister gewesen und hatte 1849 die Annahme der Kaiserkrone gewünscht. Während der Reaktionszeit war er der parlamentarische Führer der Liberalen gewesen. In dem 1858 neugewählten Abgeordnetenhaus bekleidete er die Präsidentenwürde, bis ihn der Regent von dort ins Kabinett berief. Der neue Innenminister, Parlamentarier alten Stils durch und durch, war in manchem ein Doktrinär nicht des legitimistischen, wohl aber des liberalen Rechtsgedankens, den er mit einer Starrheit vertrat, die sich von der des Regenten nur im Ausgangspunkt unterschied. Recht und Ehrlichkeit waren für Schwerin die Maximen nicht nur seines privaten, sondern in überspanntem Maße auch seines politischen Wirkens. „Ein ehrlicher Kerl gewesen zu sein", war für ihn, den man den „Rechtsbiedermann" nannte, und dessen pommersche Grobheit ein Aristokrat wie Bernhardi unangenehm empfand, letzter Ehrgeiz. Seine derbe Einfachheit hatte ihm in der Bevölkerung manche Sympathien verschafft.

Kultusminister des neuen Kabinetts wurde der altliberale Führer der Wochenblattspartei, Bethmann-Hollweg [18]). Das Finanzministerium übertrug der Regent nur schweren Herzens dem ersten Sachverständigen des Landes, dem Freiherrn von Patow, der durch sein entschieden liberales Auftreten sich einst den Zorn Friedrich Wilhelms IV. zugezogen hatte und der auch für das Empfinden des Prinzen den linken Flügel des neuen Kabinetts beinahe zu weit nach links verschob. Das Kriegsministerium ward mit dem General Bonin neu besetzt, während von der Heydt [19]) und Simons, die konservativen Leiter des Handels- und Justizressorts, aus dem Kabinett Manteuffel übernommen wurden, um die Stellung des Regenten als eine über den Parteien stehende zu charakterisieren und einen völligen Bruch mit der Vergangenheit zu vermeiden.

Das neue Ministerium, von den hochfliegenden Erwartungen des Liberalismus als „Neue Ära" freudig begrüßt, war trotz seiner im

---

[16]) Manfred Laubert, Eduard Flottwell, 1919, S. 92 ff.

[17]) A.D.B. Bd. 33, S. 429—435; Bernhardis Tagebücher Bd. III/IV, insbes. III, S. 274, 319; Bismarck, Erinnerung und Gedanke, Ges. W. Bd. 15, S. 141; Bernstein a. a. O. S. 354 f.

[18]) Für seine politische Haltung vgl. Neumann, Die Stufen des preußischen Konservatismus, Berlin 1930, S. 146 ff.

[19]) Bergengrün, Staatsminister A. Freiherr von der Heydt, Leipzig 1908.

ganzen altliberalen Färbung alles andere als eine homogene Körperschaft [20]). Einen überragenden Kopf besaß es nicht [21]). So hat Wilhelm die Richtung seiner Politik während der folgenden Jahre weitgehend selbständig bestimmt und in den meisten entscheidenden Fragen den eigenen Willen durchgesetzt. Charakteristisch dafür ist schon die Ansprache, in der er am 8. November 1858 dem neuernannten Ministerium die künftigen Grundlinien seiner Politik vorzeichnete [22]). In ihnen liegen auch bereits die richtungweisenden Gedanken beschlossen, die dann während der ganzen Neuen Ära die preußische Haltung zur Einheitsbewegung prinzipiell bestimmt haben. Innenpolitisch ist die Stellung bedeutsam, die der Regent zu den soeben wiedererwachten Regungen des Liberalismus einnahm: „... im öffentlichen Leben zeigt sich seit Kurzem eine Bewegung, die, wenn sie theilweise erklärlich ist, doch andererseits bereits Spuren von absichtlich überspannten Ideen zeigt, denen durch unser ebenso besonnenes als gesetzliches und selbst energisches Handeln entgegen getreten werden muß." [23]) Deutlich genug sprach sich in diesem klar und fest, nicht ohne gewisse Schärfe betonten Standpunkt zu der wiedererstarkenden liberalen Bewegung, die eben jetzt gemäß dem Wahlspruch „Nur nicht drängen" überaus bescheiden auftrat und noch wenig Anlaß zu Besorgnissen bot, die konservative Grundhaltung des Regenten aus, die jedem Andringen von unten her Ablehnung entgegenbrachte. Als die liberale Partei in Preußen dann 1859 auch die nationale Frage aufwarf, als der Ruf nach Freiheit mit dem nach Einheit aufs Neue zusammenklang, da konnte des Regenten Haltung zur Einheitsbewegung nicht unbeeinflußt bleiben von dieser vorerst rein innenpolitischen Stellungnahme zu den liberalen „absichtlich überspannten Ideen", die von den nationalen Forderungen nun einmal unzertrennlich waren.

Ein zweiter Gedanke bezeichnet den Ideenkreis, aus dem heraus Wilhelm die deutsche Politik der Neuen Ära gestalten wollte: „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist. — Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu

---

[20]) Charakteristisch dafür z. B. die Briefstelle in Gustav zu Putlitz, hrsg. von E. zu Putlitz, Berlin 1894, Bd. I, S. 239.

[21]) Das ist neuerdings wieder mit Recht betont worden von Neumann a. a. O. S. 154 und von Ferres, Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859—62, Berlin 1930, S. 17.

[22]) Abgedruckt in Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften, hrsg. von Berner, Bd. I, S. 445—49.

[23]) Ähnlich nahm der Regent am 18. November 1858 in einem Brief an Bernstorff Stellung (Ringhoffer, Im Kampf für Preußens Ehre, S. 401).

schützen bereit ist." Man hat dies außenpolitische Programm vage und mager genannt[24]). Aber es zielte, und das ist hier hervorzuheben, darauf ab, die öffentliche Meinung Deutschlands für Preußen zu gewinnen[25]), und bewegte sich somit in den Vorstellungen jener Männer, die den Bund zwischen dem deutschen Volk und Preußen wollten. Nur zog der Prinz nicht die letzten Konsequenzen aus diesen Gedankengängen. Wenn Preußen wirklich einmal die deutsche Öffentlichkeit für sich gehabt hätte, dann würde er diesen ideellen Gewinn nicht als Mittel zur Erlangung realer Erfolge benutzt haben. Gewiß war an diesen berühmten Sätzen auch das Nichtgesagte bemerkenswert, und es ist möglich, daß in dem bedeutsamen Fehlen jedes Hinweises auf Preußens Verpflichtungen gegen den Deutschen Bund doch ein gewisser Einfluß der Bismarckschen Märzdenkschrift zum Ausdruck kam[26]). Aber der Regent wollte, wenn er überhaupt eine eindeutige und festgefügte Anschauung über die deutschen Bundesverhältnisse um diese Zeit schon hatte[27]), die Bundesverfassung weder brechen noch aushöhlen. Er wollte nur energischer als sein Bruder ihrer einseitigen Ausnutzung oder gar Erweiterung durch Österreich und die Mittelstaaten entgegentreten. Hieraus erklärt sich das Widerstreben gegen bundestägliche Übergriffe in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten, das späterhin für die Haltung Preußens zu allen Bundesmaßnahmen gegen die Einheitsbewegung entscheidend werden sollte.

Der letzte Satz des außenpolitischen Programms bezog sich zunächst zweifellos nur auf die Beseitigung der verfassungswidrigen Zustände in Kurhessen, da dem Regenten der Schutz vertragsmäßig festgelegter Volksrechte gegen fürstliche Willkür als ein Sittengebot erschien. Die Interpretation, die man dem „Schutz des Rechts" nach der legitimistischen Seite hin gegeben hat[28]), ist gerade auf diese Stelle wohl kaum anwendbar. Im Prinzip ist sie jedoch durchaus berechtigt. Denn die Idee der Erhaltung bestehender Rechte trat oft genug in den Erklärungen Wilhelms und seiner neuen Minister zutage. Sie bildete, obwohl in weit geringerem Maße als bei den deutschen Mittelstaaten im eigenen Staatsinteresse begründet, ein wesentliches Moment in den geistigen Anschauungen und für die politischen Handlungen der Neuen

---

[24]) Marcks, Kaiser Wilhelm I., 8. Aufl. S. 141.

[25]) Vgl Oncken, Politik, Geschichtsschreibung und öffentliche Meinung (Hist.-Pol. Aufsätze I, S. 228).

[26]) A. O. Meyer a. a. O. S. 456 ff.

[27]) Marcks nennt (a. a. O. S. 141) die Anschauungen des Regenten über die deutsche Politik in seinen Anfängen „noch nicht ausgearbeitet", A. O. Meyer (a. a. O. S. 459) „schwankend".

[28]) Ziekursch, Die Reichsgründung, S. 11.

Ära. Der nüchterne Tatsachensinn des Regenten verhinderte zwar, daß ihn diese Rechtsidee einseitig zum ausgesprochenen Vorkämpfer der Legitimität werden ließ, aber sie war in ihm doch stark genug, um bei Kollisionen mit der nationalen Idee den Vorrang zu behaupten. Wo die verbrieften Rechte seiner deutschen Mitfürsten den Forderungen der nationalen Bewegung entgegenstanden und nicht freiwillig aufgegeben wurden, da durfte Preußen nach seiner Anschauung nicht mit Gewalt vorgehen[29]). Weit mehr als die Liberalen damals ahnten, stand Wilhelm I. in der säkularen Auseinandersetzung zwischen monarchischem Prinzip und der Idee der Volkssouveränität, zwischen Legitimitätsprinzip und Nationalitätsprinzip auf der Seite der monarchisch-legitimistischen Anschauungen. So mußte sich im ganzen gesehen der Gedanke des Rechtsschutzes mehr gegen die Einheitsbewegung wenden als gegen ihre Widersacher. —

Die Ansprache sollte ein Programm auf lange Sicht sein. Wie starken Konfliktsstoff aber ihre Ausführungen in sich bargen, das zeigte schon die von den Intentionen ihres Verfassers so durchaus verschiedene Auslegung, die die ungewöhnliche Kundgebung sofort im Kabinett und auch im Lande erfuhr[30]). Kirchlich liberal, innenpolitisch konservativ, außenpolitisch unklar vereinigte das Programm des Regenten innere Gegensätze, deren abermaliges Aufeinanderprallen nur eine Frage der Zeit war. Eine Politik, die den auf den „Europäischen Verträgen beruhenden Rechtszustand" wahren und daneben gleichzeitig eine nationale sein, jedes „wahrhaft deutsche Interesse" vertreten wollte[31]), versuchte sich, soweit sie unter diesem Interesse mehr als die gängige, auch von den mittelstaatlichen Höfen mit Vorliebe gebrauchte Phrase verstand, an der Quadratur des Zirkels.

---

[29]) Die entsprechenden Anschauungen Schleinitz' s. unten S. 95 ff.
[30]) Zechlin, a. a. O. S. 170, Anm. 1; Bernstein a. a. O. S. 37 ff.
[31]) Rede Schleinitz' im Abgeordnetenhaus, 9. März 1859, Stenographische Berichte des Preußischen Abgeordnetenhauses 1859, I, S. 322 (im folgenden zitiert: Sten.Ber.Abg.H.).

Kapitel I.

Das Berliner Kabinett und die öffentliche Meinung Deutschlands bis zum Ende des italienischen Krieges.

Durch Napoleons Neujahrsansprache 1859 rückte der seit langem vorbereitete sardinisch-österreichische Konflikt in den Bereich der allernächsten Zukunft. Da Österreich nach Bundesgenossen suchte, war das junge Regiment des Prinzen vor große Entscheidungen gestellt, folgenschwer für Preußens europäische und deutsche Stellung. Man wich in Berlin dem österreichischen Bündnisangebot gegen Napoleon aus und suchte zu vermitteln. Man beantragte nur, um für alle Fälle gerüstet zu sein, am 20. April in Frankfurt die Marschbereitschaft des Bundesheeres und ordnete die Kriegsbereitschaft von drei preußischen Armeekorps an. Als Österreich durch sein ungeschicktes Ultimatum nach Turin den unmittelbaren Ausbruch des Krieges provozierte, rückte man in einer mißbilligenden Zirkulardepesche deutlich von dem Wiener Vorgehen ab[1]). Das Aktionsprogramm in der Kriegsfrage lag in Berlin nur nach der negativen Seite hin fest: um die Selbständigkeit der preußischen Politik zu wahren, betonte man, daß Preußen seine Politik weder nach den Beschlüssen des Bundestages regeln noch von den Wiener Forderungen beeinflussen lassen könne. Fürs erste betrachtete man in Berlin als unweigerlichen Casus belli lediglich eine Verletzung des deutschen Bundesgebiets[2]). Die preußische Politik beschränkte sich also vorderhand auf eine durchaus zuwartende Haltung.

Die heraufziehende Krise und Österreichs Isolierung dazu zu benutzen, um von sich aus die deutsche Frage aufzugreifen, den Bund zu sprengen oder die Souveränität der deutschen Fürsten anzutasten, lag dem Prinzregenten völlig fern[3]). Immerhin waren in dem Ministerium der Neuen Ära, dessen Mitglieder seinerzeit großenteils mit

[1]) Wehrenpfennig, Geschichte der deutschen Politik unter dem Einfluß des italienischen Krieges, S. 46 f.; Stern, Geschichte Europas 1815 bis 1871, Bd. VIII, S. 323.

[2]) Brandenburg, Die Reichsgründung I, S. 405 f.

[3]) Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches, 2. Aufl., Bd. II, S. 287.

der Radowitzschen Unionspolitik gegangen waren, zweifellos Keime zu einer antiösterreichischen Nationalpolitik verborgen, die unter Umständen durch den Gang der Ereignisse, welche mit dem italienischen Kriege das ganze europäische Staatensystem in Bewegung versetzten und in Deutschland durch den napoleonischen Druck den inneren Widerstand schwächen mußten, zu Blüte und Frucht getrieben werden konnten. Die Eindrücke, die Freiherr von Roggenbach und Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst in Berlin empfingen[4]), und die geteilte Aufnahme, die eine Denkschrift des Herzogs Ernst von Coburg über Preußens innere und deutsche Politik [5]) in der preußischen Hauptstadt erfuhr[6]), spiegeln Stärke und Richtung solcher preußisch-egoistischen Tendenzen. Die Frage war nur, ob sich angesichts der neu auftauchenden Möglichkeiten die Kräfte der Beharrung, denen der Regent zugehörte, in Berlin behaupteten oder ob sich dort Männer durchzusetzen vermochten, die die Situation energisch im Sinne jener Tendenzen zu nutzen verstanden.

Daß Bismarck einer dieser Männer war, ist bekannt. Allein gerade er wurde jetzt im entscheidenden Augenblick von Frankfurt abberufen. Die Versetzung des streitbaren Bundestagsgesandten nach Petersburg zeigte, daß Berlin das preußisch-österreichische Verhältnis entspannen wollte. Bismarcks Nachfolger Usedom[7]), bereits früher einmal Bundestagsgesandter, war altliberal und Mitglied der Wochenblattspartei. Die destruktive Bundespolitik seines Vorgängers führte er, wenn auch in friedlicherer Form, im wesentlichen fort und erklärte schon kurz nach der Übernahme des Postens seinem Parteifreund Gruner, dem neuen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Preußen werde gerade dann die deutschen Interessen am besten wahren, wenn es sich möglichst wenig um den Bund kümmere[8]). Der Wechsel im Frankfurter Posten

---

[4]) Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik, Bd. I, S. 78 ff., 92 ff.; Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. I, S. 83 f.; vgl. auch Duncker, Politischer Briefwechsel, hrsg. von Schultze, S. 89 (im folgenden zitiert: Dunckerbriefe).

[5]) Ernst von Coburg, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Bd. II (6. Aufl.), S. 445 ff.

[6]) Ebenda S. 452 ff.

[7]) Vgl. Reinhold Müller, G. von Usedom als Nachfolger Bismarcks am Frankfurter Bundestag (Forsch. z. Br.-Pr.G. Bd. 39); Poschinger, Preußen am Bundestag 1851—59, Bd. III, S. 487, Anm. 1. In Usedoms nationalpolitische Anschauungen während des Revolutionsjahres führen ein seine „Politische Briefe und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart", Berlin 1849; ihr Verfasser bekennt ein „starkes Gefühl für die deutsche Einheit", erklärt sich aber eben „um der Einheit willen" für eine dreigeteilte Spitze (S. 145, 196 f., 224 f., 283).

[8]) R. Müller a. a. O. S. 291.

brachte also — nicht was politische Begabung und Energie, wohl aber was die nationalpolitischen Intentionen betraf — eine Schwächung der auf eine aktive deutsche Politik ausgehenden Kräfte nicht mit sich.

Neben Usedom war es noch eine zweite Persönlichkeit, deren Eintritt in den Dienst der Neuen Ära den nationaldeutschen Flügel des Berliner Kabinetts zu verstärken geeignet war. Daß Auerswald Anfang April Max Duncker, den altliberalen und Gothaer Führer, der der ausgesprochenste Vertreter des Gagernschen Programms und einer der leitenden Köpfe in der Paulskirche und im Unionsparlament gewesen war, ins Ministerium berief[9]), führte den „Gothaischen" Tendenzen in Berlin neue Kräfte zu. Aber bezeichnenderweise wurde, nicht zuletzt wegen Gruners Widerspruch, eine wirklich maßgebende preußische Regierungsstelle, etwa die eines Unterstaatssekretärs oder Rats im Auswärtigen Amt, wie sie Duncker selbst und seine altliberalen Freunde für ihn erstrebten, dem Tübinger Professor nicht eingeräumt[10]). Er mußte sich vielmehr mit der Stellung eines „Pressechefs" begnügen, die, wenn auch für seine Person mit besonderen Vollmachten ausgestattet, seiner Bedeutung nicht entfernt entsprach. Gewiß war die Persönlichkeit Max Dunckers während der Neuen Ära auch an dieser Stelle, der man nach ihrer Vernachlässigung unter Manteuffel jetzt angesichts der österreichischen Presspropaganda im Süden erhöhte Wichtigkeit beimaß[11]), bedeutsam genug. War es doch eine Doppelstellung[12]), von der aus Duncker, gestützt auf seine genaue Kenntnis aller wichtigen Vorgänge und Tätigkeitsgebiete, aller Stimmungen und Strömungen innerhalb der preußischen Regierung, seinen liberalen Freunden gegenüber die preußische Politik rechtfertigen konnte; von der aus es möglich war, sowohl die engeren Parteigenossen wie auch nach Kräften weiter links stehende Kreise der erwachenden Nationalbewegung für die Politik des Berliner Kabinetts zu gewinnen. Aber wenn Duncker so einerseits auf die Einheitsbewegung einen gewissen Einfluß ausübte, wenn er mit dazu beitrug, daß die nationalen Kundgebungen der öffentlichen Meinung lange Zeit durch maßvolle Haltung den Berliner Wünschen entgegenkamen, so blieb doch auf der anderen Seite seine unmittelbare Einflußnahme auf die Politik des Ministeriums, das er nun ebenfalls zu einem Entgegenkommen an die Wünsche der Nation veranlassen wollte, in der Gesamtwirkung äußerst gering. Dunckers Bestrebungen, das schwankende und zaudernde Ministerium

---

[9]) Vgl. R. Haym, Das Leben Max Dunckers; Dunckerbriefe, Zur Einführung; Treitschke, Max Duncker (H.-P. Aufs. 4).
[10]) Haym a. a. O. S. 195; Dunckerbriefe S. XVIII.
[11]) R. Müller a. a. O. S. 291.
[12]) Haym S. 198; Dunckerbriefe S. XVIII ff.

zu festigen und voranzutreiben, hatten nur in vereinzelten Fällen Erfolg; nur hier und da sollte es ihm durch eine seiner zahlreichen Denkschriften, durch die Schilderungen der öffentlichen Meinung, die er von seinen Freunden zwecks Beeinflussung des Kabinetts erbat, oder durch eine persönliche Unterredung gelingen, die Regierung von Schritten abzuhalten, die die nationale Bewegung gegen Preußen verstimmen mußten.

Zunächst knüpfte sich jedoch das hoffende Vertrauen, das während der ersten Monate der Neuen Ära das Charakteristikum für die Haltung der liberalen Parteien war, auch an den Namen Max Dunckers. Angesichts des drohenden äußeren Konflikts war es Dunckers Gedanke, nach einem erfolgreichen Waffengang gegen Frankreich die deutsche Frage durch Preußen zu lösen[13]). Diese nicht unbekannt gebliebene antifranzösische Haltung und seine, aus den in Württemberg verlebten Jahren herrührende Kenntnis der süddeutschen Stimmungen ließen gerade seine Berufung als Anzeichen dafür erscheinen, daß die offiziöse preußische Presse und die Berliner Politik überhaupt sich nunmehr mit einem Geiste erfüllen würde, der in bezug auf die Kriegsfrage den Wünschen der öffentlichen Meinung entsprach.

Aber es lag nicht nur an der Einflußlosigkeit des neuen Leiters der Zentralpressestelle, daß diese Erwartungen der Öffentlichkeit sich nicht verwirklichten. Denn die kriegerische Erregung, die die bevorstehende italienische Verwicklung in Deutschland auslöste, hatte schon eine Richtung und ein Ausmaß angenommen, das jeden vom preußischen Staatsinteresse ausgehenden Politiker mit Skepsis erfüllen mußte und daher dem von Duncker erwogenen Wege eher hinderlich als förderlich war. Aus dem Wirrwarr der öffentlichen Stimmen im Frühjahr 1859 klang als beherrschender Grundakkord die antinapoleonische Tendenz heraus, die insbesondere im deutschen Süden — hier geschürt durch die von Wien aus betriebene Preßagitation — dringend und unbedingt die preußische Hilfe für den Kaiserstaat forderte. Neben der fanatischen Kriegsbegeisterung Süddeutschlands ließen sich die Stimmen aus den liberalen und nationalen Kreisen des deutschen Nordens im allgemeinen zwar ruhiger vernehmen; aber auch hier wollte man fast durchweg die Unterstützung Österreichs durch Preußen, nur daß man teilweise hoffte, Preußen werde von Wien für seine Hilfe gewisse Konzessionen in Deutschland fordern[14]). Aus dieser Aufgewühltheit der

---

[13]) Dunckerbriefe S. XIX; Constantin Rößler, Ausgewählte Aufsätze, S. 433.

[14]) Stern VIII, S. 321 f.; Oncken, Lassalle, 4. Aufl. S. 155 f.; Mommsen, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, H.Z. 138, S. 523 ff.; Mommsen, Miquel I, S. 173; Anni Mittelstaedt, Der Krieg von

Kriegsstimmung stieg dann das deutsche Verfassungsproblem bald erneut empor; aus der während des Krieges mehr und mehr erhobenen Forderung nach militärischer Führung Preußens im Kriege erwuchs nach Villafranca, durch die österreichische Niederlage bedingt, das politische Programm eines Bundes mit preußischer Spitze, dessen Verfechter im Nationalverein ihre Organisation fanden[15]). In der Haltung Preußens gegenüber dieser deutschen öffentlichen Meinung während des italienischen Krieges wurzelt auch die Stellung der Neuen Ära zur späteren Bundesreformbewegung.

Der Regent selbst war zwar der Ansicht, daß man der Einhelligkeit, mit der sich die öffentliche Meinung ganz Deutschlands gegen Frankreich ausspreche, nicht die Augen verschließen dürfe[16]), und er freute sich des patriotischen Aufschwungs, der im Frühjahr durch Deutschland ging. Aber er vertrat mit Entschiedenheit den Standpunkt, daß Preußen durch eine unbedingte Unterstützung der zum Teil „ungemessenen süddeutschen Exaltation contra Frankreich" nur einen französischen Krieg am Rhein unnötig provozieren werde[17]). Seine hinhaltende Politik, in ihren Zielen der sturmbewegten Öffentlichkeit unverständlich[18]), ließ es geschehen, ja förderte es geradezu, daß die zum Kriege drängende Stimmung im deutschen Süden, die den preußischen Waffenschutz so dringend verlangte, der von Österreich betriebenen antipreußischen Presse propaganda willig Gehör gab und sich in heftigem Groll gegen die, wie man meinte, unnationale Gleichgültigkeit Preußens entlud[19]). Innere Unsicherheit ließ das Berliner Kabinett diesen Kundgebungen, in denen das deutsche Nationalgefühl, den innersten Lebensinteressen des preußischen Staates entgegen, den Krieg

---

1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland, Stuttg. 1904; Th. Scheffer, Die preußische Publizistik im Jahre 1859, Leipzig 1902; Dunckerbriefe S. 85 f.; Ferres, Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859—1862, S. 18 ff.

[15]) Vgl. Mommsen, Miquel, I S. 174; Raumer, Das Jahr 1859 und die Deutsche Einheitsbewegung in Bayern (Quellen und Darstellungen z. Gesch. d. Deutschen Burschenschaft, Bd. VIII), S. 282 ff., 299 f. Der von Raumer besonders stark herausgearbeiteten Auffassung, daß die Bundesreformbewegung eigentlich erst nach Villafranca einsetzt, habe ich mich im allgemeinen anschließen können. Vgl. jedoch unten S. 23 Anm. 53.

[16]) Aus dem politischen Briefwechsel des Deutschen Kaisers mit dem Prinzgemahl von England 1854—61, Gotha 1881, S. 48.

[17]) Wilhelm an Friedrich von Baden, 12. 3. 59 (Friedrich von Baden I, S. 92); Wilhelm an Großherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz, 19. 3. 59 (Der alte Kaiser, Briefe und Aufzeichnungen Wilhelms I., hrsg. von Pagel, Leipzig 1924, S. 242).

[18]) Vgl. z. B. Dunckerbriefe S. 98.

[19]) Dunckerbriefe S. 95 ff. u. a.; Ernst von Coburg II, S. 456.

Preußens an Österreichs Seite forderte, mehr hilflos zusehen, als ihnen — wie Usedom wollte [20]) — zielbewußt entgegentreten oder umgekehrt — wie Duncker wollte — mit ihrer Hilfe nach einer Besiegung Frankreichs die Führung Deutschlands zu erlangen. Man wollte sich zwar, Bismarcks und Usedoms Ratschlägen [21]) folgend, auf keinen Fall durch den „verkehrten Enthusiasmus" Süddeutschlands gegen den eigenen Willen in den Krieg hineintreiben lassen; da man jedoch mit dem negativen Programm des Abwartens in Süddeutschland nicht gut Propaganda machen zu können glaubte, überließ man die süddeutsche Bewegung in gleichgültiger Ablehnung sich selbst und machte keinen ernstlichen Versuch, in Süddeutschland um Verständnis für die preußische Haltung zu werben. Dem immer wieder erhobenen Ruf der um Preußens Ansehen besorgten Parteigänger nach einem „positiven und bestimmten Programm Preußens" [22]), gab die Neue Ära ebensowenig nach, wie sie anfangs auch keine wirksame Beeinflussung der süddeutschen Presse versuchte [23]). Dieselbe Zurückhaltung brachte das Berliner Kabinett zunächst auch noch jenen, vorzugsweise mittel- und norddeutschen Kreisen entgegen, die Preußen die Teilnahme am Kriege durch die Übertragung des Oberbefehls schmackhaft machen wollten. Da in Berlin der Kriegswille noch fehlte, war die Frage des Oberbefehls durchaus sekundärer Natur, und Männer wie Bernhardi, Biedermann und Samwer stießen mit ihren Wünschen, die auf Preußens Eintritt in den Krieg und auf eine Befriedigung des deutschen Nationalgefühls hinausliefen, in Berlin nur auf Bedenken und Besorgnisse [24]).

Erst in der ersten Hälfte des Mai kamen die Dinge in Berlin langsam in Fluß. Die Anordnung der Kriegsbereitschaft, die man Ende April wegen der Gefahren von außen und um der gehobenen Stimmung Deutschlands Vertrauen einzuflößen und ihrer Herr zu bleiben [25]),

---

[20]) Ständig forderte Usedom eine wirksame Bekämpfung der süddeutschen „Piepmeierei", „kriegerischen Drehkrankheit" und „übel angebrachten Gallophagie" (Immediatbericht Usedoms, 28. Mai 1859, Ausfertigung Pr.G.St.A. XIII). Er war der Ansicht, daß Preußen die öffentliche Meinung „in die Zwangsjacke stecken" und durch Aufstellung einer Armee in Deutschland selbst „eine wirkliche Autorität" gewinnen müsse (Bernhardi III, S. 199, 225 f.; Reinhold Müller a. a. O. S. 291).

[21]) Stern VIII, S. 322; Bernhardi III, S. 198 f.

[22]) Dunckerbriefe S. 96—99, 102; Bernhardi III, S. 218 f., 235 f.; Ferres, Sybels Stellung usw. S. 25 ff., 74 f.

[23]) Schultze, Eine preußische Zeitungsgründung in München, Deutsche Rundschau, Bd. 192, S. 25.

[24]) Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, Bd. II, S. 140; Bernhardi III, S. 202 ff., 210.

[25]) Ernst von Coburg II, S. 472, 475, 477.

auf die ganze preußische Armee ausgedehnt hatte[26]), löste eine loyale und patriotische Stimmung in weiten Kreisen Preußens aus[27]). Durch diese Bewegung in Preußen entschieden belebt, trat man jetzt auch der nationalen Bewegung des Südens weniger ablehnend gegenüber. Schleinitz sprach im Herrenhaus davon, daß etwas „Gutes, Großes und Berechtigtes" in dem gegenwärtigen Aufschwung Deutschlands liege. Die Bewegung drücke den Wunsch „dieses großen Landes aus, jetzt und in Zukunft dem Auslande gegenüber, als eine Einheit, als ein untrennbar verbundenes geschlossenes Ganzes dazustehen, und als solches das gesammte, gewaltige Gewicht seiner Kraft in die Wagschale politischer Entscheidungen zu legen". Und der Außenminister betonte unter dem Beifall des Herrenhauses die Sympathien der preußischen Regierung für diese nationalen Wünsche und Tendenzen, die jeder Deutsche nur mit Freuden begrüßen könne, und denen Preußen niemals entgegentreten werde[28]).

Ähnlich wohlwollende Worte fand der Prinzregent in der Thronrede, mit der er den Landtag, der soeben die geforderte Kriegsanleihe bewilligt hatte, am 14. Mai schloß[29]). Neben der Begeisterung der soeben eingezogenen Reserven machte die Bereitwilligkeit der Presse und der Parteien, die Regierung zu unterstützen, einen sehr günstigen Eindruck auf ihn und sein Ministerium[30]). Man ließ sich jetzt durch die loyale Begeisterung im eigenen Lande nicht ungern tragen und trat dem Gedanken der bewaffneten Vermittlung näher[30]).

In diesem Aufschwung erzielte Max Duncker den ersten Erfolg seiner Pressetätigkeit: er leitete eine finanzielle Unterstützung der Braterschen „Wochenschrift" ein[31]), die in dem Kriegsenthusiasmus des Südens das Programm „Krieg nur im Verein mit Preußen" mit Ernst und Mäßigung vertrat[32]). Es war der erste Versuch Preußens, die liberalen Kreise Süddeutschlands dem beherrschenden Einfluß der Augsburger Allgemeinen Zeitung zu entziehen und für die Neue Ära zu gewinnen. Eben durch Dunckers Vermittlung hielt die Berliner Regierung auch die Fühlung mit den Münchener Preußenfreunden aufrecht; Sybels Berichte wurden von Schleinitz und vom Prinzregenten selbst gelesen[31]).

---

[26]) Stern VIII, S. 323.
[27]) Vgl. Sten.Ber.Abg.H. 1859, S. 1081 ff.
[28]) Sten. Ber. Herrenhaus 1859, S. 409; vgl. Berner, Der Regierungsanfang des Prinzregenten, S. 147.
[29]) Sten.Ber.Abg.H. 1859, S. 1117 f.
[30]) Dunckerbriefe S. 108; vgl. Bernhardi III S. 207.
[31]) Dunckerbriefe a. a. O.; vgl. Sybel, Vorträge u. Abhandlungen, Biogr. Einleitung von Varrentrapp, S. 93 f.
[32]) Raumer a. a. O. S. 207 f.

Da wurde auf dem Wege über Duncker im preußischen Außenministerium ein Exposé Baumgartens bekannt, nach welchem Bayern die Absicht haben sollte, selbst gegen Preußens Willen in Frankfurt die Aufstellung der Bundesarmee zu beantragen[33]). Ein solcher Antrag wäre, zum Bundesbeschluß erhoben, dem festen Vorsatz Preußens, sich in dieser Frage vom Bundestag nicht majorisieren zu lassen, schnurstracks zuwidergelaufen; er hätte die Situation herbeigeführt, die Bismarck von Petersburg aus erhoffte: Preußen hätte darin eine Kompetenzüberschreitung des Bundestages, einen Bundesbruch sehen können und dann freie Hand in Deutschland gehabt[34]). Eine Erfassung dieser Situation im Sinne Bismarcks war nun zwar weder die Sache des Regenten noch die seiner Minister; aber man war, wenn wir Duncker Glauben schenken dürfen, in Berlin doch entschlossen, auf einen solchen Bundesbeschluß „mit der Mobilmachung der gesamten Armee und einem Manifest an die deutsche Nation zu antworten“[35]). Daß man in dem gehobenen Selbstbewußtsein dieser Maitage einen solchen Appell an das deutsche Volk erwog, daß man daran dachte, eine Volksbewegung für Preußen zu entfesseln, um durch sie und den drohenden Eindruck von neun preußischen Armeekorps den Bundestag an einer Majorisierung Preußens zu hindern, dieser so plötzlich aufblitzende Gedanke zeigt, daß man in Berlin, wenn man zum Äußersten gedrängt wurde, noch letzte, außergewöhnliche Möglichkeiten sah, das Lebensrecht des eigenen Staates auf eine selbständige Politik zu behaupten. Aber nur schwerste Bedrängnis konnte an solche Mittel denken lassen. Ob man sie in diesem Fall in der Tat ernstlich benützt hätte, oder ob jener Gedanke nur theoretische Erwägung war, zu deren Verwirklichung man im gegebenen Augenblick die Entschlußkraft doch nicht besessen hätte, läßt sich mit Sicherheit deshalb nicht entscheiden, weil bereits einen Tag nach Baumgartens alarmierender Nachricht ein Brief Sybels die Mitteilung von dem beabsichtigten bayrischen Antrag dementierte[36]).

So konnte man in Berlin, ohne im Augenblick eine Majorisierung durch den Bundestag befürchten zu müssen, erst einmal den Erfolg der Mission Willisens abwarten, die eine Einigung mit dem Wiener Kabinett über die Bedingungen für die geplante bewaffnete Vermittlung Preußens bezweckte[37]). Das Berliner Kabinett ging bei diesen Verhandlungen

---

[33]) Dunckerbriefe S. 102; vgl. Schwemer, Geschichte der freien Stadt Frankfurt III, 2, S. 210.
[34]) Bismarck, Ges. Werke Bd. III, S. 37; A. O. Meyer a. a. O. S. 466.
[35]) Dunckerbriefe S. 103.
[36]) Dunckerbriefe S. 111.
[37]) Stern VIII, S. 344.

mit Wien davon aus, daß es Österreich vorläufig überlassen bleiben müsse, den Kampf mit Frankreich und Sardinien, der zunächst nur seine eigenen Interessen berühre, ohne preußische Teilnahme auszufechten. Man wollte in Berlin jedoch auf keinen Fall einen Ausgang des italienischen Krieges dulden, durch den Österreich seiner italienischen Besitzungen beraubt und auf diese Weise in seinen Machtverhältnissen wesentlich beeinträchtigt wurde. Bezeichnend genug, daß für diese Stellung zur italienischen Frage vom preußischen Außenministerium in hohem Grade legitimistische Argumente geltend gemacht wurden, daß man sich eindeutig als Gegner der italienischen Nationalbewegung bekannte und erklärte, mit einem größeren Erfolge der französischen Waffen, „erreicht im offenen Verein mit revolutionären Prinzipien, wäre der Umsturz der bestehenden Rechtsordnungen Europas begonnen und die Folgen davon würden für uns und für Deutschland nicht ausbleiben“ [38]). Auch der Regent selbst hatte schon im März diese Aktivierung der revolutionären Elemente durch Napoleon [39]) als Kriegsgrund für Preußen und Deutschland bezeichnet [40]). Es war das die mittelstaatlichen Höfe beherrschende Motiv der Furcht vor Napoleon und der Revolution [41]), das hier auch den Prinzregenten maßgebend bestimmte, obwohl Preußen als einziger deutscher Staat an der Aufrechterhaltung der Verträge nicht interessiert war.

Während Willisen in Wien unterhandelte und die preußische Regierung inzwischen mit weiteren Schritten zurückhielt [42]), stieg die Erregung im deutschen Süden bis zum Siedepunkt. Die Bevölkerung von Württemberg und Baden, so wußte Herr von Reinhard, der württembergische Bundestagsgesandte, seinem preußischen Kollegen zu berichten [43]), befand sich „in einer unbeschreiblichen, aus Haß und Angst

[38]) Schleinitz an Usedom, 21. Mai 1859 (Konzept Pr.G.St.A. XIII). Ähnlich Schleinitz an Werther, 26. Mai 1859 (Konzept ebenda): „Als Europäischer Macht ... liegt es uns am Herzen, daß diejenigen Rechtsordnungen, auf denen das heutige Europa beruht, nicht in Frage gestellt werden. Auch in Italien nicht. Denn dem Anfange würden die Konsequenzen nicht fehlen.“

[39]) Vgl. darüber Daniels, Die politische Vorgeschichte des Krieges von 1859, Preuß. Jahrb. 206 (1926), S. 2.

[40]) Der alte Kaiser, hrsg. von Pagel, S. 241; vgl. Neumann, Die Stufen des preußischen Konservatismus, S. 157 f.

[41]) Fuchs S. 249 f. Wie stark auch die Haltung eines so nationaldeutsch und liberal gesinnten Monarchen wie des Großherzogs Friedrich von Baden von prinzipiellen antirevolutionären Momenten bestimmt war, zeigen die Briefstellen in Friedrich von Baden I, S. 103 ff., 107, 109, 175.

[42]) Vgl. den zur Mäßigung mahnenden Brief Dunckers an Herzog Ernst (Ernst von Coburg a. a. O. II, S. 488 f.).

[43]) Immediatbericht Usedoms, 19. Mai (Ausfertigung Pr.G.St.A. XIII).

gemischten Aufregung. Es ist unter dem Volk von nichts Anderem als dem bevorstehenden Einmarsch der Franzosen die Rede, wo man alsdann die alten ‚Franzosenzeiten' wieder erwarten könne, und der öffentliche Unwille wendet sich um so stärker gegen die Landesregierung, wenn die einberufenen Truppen nirgends zum Schutze des Landes aufgestellt oder zusammen gezogen werden". Es war nicht nur mittelstaatliche Taktik, die, um Preußen voranzutreiben, die Erregung im Lande übertrieben dargestellt hätte. Auch aus anderen Quellen kamen Usedom ähnliche Nachrichten, so daß er besorgt meinte [43]), man scheine in Süddeutschland „in der That zu den überspannten Zuständen des Jahres 1848 zurückgekehrt zu sein, wo ein Hauch des Mißtrauens, eine verdrehte Äußerung Throne erschüttern konnte". Entsprechende, allerdings der Komik nicht ganz entbehrende Schilderungen entwarf der preußische Gesandte in München von den bayrischen Zuständen [44]).

Einer Wiederkehr der Ereignisse von 1848 war jedoch das Ministerium des Regenten fest entschlossen entgegenzutreten. Wilhelm selbst hatte schon vor Monaten die Hilflosigkeit der süddeutschen Regierungen gegenüber ihren Bevölkerungen und undisziplinierten Truppen in scharfen Worten verurteilt [45]); jetzt beabsichtigte man in Berlin, einige Armeekorps zu konzentrieren, und zwar „zu dem doppelten Zweck — der Bereitschaft gegen außen und der Zügelung Deutschlands. Denn es wäre allerdings eine bedenkliche Krisis, wenn einige

---

[44]) Löwenstein an Schleinitz, 1. Juni 1859 (Ausfertigung Pr.G.St.A. XIII). Er berichtete, „daß die hier herrschende kriegerische Stimmung gegen Frankreich sich gegen Preußen zu kehren anfängt und allmälig einen mehr demokratischen Charakter annimmt. In neuster Zeit sind diese beiden Erscheinungen noch schärfer zu Tage getreten. Die Theuerung der Lebensmittel und namentlich der Preisaufschlag des Bieres, der Mangel an Verdienst, die Stockung in allen Geschäften sind an und für sich schon genügende Motive der Unzufriedenheit für die arbeitenden Klassen. Nachdem ferner das Militair auf Kriegsfuß gestellt ist, ohne daß im Publikum über die beabsichtigte Verwendung desselben etwas verlautet, wird der Druck dieser Maßregel von Tag zu Tag mehr empfunden, man vergegenwärtigt sich die damit verbundenen ungeheueren Ausgaben und legt Preußen die Verzögerungen, die stattfinden, zur Last. Das Militair selbst ist in hohem Grade unzufrieden und äußert seine Ungeduld durch sonntägliche sogenannte Bierkrawalle, wobei durch Militairpatrouillen die Ruhe erhalten oder wiederhergestellt werden muß. Es dürfte daher kaum zu bezweifeln sein, daß eine längere Dauer der gegenwärtigen Spannung geeignet wäre, Zustände der bedenklichsten Art herbeizuführen". Vgl. auch Rechbergs Äußerung über die revolutionäre Stimmung in Süddeutschland bei Daniels, Die politische Vorgeschichte des Krieges von 1859, Preuß. Jahrb. 206, S. 9.

[45]) Der alte Kaiser, Briefe und Aufzeichnungen, hrsg. von Pagel, S. 242.

deutsche Regierungen sich schon jetzt zu schwach fühlen, um in ihren Entschließungen dem Drängen revolutionairer Elemente einen Widerstand zu leisten“ [46]).

Aus Besorgnis vor einer Verstärkung solcher revolutionären Bestrebungen sah die preußische Regierung auch etwaigen Kundgebungen politischer Notabeln nur mit Bedenken entgegen. Als sich die alten Erbkaiserlichen wieder zu regen begannen und den Plan erwogen, eine größere Zusammenkunft „zur Besprechung der obschwebenden Fragen“ zu veranstalten [47]), und als Baumgarten durch Duncker auch Auerswald und dem Fürsten Hohenzollern von den dafür getroffenen Vorbereitungen Mitteilung machen ließ, da war es der dringende Wunsch der beiden Minister, „daß man von der Zusammenkunft abstehen möchte“ [48]). Eingehende Begründung fand diese Ablehnung in Briefen Dunckers an Baumgarten [48]) und Häußer [47]). Eine Stärkung des preußischen Kriegswillens erscheine jetzt weniger notwendig als „eine Herabstimmung der sehr hochfliegenden Absichten in Wien“. Daß die Zusammenkunft jedenfalls in Süddeutschland mit geringer preußischer Beteiligung stattfinden und unter dem Druck der erregten süddeutschen Stimmung die Kluft zwischen Nord und Süd erneut aufreißen werde, sei bedenklich. Und selbst für den Fall, daß die Verhandlungen ohne solche Verschärfung der bestehenden Gegensätze verlaufen sollten, würde der Eindruck einer solchen Versammlung in Berlin „an maßgebender Stelle für den großen nationalen Zweck nicht günstig sein“. Man werde in der Zusammenkunft ein neues Vorparlament oder einen neuen Versuch erblicken, „Preußen durch Agitation in den Krieg zu drängen“. Daraus ergab sich für Duncker die dringende Mahnung, „zunächst keinen massenhaften Schritt zu tun“, da zudem zu befürchten sei, die übrigen deutschen Regierungen möchten einen solchen als Wiederaufleben des Unionsparlaments betrachten. Die beabsichtigte Versammlung unterblieb also, zumal es dieselben Erwägungen waren, die dem Plan in Nassau, München und Stuttgart Widerstände bereiteten [49]).

In Berlin verharrte man auch weiterhin in der Ablehnung der nationalen Regungen Deutschlands. Stolz verkündete man zwar: „Um Deutschland ... werben wir durch Taten“ [50]), begründete damit, daß man es nicht nötig habe, um Deutschland durch Worte zu werben, und

[46]) Schleinitz an Werther, 26. Mai (Konzept Pr.G.St.A. XIII).
[47]) Heyderhoff-Wentzke, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, Bd. I, S. 37 f.
[48]) Dunckerbriefe S. 111.
[49]) Heyderhoff-Wentzke I, S. 41; vgl. Biedermann a. a. O. II, S. 142 f.
[50]) Heyderhoff-Wentzke I, S. 44; vgl. Sten.Ber.Abg.H. 1859, IV, S. 834.

gab sich der Zuversicht hin, daß Deutschland aus jenen Taten „schon das Rechte heraushören" werde[50]). Aber die Taten blieben aus. Bernhardis Forderung nach einer Politik, um die sich „die öffentliche Meinung und die Völker Deutschlands" scharen könnten, fand zwar die Billigung des Ministerpräsidenten, stieß jedoch auf den unüberwindlichen Widerstand der Minister Schleinitz und Bonin[51]). Vergeblich drängte Sybel wieder und wieder auf eine wirksame Beeinflussung der Presse[52]). Preußen hüllte sich in tiefes Schweigen über seine Ziele zur Kriegsfrage und zur deutschen Frage, die, von jener aufgerührt, jetzt mehr und mehr in Fluß geriet[53]). Nur vertrauliche Äußerungen gewähren Einblick in die mannigfach gespaltenen und sich kreuzenden Intentionen der Berliner Politik. Der Prinzregent sei weit davon entfernt, „Preußen vergrößern zu wollen", er denke nicht daran, „durch ein deutsches Parlament das Entgegenkommen der Bevölkerungen zu gewinnen", schrieb Duncker an den württembergischen Staatsrat Rümelin, — jedoch mit dem bezeichnenden Zusatz: „nur das rücksichtsloseste Vorgehen ohne und gegen Preußen könnte eine Veränderung in diesen Ansichten hervorbringen"[54]). Der Prinzregent mußte sich — das anläßlich jenes bayrischen Antrages beabsichtigte

---

[51]) Bernhardi III, S. 218 f., 235 f.

[52]) Dunckerbriefe S. 135.

[53]) Charakteristisch ist ein politischer Bericht des preußischen Legationsrats Zschock in Stuttgart vom 20. Mai (Ausfertigung Pr.G.St.A. XIII): „Im Allgemeinen hat sich seit kurzem das Vertrauen zu Preußen gehoben ... Gegenstand der allgemeinen Frage ist und bleibt ... die oberste militärische Leitung. Diese Frage hängt auch im Munde des Volks innig zusammen mit der andern wegen der Verfassung des deutschen Bundes. Daß letztere nicht fortbestehen könne, wie sie ist, sagt ein Jeder. Doch die überwiegende Mehrzahl fügt hinzu, daß sie anders werden müsse durch Preußen. Österreich bei der Neugestaltung in ein entfernteres Verhältnis zum Bunde zu setzen und Preußen als dessen Haupt anzuerkennen, gilt bereits für eine Art von Postulat der Vernunft selbst bei Solchen, die früher entschiedenste Gegner dieses Gedankens waren. Damit löst sich dann nach vorherrschender Auffassung die Frage wegen des Oberfeldherrn sehr einfach. An bundesrechtliche Normen denkt dabei Niemand mehr. Man erwartet nur, daß ... der Prinz-Regent, wenn der große Moment gekommen ist, den Feldherrnstab über die deutschen Heere ergreift, dieses der Nation ankündigt und von Fürsten und Völkern Kriegsfolge fordert. Daß dann von keiner Seite her Weigerung gewagt werde, glaubt man allgemein ..." Dieser Bericht zeigt, obwohl sein auf eine preußische Nationalpolitik drängender Verfasser (vgl. Dunckerbriefe S. 84, 112 f., 143 f.) die Stimmungen der württembergischen Bevölkerung zweifellos zugunsten Preußens übertrieb, daß eine preußisch orientierte, eigentliche Bundesreformbewegung, die in Bayern erst nach Kriegsende einsetzt (Raumer, Das Jahr 1859 usw. S. 282 ff., vgl. oben S. 16), in Württemberg z. T. schon frühere Aufsätze hat.

[54]) Dunckerbriefe S. 127.

„Manifest an die deutsche Nation" ist dafür symptomatisch — erst durch österreichische oder mittelstaatliche Eingriffe in die Initiative, die Preußen in der Kriegsfrage am Bundestage entschieden für sich allein in Anspruch nahm[55]), brüskiert fühlen, ehe das preußische Selbstbewußtsein in ihm die prinzipiellen Bedenken zurückdrängte und ihn, um eine Majorisierung Preußens durch den Bund zu hindern, an das „revolutionäre" Bündnis mit dem deutschen Volk denken ließ. Aber auch bei einem solchen Bunde durfte der Anstoß nur von oben kommen. Ging — wie bei jener geplanten Zusammenkunft deutscher Politiker — die Initiative von der anderen Seite, von der Nation selbst aus, so daß das Berliner Kabinett die Führung der Dinge nicht mehr unbedingt in der Hand hielt, dann sah man in Berlin darin ein „Vorparlament", eine ungesetzliche und revolutionäre Initiative. —

In eine neue Phase trat die seit Mitte Mai ins Stocken geratene preußische Politik erst ein, als mit der österreichischen Niederlage bei Magenta (4. Juni) die ernsten Vorgänge in Italien eine beschleunigte Entscheidung in Berlin erforderlich machten[56]). Einen förmlichen Bündnisvertrag mit Österreich abzuschließen, hielt man auch jetzt noch für unzweckmäßig[57]). Ganz abgesehen von dem in der November-

[55]) Bezeichnend dafür ist die Resonanz, die der von Hannover Mitte Mai in Frankfurt gestellte Antrag auf Aufstellung eines Observationskorps in Oberdeutschland in Berlin fand. Preußen gab am Bunde unter Ablehnung des Antrages die Erklärung ab, es erwarte von den deutschen Regierungen, daß sie ihm „die Initiative für die notwendigen militärischen Maßregeln überlassen". Protokolle der deutschen Bundesversammlung (im folgenden zitiert: Pr.B.V.), 1859 S. 382 c. Die Erklärung erregte „große Sensation" (Immediatbericht Usedoms, 19. Mai, Ausfertigung Pr.G.St.A. XIII), und die Inanspruchnahme der Initiative durch Preußen führte zu Gegenerklärungen der Mittelstaaten, worin sie diese Initiative nur unter Vorbehalt des eigenen Rechts auf Initiative anerkannten (Immediatbericht Usedoms 26. Mai, Ausfertigung ebenda).

[56]) Schleinitz an Löwenstein, 6. Juni, Telegramm (Pr.G.St.A. XIII), ausführlicher das vertrauliche Berliner Zirkular vom 24. Juni (ebenda, vgl. Ernst von Coburg II, S. 497).

[57]) Ein preußisches Promemoria von Anfang Juni (Pr.G.St.A. XIII), das zu diesem negativen Ergebnis kam, stellte folgende Bedingungen für ein Bündnis auf: „Wir würden als Leistung den Casus belli gegen Frankreich als Österreichs Bundesgenosse für einen bestimmten Fall zusagen. Als Gegenleistung würden wir etwa verlangen können:

1) das Alternat im Präsidium des Bundes,
2) ein vertragsmäßiges Arrangement, daß wir nur solche Bundesbeschlüsse herbeiführen, zulassen, endlich ausführen werden, über welche zwischen Österreich und Preußen vorher eine Einigung stattgefunden,
3) die Überlassung des Besatzungsrechts von Mainz auch für das von Österreich zu bestellende Besatzungs-Drittel

und noch einige ähnliche Zusagen für Bundes-Reformen."

ansprache ausgesprochenen Grundsatz des Regenten, daß Preußen sich außenpolitisch nicht die Hände frühzeitig durch Traktate binden dürfe[58]), schien eine solche Allianz tragbar überhaupt nur unter Zusicherung gewisser Bundesreformen, die im wesentlichen auf die schon von Manteuffel und Bismarck erstrebte Gleichberechtigung am Bundestage hinausliefen[57]). Aber neben der Erwägung, daß solche Zugeständnisse von seiten Österreichs unwahrscheinlich waren, war es in erster Linie die Stimmung im Lande, die dem preußisch-österreichischen Bündnis entgegenstand. Und dieser öffentlichen Meinung trug man im Kabinett Rechnung, wenn man das Bündnis fallen ließ, da man „in diesem Falle ganz Europa gegen sich und, was schlimmer ist, die eigene Nation nicht für sich haben würde“[60]). Zum ersten Male zeigte sich hier eine unmittelbare Einwirkung antiösterreichischer Strömungen in der preußischen Bevölkerung auf die Politik der Regierung[61]). Da die Allianz nicht in Betracht kam, und auch umgekehrt eine Ausnutzung der dem Kaiserstaat ungünstigen öffentlichen Meinung gegen Österreich dem Ministerium völlig fern lag, steuerte man die Mittelstraße. Für die beabsichtigte bewaffnete Vermittlung beanspruchte man den Oberbefehl über die außerösterreichischen Bundestruppen, und zwar außerhalb der einengenden Normen der Bundeskriegsverfassung. Durch die Mobilmachung von sechs Armeekorps, den Antrag am Bundestage auf Aufstellung einer süddeutschen Armee[62]) und die Berufung mittelstaatlicher Militärbevollmächtigter nach Berlin[63]) verlieh Preußen seiner Forderung den nötigen Nachdruck. Als Rechberg trotzdem den preußischen Oberbefehl von der Hand wies[64]), mußte man sich in Berlin noch nach anderen Druckmitteln umsehen; jetzt endlich suchte man die Unterstützung der nationalen Bewegung für die Forderung des preußischen Oberkommandos zu gewinnen. Dem unverkennbaren Umschwung im Berliner Kabinett in diesem Stadium des Krieges entsprach eine fühlbare Wandlung in der öffentlichen Meinung. Seit Magenta hatten die Sympathien für Österreich im Süden wie im Norden Deutschlands merklich nachgelassen[65]), wogegen die preußische Mobilmachung

---

[58]) Berner, Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe usw. I, S. 449.

[60]) „Zur Situation“, Aufzeichnung von Auerswalds Hand (Nachlaß Auerswald), undatiert, jedoch offenbar ebenfalls Anfang Juni anzusetzen.

[61]) Vgl. Engel-Jánosi, Rechberg, S. 72.

[62]) Stern VIII, S. 344 f.

[63]) Preußische Zirkulardepesche vom 18. Juni (Pr.G.St.A. XIII).

[64]) Ringhoffer a. a. O. S. 409; Berner, Der Regierungsanfang des Prinzregenten, S. 168 f.; Stern a. a. O.

[65]) Immediatbericht Usedoms vom 7. Juni; Wentzel an Schleinitz, 17. u. 21. Juni; Immediatbericht Richthofens vom 19. Juni (sämtlich Ausfertigung Pr.G.St.A. XIII).

in der süddeutschen Bevölkerung „mit größtem Enthusiasmus“ aufgenommen wurde [66]). So fand Max Duncker, der noch einen Monat zuvor jede öffentliche Kundgebung zurückgewiesen hatte, einen aufnahmefähigen Boden, wenn er jetzt überall Kundgebungen für eine preußische Führung des Krieges hervorzurufen sich bemühte. Man wollte in Berlin zunächst „eine Basis für die Stellung Preußens in Deutschland“ gewinnen, die nach Dunckers Ansicht niemals allein durch jene militärtechnischen Vereinbarungen mit den Offizieren der deutschen Staaten [67]) zu erlangen war, zumal da Bayern und andere Mittelstaaten eigene Kommandos verlangten [68]). Der Weg militärischer und diplomatischer Verhandlungen erschien Duncker vielmehr für die Erreichung des preußischen Oberbefehls aussichtslos, „wenn die Bevölkerungen die Regierungen nicht an Preußen herandrängen“ [69]).

Hemmender noch als der Widerstand der deutschen Höfe gegen die Einheit der Kriegführung unter preußischem Kommando war jedoch die Unentschlossenheit und Zwiespältigkeit im Berliner Ministerium selbst [70]). Die Mobilmachung hatte keineswegs den innersten Wünschen aller Kabinettsmitglieder entsprochen; insbesondere Schleinitz war trotz der wohlklingenden Worte, die er im Mai im Herrenhaus gesprochen, dem Kriege abgeneigt [71]), und wird daher für eine Unterstützung des preußischen Strebens nach dem Oberkommando durch die deutschen Bevölkerungen kein Interesse gehabt haben. Wirklich zum Kriege entschlossen waren nur der Regent und Fürst Hohenzollern [70]), beide übrigens den Gedanken nicht unzugänglich, durch den Krieg dauernd an die Spitze Deutschlands zu gelangen [72]). Ihre Auffassung, die durch das Widerstreben der übrigen Minister gehemmt wurde, suchte Duncker zu stützen. Durch Kundgebungen der öffentlichen Meinung dachte er also einen Druck auszuüben nicht nur auf die mittelstaatlichen Regierungen, die sich gegen den preußischen Oberbefehl sperrten, sondern auch auf die entgegenwirkenden Elemente im Berliner Kabinett selbst und schließlich auch auf die preußische Bevölkerung. Denn die mangelnde Initiative des Kabinetts empfing nicht etwa aus dem Lande Schwung und Antrieb, sondern dort war der sogenannte „Krieg für

---

[66]) Immediatbericht Schulenburgs vom 17. Juni (Ausfertigung Pr.G.St.A. XIII); vgl. Dunckerbriefe S. 143.

[67]) Protokolle der Militärverhandlungen, Pr.G.St.A. XIII.

[68]) Dunckerbriefe S. 144; Berner a. a. O. S. 167 f.; Rudolf Haym, Briefwechsel, hrsg. von Rosenberg, S. 187.

[69]) Dunckerbriefe a. a. O.

[70]) Rudolf Haym, Briefwechsel a. a. O.

[71]) Berner a. a. O. S. 83.

[72]) Vgl. Das Kronratsprotokoll vom 8. Juli, Engel-Jánosi a. a. O. S. 52.

Österreich", abgesehen von der Armee, nach dem Abflauen der Anfang Mai hervorgetretenen Begeisterung in weiten Kreisen recht wenig populär [73]). Ebenso wie diese Stimmung das preußisch-österreichische Bündnis verhindert hatte, wirkte sie auch auf die Berliner Kriegsentschlossenheit lähmend ein. Dem wußte Duncker nur ein Mittel entgegenzusetzen: „Die Gelangung Preußens an die Spitze, wenn auch nur für den Krieg." [73])

Die Anregungen Dunckers bei seinen Parteifreunden, für den preußischen Oberbefehl zu wirken, trafen zusammen mit dem Anwachsen jener Strömung in der nationalen Bewegung, die bei der Unterstützung Österreichs durch den Bund die diplomatische und militärische Führung des außerösterreichischen Deutschland für die Dauer des Krieges in der Hand Preußens vereinigt wissen wollte [74]). Gewann doch auch im Süden die Forderung preußischen Oberbefehls mehr und mehr an Boden [75]). In diesem Sinne sprachen sich die Nassauer [76]) und die Württemberger [77]) Erklärung aus.

Beide Erklärungen sprachen auch von einem deutschen Parlament [78]), die Württemberger sogar von einer dauernden Umgestaltung der deutschen Zentralgewalt [79]). Eine Einwirkung Dunckers auf diese

[73]) Dunckerbriefe S. 144, 146.

[74]) Vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 322.

[75]) Vgl. Raumer a. a. O. S. 301 f.

[76]) Abgedruckt bei Planck, Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit, S. 70 ff.; vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 322 f. und Biedermann a. a. O. II, S. 149 ff.

[77]) Abgedruckt bei Planck a. a. O. S. 86 ff.; vgl. Oncken a. a. O.; ferner Hans Otto Mayer, A. L. Reyscher als Politiker, Diss. Tübingen 1928, S. 45.

[78]) Planck a. a. O. S. 84, 88.

[79]) Planck a. a. O. S. 88. Eine, allerdings ganz allgemein gehaltene Anregung zu dauernder Bundesreform ging in denselben Tagen auch von dem Großherzog Friedrich von Baden aus. Dem preußischen Gesandten in Karlsruhe machte er den Vorschlag, der Prinzregent möge gleichzeitig mit der im Frankfurter Gebiet beabsichtigten Aufstellung des dritten preußischen Armeekorps in Frankfurt Wohnsitz nehmen, wohin sich alsdann zweifellos auch die übrigen deutschen Souveräne begeben würden. Bei dieser Gelegenheit könne dann „auch die Frage wegen einer der ganzen Sachlage mehr entsprechenden Dauer verheißenden Organisation der deutschen Bundes-Verhältnisse in Angriff genommen und zum baldigen Abschluß gebracht werden". Der badische Minister Meysenbug stimmte den Ansichten des Großherzogs bei und erklärte, „daß seiner Überzeugung nach die Epoche nahe bevorstehe oder schon eingetreten sei, welche über die nothwendige Neugestaltung Deutschlands entscheiden werde". (Flemming an Schleinitz, Vertraulich, 23. Juni, Ausfertigung Pr.G.St.A. XIII.) Auffallend ist allerdings, daß dieses Gedankens in dem direkten Schreiben des Großherzogs an den Regenten vom 24. Juni (Friedrich von Baden I, S. 109 f.) nirgends Erwähnung geschieht.

beiden Kundgebungen ist nicht nachweisbar. Soviel wir sehen, waren sie ohne vorherige Fühlungnahme mit Berlin, ganz spontan unter dem Druck der politischen Lage erfolgt, der durch die zweite große Niederlage Österreichs am 24. Juni bei Solferino noch verstärkt wurde. Aber die Verbindungsfäden, die zwischen den Abgeordneten aus Nassau und Württemberg und der Berliner Regierung offenbar nicht bestanden, wurden von anderen Kreisen, die die preußische Führung erstrebten und proklamierten, um so eifriger gesponnen. Nicht nur die Münchener Politiker um die „Bayrische Wochenschrift", die durch Duncker in ständiger Fühlung mit der preußischen Regierung standen, waren sich darüber klar, daß man eine Agitation, die eine vorübergehende Übernahme der Führung Deutschlands durch Preußen vorsah, erfolgreich nur dann betreiben konnte, wenn man des preußischen Einverständnisses sicher war. Nach Dunckers Warnungen im Mai lag ja die Gefahr nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß das preußische Ministerium die Bewegung als etwas Ungesetzliches oder gar Revolutionäres ablehnen würde [80]). Um derartigen Eventualitäten vorzubeugen, nahm man auch jetzt wieder die Verbindung mit Berlin auf. Biedermann war es, der am 26. Juni bei Max Duncker sondierte und in präziser Formulierung die beiden Fragen stellte, die die Öffentlichkeit erfüllten: nämlich erstens, „ob die preußische Regierung behufs eventueller Führung eines Krieges gegen Frankreich für sich die militärische und diplomatische Führerschaft in Deutschland fordern und auf dieser Forderung auch fest bestehen werde?", und zweitens, ob „die preußische Regierung, zur Unterstützung dieser ihrer Forderung, wenn nöthig, an die Nation appeliren oder doch, falls aus letzterer heraus ihr eine solche Unterstützung entgegenkäme, diese acceptiren und verwerthen würde?" [81])

Nichts konnte den Absichten Max Dunckers gelegener kommen als diese Anfrage. Seine Antwort vom 3. Juli war eine lebhafte Bejahung. Er versicherte, Preußen wolle bei dem bevorstehenden Eintritt des Bundes in den Krieg die militärische und diplomatische Leitung Deutschlands übernehmen. Man habe in Berlin sogar die Absicht, „nach wiederhergestelltem Frieden zwar nicht diese Diktatur in der Hand zu behalten, aber niemals zum alten Bundestage zurückzukehren, bevor derselbe einer eingehenden Reform unterzogen ist. Für die Erlangung dieser obersten Leitung wünscht und erwartet man die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Deutschland, natürlich vorausgesetzt, daß die betreffende Kundgebung nicht den gesetzlichen Weg verlasse oder überschreite". Duncker machte weiterhin kein Hehl daraus, daß er sich

[80]) Biedermann a. a. O. II, S. 152.
[81]) Biedermann a. a. O. II, S. 152 f. Vgl. Dunckerbriefe S. 152.

durch solche Kundgebungen die unbedingt erforderliche „belebende" Einwirkung auf Preußens Regierung und Volk verspreche [81]). In demselben Sinne wurden Sybel und Baumgarten von Duncker dringend gemahnt, in Bayern Kundgebungen für die preußische Führung zustande zu bringen [82]).

Dieser Einwirkung Dunckers auf die Münchener und auf Biedermann traten zur Seite die Beziehungen eines hohen preußischen Verwaltungsbeamten, des der Neuen Ära politisch nahestehenden Präsidenten Lette zu der hannoverschen Opposition. Mit der Dringlichkeit und mit den Argumenten Dunckers forderte Lette August Lammers, den Redakteur der hannoverschen „Zeitung für Norddeutschland", auf, alle Gesinnungsgenossen in Hannover und Bremen zu Kundgebungen im Sinne der Württemberger Erklärung zu veranlassen [83]).

Während Duncker und Lette alle Hebel in Bewegung setzten, um die deutschen Bevölkerungen zur Forderung des preußischen Oberbefehls zu drängen, unternahm die preußische Regierung selbst jetzt den entscheidenden Schritt und stellte am 4. Juli am Bundestag den Antrag, dem Prinzregenten den Oberbefehl über die Gesamtheit der deutschen Streitkräfte zu übertragen [84]). Zu gleicher Zeit gewann — zur Unterstützung dieser preußischen Aktion gerade recht — der im Mai fallengelassene Plan einer großen Versammlung deutscher Politiker in der nationalen Bewegung erneut Gestalt. Um auch für diesen konkreten Fall von Berlin eine bindende Zusage zu erhalten, wandte sich Biedermann abermals an Duncker (6. Juli) mit der Frage, ob Preußen darauf eingehen werde, „falls eine Versammlung angesehener Männer aus allen Theilen Deutschlands ... die preußische Regierung um Übernahme der militärischen und politischen Leitung Deutschlands in der gegenwärtigen Krisis, die anderen Regierungen aber um Übertragung dieser Leitung an Preußen bäte?" [85]). In seiner Antwort, die er am 8. Juli unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von dem französisch-österreichischen Waffenstillstand abfaßte [85]), bezeichnete Duncker, der wie der Minister Auerswald [86]) an eine nachdrückliche

---

[82]) Dunckerbriefe S. 150, 154.

[83]) Emminghaus, August Lammers, S. 78 f. Das vom 7. Juli datierte Schreiben ist allem Anschein nach die Antwort auf einen Brief Lammers vom 24. Juni (Dunckerbriefe S. 145), als dessen Empfänger wohl nicht, wie der Herausgeber annimmt, Francke, sondern Lette anzusehen sein wird.

[84]) Preußen und der Friede von Villafranca, S. 19; Wehrenpfennig a. a. O. S. 68.

[85]) Biedermann a. a. O. S. 153.

[86]) Undatierte Aufzeichnung von Auerswalds Hand (9.—10. Juli). Nachlaß Auerswald.

preußische Friedensvermittlung dachte[87]), die Unterstützung der öffentlichen Meinung für Preußen als nunmehr noch wichtiger. Man werde es in Berlin keineswegs illegal finden, wenn eine Versammlung politischer Wortführer aus verschiedenen Ländern eine solche Erklärung abgeben werde. Man werde einen solchen Schritt beifällig aufnehmen und vielleicht öffentlich erklären: ‚man sei bereit dazu, wenn die anderen Regierungen einwilligten'.

Der Gegensatz dieser Zusage Dunckers zu seiner Haltung im Mai, wo er noch befürchtet hatte, der Regent werde eine solche Zusammenkunft als ein neues Vorparlament ansehen, springt in die Augen. Jetzt, wo es sich nicht mehr darum handelte, ein unentschlossenes Preußen vorzeitig in den Krieg zu drängen, sondern darum, dem kriegswilligen Teil des Kabinetts die Oberhand und dem Prinzregenten den deutschen Oberbefehl zu verschaffen, waren die Kreise in der Berliner Regierung, die den Augenblick für den Kriegseintritt gekommen glaubten, nicht abgeneigt, die Hilfe der Nation auzunehmen. Gewiß wurde die Zusage Dunckers durch die Einwilligung der anderen Regierungen als conditio sine qua non abgeschwächt. Man war eben — im Sinne jener durch die Novemberansprache propagierten Politik der Wahrung aller Rechte — in Berlin nicht zu einem Vorgehen bereit, dem die deutschen Bundesgenossen ihre Zustimmung versagt hätten. Aber diese Abschwächung hatte doch nicht eine solche Bedeutung, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheinen möchte. Denn eine solche öffentliche Erklärung, die man in dieser eindeutigen Form später niemals abzugeben gewagt hat, hätte der nationalen Bewegung den guten Willen Preußens, an dem sie immer wieder irre wurde, klar gezeigt und das ganze Odium eines eventuellen Scheiterns auf die anderen Kabinette abgewälzt. Gegen diese mußte sich dann, bei der äußeren Kriegsgefahr, der hochgehenden Erregung im Volke und dem überall erschütterten Ansehen der kleineren Regierungen doppelt bedenklich, die Entrüstung der enttäuschten und verängstigten Bevölkerungen wenden. Preußen aber hätte die Sympathien der ganzen Bewegung auf seiner Seite gehabt, und wenn jemals, dann hätte in diesem Kriegssommer 1859, der den militärisch allein gefährlichen Partner Österreich auf den italienischen Schlachtfeldern festhielt, ein Bündnis zwischen Preußen und dem deutschen Volke den mittelstaatlichen Regierungen die hohenzollernsche Führung auch ohne inneren Krieg abzwingen können. —

Ob Biedermann Dunckers Informationen verwertet, ob er sie weitergeleitet hat, oder ob sie auf die im Laufe des Juli und August 1859 erlassenen nationalen Kundgebungen noch nachträglich einge-

[87]) Haym a. a. O. S. 201.

wirkt haben, ist nicht bekannt[88]). Ihren unmittelbaren Zweck erfüllten sie nicht mehr: Dunckers Bemühungen, die von der Voraussetzung ausgingen, daß Preußen als bewaffneter Vermittler das deutsche Oberkommando benötigen werde, scheiterten, als Franz Joseph und Napoleon dieser Vermittlung bereits drei Tage nach dem Waffenstillstand durch den Abschluß des Präliminarfriedens von Villafranca zuvorkamen.

[88]) Biedermann berichtet in seinen Memoiren nichts weiter über diese Dinge.

Kapitel II.

Die Haltung Preußens zur Bundesreformbewegung bis zur Beantwortung der Stettiner Adresse.

Villafranca bedeutete einen Einschnitt für die deutsche Politik Preußens wie für die Bewegung der öffentlichen Meinung. Nach dem Friedensschluß war die akute Gefahr und damit das unmittelbare Motiv für die Forderung preußischer Führung nicht mehr vorhanden. Aber die nationale Bewegung beruhigte sich nicht mit dem Frieden von Villafranca [1]). Der Eindruck der Hilflosigkeit des Bundes in kriegerischen Verwickelungen wirkte bei den Liberalen so stark nach, daß sie eine grundsätzliche Neuregelung der Bundesverhältnisse für die einzige Möglichkeit hielten, der Wiederkehr derartiger drohender Situationen vorzubeugen. So wuchs aus der Kriegsfrage jetzt die deutsche Verfassungsfrage mächtig hervor. Die dauernde Umgestaltung des Bundes, vor Villafranca nur hie und da vorsichtig erwogen [2]), ward jetzt die Forderung weiter Kreise. Und da der Friede die im liberalen und nationalen Lager bestehende Skepsis gegen das geschlagene Österreich verstärkt hatte, so richteten sich die Augen dieser Männer auf den preußischen Staat. Unter preußischer Leitung sollte eine großzügige Bundesreform eingeleitet werden. So wollte es das Programm der Erklärung, die am 17. Juli — also kaum eine Woche nach Villafranca — von einer Eisenacher Versammlung deutscher Demokraten, anscheinend ohne vorherige Fühlungnahme mit Berlin, jedenfalls bestimmt ohne die teilweise dahinter vermutete preußische Initiative [3]), erlassen wurde [4]). Der

---

[1]) Zum folgenden vgl. Wehrenpfennig a. a. O. S. 3; Mommsen, Miquel I, S. 173 f.; Raumer a. a. O. S. 319.

[2]) Vgl. die Württembergische Erklärung (oben S. 27 f.), die Anregung des Großherzogs Friedrich von Baden (oben S. 27 Anm. 79) und Biedermann a. a. O. II, S. 143—148.

[3]) Schwab, Der deutsche Nationalverein (Diss. Bern 1902) S. 6.

[4]) Oncken, Bennigsen I S. 323 f. Die Eisenacher Versammlung war schon seit Pfingsten (12. Juni) geplant, also bereits während des Krieges verabredet (Bernstein, Schulze-Delitzsch S. 111 f.), ihre Beschlüsse wurden aber zweifellos erst durch den Friedensschluß entscheidend be-

Bundestag sollte durch eine verstärkte Zentralgewalt ersetzt und ein deutsches Parlament einberufen werden. Preußen sollte dabei die Initiative ergreifen und „bis zur definitiven Konstituierung der deutschen Zentralregierung" die diplomatische und militärische Leitung Deutschlands übernehmen. Man dachte auch jetzt vorerst nur an eine provisorische Übernahme der Führung durch Preußen; aber man tat doch schon einen Schritt weiter als die Unterzeichner der Nassauer und Württemberger Erklärung, wenn man diese sofortige Übernahme auch im Frieden für nötig hielt. Zwei Tage nach der Eisenacher Erklärung am 19. Juli erschien die von Bennigsen entworfene Hannoversche Erklärung [5]), der Eisenacher inhaltlich ähnlich, nur in den Formulierungen weniger prägnant. Ihr Zustandekommen, gleich der Eisenacher Versammlung schon während des Krieges vorbereitet, war zweifelsohne von der aus Preußen durch Lette an Lammers gegen Kriegsende gerichteten Aufforderung zu hannoverschen Kundgebungen für den preußischen Oberbefehl nicht unbeeinflußt geblieben. Schon am 9. Juli, zwischen Waffenstillstand und Präliminarfrieden von Villafranca, hatte Lammers nach Berlin von der geplanten Erklärung Mitteilung gemacht [6]).

Die Eisenacher und die Hannoversche Erklärung bezeichnen schlaglichtartig die durch den Friedensschluß gewandelte Situation in der nationalen Bewegung. Dem entsprach die völlige Veränderung, die die politische Lage Preußens durch Villafranca erfahren hatte [7]). Dem Drängen der öffentlichen Meinung auf Kriegshilfe hatte man in Berlin erst die kalte Schulter gezeigt, hatte dann, zum Kriege spät entschlossen, den Oberbefehl beansprucht und für diesen die Unterstützung der Nation gesucht und war schließlich durch den überraschenden Abschluß des Friedens daran gehindert worden, die militärisch-politische Leitung des Bundes während des Krieges zu übernehmen. Insofern bedeutete

---

stimmt. Vgl. Thorwart, Schulze-Delitzsch' Schriften und Reden V S. 136, und zur Entstehungsgeschichte der Eisenacher Erklärung Neumann, Die Mitarbeit der Thüringer am deutschen Nationalverein S. 7 ff., 19 f.

[5]) Planck a. a. O. S. 89 ff. Vgl. Oncken, Bennigsen I S. 324 ff.

[6]) Dunckerbriefe S. 154 f. Dieser Brief, obwohl weder an Lette noch an Duncker selbst, sondern an einen bislang unbekannten, offenbar journalistisch tätigen Empfänger (Aegidi?) gerichtet, kann nur als Folge jener Mitteilung Lettes angesehen werden. Die Tatsache, daß er sich in Dunckers Nachlaß gefunden hat, läßt den Schluß zu, daß sein Inhalt dem Leiter des preußischen Preßbüros nicht unbekannt geblieben ist. — Über die angeblich ebenfalls schon zwischen Waffenstillstand und Präliminarfrieden erfolgte Information Auerswalds von den Absichten der hannoverschen Liberalen durch Unruh vgl. unten S. 36.

[7]) Zum folgenden vgl. Oncken, Lassalle, 4. Aufl. S. 179 f.; Raumer a. a. O. S. 316 f.

Villafranca für den Augenblick eine diplomatische Niederlage Preußens. Denn was Preußen in dem raschen Ablauf der kriegerischen Ereignisse vielleicht durch einen kühnen Griff hätte erzwingen können, wie er mit dem „Manifest an die deutsche Nation" in den Berliner Erwägungen einmal aufgetaucht war, — die Führung Deutschlands ließ sich jetzt im Frieden weit schwerer und langsamer, nur durch langwierige diplomatische und publizistische Kleinarbeit erreichen. Immerhin blieb die Bahn zu künftigem Vorwärtsschreiten offen, falls die preußische Politik überhaupt gesonnen war, in der durch den Krieg neu aufgeworfenen deutschen Frage aktiv vorzugehen. Und eines war einem solchen Vorgehen jetzt nach Villafranca ungleich günstiger: die deutsche Bewegung, die sich während des Krieges, wo der preußische Oberbefehl durch Kriegshilfe für Österreich erkauft werden sollte, gegen die innersten Lebensinteressen des Hohenzollernstaates gewandt hatte, diente nunnmehr, wo ein Krieg für Preußen fremde Zwecke nicht zu führen war, unmittelbar den Zielen, denen die Politik Preußens, mochte sie zur Zeit auch noch so gehemmt und zurückhaltend sein, letzten Endes immer nachstreben mußte. So war die preußisch orientierte Einheitsbewegung nach Kriegsende trotz der Verengung ihrer Basis für Preußen ein stärkerer, ein nützlicherer Bundesgenosse als die allgemeine Kriegsbegeisterung der vergangenen Monate, die über der Integrität Gesamtdeutschlands die Eigeninteressen der norddeutschen Großmacht ebenso übersah, wie es deren Leiter zu tun im Begriffe gewesen waren, als sie sich zum Kriege entschlossen. Daß der Eintritt in den Krieg durch Österreich eben noch hintertrieben war, geriet so auf die Dauer nicht dem Kaiserstaat, sondern Preußen zum Vorteil. Jetzt handelte es sich darum, ob man in Berlin diesen Vorteil erkennen, ob man ihn nutzen und ein Bündnis mit der Preußen günstigen Bundesreformpropaganda, wie man es mit der im innersten Kern antipreußischen Kriegspropaganda zwecks Erlangung des Oberbefehls ganz zuletzt widerstrebend geschlossen hatte, aufnehmen würde.

Max Duncker, den wir bereits seit seinem Amtsantritt in ständigem Konnex mit den Münchener Kreisen der „Bayerischen Wochenschrift" sahen, nahm nun auch die bisher von Lette gepflegten Beziehungen zu den norddeutschen Liberalen auf. Durch Lammers von der bevorstehenden Hannoverschen Erklärung unterrichtet, hatte er sofort Aegidi, einen seiner publizistischen Mitarbeiter, beauftragt, Brater und Bennigsen briefliche Informationen über den Gang der preußischen Politik während des Krieges zu geben[8]). Denn weithin hatte man

[8]) Nach dem bei Oncken, Bennigsen I, S. 327 mitgeteilten Brief Aegidis aus dem Jahre 1900 müßte diese Fühlungnahme mit Bennigsen

nach Villafranca der preußischen Regierung die Schuld an dem für Österreich ungünstigen Frieden gegeben [9]). So hieß es für das Berliner Preßbüro, das preußische Ansehen wiederherzustellen, das entschiedene Vertrauen, das man in Hannover und München in die preußische Regierung setzte, sich zu bewahren und im preußischen Sinne zu nutzen. Daher suchte man diese preußenfreundliche Strömung zu beleben und ihre Vertreter zu einer Rechtfertigung der „arg verleumdeten preußischen Politik“ [10]) zu veranlassen.

Zu der neuen Bundesreformbewegung nahmen die Briefe Aegidis nicht Stellung [11]); aber viel bedeutsamer als der sachliche Inhalt dieser Informationen ist die Tatsache an sich, daß oppositionelle Führer in den Mittelstaaten von den Parteigängern des Berliner Ministeriums überhaupt politische Informationen empfingen [12]). Die Neue Ära nahm damit die nationale Bewegung als Hilfsmittel für die preußische Politik in Anspruch. Im Zusammenhang einer größeren Abwehraktion [13]) sollte ihr die Unterstützung der Reformbewegung dazu dienen, die Angriffe der von Österreich beeinflußten Presse und der Mittelstaaten auf Preußen zurückzuweisen. Unmittelbaren Auftrag hatte Aegidi für seine Briefe offenbar nur von Max Duncker [14]); es ist jedoch anzunehmen, daß auch Fürst Hohenzollern, der nachher eine Verarbeitung der Briefe zu der Flugschrift „Preußen und der Friede von Villafranca“ anordnete [15]), von seinem Vorgehen unterrichtet war.

---

erst nach der Hannoverschen Erklärung erfolgt sein. Da aber Aegidi Brater und Bennigsen durch „gleichlautende“ (Haym, Duncker S. 204) und in derselben Nacht geschriebene (Oncken a. a. O.) Briefe informierte, und da die Information Braters bereits vor dem 15. Juli stattfand (Dunckerbriefe S. 158 u. 160), so ist anzunehmen, daß Aegidi an Bennigsen ebenfalls schon vor dem 15. Juli, also vor der Hannoverschen Erklärung schrieb.

[9]) Vgl. Raumer a. a. O. S. 305 f.

[10]) Oncken, Bennigsen a. a. O.

[11]) Die Briefe selbst sind zwar nicht erhalten, aber die Flugschrift „Preußen und der Friede von Villafranca“, zu der sie später verarbeitet wurden, enthält nichts über die Einheitsbewegung.

[12]) Vgl. Oncken a. a. O. I S. 327 f.

[13]) Preußische Zirkulardepesche vom 21. Juli (Ringhoffer a. a. O. S. 414), eine offenbar offiziöse Korrespondenz in der Kölnischen Zeitung vom 21. Juli (Heyderhoff-Wentzke I S. 47), Sybels Broschüre „Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung“ (ebenda; vgl. Dunckerbriefe S. 158, 168), Aktenveröffentlichungen in der Preußischen Zeitung vom 22. u. 23. Juli (auch abgedruckt in Aegidis Flugschrift S. 29—37).

[14]) Haym, Duncker S. 204.

[15]) So nach Aegidis eigener Erinnerung (Oncken, Bennigsen I, S. 327). Nach Haym a. a. O. erfolgte auch die Veröffentlichung auf Betreiben Dunckers, aber jedenfalls doch mit dem Einverständnis des Fürsten.

Da wurden plötzlich von dem Außenministerium her die Versuche des Preßbüros zur Rechtfertigung der preußischen Politik in Deutschland durchkreuzt. Schleinitz verwarf einen Dunckerschen Artikel und genehmigte einen frankreichfreudlichen Artikel des Grafen Robert von der Goltz [16]) zum Abdruck in der offiziösen „Preußischen Zeitung“ [17]). Erst als der Regent Unzufriedenheit zeigte und als Duncker um Entlassung bat, ließ sich Schleinitz herbei, den ungeschickten Artikel von der Goltz' zu dementieren und zu diesem Zweck in die Abfassung der Aegidischen Broschüre einzuwilligen [18]). Aber schon war die Wirkung des Goltzschen Artikels auf die nationaldeutsche Bewegung nicht ausgeblieben: Brater verzichtete im letzten Augenblick auf die geplante Verteidigung Preußens im bayrischen Landtag, und der bayrische Abgeordnete Völk zog seinen auf Bundesreform gerichteten Antrag noch einmal zurück [19]). Nur Bennigsen benutzte am 27. Juli Aegidis Mitteilungen zur Rechtfertigung der Berliner Politik in der Hannoverschen Ständeversammlung [20]).

Freilich: an eine Gegenleistung für diese Hilfe der hannoverschen Opposition, an ein Eingehen auf die Forderungen der Einheitsbewegung dachte man in Berlin nicht. Als Hilfsmittel zur Rehabilitierung Preußens war die Bewegung nach Villafranca zu gebrauchen, aber ein Bündnis mit ihr zum Zweck der Bundesreform lag der Berliner Regierung vollkommen fern. Von Anfang an hatte sie dahingehende Anknüpfungsversuche von der Hand gewiesen. Schon in den ersten Augusttagen begann Lette Lammers vor übereilten Hoffnungen auf ein preußisches Vorgehen am Bundestage zu warnen [21]). Und als Unruh, von Bennigsen und Schulze-Delitzsch aufgefordert an der Stiftung eines ganz Deutschland umfassenden Vereins, des nachherigen Nationalvereins teilzunehmen, den Minister von Auerswald fragte, „ob die Regierung damit einverstanden sei und den Verein fördern werde“, erklärte der Minister, daß er die gute Absicht eines solchen Vereins zwar nicht verkennen wolle, „es seien aber doch viele Rücksichten zu nehmen“ [22]).

---

[16]) Goltz war zur Zeit Gruners Vertreter im Unterstaatssekretariat des Auswärtigen Amts. Dorn, Robert Heinrich Graf von der Goltz, ein hervorragender Diplomat im Zeitalter Bismarcks, S. 161.

[17]) Haym a. a. O. S. 202 ff.; Dunckerbriefe S 160. 162 f.

[18]) Haym a. a. O. Dunckerbriefe S. 164 u. 166 f.

[19]) Raumer a. a. O. S. 314 f.

[20]) Oncken, Bennigsen I, S. 328 ff.

[21]) Emminghaus a. a. O. S. 79.

[22]) Unruh, hrsg. von Poschinger, S. 200 f. Nach Unruhs später (1875—1879) aufgezeichneten Erinnerungen fand die Besprechung bereits am 8. Juli, dem Tage des französisch-österreichischen Waffenstillstandes statt. Demnach müßten Bennigsen oder Schulze-Delitzsch, was sonst nirgends be-

Mit dieser ausweichenden Antwort und dem Versprechen, daß man die Sache überlegen und ihm Nachricht geben werde, mußte sich Unruh zunächst begnügen.

Nach kurzer Zeit kam ihm die in Aussicht gestellte Mitteilung in Form einer Denkschrift Max Dunckers zu, die den Titel „Vertrauliche Besprechung" trug [23]). Ihre Ausführungen wandten sich scharf gegen den Frankfurter Bundestag, der das Dasein Deutschlands gefährde und dem Preußen ein Ende machen müsse. Hierzu sei Preußen jedoch noch nicht stark genug, und die fehlende Stärke könne nur die deutsche Nation ergänzen. In diesem Sinne wurde „die öffentliche Meinung Deutschlands" als „einer der wichtigsten Faktoren der Bundesreform" bezeichnet, die Einmütigkeit der öffentlichen Meinung und die Klarheit ihrer Forderungen als Voraussetzung einer preußischen Aktion hingestellt. Dunckers Sympathien für die Einheitsbewegung und ihre Ziele fanden also, ganz in der Richtung seiner bisher betriebenen Politik, Ausdruck in einer Ermutigung der nationalen Bewegung, um der eigenen Regierung Rückgrat und ihren Aktionen Resonanz zu verleihen. Aber infolge seiner untergeordneten Stellung sah sich Duncker nicht in der Lage, den allgemein gehaltenen Versicherungen des preußischen Wohlwollens die praktisch notwendigen, konkreten Richtlinien für die künftige deutsche Politik seines Staates hinzuzufügen. Mittel und Wege der Bundesreform vermochte er ebensowenig zu bezeichnen, wie er dem Berliner Kabinett ernsthaft darauf abzielende Entschließungen abringen konnte. So blieb sein Programm reichlich unbestimmt. Von einem Ausschluß Österreichs aus dem Bundesverhältnis sollte nicht die Rede sein, und allen Hoffnungen auf eine „revolutionäre" Politik Preußens wußte auch er nur den doktrinären Grundgedanken der Neuen Ära entgegenzuhalten: „Das Recht soll überall von Preußen gewahrt werden, im Innern Preußens und außerhalb." Und noch ein weiterer Umstand, in den altliberalen Kreisen um das Ministerium des öfteren erwogen [24]), ward hier als Hemmnis für eine aktive deutsche Politik der Berliner Regierung angeführt; daß nämlich „Preußens Vorteil zu sehr mit dem zusammenfällt, was dem Vaterlande nottut" und daß deshalb Preußen in den Verdacht des Egoismus gerate, wenn es

---

legt ist, schon w ä h r e n d des Krieges an eine Vereinsbildung gedacht haben. Demgegenüber ist es wahrscheinlicher, daß sich Unruh im Datum dieser Unterredung geirrt hat, die wohl erst n a c h der Hannoverschen Erklärung stattgefunden hat.

[23]) Abgedruckt Unruh, hrsg. von Poschinger, S. 201 ff.; vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 337. Die undatierte Denkschrift muß Ende Juli—Anfang August 1859 abgefaßt worden sein.

[24]) So von Bernhardi IV, S. 18. Vgl. unten S. 49.

eine durchgreifende Bundesreform schon ins Werk setze, bevor das Bewußtsein von ihrer Notwendigkeit allgemein sei. Auch Dunckers Versicherung, daß kein Schritt von Berlin aus geschehen werde, der „auf bloße Popularität berechnet" sei, konnte, obwohl sie die Gediegenheit der künftigen preußischen Nationalpolitik ins rechte Licht setzen sollte, als Hinweis darauf verstanden werden, daß die Neue Ära dem Drängen der volkstümlichen Kräfte nur in bestimmten Grenzen nachzugeben gewillt war.

Das Entgegenkommen, das Duncker mit der „Vertraulichen Besprechung" der Einheitsbewegung in Aussicht stellte, war also trotz des loyalen Tones de facto nur ein beschränktes. Aber diese sich als offiziös gebenden Gedanken eines hohen preußischen Beamten hatten immerhin zum erstenmal Worte über den Bundestag und die deutsche Bewegung gefunden, wie man sie aus Preußen seit dem Scheitern der Union nicht mehr gehört hatte. Die „Vertrauliche Besprechung" konnte, wenn sie auch weniger gab, als man in den Reihen der sich bildenden Nationalpartei erwartet hatte, ein vorsichtiger Anfang sein, dem der entschiedenere Fortgang, soweit es auf Duncker selbst ankam, nicht gefehlt hätte. Aegidi war es abermals, der die Dunckersche „Tuchfühlung" mit der Einheitsbewegung fortzuführen und auszudehnen sich bemühte. Er zog im August 1859 auch den jungen Treitschke in den Kreis derer, die dem preußischen Preßbüro durch Berichte über die Stimmung der Bevölkerungen die Unterlage zu ihrer Beeinflussung im preußischen Sinne gaben[25]); er übersandte die „Vertrauliche Besprechung" an Bennigsen, als dieser die zweite Eisenacher Erklärung vom 14. August[26]) vorbereitete[27]). Daß jetzt in Eisenach das nationale Programm schon etwas abgeschwächt wurde, entsprang vielleicht nicht nur Anregungen von süddeutscher Seite[28]), sondern möglicherweise auch der Einwirkung der von Aegidi übersandten Denkschrift. Im übrigen waren jedoch die Voraussetzungen für eine Beeinflussung der nationalen Bewegung im Sinne der von Duncker vertretenen Politik maßvoller gegenseitiger Rücksichtnahme nicht günstig, da die in Eisenach versammelten Männer der Reformbewegung eine ungleich aktivere Auffassung hatten von dem Wege und dem Tempo der erstrebten Bundesreform und da sie an ihrer

---

[25]) H. v. Treitschkes Briefe, hrsg. von Cornicelius, Bd. II, S. 42 ff., 48 ff.

[26]) Abgedruckt Planck a. a. O. S. 93 ff.

[27]) Über die Identität des von Aegidi nach Eisenach übersandten Schriftstücks mit der „Vertraulichen Besprechung" vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 337.

[28]) Mommsen, Miquel I, S. 177; Planck a. a. O. S. 19, 95 ff.; Oncken, Bennigsen I, S. 336.

Unabhängigkeit den Anschauungen des altliberalen Duncker-Kreises gegenüber unbedingt festhielten [29]).

Blieb so eine Verständigung sogar zwischen diesem ausgesprochen nationaldeutschen Flügel der Neuen Ära und der Bewegung aus, so war es nicht verwunderlich, daß ein Bund zwischen Preußen und der Einheitsbewegung bei den eigentlich maßgebenden Kabinettsmitgliedern, die von anderen Voraussetzungen ausgingen und nicht wie Duncker selbst mitten im Strom der nationalen Bewegung standen, auf entschiedene Ablehnung stieß. Denn die bescheidenen Zusicherungen, die die Männer der Reformagitation in der „Vertraulichen Besprechung" als positiv für sich hatten buchen können, entsprachen durchaus nicht etwa, wie man zunächst angenommen hatte [30]), der Ansicht des gesamten Berliner Kabinetts. Graf Schwerin, seit Anfang Juli Innenminister, desavouierte die Denkschrift vielmehr bald darauf völlig und behauptete, daß die Regierung gar keine Kenntnis davon besitze [31]). Man darf also in dem Schriftstück höchstens eine von Auerswald angeregte, unverbindliche Meinungsäußerung sehen, von der es nicht einmal gewiß ist, ob sie Auerswald selbst nach ihrer Abfassung ausdrücklich genehmigte, und die den übrigen Ministern gar nicht vorgelegen hatte.

Dem Abrücken Schwerins von der „Vertraulichen Besprechung" entsprach die Haltung des Außenministers zur nationalen Bewegung. In Hamburg hatten die Anhänger der Hannoverschen und der Eisenacher Erklärung den preußischen Gesandten Richthofen vertraulich befragt, welche Aufnahme und welche Aussicht auf Unterstützung die Reformbestrebungen in Preußen gefunden hätten. Richthofen, darüber nicht informiert, überließ es vorderhand dem eigenen Ermessen der Beteiligten, was sie in dieser Frage zu tun gedächten, und bat inzwischen das Außenministerium um diesbezügliche Informationen [32]).

---

[29]) Oncken, Bennigsen I, S. 337 f.

[30]) Anlage 5.

[31]) Ebenda. Vgl. Dunckerbriefe S. 172 f. Daß die darin erwähnte „Vertrauliche Besprechung" mit der so betitelten Denkschrift Dunckers identisch ist, ergibt sich aus dem ganzen Zusammenhang des Schreibens unzweifelhaft. Auch scheint in zwei Stellen der Unruhschen Memoiren die in Anlage 5 wiedergegebene Unterredung mit Hasselbach nachzuklingen: „Ich glaube nicht, daß darüber im damaligen Ministerium beraten worden ist, vielmehr scheint mir der Geheime Regierungsrat Duncker von dem Ministerpräsidenten von Auerswald mit der Abfassung beauftragt gewesen zu sein." (S. 205), und: „Stellte sich doch der preußische Minister des Innern, Graf Schwerin, trotz des oben mitgeteilten Duncker-Auerswaldschen Schriftstücks keineswegs freundlich zum Verein." (S. 207.)

[32]) Anlage 1.

Seiner eigenen Auffassung nach waren all diese Demonstrationen für die preußische Führung überflüssig, einmal, da sie doch meist von solchen Männern ausgingen, die sich bereits im Konflikt mit ihren Regierungen befänden; zum andern, da die preußische Regierung, falls sie die Umgestaltung der Bundesverfassung wirklich in Angriff nehme, der Zustimmung der Bevölkerung sowieso überall gewiß sein könne und es also gar nicht nötig habe, solche Demonstrationen hervorzurufen. Durch den Verzicht auf die Unterstützung dieser Demonstrationen bekomme die deutsche Politik Preußens „einen Charakter von Legitimität". Richthofen stand also den lauten und öffentlichen Kundgebungen der deutschen Reformbewegung ablehnend gegenüber; er sah in ihnen die Demokraten, „die linken Seiten der deutschen Ständeversammlungen", zu stark vertreten, die man durch preußische Unterstützung nicht noch ermutigen dürfte. Freilich stellte auch Richthofen die Zustimmung der Bevölkerungen zu einer Bundesreform im preußischen Sinne als Faktor in Rechnung für eine etwa darauf abzielende preußische Politik; aber wenn er glaubte, diese Zustimmung werde dem Berliner Kabinett ohne weiteres und in jedem Augenblick von selbst zufallen, so daß die Berliner Politik den „Charakter von Legitimität" bewahren könne, dann übersah er, daß die Reformbewegung auch erlöschen, daß sie sich von Preußen abwenden oder daß sie in rein oppesitionelle Bahnen geraten könne, falls von Berlin aus nichts geschah, was ihren Wünschen entsprach. Deshalb dachte Richthofen damals[33]) offenbar noch gar nicht daran — wie es bald darauf der preußische Bundestagsgesandte Usedom erwog[34]) —, daß man der Bewegung von Berlin aus auch eine bestimmte Richtung geben könne, die sie den deutschen Zielen der preußischen Politik dienstbar machte.

In seinem Antwortschreiben vom 2. August teilte Schleinitz seinem Gesandten in Hamburg mit, daß die Regierung den Reformkundgebungen im eigenen Lande keinen Einfluß auf ihre Entschlüsse gestatten könne und daher selbstverständlich auch derartigen Demonstrationen im Auslande völlig fremd bleiben müsse[35]). Dem Außen-

---

[33]) Über die Änderung seiner Haltung im Februar 1862 vgl. unten S. 138 f.

[34]) Vgl. unten S. 45 ff.

[35]) Auszug in Anlage 2. Der Wortlaut legt es nahe, daß dies Schreiben identisch ist mit dem von Sybel a. a. O. II, S. 337 erwähnten, wonach Schleinitz den preußischen Gesandten an den deutschen Höfen die Weisung erteilte, „allen Demonstrationen des Nationalvereins vollkommen fremd zu bleiben". Wenigstens fand sich in den benutzten Akten kein anderes Schriftstück, das dem bei Sybel erwähnten dem Inhalt oder Wortlaut nach so nahe käme.

minister erschienen die Reformbestrebungen als „utopische Ideen politischer Schwärmer“[36]).

Es konnte nur Verwirrung anrichten, daß diese von der „Vertraulichen Besprechung“ Auerswald—Dunckers so sehr abweichenden Auffassungen Schwerins und Schleinitz' zunächst nicht in die Öffentlichkeit drangen, während umgekehrt jene Denkschrift Dunckers, von Aegidi nach Eisenach gesandt, von Unruh an seine Freunde weitergegeben und von einem derselben gar durch lithographierte Abzüge verbreitet[37]), ebenso irrtümliche Vorstellungen über den Grad des preußischen Entgegenkommens in weitere Kreise der nationalen Bewegung trug, wie die mißverstandene Behauptung Lettes, daß jede Kundgebung für die Reform der Zentralgewalt dem Prinzregenten höchst willkommen sei[38]). So wurden nur Hoffnungen erweckt, denen die preußische Politik in der Folgezeit nicht entsprach. —

Im Zusammenhang mit den Erklärungen von Eisenach und Hannover, die der Bewegung auf Bundesreform im preußischen Sinne vom außerpreußischen Deutschland her den rechten Anstoß gaben und im außerpreußischen Deutschland in einer Flut von Adressen Nachfolge fanden[39]), stand auch die Adresse, die von einer Anzahl Stettiner Bürger am 8. August an den Prinzregenten von Preußen gerichtet wurde. Damit stimmte auch die preußische Bevölkerung, die sich anfänglich zurückgehalten hatte[40]), selbst vernehmlich in den Chor der öffentlichen Meinung ein. Freilich verlieh der Stettiner Adresse ihr Charakter als Petition an den Regenten selbst eine besondere Note von Loyalität und Mäßigung. Nachdem sie sich eingangs über den bisherigen Verlauf der Neuen Ära und über die Ernennung Schwerins zum Innenminister überschwenglich geäußert, bezeichnete sie „zur Begründung der Einheit Deutschlands eine einheitliche Zentralgewalt“ als dasjenige, dessen man nicht länger entraten könne. Der spezifisch preußische Stolz dieser pommerschen Liberalen, der ihre Kundgebung von mancher anderen unterschied, fand Ausdruck in der Motivierung, Preußen könne nur dann, wenn diese neue Zentralgewalt „die Bürgschaft darbiete für eine einheitliche starke Leitung, ... als Europäische Großmacht dem

---

[36]) Immediatberichte des Berliner kurhessischen Gesandten vom 10. August 1859 (Konzept Pr.St.A. Marburg I), 17. September 1859 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg IV).

[37]) Siehe Anlage 5.

[38]) Dunckerbriefe S. 159.

[39]) Z. B. Adressen von Dessau, Cöthen, Gotha (s. unten S. 61), Gera, Braunschweig (Wehrenpfennig a. a. O. S. 78).

[40]) Wehrenpfennig a. a. O. S. 79.

Deutschen Bunde länger ohne Gefahr für sich selbst angehören". Im übrigen verzichteten die Stettiner darauf, ihre Wünsche so konkret zu formulieren, wie etwa die Eisenacher und die Hannoversche Erklärung; sie wagten es nicht, „die Schritte zu bezeichnen, die für diesen Zweck ... unerläßlich erscheinen". Durch die Erwähnung der Kundgebungen in den anderen deutschen Staaten, in denen sie ihre Überzeugung „wenn auch in verschiedener Weise, so doch in Beziehung auf das wesentliche Ziel übereinstimmend" ausgesprochen fanden, gaben die Stettiner jedoch zu verstehen, daß sie mit der allgemeinen deutschen Bewegung sympathisierten und — wie sich das für Angehörige des preußischen Staates nahezu von selbst verstand — die Übernahme der neuen Zentralgewalt durch Preußen erhofften.

Mit dieser an den Regenten unmittelbar gerichteten Adresse, die binnen kurzem durch die ganze Presse ging, trat die deutsche Reformbewegung als Objekt der preußischen Innenpolitik in den engeren Gesichtskreis des Berliner Ministeriums. Das Kabinett beriet über die Stellung, die es ihr gegenüber einzunehmen habe[41]); möglich, daß eine Denkschrift von Dunckers Hand, die das Datum des 19. August trägt[42]), in den Zusammenhang dieser Beratungen gehört. Jedenfalls wird in ihr — wenn auch ohne ausdrückliche Bezugnahme auf die Stettiner Adresse — die Haltung der Regierung zur deutschen Frage und zur nationalen Bewegung erörtert. In dieser Denkschrift schwächte Max Duncker die positiven Gedanken der „Vertraulichen Besprechung" schon merklich ab. Er hob hervor, daß Preußen die öffentliche Meinung Deutschlands am besten gewinnen könne durch Anträge am Bundestage, „welche die Sicherung des Rechtszustandes in Deutschland, das Wohl Deutschlands und seine Verteidigungsfähigkeit zum Zweck haben". Keineswegs aber dürfe man diese Anträge — und in dieser Negation stimmten seine Ratschläge mit denen der „Vertraulichen Besprechung" allerdings überein — auf die Erwerbung der Popularität berechnen oder ihnen agitatorischen Charakter geben[43]). Auch der Anschein einer Wiederaufnahme die Unionspolitik sei zu vermeiden und das Gewicht zunächst auf die Schaffung einer preußischen Partei

---

[41]) In einem Brief Schwerins an Schleinitz vom 23. August (Pr.G.-St.A III) wird auf eine solche Besprechung Bezug genommen. Über ihren Inhalt hat sich, da mir die Protokolle der Staatsministerialsitzungen nicht zugänglich waren, nichts ermitteln lassen.

[42]) Auszug in Anlage 3.

[43]) Außeramtlich war Duncker allerdings weniger vorsichtig: dem Herzog Ernst von Coburg gegenüber bezeichnete er „populäre Reformen" als notwendig, „um die neue Demokratie für sich zu haben" (Dunckerbriefe S. 161; Haym a. a. O. S. 205).

am Bundestage zu legen. Und obwohl Preußen ohne Beihilfe der öffentlichen Meinung nicht zu einer Verbesserung seiner Stellung am Bunde gelangen könne, dürfe es doch nur „mit äußerster Vorsicht und Behutsamkeit" verfahren. Duncker dachte die deutschen Angelegenheiten als eigenes Ressort auszusondern und dem Fürsten von Hohenzollern selbst zu übergeben, so daß sie gleichsam den Mittelpunkt der Politik bilden sollten. Er versprach sich durch den vertrauenerweckenden Eindruck dieser Maßnahme die deutsche Bewegung „in den Bahnen der Besonnenheit" zu erhalten. Vielleicht hoffte der Leiter des Preßbüros auch, durch diese Umorganisation seine Tätigkeit künftig vor den störenden Eingriffen des Ministers Schleinitz[44]) zu bewahren. —

Wieweit man schon bei den ersten Beratungen innerhalb des Ministeriums an eine Beantwortung der Stettiner Adresse gedacht hat, steht dahin. Dem Prinzregenten selbst erschien es jedoch nach Empfang der Adresse geraten, von seiten der Regierung aus nunmehr eine feste Stellung zu dem Drängen der Volksmeinung einzunehmen und öffentlich zu bekunden. „Der Gedanke an die Notwendigkeit von Reformen in der Verfassung des Deutschen Bundes" — so schrieb er in einer Kabinettsordre vom 19. August an die Minister Schleinitz und Schwerin — „ist in Folge der Beendigung des italienischen Krieges durch ganz Deutschland in einem Maaße lebendig geworden und fängt an auch im preußischen Vaterlande dergestalt zu Agitationen benutzt zu werden, daß es bedenklich erscheint, die Bewegung sich selbst zu überlassen, zumal die Regierung, welche dem Gegenstande selbst die gebührende Aufmerksamkeit widmet, nicht zugeben darf, daß sie in dem Gange, welchen sie sich vorgezeichnet, durch ein Andringen von unten herauf in ihren Schritten gestört werde"[45]). Die Minister wurden deshalb aufgefordert, zu erwägen, ob man nicht die Ansichten der Regierung über die Bundesreformfrage durch einen den Stettinern zu erteilenden Bescheid zur öffentlichen Kenntnis bringen solle; im Bejahungsfalle sah der Regent einem ministeriellen Entwurf dieses Bescheides zur Prüfung und Vollziehung entgegen.

Schleinitz, der diesen Erlaß aus Sanssouci zuerst bekam, übersandte ihn am 22. August Schwerin mit dem Bemerken, daß „die wichtige Frage, ob und wie die kgl. Regierung den Standpunkt, welchen sie gegenüber den auf Reform der deutschen Bundesverfassung gerichteten Bestrebungen einzunehmen gedenkt, im gegenwärtigen Augenblick in authentischer Weise auszusprechen habe, der reiflichsten und sorgfältigsten Erwägung bedarf". In mündlicher Besprechung mit

---

[44]) Siehe oben S. 36 und Anlage 8.
[45]) Pr.G.St.A. III.

seinem Ministerkollegen wollte er die wichtige Angelegenheit in den allernächsten Tagen erledigen, um das Ergebnis ihrer gemeinsamen Beratung dann dem Prinzregenten nach Ostende, wohin dieser ihn befohlen hatte, persönlich überbringen zu können[46]). Außerdem ließ er durch Geheimrat Abeken den Bundestagsgesandten Usedom beauftragen, wegen der Beantwortung der Adresse Vorschläge zu machen[47]).

Auch Schwerin gab in seiner Antwort an den Außenminister die Schwierigkeiten zu, die eine Beantwortung der Stettiner Adresse bot; ein solcher Bescheid müsse „sehr vorsichtig gefaßt werden", und man werde sich dabei „auf der einen Seite von dem Vorwurfe der Inhaltslosigkeit frei zu halten, wie auf der anderen Seite vor bindenden und kompromittierenden Engagements zu hüten haben". Immerhin erschien es Schwerin doch „vorläufig, und zwar im Hinblick auf die in der Allerhöchsten Ordre vom 19ten hervorgehobenen Momente allerdings sehr wünschenswert, daß ein solches Aussprechen der Regierung, und zwar vielleicht auch am Besten in der von Seiner Königlichen Hoheit Selbst angedeuteten Form, möglich sein möchte"[48]). Das treibende Motiv zur Beantwortung der Adresse war also bei Schwerin wie bei dem Regenten die Absicht, sich nicht „durch ein Andringen von unten herauf" die Gesetze des politischen Handelns vorschreiben zu lassen und die steigende Bewegung nicht sich selbst zu überlassen. Aus der kürzlich über den Gegenstand im Beisein der anderen Minister stattgehabten Unterredung schloß er, daß er mit Schleinitz „im Wesentlichen in der Sache" übereinstimme, so daß eine Einigung über die zweckmäßige Formulierung nicht mehr schwer fallen werde[48]).

Die maßgebenden Gesichtspunkte für diese Formulierung müssen dann während Schleinitz' vorübergehender Anwesenheit in Berlin — etwa vom 27. bis Ende August[49]) — zwischen den beiden Ministern in der von Schleinitz gewünschten mündlichen Erörterung besprochen worden sein[50]). Schwerin übernahm es sodann, den Entwurf der Erklärung fertigzustellen. Am 31. August bereits konnte er dem nach Ostende reisenden Schleinitz seinen Entwurf und einen für den Regenten bestimmten, begleitenden Bericht[51]) übersenden.

Nachdem Schleinitz bereits von Berlin abgereist war, überbrachte der Sekretär Usedoms eine Denkschrift des Bundestagsgesandten, die

---

[46]) Schleinitz an Schwerin, 22. August (Konzept Pr.G.St.A. III).
[47]) Usedom an Schleinitz, 30. August (Ausfertigung Pr.G.St.A. III).
[48]) Schwerin an Schleinitz, 23. August (Ausfertigung Pr.G.St.A. III). Vgl. oben S. 42.
[49]) Vom 23. August an hatte er einige Tage auf dem Lande zugebracht (Schleinitz an Schwerin, 22. Aug.).
[50]) In den Akten fand sich nichts über diese Besprechung.
[51]) Liegt nicht vor.

dieser auftragsgemäß über die Beantwortung der Stettiner Adresse mittlerweile in Kissingen ausgearbeitet hatte. Da der Außenminister nicht mehr in Berlin weilte, übergab der Sekretär diese Denkschrift dem Grafen Schwerin nebst einem Begleitschreiben Usedoms offen zur Durchsicht. In dem Begleitschreiben hob Usedom hervor, wie sehr sich gerade die Stettiner Adresse zu einer offiziellen Erwiderung eigne: „weil Nichts darin vorkommt, was die Kgl. Regierung zu mißbilligen hätte". Deshalb gab er Schleinitz zu bedenken, daß „in dieser wichtigen Angelegenheit nicht allgemeine Versicherungen, sondern eingehende offene Motivierung" das richtige sei. Dann werde die Sache der Regierung in der deutschen Politik von bedeutendem Nutzen sein können[52]).

Unter den Gedanken der Usedomschen Kissinger Denkschrift[53]) verdienen zwei als besonders bemerkenswert herausgehoben zu werden. Es ist einmal die Erkenntnis der völligen Aussichtslosigkeit, Anträge auf Bundesreform beim Bunde durchsetzen zu wollen, die Überzeugung, daß es auch ganz verkehrt wäre, wenn man dem Bunde etwa gar noch neue Befugnisse den Einzelstaaten gegenüber einräumen wolle; denn „dies hieße dem Übel, das man beklagt, geradezu neue Kräfte zuführen". Es ist ungemein bezeichnend, daß sich diese Einsicht Usedom auf dem Frankfurter Terrain wie seinem Vorgänger Bismarck sehr bald aufgedrängt hatte, daß die gleiche politische Stellung bei so verschiedenen Naturen zu den gleichen politischen Erkenntnissen führte. Sie ließen Usedom — mit ähnlichen Argumenten — auch die vom Prinzregenten betriebene Reform der Bundeskriegsverfassung bekämpfen[54]). In der Schärfe ihrer Formulierung gingen sie über die einer Kompetenzerweiterung des Bundestages ebenfalls widerstrebende Berliner Politik nicht unwesentlich hinaus; in der preußischen Diplomatie fanden sie manchen ausgesprochenen Gegner[55]).

---

[52]) Usedom an Schleinitz, 30. Aug. (Ausfertigung Pr.G.St.A. III).

[53]) Anlage 4. Schon wenige Tage zuvor hatte Usedom in einem an Schleinitz, Schwerin und Auerswald gerichteten Bericht, der jedoch nicht vorliegt, sich über die Stellung der Regierung zur Reformbewegung ausgelassen (Schleinitz an Schwerin, 22. Aug.).

[54]) Marcks a. a. O. S. 152.

[55]) So trat z. B. der Gesandte Sydow in Kassel sogar für die Schaffung eines Bundesgerichts ein (Bericht vom 15. Sept. 1859, Pr.G.St.A. III). Auch bei Gruner stieß Usedom mit seiner Ignorierung des Bundestages nicht immer auf Verständnis; als Usedom seine häufige Abwesenheit von Frankfurt einmal damit begründete, daß eine allzeit fertige Dienstwilligkeit Preußens den „Bundes-Hochmut" allzusehr bestärke, bemerkte Gruner spitz: „Die Anwesenheit des Preußischen Gesandten auf seinem Posten?!" (Immediatbericht Usedoms vom 18. Jan. 1860, Pr.G.St.A. VII).

In einem anderen Punkte waren die Unterschiede der Auffassung Usedoms von den Anschauungen der Schleinitz und Schwerin noch größer und prinzipieller Natur: Es war sein Verständnis für die Macht der „so unerwartet in Deutschland entstandenen Bewegung auf Bundesreform im Preußischen Sinne". Wenn für den Regenten und die Minister das Motiv ausschlaggebend war, daß man das „Andringen von unten herauf" dämpfen müsse, um nicht von dem „vorgezeichneten Gange" abgelenkt zu werden, so sah Usedom im Gegenteil gerade in dieser öffentlichen Erregung „ein bedeutendes Machtmittel für Preußen", das bei „günstiger Gelegenheit große politische Früchte tragen" könne, das man also durch Ermutigung stärken und einsichtig pflegen müsse, um es „zu weiteren Eventualitäten fertig zu erhalten". Derselben Einsicht waren während des vergangenen Krieges seine Pläne für die Beeinflussung der Presse und der nationalen Bewegung entsprungen, die ebenso wie Bismarcks weitergehende Ratschläge in Berlin unter den Tisch gefallen waren[56]).

Der Unterschied in der Stellung der Minister und des Bundestagsgesandten zur nationalen Bewegung war — wie später noch deutlicher zu zeigen sein wird[57]) — nicht etwa nur ein gradueller, sondern ein grundsätzlicher. Die Minister sprachen gelegentlich von Bundesreform, da sie sich dem Gedanken einer notwendigen Neugestaltung Deutschlands in dieser Zeit des erneuten nationalen Aufschwungs nicht entziehen konnten, aber sie dachten nicht entfernt daran, die nationale Bewegung dabei zu Hilfe zu nehmen. Usedom jedoch wollte, indem er das Programm der „moralischen Eroberungen" konsequent durchdachte, die Reformbewegung in ganz Deutschland für Preußen erobern und dann diese moralische Eroberung auch für Preußen realiter ausnutzen, sie als Machtfaktor und Druckmittel einsetzen in den politischen Kampf, um mit dieser Hilfe eine Bundesreform im preußischen Sinne durchzusetzen.

Für den Augenblick freilich wußte auch Usedom keinen Weg anzugeben, auf dem man der Bewegung durch praktisches Vorgehen Preußens Willen zur Lösung der deutschen Frage beweisen konnte. Hier mußte auch er sich mit wohlklingenden, sehr allgemeinen und wenig sagenden Worten begnügen[58]). Die Unmöglichkeit, im Augenblick etwas gegen den Widerstand Österreichs und der deutschen Mittelstaaten auszurichten, die Schleinitz bei der Beantwortung der Stettiner Adresse so sehr zur Vorsicht veranlaßte, sah auch Usedom ein. Aber

---

[56]) Reinhold Müller a. a. O. S. 291 f.; Stern VIII, S. 322; vgl. oben S. 17.

[57]) Siehe unten S. 85 ff.

[58]) Vgl. Anlage 4, unten S. 162.

er wollte es doch ausgesprochen haben, daß Preußen auf eine solche Möglichkeit warte und daß ihr Ausbleiben den Mittelstaaten zuzuschreiben sei. Usedom hätte sich deshalb nicht gescheut, unter Umständen auch den Bundestag und die Mittelstaaten dadurch vor den Kopf zu stoßen, daß er die mittelstaatliche Obstruktionstaktik, wie sie besonders an der Behandlung des von Preußen am 4. Juli 1859 in Frankfurt gestellten Antrages auf Übertragung des Oberbefehls zutage getreten war, in der Antwort auf die Stettiner Adresse ausdrücklich erwähnte. Den Ministern dagegen lag gerade daran, jede Verstimmung bei den anderen Bundesregierungen zu vermeiden.

Eine unmittelbare Lösung der Reformfrage hätte die von Usedom vorgeschlagene Spitze gegen die Mittelstaaten selbstredend nicht bringen können. So blieb auch ihm, was die praktische Verwirklichung seiner Ziele anbetraf, vorderhand nur eine abwartende Haltung übrig. Aber da auch er in der weitverbreiteten liberalen Anschauung [59]) lebte, das Erstarken der Bewegung werde den Widerstand der deutschen Regierungen mit der Zeit von selbst zermürben, so war es für ihn das Gegebene, sich dem in diesen Wochen entstehenden Nationalverein mit unverhohlener Sympathie gegenüberzustellen. Erkannte er doch mit politischem Feingefühl, daß eine deutsche Nationalpartei, die alle „unvernünftigen politischen Freiheitsbestrebungen absorbieren und unschädlich in sich aufgehen lassen könnte", die also, um es mit dem bekannten Schlagwort auszudrücken, die Einheit vor die Freiheit stellte, schon als bedeutender Fortschritt anzusehen wäre. Unter allen preußischen Diplomaten wurde fast nur ihm die Bedeutung klar, die die vom Nationalverein geschaffene Querverbindung zwischen Demokraten und Konstitutionellen für die parteipolitische Struktur Deutschlands, und vor allem für die eigene Regierung besaß. Denn mit einer solchen neuen Partei würde auch die preußische Regierung ohne Scheu zusammengehen können; an ihr nur lag es, der Bewegung die zweckentsprechende Richtung zu geben, das Einheitsstreben des Liberalismus zu fördern und damit gleichzeitig dessen „übertriebene Freiheitsideen" zu „absorbieren". —

Bei der sehr viel reservierteren Haltung des Regenten und des Außenministers zu diesen Dingen hätten Usedoms Vorschläge für die

---

[59]) Charakteristisch dafür ist die Äußerung Dunckers zu Baumgarten, 30. Juli 1859: „... wenn die Bewegung in den Mittelstaaten nur stark genug wird, um die Systeme Beust, Platen-Borries usw, zu stürzen, wenn sich dadurch nur wieder eine Majorität am Bunde um Preußen sammelt, so wäre damit für alle Eventualitäten sehr viel gewonnen." (Dunckerbriefe S. 166.) Vgl. auch Dunckers Schreiben an Biedermann, oben S. 28 ff.

Beantwortung der Stettiner Adresse kaum restlose Aufnahme in die endgültige Fassung der Regierungserklärung finden können. Immerhin wäre es bei der Bedeutung dieser Entscheidung für die weitere deutsche Politik Preußens gewiß von Wert gewesen, wenn der Prinzregent, der in Ostende vorzugsweise den Einflüssen des übervorsichtigen Schleinitz ausgesetzt war, die Frage einmal in der zupackenderen Auffassung Usedoms gesehen hätte, der man sich in manchen Punkten nicht ohne weiteres verschließen konnte. Schwerin versäumte es jedoch — wie er später angab, aus Vergeßlichkeit —, das Promemoria des Bundestagsgesandten dem Außenminister nach Ostende nachzusenden[60]), so daß der Prinzregent in Ostende ohne Kenntnis von Usedoms Vorschlägen mit Schleinitz und Bethmann-Hollweg in wiederholter und eingehender Beratung lediglich den Schwerinschen Entwurf besprach. An diesem hatte er „nur gegen einzelne Äußerungen" Bedenken einzuwenden, denen dann in einer leicht geänderten Fassung Rechnung getragen wurde. Außerdem wünschte er eine kürzere und gedrängtere Fassung im allgemeinen[61]).

Die Frage, welcher Art diese Änderungen des Schwerinschen Entwurfs durch den Regenten im einzelnen gewesen sind, ist eindeutig deshalb nicht zu beantworten, weil der Schwerinsche Urentwurf nicht vorliegt[62]). Nach Sybels Darstellung hätte Schwerin ursprünglich daran gedacht, der Stettiner Bürgerschaft und ihren Gesinnungsgenossen „durch eine öffentliche Ablehnung den Standpunkt klar zu machen"; indessen sei der von Schwerin aufgesetzte Entwurf doch von dem Regenten „einigermaßen in positivem Sinne modifiziert" worden[63]). Daß Sybel mit dieser schroffen Formulierung das Richtige getroffen hat,

[60]) Schwerin an Schleinitz, 13. Sept. (Ausfertigung Pr.G.St.A. III). Schwerin entschuldigte sein Versäumnis nachträglich damit, daß Usedoms Denkschrift ja von denselben Gesichtspunkten ausgegangen sei, wie sie von den Ministern aufgestellt worden seien. Der Vergleich des Usedomschen Promemorias mit der am 12. September erlassenen Antwort läßt jedoch die Identifikation der Usedomschen Gesichtspunkte mit denen Schwerins als so gewagt erscheinen, daß man meinen möchte, Schwerins „Vergeßlichkeit" sei in diesem Falle keine ganz zufällige gewesen.

[61]) Schleinitz an Schwerin, 7. Sept. (Konzept Pr.G.St.A. III). Abeken, der während dieser Zeit ebenfalls in Ostende weilte (Ein schlichtes Leben S. 255, 262 f.), berichtet nichts von diesen Beratungen.

[62]) Er war weder im Pr.G.St.A., noch im Brandenburg-Preußischen Hausarchiv, noch im Archiv des Preußischen Staatsministeriums ausfindig zu machen. Vom Preußischen Ministerium des Innern konnte eine Auskunft nicht erteilt werden. Es möchte demnach auch fraglich sein, ob Sybel ihn eingesehen hat.

[63]) Sybel a. a. O. Bd. II, S. 337; danach Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften, hrsg. von Berner, Bd. I, S. 495, und Marcks a. a. O. S. 156.

ist jedoch aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich. Einmal ist in den Briefen Schwerins an Schleinitz[64]) nirgends von einer solchen öffentlichen Ablehnung die Rede. Sodann läßt ein anderer Gedankengang des Innenministers den Schluß zu, daß es Schwerin von vornherein nicht um eine Ablehnung, sondern um eine Kompromißlösung zu tun war.

Schwerin äußerte nämlich in diesen Tagen zu dem Magdeburger Oberbürgermeister Hasselbach, die „Bewegungen im nichtpreußischen Deutschland" könnten der preußischen Regierung „allerdings nicht unangenehm sein, dagegen erscheine eine Beteiligung der preußischen Bevölkerung an diesen Bestrebungen aus mehrfachen Gründen nicht wünschenswert und in keiner Weise zu fördern"[65]). Als man ihm dann entgegenhielt, daß Süddeutschland den Anschluß der preußischen Bevölkerung an die Eisenacher Erklärung dringend erwarte und sich von Preußen abwenden werde, wenn dieser nicht erfolge, erklärte Schwerin, eine Anerkennung der Wünsche Deutschlands geschehe, falls notwendig, besser durch das preußische Abgeordnetenhaus als durch die Regierung[65]). Die Trennung der Einheitsbewegung in eine preußische und eine außerpreußische, die der Minister seinem Urteil zugrunde legte, zeigt deutlich die Zwiespältigkeit, die das Problem für Preußen in sich barg. Wenn der dem Ministerium so nahestehende Bernhardi denselben Trennungsstrich zog, weil Preußen durch Unterstützung der preußenfreundlichen Agitation den Gegnern nur die Möglichkeit gebe, die Bewegung als preußische Intrige zu verdächtigen[66]), so darf man dies taktische Motiv gewiß auch unter den „mehrfachen Gründen" suchen, aus denen Schwerin eine Beteiligung der preußischen Bevölkerung an den Reformbestrebungen nicht wünschte. Daneben bestimmte aber auch der Grundsatz des Regenten, daß die Regierung sich nicht von unten drängen lassen dürfe, die Stellung Schwerins zu den nationalen Bewegungen in Preußen. Für die Vorstellungswelt des Ministers ist es höchst charakteristisch, daß er glaubte, die Wirkungen der nationalen Bewegung ließen sich auf das außerpreußische Deutschland beschränken, so daß Preußen außenpolitisch Vorteil von ihr ziehen könne, ohne gleichzeitig im Innern die Aktivierung des Volkes in Kauf nehmen zu müssen.

---

[64]) 23. Aug., 31. Aug., 13. Sept.; vgl. oben S. 44 u. unten S. 51 ff.

[65]) Anlage 5. Vgl. Dunckerbriefe S. 173.

[66]) Bernhardi III, S. 256, IV, S. 18 f.; vgl. Sälter, Bernhardi als Politiker, Diss. Berlin 1927, S. 51, Anm. 2 und S. 59. Über die geringschätzige, ja ablehnende Haltung, die der „aristokratisch-individualistische Liberalismus" Bernhardis (Sälter S. 53) dem Nationalverein entgegenbrachte, vgl. Bernhardi a. a. O., Sälter a. a. O. und Oncken, Bennigsen I, S. 449 f.

Daß Schwerin der Stettiner Petition mit Skepsis gegenüberstand, daß er die Bewegung in Preußen zum mindesten auf ein vertrauensvolles Abwarten beschränkt wissen wollte, ist also gewiß nicht abzuleugnen. Aber da er in seiner Antwort auch auf die „nicht unangenehme" preußenfreundliche Bewegung im übrigen Deutschland, der dies Abwarten weniger leicht zuzumuten war, Rücksicht zu nehmen hatte, konnte er sich aus diesem Dilemma nur durch ein Kompromiß herausfinden: indem er sich nämlich vor „bindenden und kompromittierenden Engagements" hütete, aber auch „von dem Vorwurfe der Inhaltslosigkeit" freihielt.

Auch die „positiven Modifikationen" des Schwerinschen Entwurfs durch den Regenten wird man nicht überschätzen dürfen. Aus einem Schreiben des Regenten an den Herzog von Coburg wird klar, wie sehr neben der Sorge vor der wachsenden Bewegung im eigenen Lande auch die Unmöglichkeit, augenblicklich gegen Österreich und die Mittelstaaten in der Bundesreform weiterzukommen, den Prinzen zur Vorsicht bei der Beantwortung der Adresse veranlaßte[67]). An den König von Sachsen schrieb der Regent später, er sei bei dem Erlaß nach Stettin von dem Grundsatz ausgegangen, „daß da, wo etwas national-Einigendes in Deutschland sich regt, man ihm nicht scharff entgegentreten darf, wohl aber dafür sorgen muß, daß keine Auswüchse damit verbunden werden, oder gar zu gestatten, daß man n e b e n den Regierungen zu Handlungen und Thaten übergehe"[68]). In diesen beiden Briefen und in jener Kabinettsordre vom 19. August zeichnen sich deutlich die außen- und innenpolitischen Gesichtspunkte ab, die des Regenten Haltung zur Stettiner Adresse bestimmten. Der rechtliche Sinn und gewisse unleugbar vorhandene Empfindungen für die Äußerungen des deutschen Nationalgefühls hielten Wilhelm von einer Brüskierung und Unterdrückung der Einheitsbewegung ab, aber sie reichten bei weitem nicht aus, den nationalen Bestrebungen seiner Untertanen, die die liberale Gärung im Lande nur verstärkten, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Aus anderweitigen Äußerungen des Regenten[69]) wird man schließen dürfen, daß in der Antwort nach Stettin allenfalls die auf die Reform der Bundeskriegsverfassung, die sich ja der Regent besonders angelegen sein ließ[70]), und auf die kurhessische Frage hin-

---

[67]) Ernst von Coburg a. a. O. Bd. II, S. 524 f.

[68]) 17. Juli 1860. Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen, S. 407 (im folgenden zitiert: Briefw. König Johann).

[69]) Ernst von Coburg a. a. O.

[70]) Vgl. Bailleu, Der Prinzregent und die Reform der deutschen Kriegsverfassung, H.Z. 78 (1897), S. 388 ff.

deutenden Stellen von dem Regenten selbst herrühren, und daß darin — aber auch wohl nur darin — die Darstellung Sybels ihre Begründung findet. Im ganzen gesehen, war ohne Zweifel schon der ursprüngliche Entwurf Schwerins eine Kompromißlösung, und das ist er, wie im einzelnen noch genauer aufzuzeigen sein wird, trotz dieser „positiven Modifikation" durch den Regenten, die den Kern der Frage, die Bundesreform, nicht berührte, auch geblieben.

Als Schleinitz die korrigierte Fassung [71]) nach Berlin sandte, meinte er, daß sie, im wesentlichen dem von Schwerin vorgelegten Entwurf konform, „zu keinen begründeten Reklamationen von Seiten unserer deutschen Bundesgenossen oder des Auslandes Veranlassung geben" könne [72]). Wenn der Außenminister weiter versicherte, die Antwort auf die Adresse werde auch „der auf die Stimmung im Lande zu nehmenden Rücksicht entsprechen", da man „eine übereilte Initiative" von Preußen in diesem Augenblick in ganz Deutschland nicht erwarte [72]), so gab er sich in diesem Punkte allerdings bewußt oder unbewußt einer erheblichen Täuschung hin. Denn die Tatsachen sprachen laut das Gegenteil. Die Eindringlichkeit, mit der man in den Reihen der Einheitsbewegung gerade im damaligen Augenblick die preußische Initiative forderte, konnte keinen Zweifel darüber lassen, daß man eine preußische Aktion nach dem Zögern und Schwanken der Berliner Politik im Frühjahr und Sommer 1859 gewiß nicht mehr als übereilt empfunden hätte. Aber war es schließlich ein Wunder, daß der „Hamletnatur" [73]) eines Schleinitz, seinem „unglücklichen Scharfsinn ..., Schwierigkeiten und Gefahren in allem zu entdecken, was geschehen soll" [74]), die riskante Initiative in der Bundesreform als besonders bedenklich erschien? —

Noch während dieser vertraulich gehaltenen Beratungen über die Adreßantwort beschäftigte sich die Presse eingehend mit dem zu erwartenden Erlaß, und zwar teilweise in einer Art, die im Ministerium stark verstimmend wirkte [75]). Theodor Fontane beging als Vertrauenskorrespondent Max Dunckers die Indiskretion, seine Informationen über die Beantwortung der Adresse den „Hamburger Nachrichten" zuzuleiten, von wo sie den Weg in die übrige deutsche Presse fanden [76]).

---

[71]) Eine Abschrift derselben befand sich bei den Akten mit dem Vermerk: „Abgekürzter und wenig modificirter Entwurf des Herrn Minister des Innern." (Pr.G.St.A. III.)

[72]) Schleinitz an Schwerin, 7. Sept. (Ausfertigung Pr.G.St.A. III).

[73]) Ausdruck Bennigsens (Oncken, Bennigsen I, S. 368).

[74]) Bernhardi IV, S. 101.

[75]) Schwerin an Schleinitz, 31. Aug. (Ausfertigung (Pr.G.St.A. III).

[76]) Fritz Behrend, Theodor Fontane und die Neue Ära, Arch. f. Polit. u. Gesch. Bd. III, 1924, S. 491 ff.

Der Regent selbst schritt dagegen ein, und den unvorsichtigen „Literaten" Fontane kostete sein Mißgeschick die Stellung [77]).

Neben solchen Indiskretionen trugen haltlose Gerüchte zur Beunruhigung der Atmosphäre bei [78]). Alles was an Mitteilungen über die Stellungnahme der Regierung zur Stettiner Adresse durchsickerte, so die Äußerungen Schwerins zu Hasselbach, die Unruh von diesem erfuhr [79]), stimmte die durch die „Vertrauliche Besprechung" genährten Hoffnungen der Einheitsbewegung so entschieden herab, daß Unruh in letzter Stunde auf die Antwort noch Einfluß zu nehmen suchte. Er schrieb zu diesem Zwecke an Bismarck [80]), in der Hoffnung, daß dieser, der damals gerade beim Regenten in Baden-Baden weilte [81]), von seinen Mitteilungen Gebrauch machen werde. Unruh sprach den Wunsch aus, daß die Stettiner Adresse in dem Sinne bündig beantwortet werde, daß „die Forderung der deutschen Nation nach einheitlicher, reindeutscher Centralgewalt ... wohl begründet und berechtigt" sei. Nicht ohne Schärfe erklärte er mit Beziehung auf die Mitteilungen Hasselbachs, Schwerin irre sich, wenn er wirklich glauben sollte, „daß die nichtpreußischen Deutschen die Taube für ein nicht actives Preußen spicken, braten, anrichten und solange warm halten sollen, bis Preußen gefahrlos den Mund öffnen kann". Erteile Preußen auf die Stettiner Adresse eine matte Antwort, „so haben wir in Eisenach Eulen nach Athen getragen und machen bei der Zusammenkunft mit den Süddeutschen am 15. und 16. dieses Mts. in Frankfurt a/M vollständig Fiasko". Die Reformbewegung vermöge nichts im preußisch-deutschen Interesse zu tun, wenn sie von der preußischen Regierung durch Ablehnung, Ausweichen oder Lauheit im Stich gelassen werde.

Unruhs Schreiben kam jedoch zu spät, um an der bereits fertiggestellten Antwort auf die Stettiner Adresse noch etwas zu ändern. An demselben Tage, an dem Unruh an Bismarck schrieb, unterzeichnete Graf Schwerin als Minister des Innern die ihm von Ostende aus zugegangene Fassung der Regierungserklärung [82]). Daß er Einwände gegen diese nicht erhoben hatte, spricht neben den oben angeführten

---

[77]) Ebenda S. 493 f. Die dort S. 493, Anm. 2 mitgeteilte Kabinettsordre des Prinzregenten fand sich auch abschriftlich bei den Akten Pr.G. St.A. III. Die nächste Folge der Kabinettsordre war ein Schreiben von Schleinitz an Schwerin, 8. Sept. (Konzept Pr.G.St.A. III), in dem der Innenminister um Einleitung einer Untersuchung gebeten wurde.

[78]) Immediatbericht des Berliner kurhessischen Gesandten, 18. Okt. (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg IV).

[79]) Anlage 5. Vgl. Dunckerbriefe S. 172 f.

[80]) 12. Sept. 1859 (Bismarck-Jahrbuch IV, S. 154 ff.).

[81]) Bismarck-Regesten I, S. 164.

[82]) Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden u. Schriften I, S. 495 f.

Gründen dagegen, daß sie sich von seinem eigenen Entwurf wesentlich unterschied. In seiner endgültigen Form erkannte der Erlaß „... die Überzeugung, daß die Unabhängigkeit und Macht Deutschlands nach außen und die Entwickelung seiner geistigen und materiellen Kräfte im Innern ein festes und energisches Zusammenfassen dieser Kräfte und eine Umgestaltung der Bundesverfassung in diesem Sinne voraussetze, ... in ihrer vollen Berechtigung an." Aber dieser theoretischen Anerkenunng, die den Ansichten der Reformbewegung immerhin bis zu einem gewissen Grade entgegenkam[83]), folgte der Hinweis, die Regierung dürfe „sich weder durch die Kundgebungen, welche dieses nationale Bewußtsein hervorruft, noch durch ihre eigene Überzeugung von dem, was an sich als das Heilsamste erscheinen möchte, bestimmen lassen, von dem Wege abzuweichen, welchen ihr die gewissenhafte Achtung vor fremdem Rechte und die Rücksicht auf das zur Zeit Mögliche und Erreichbare" vorzeichne.

In dieser „gewissenhaften Achtung vor fremdem Rechte" trat jener Grundsatz der Novemberansprache wieder zutage, wonach Preußen überall das Recht zu schützen bereit war. Diese legitimistische und streng rechtliche Grundhaltung des Regenten hatte zweifelsohne das volle Einverständnis auch des Grafen Schwerin für sich gehabt; stand doch der altliberale Minister auf dem von doktrinären Vorstellungen weitgehend bestimmten Standpunkt, daß „Recht vor Macht" ging[84]). Dem Regenten wie dem Minister erschienen vertragswidrige, gewaltsame Eingriffe in das positive Recht anderer deutscher Staaten als gewissenlos, und diese Auffassung suchte man den Stettiner Bürgern dadurch nahezubringen, daß man erklärte: „Dieselbe Achtung vor Recht und Gesetz, welche unsere inneren Zustände kennzeichnet, muß auch unsere Beziehungen zu Deutschland und unseren deutschen Bundesgenossen regeln." Diese Argumentation lief darauf hinaus, daß Volk und Volksvertretung, die doch von der Regierung die „Achtung vor Recht und Gesetz" im Innern, die Einhaltung der preußischen Verfassung forderten, nicht von derselben Regierung verlangen dürften, daß sie Recht und Gesetz gegenüber den deutschen Staaten und dem deutschen Bund mißachte und die Bundesverfassung breche. Die Grundsätze der inneren Politik wurden hier also auch für die äußere Politik als maßgebend anerkannt, und Rechtsprinzipien der Staatsräson, dem „was an sich als das Heilsamste" erschien, vorangestellt.

Aber auch eine gesetzliche Änderung der Bundesverfassung durch Anträge am Bundestage wurde in der Regierungserklärung als „ver-

---

[83]) Oncken, Bennigsen I, S. 342.
[84]) Allg. Deutsche Biographie Bd. 33, S. 433.

früht" bezeichnet; als praktische Wege zur „Förderung der gemeinsamen deutschen Interessen" wurden lediglich angegeben die „Stärkung der Wehrkraft des Vaterlandes" und die „Befestigung gesicherter Rechtszustände auf dem ganzen Bundesgebiete". In diesen beiden Forderungen lag immerhin ein deutlicher Hinweis auf die seit dem Ausgang des italienischen Krieges von Preußen angestrebte Reform der Bundeskriegsverfassung und auf den kurhessischen Verfassungsstreit, ein Hinweis, der, wie schon angedeutet[85]), vermutlich von der bessernden Hand des Regenten eingefügt worden war.

Zeigte so die Antwort auf die Stettiner Adresse trotz dem Verzicht auf die grundsätzliche Bundesreform wenigstens einige Ansätze für die Neuregelung der reformbedürftigsten Einzelfragen in den Bundesverhältnissen, so war doch von einer Mitwirkung der nationalen Bewegung bei der Inangriffnahme dieser Teilprobleme nicht die Rede. Auch für diese mußte ja gelten, was man im Verfolg der in der Kabinettsordre vom 19. August aufgestellten Gesichtspunkte in bezug auf die Gesamtreform des Bundes erklärte: daß ein Einfluß nationaler Kundgebungen auf die nach rechtlichen Maßstäben handelnde Berliner Politik nicht zugegeben werden könne. Der Öffentlichkeit sollte es wie während des italienischen Krieges nur zustehen, durch loyale Haltung die Schritte der Regierung zu unterstützen, die in dem dehnbaren Schlußsatz der Erklärung für sich selbst das Vertrauen in Anspruch nahm, „daß sie zu rechter Zeit die Wege zu finden wissen werde, auf denen die Interessen Deutschlands und Preußens sich mit den Geboten der Pflicht und Gewissenhaftigkeit vereinen". —

Man hat die Antwort, die weder ein völliges Nein noch ein entschlossenes Ja enthielt, als ein zaghaftes „Man-möchte-wohl" bezeichnet[86]). Gewiß war der Abstand von der gleichzeitigen Haltung der anderen deutschen Höfe und von der Haltung Berlins in den vergangenen Jahren beträchtlich; aber nicht geringer war der Abstand von den weitergehenden Intentionen der Usedom und Duncker, von dem eigentlich vorwärtsdrängenden Flügel der preußischen Regierung selbst.

Der Erlaß Schwerins wurde binnen kurzem durch alle größeren Zeitungen Deutschlands der Öffentlichkeit bekannt[87]) und rief sofort eine allgemeine, lebhafte Diskussion hervor. An der verschiedenartigen Interpretation gerade dieser als Kompromißlösung entstandenen Note, durch die es Preußen mit niemandem verderben wollte, an den Aus-

[85]) Siehe oben S. 50f.
[86]) Oncken, Bennigsen I, S. 343.
[87]) Abgedruckt z. B. am 14. Sept. in der Spenerschen Zeitung, am 15. Sept. in der sächsischen „Konstitutionellen Zeitung".

legungsversuchen im Sinne der einen oder der anderen Partei wird besonders deutlich, welches Gewicht man auf allen Seiten der Stellung Preußens zur Einheitsbewegung beimaß. Der preußischen Regierung selbst aber zeigte der unerwartet weitreichende Widerhall ihrer Erklärung Stärkeverhältnis und Lagerung der Kräfte, mit denen sie bei einer etwaigen Bundesreformpolitik als Anhängern oder Gegnern zu rechnen hatte.

Auf seiten der Mittelstaaten war die Aufnahme der Antwort auf die Stettiner Adresse keine einheitliche. Teilweise bezeichnete man sie als „nicht unbefriedigend“ [88]). Aber nicht überall gelang es Schwerin, das Mißtrauen der Mittelstaaten so herabzustimmen. Am hartnäckigsten zeigte sich der sächsische Minister Beust, der unentwegte Vorkämpfer des Triasgedankens und erbittertste Gegner der Einheitsbewegung [89]). Er hatte schon im August dem preußischen Gesandten Savigny in Dresden vertraulich erklärt, der Kampf der mittelstaatlichen Regierungen gegen die Reformbewegung, die „den Namen Preußens auf ihr Banner schreibt und für Rechnung Preußens stattfindet“, müsse die Mittelstaaten gleichzeitig in Kampfstellung gegen Preußen selbst bringen [90]). Savigny hatte nicht verfehlt, diesen Brief des sächsischen Ministers nach Berlin zu schicken [91]); er selbst, der die Abneigung des Konservativen [92]) gegen die liberale Nationalbewegung mit der des strengen Katholiken [93]) verband, wünschte nichts dringlicher, als seine Regierung von der Einheitsbewegung fernzuhalten. Die mißtrauische Interpretation, die Beust der Schwerinschen Erklärung — gleich Linden besonders durch ihren Schlußsatz beunruhigt — gab [94]), wird er dem preußischen Gesandten, mit dem er auf sehr vertrautem Fuße stand [95]),

---

[88]) Immediatbericht Lindens, 25. Sept. 1859 (Ausfertigung W.St.A. Stuttgart IV). Nur in der Schlußstelle, wo die preußische Regierung „zu rechter Zeit“ die Wege zu finden versprach, auf denen ein Ausgleich der deutschen und preußischen Interessen mit den Geboten der Pflicht und der Gewissenhaftigkeit möglich sei, erblickte Linden einen Rückfall Schwerins „in jene zuwartende Politik, welche zum Nachteil Preußens und Deutschlands während des italienischen Krieges trotz aller wohlgemeinten Gegenmahnungen befolgt worden ist“.

[89]) Martin Daerr, Beust und die Bundesreformpläne der deutschen Mittelstaaten im Jahre 1859. Neues Archiv für Sächsische Geschichte Bd. 52, S. 45 f., 48 f.

[90]) Beust an Savigny, 25. Aug. 1859 (Abschrift Pr.G.St.A. III).

[91]) Savigny an Schleinitz, 3. Sept. 1859 (ebenda).

[92]) Vgl. Bernhardi III, S. 88 ff.

[93]) Savigny war später Zentrumsabgeordneter (A.D.B. Bd. 30, S. 452 ff.).

[94]) Fuchs a. a. O. S. 275.

[95]) Bernhardi III, S. 278.

nicht vorenthalten haben. So sandte Savigny auch jetzt wieder einen mahnenden Bericht nach Berlin[96]). Wie für Beust, so war auch für Savigny der soeben gegründete Nationalverein einfach die revolutionäre Demokratie von 1848/49 in neuer, gefährlicherer Aufmachung. In den Männern der Einheitsbewegung hatte Preußen seiner Ansicht nach „eine Klasse von Bundesgenossen gewonnen, die schlimmer sind wie die ärgsten Feinde“[97]).

Wie in Dresden, so sah man auch in Hannover und Braunschweig in der Schwerinschen Note eine ausdrückliche Ermutigung der Einheitsbewegung[98]). Der Zusammentritt der späteren „Würzburger“ Staaten im September in München war die mittelstaatliche Antwort nicht nur auf die um sich greifende nationale Bewegung, sondern auch auf die vollkommen passive Haltung der preußischen Regierung zu dieser[99]). Dem Verlangen der Mittelstaaten nach einer ausdrücklichen preußischen Ablehnung der in der Stettiner Adresse laut gewordenen Tendenzen hatte Schwerin durch seine Kompromißlösung nicht entsprechen können. Insbesondere im Kurfürstentum Hessen machte der seit Jahren schwelende Konflikt zwischen Herrscher und Volksvertretung die Re-

---

[96]) Savigny an Schleinitz, 27. Sept. 1859 (Ausfertigung Pr.G.St.A. III): „... Die Demokratie in- und außerhalb Preußens will sich, gestützt auf ihre angebliche Sympathie für die Preußische Dynastie und deren Zukunft in Deutschland an allen Orten in fester Gliederung konstituiren. Sie hält die Erinnerung an ihr revolutionäres Auftreten in den Jahren 1848 und 49 für vergessen und bemächtigt sich einer Frage, der sie, im Allgemeinen, die Strömung für günstig erachtet. In den mindermächtigen Staaten, besonders in Sachsen, und dies aus den oft von mir angeführten Gründen gewinnt ihre Aktion unmittelbar den Charakter offenkundiger Wühlerei gegen den Staat und seine gesetzliche Ordnung. In Preußen lobt man noch die gegenwärtigen Zustände, bis die Partey, durch eine feste Gliederung in allen Provinzen hinlänglich gestärkt, ihr Haupt zu erheben, in den Wahlen durchzudringen und sich des herrschenden Einflusses zu bemächtigen für gerathen erachten wird.

Dann wird es sich bald genug zeigen, daß der Sieg der democratischen Principien in jedem einzelnen Staate jener Partey weit mehr am Herzen liegt, als das Ansehen und die Macht von Gesammtdeutschland, die sie jetzt allein zu erstreben vorgiebt.

Eines ist dieser gefährlichen Partey leider schon gelungen, sie hat das Mißtrauen sämtlicher Deutscher Staaten von einiger Bedeutung gegen Preußen auf das lebhafteste wach gerufen und droht sonach Preußen in einem Augenblicke in Deutschland zu isoliren, wo es vor allem darauf ankommen dürfte, alle realen Kräfte des Vaterlandes gesammelt auf der Wacht zu erhalten.“

[97]) Savigny an Bismarck, 24. Sept. 1859 (Bismarck-Jahrbuch Bd. VI, S. 40).

[98]) Sybel a. a. O. II, S. 337.

[99]) Vgl. Fuchs a. a. O. S. 278 ff.

gierung empfindlich gegen alles, was auch nur den Anschein erwecken konnte, als ob Berlin der liberalen Opposition im stillen den Rücken stärken wolle. Gerade von Kassel aus waren daher die Beschwerden in Berlin besonders eindringlich. Den kurhessischen Gesandten stimmte es bedenklich, daß Schwerins Antwort je nach der Parteistellung so verschieden ausgelegt werden konnte und daß in ihr der Standpunkt der Berliner Regierung den Reformbestrebungen gegenüber doch etwas entgegenkommender zum Ausdruck kam[100]), als in den Worten, mit denen Schleinitz noch fünf Wochen zuvor diese Bestrebungen als „utopische Ideen politischer Schwärmer" abgetan hatte[101]). Schleinitz gab dem Kurhessen jedoch die beruhigende und eindeutige Interpretation, das Kabinett verstehe unter der Antwort, „daß Preußen der angestrebten Reform des Bundes nur mit freier Zustimmung der Bundesregierungen Folge geben würde"[100]).

Da diese Zustimmung aller Voraussicht nach niemals zu erlangen war, kam die Schleinitzsche Auslegung, die man bei der Abneigung des Ministers gegen die nationale Bewegung nicht nur als auf den Empfänger berechnet zu verstehen hat, einer völligen Ablehnung der Reformbestrebungen ziemlich gleich. Obgleich diese negative Interpretation der Regierungserklärung den Parteien wohl kaum bekannt wurde, führten denn auch manche Konservative bei der Auslegung zu ihren Gunsten an[102]), daß die Achtung vor Recht und Gesetz die Beziehungen Preußens zu Deutschland und zu seinen Bundesgenossen regeln solle und daß der Minister das Projekt eines deutschen Parlamentes ganz mit Stillschweigen übergangen habe. Die Konservativen glaubten daraus schließen zu können, daß die Regierung sich von der Reformagitation nicht werde fortreißen lassen. Sie mochten hoffen, das Ministerium und vor allem den Regenten von der Position mitten zwischen den widerstreitenden Parteien, die man mit dem Erlaß nach Stettin eingenommen hatte, noch auf ihre Seite hinüberziehen zu können. —

Entsprechend der gespaltenen Auffassung im mittelstaatlichen und konservativen Lager war auch in den Kreisen der Einheitsbewegung der Eindruck der Regierungserklärung ein geteilter. Manche waren mit ihr nicht ganz unzufrieden[103]). Von entscheidender Bedeutung wurde Schwerins Antwort nach Stettin für die Gründungsversammlung

---

[100]) Immediatbericht Wilkens', 11. Okt. 1859 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg IV).

[101]) Immediatbericht Trotts (Vertreter Wilkens'), 17. Sept. 1859 (Ausfertigung Pr.G.St.A. Marburg IV), vgl. oben S. 41.

[102]) Immediatbericht Trotts a. a. O.

[103]) Oncken, Bennigsen I, S. 342.

des Nationalvereins, die am 15./16. September in Frankfurt a. M. stattfand. Schwerins Erlaß wurde dort am 13. September abends während der von einem kleineren Kreise liberaler Führer gepflogenen Vorberatungen bekannt, wo man sie als „ein ganz befriedigendes Aktenstück, das die Sache wesentlich erleichtern wird", empfand[104]). Der Süddeutsche Reyscher entwarf daher für die Hauptversammlung vom 15. September eine Erklärung, die auf den preußischen Erlaß nach Stettin Bezug nahm und gerade aus ihm für den Nationalverein die Verpflichtung herleitete, „die preußische Regierung in Durchführung des Programms einer deutschen Politik zu unterstützen"[105]). Auf dasselbe zielte der Antrag Barth-Rochau ab, der gleichfalls mit Schwerins Antwort nach Stettin und mit der Erwartung, „daß die preußische Regierung ihre Zusicherung auch aufrichtig und tatkräftig durchführen werde", begründet wurde[106]).

Dieser einen Gruppe der den Nationalverein begründenden Politiker, die Schwerins Antwort also als „günstige Vorbedeutung künftiger Erfolge" ansah[107]), stand jedoch eine andere, vorwiegend süddeutsche Gruppe gegenüber, die diese Antwort als „zweiten Korb" betrachtete, „der vorläufig alle Hoffnung auf Preußen ausschließe"[107]), und die die Annahme jener beiden Anträge verhinderte. So war es also in erster Linie die matte Antwort auf die Stettiner Adresse, die als deutlichster Ausdruck preußischer Unentschlossenheit auf der Frankfurter Nationalvereinsgründung das Zustandekommen eines festumrissenen Bundesreformprogramms mit preußischer Spitze verhinderte und die Vereinsziele nur auf allgemein gehaltene Formulierungen beschränkte.

Auch Reyscher selbst sah bald in Schwerins Antwort mehr und mehr das Negative[108]). Im ganzen wuchs die Empfindung, daß man sich in Berlin einen „Korb" geholt habe, je mehr man sich davon überzeugen mußte, daß die preußische Regierung ihrer theoretischen Anerkennung der Reformnotwendigkeit praktische Maßnahmen nicht

---

[104]) Raumer, Eine preußische Zeitungsgründung in München (Deutsche Rundschau Bd. 203, S. 155).

[105]) Planck a. a. O. S. 98. Vgl. Reyscher, Erinnerungen S. 266 f. und Hans-Otto Mayer, A. L. Reyscher als Politiker, S. 46 f. Die Mitteilung Herzog Ernsts, a. a. O. II, S. 536, Reyscher habe schon damals in Frankfurt Schwerins Antwort als „hohle Phrase" bezeichnet, ist also unzutreffend. Dagegen trifft Ernsts Angabe, daß gerade die Schwaben die preußische Regierungserklärung für ganz ungenügend gehalten hätten, für die übrigen Württemberger zu. Vgl. Mommsen, Miquel I, S. 179.

[106]) Planck a. a. O. S. 97 f.

[107]) Planck a. a. O. S. 22. Vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 344.

[108]) Dunckerbriefe S. 268 und Reyscher, Erinnerungen, S. 264.

folgen ließ[109]). Man kann also von einer Unzufriedenheit mit Schwerins Antwort in weiten Kreisen der Einheitsbewegung — vor allem Süddeutschlands — schon im Herbst 1859, besonders aber in der Folgezeit wohl reden[110]).

Jene erste Gruppe nationaler Politiker aber, die in Frankfurt Schwerins Erlaß als hoffnungsvollen Beginn einer deutschen Politik Preußens anerkannt hatte, zeigte sich von Schwerins Antwort deshalb befriedigt, weil sie durch fortgesetzte Agitation den Zeitpunkt herbeizuführen hoffte, wo die theoretisch anerkannte „Berechtigung" auf Änderung der Bundesverfassung zur Tat werden sollte[111]). Es waren vorzugsweise die preußischen Kreise der Einheitsbewegung, die diese Taktik verfolgten. Gleich den Konservativen rechneten auch sie damit, die Regierung aus ihrer Mittelstellung auf ihre Seite ziehen zu können. Dann durften sie aber das Ministerium, das sie auf die Bahnen des eben gegründeten Nationalvereins drängen wollten, nicht jetzt schon durch eine Überspannung ihrer Forderungen und durch eine Ablehnung von Schwerins Erlaß vor den Kopf stoßen. Unruh suchte deshalb den gerade in Berlin weilenden[112]) Bismarck am 24. September auf und erzählte ihm, daß die Regierungserklärung nach Stettin „durchaus günstig gewirkt habe"[113]). Bismarck berichtete dem Minister Schleinitz von Unruhs Besuch[113]); und da diese Privatbriefe Bismarcks von Schleinitz fast regelmäßig dem Regenten vorgelegt wurden[114]), so darf man annehmen, daß auch der Prinzregent nicht ohne Kenntnis von den Wünschen dieser Kreise geblieben ist. Schleinitz selbst sah in der Unruhschen Mitteilung „ein ebenso merkwürdiges als erfreuliches Faktum"[115]).

Unruhs Taktik wurde gestützt durch die Äußerungen der gemäßigt liberalen Publizistik. In der politischen Korrespondenz der Preußischen Jahrbücher sprach sich Karl Neumann, der mit Gruner enge Fühlung hatte[116]), über die Schwerinsche Antwort auf die Stettiner

[109]) Vgl. Rümelin an Robert Kern, 10. Okt. 1859 (Max Rümelin, Gustav Rümelin, Tübingen 1927); Planck a. a. O.; Biedermann, 1840 bis 1870, Dreißig Jahre Deutscher Geschichte Bd. II, S. 255.

[110]) So Sybel II, S. 372.

[111]) Immediatbericht Trotts, 17. Sept. 1859 (Pr.St.A. Marburg IV).

[112]) Bismarck-Regesten I, S. 164.

[113]) Bismarck an Schleinitz, 25. Sept. 1859 (Bismarcks Ges. Werke III, 2. Aufl., S. 64).

[114]) Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister von Schleinitz 1858 bis 1861, S. 182; Gruner, Rückblick auf mein Leben, Deutsche Revue 26, 3, S. 88 f.

[115]) Bismarcks Briefwechsel mit Schleinitz, S. 47.

[116]) Westphal, Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus, S. 104.

Adresse recht befriedigt aus und hob an ihr die positive Seite besonders hervor[117]). Da Schwerin „eine Reihe von vorbereitenden Maßregeln" in Aussicht stelle, verdiene das „praktische Programm", das sein Erlaß gebe, „überall vertrauensvolle Unterstützung". Dahinter stand die Hoffnung, daß die Sympathien der Regierung für die Einheitsbewegung, die man durch dies vertrauensvolle Entgegenkommen zu wecken, zu erhalten und zu fördern suchte, späterhin in einer aktiven preußischen Politik im Sinne der Bewegung Ausdruck finden möchten, die Hoffnung, die der rechte Flügel der Liberalen sich während der Neuen Ära am längsten bewahrte[118]).

In den Kreisen der Berliner Regierung war man über die verschiedenartige Auslegung von Schwerins Antwort, mit der man sich durch die Schwierigkeit der Lage so gut hindurchgewunden zu haben glaubte, nicht sehr erfreut und bereute teilweise, die Adresse überhaupt beantwortet zu haben[119]). Denn im ganzen gesehen hatte die Antwort weder das Vertrauen der Mittelstaaten noch das der Einheitsbewegung auf Preußen gehoben, und ihre überwiegend negative Aufnahme bei den Regierungen war für Berlin kein Ansporn, sich nach der mißfälligen Kritik dieses ersten vorsichtigen Schritts in Zukunft ernstlich auf den heißen Boden deutscher Reformpolitik zu begeben. Mehr als die in Schwerins Erlaß angeschnittenen Teilfragen aufzugreifen, mußte der Berliner Regierung fortan schwieriger als je erscheinen. Aber an dem Standpunkt dieses Erlasses hielt sie trotz der mittelstaatlichen Vorstellungen auch fernerhin fest.

Als bald nach der Beantwortung der Stettiner Adresse eine erneute öffentliche Stellungnahme zur Bundesreform und zur nationalen Bewegung notwendig wurde, dachte man nicht daran, hinter die einmal eingenommene Linie zurückzuweichen. Der Anlaß, der Erklärung an die preußische Bevölkerung eine ebensolche an die deutschen Regierungen hinzuzufügen, kam aus Wien. Das österreichische Kabinett nämlich, das schon seit geraumer Zeit der Einheitsbewegung seine besondere Aufmerksamkeit zuwandte, hatte in der ersten Septemberhälfte die deutschen Höfe unter Bezugnahme auf die Eisenacher Erklärung vertraulich darauf hingewiesen, daß „eine Überwachung der s. g. Gothaer Partei und ihrer Bestrebungen notwendig erscheine"[120]). Dar-

---

[117]) Preußische Jahrbücher Bd. IV (1859), S. 317—27. Vgl. Westphal a. a. O. S. 133 f., 143 f.

[118]) Noch ein Jahr darauf erfuhr Schwerins Antwort eine günstige Beurteilung in Wehrenpfennigs Broschüre a. a. O. S. 82 f., 127.

[119]) Immediatbericht Wilkens', 18. Okt. 1859 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg IV).

[120]) Pr.St.A. Marburg III. Vgl. Fuchs S. 262 ff.

über hinaus hatte Rechberg am 4. September durch seinen Vertreter an den sächsischen Höfen dem Herzog von Coburg gegenüber eine scharfe Verwahrung einlegen lassen[121]) gegen die Entgegennahme und zustimmende Beantwortung der Gothaer Adresse, die den Bundesstaat mit preußischer Spitze und Ausschluß Österreichs gefordert hatte[122]). In dieser Protestnote betonte Österreich auch, „daß die verderblichen Irrtümer derselben Partei ... Deutschland in nicht ferner Vergangenheit schon einmal der tiefsten Zerrüttung und der Gefahr eines inneren Krieges preisgegeben haben, einer Gefahr, aus welcher nicht einseitige und kurzsichtige Verfassungsdoktrinen, sondern die edle deutsche Gesinnung unseres Kaisers und Herrn und die Mäßigung und Friedensliebe der beiden deutschen Großmächte Deutschland errettet haben". Rechberg ließ diese Note, deren Schlußsatz eine recht deutliche und wenig taktvolle Anspielung auf das Scheitern der Union und auf Olmütz enthielt, auch in Berlin mitteilen, und außerdem durch seinen dortigen Gesandten im Außenministerium eine begleitende Depesche vorlesen, in der er allgemein Bezug nahm auf die deutschen Reformbestrebungen und das Verlangen äußerte, die Ansicht des Berliner Kabinetts hierüber kennenzulernen[123]). Auf Österreichs ausdrücklichen Wunsch hin unterbreitete Schleinitz jene Rechbergsche Protestnote an Ernst von Coburg auch dem Prinzregenten selbst[123]).

Die österreichische Note, alsbald in der Presse veröffentlicht, erregte über die Grenzen Deutschlands hinaus ein gewisses Aufsehen[124]). Und überall in Deutschland, wo man eine Bundesreform im preußischen Sinne erstrebte, erwartete man jetzt eine energische Abwehr des österreichischen Angriffs durch Preußen. Unruh suchte auf dem Wege über Bismarck das Ministerium zweimal in diesem Sinne voranzutreiben[125]). In der Tat kam für die nationale Bewegung sehr viel darauf an, welche Haltung die preußische Regierung dieser Drohnote gegenüber einnehmen werde[126]), ob sie sich schützend vor den Koburger und damit auch vor die Bewegung stellen oder ob sie beide unter dem

---

[121]) Abschrift Pr.G.St.A. III. Veröffentlicht in der Presse.

[122]) Hierüber vgl. Ernst von Coburg a. a. O. II, S. 520ff.

[123]) Schleinitz an Arnim, 23. Sept. 1859 (Abschrift Pr.G.St.A. III). Nach der Mitteilung Herzog Ernsts (a. a. O. S. 522) enthielt diese Wiener Begleitdepesche gleichzeitig eine Beschwerde bei der Berliner Regierung, daß sie in ihrer unmittelbaren Nähe so bedenkliche Umtriebe wie die des Nationalvereins dulde; vgl. Schwemer, Die Reaktion und die Neue Ära, S. 76.

[124]) Ernst von Coburg a. a. O. II, S. 527.

[125]) Bismarck-Jahrbuch IV, S. 154ff.; Bismarck, Ges. Werke III, 2. Aufl., S. 64.

[126]) Oncken, Bennigsen I, S. 341.

Druck des Wiener Kabinetts preisgeben werde. Der Prinzregent, ohnehin durch das Laxenburger Manifest immer noch verstimmt[127]), muß die Bedeutung der Angelegenheit für das deutsche, ja das europäische Prestige seines Staates wohl erkannt haben. Offenbar seiner persönlichen Einwirkung ist es zuzuschreiben[128]), daß die Antwort, die Schleinitz am 23. September von Baden-Baden aus nach Wien richtete[129]), eine festere Sprache führte, als man sie sonst in den Schleinitzschen Noten zu hören gewohnt war. Die preußische Regierung nahm darin den Herzog von Koburg in Schutz, verwies bezüglich ihrer Ansichten über die Reformbewegung auf Schwerins Antwort nach Stettin und erklärte, der Umstand, „daß der Name Preußens bei den jetzigen Bewegungen von vielen Seiten vorangestellt" werde, sei von dem Willen der Regierung unabhängig und daher kein Anlaß zu weiteren Erklärungen. Damit gab man zu verstehen, daß man sich in Berlin nicht bewußt sei, der Einheitsbewegung zur Propagierung einer Bundesreform mit preußischer Spitze Veranlassung gegeben zu haben. Man stellte so jede Verbindung mit der nationalen Bewegung in Abrede, enthielt sich jedoch des gewünschten Urteils über ihren Wert oder ihre Berechtigung. Den drohenden Schlußsatz Rechbergs aber quittierte man durch den ruhigen und entschiedenen Hinweis, daß bei der Restituierung des Bundestages „große schwebende Fragen ungelöst" geblieben seien, „welche es weder klug noch gerecht sein würde auf Irrthümer oder Bestrebungeen von Partheien zurückführen zu wollen". Die Lösung dieser schwebenden Fragen müsse zwar, so formulierte Schleinitz vorsichtig, vorläufig noch der Zukunft vorbehalten bleiben, aber es werde sich dabei „für die Preußische Regierung jederzeit nicht um selbstsüchtige Tendenzen oder einseitige Ansichten, sondern um ihre Pflichten gegen Preußen und Deutschland handeln".

Der energische Ton dieser Note, die allen preußischen Gesandtschaften mitgeteilt und vom Außenministerium selbst veröffentlicht wurde[130]), war ohne Zweifel dazu angetan, bei allen Preußenfreunden das zum Teil bereits sinkende Vertrauen zur Neuen Ära wiederum zu

---

[127]) Vgl. seinen Brief an Herzog Ernst vom 27. Sept., Ernst von Coburg a. a. O. II, S. 524 und seine entsprechende Äußerung zu Dalwigk, Fuchs S. 282, Anm. 2.

[128]) Ernst von Coburg a. a. O. II, S. 522.

[129]) Abschrift Pr.G.St.A. III. In ihren wichtigsten Teilen gedruckt bei Ernst von Coburg a. a. O. II, S. 522 f., außerdem in allen Berliner Zeitungen vom 7. oder 8. Oktober 1859.

[130]) Schleinitz an Gruner, 27. Sept. 1859 (Ausfertigung Pr.G.St.A. III).

heben[131]). Aber das, was man in nationalen Kreisen von ihr erhofft hatte, eine Ermutigung der Einheitsbewegung und eine offene Anerkennung der „Mangelhaftigkeit der jetzigen Bundesverfassung“[132]), sprach die Schleinitzsche Note und ihr Hinweis auf die Ungelöstheit der deutschen Frage doch entfernt nicht aus. So war auch sie wie der Erlaß nach Stettin nur ein halber Schritt, der auf der einen Seite das österreichisch-mittelstaatliche Mißtrauen nicht einschlafen ließ[133]), ohne auf der anderen Seite die Reformbewegung fest genug an Preußen zu ketten. Wie stark, zum Äußersten entschlossen die österreichischen Widerstände gegen eine preußische Bundesreform im Geiste der nationalen Bewegung waren, darüber wurde das Berliner Kabinett durch seinen Wiener Geschäftsträger Arnim nicht im unklaren gelassen. Arnim bezeichnete es als eine „Illusion der seltsamsten Art“, wenn man sich der Voraussetzung hingebe, „daß die Umgestaltung Deutschlands im Sinne der sogenannten Gothaer Partei sich auf anderem Wege ins Werk setzen lasse, als durch einen langen und blutigen Krieg gegen Österreich und seine Verbündeten[134]). Solche Erwägungen konnten auf die im Innern noch ungefestigte, nach außen so vorsichtige Neue Ära ihren Eindruck ebensowenig verfehlen, wie die mißgünstige Aufnahme von Schwerins Erlaß; auch auf die bescheidenen Reformwünsche der zur ultima ratio kriegerischer Lösung nicht bereiten Berliner Politik mußten sie lähmend wirken.

---

[131]) Für die doppelzüngige Politik des Herzogs von Coburg ist es bezeichnend, daß er, der sich nicht genug tun konnte, Preußen zu einer nationalen Politik zu drängen, selbst dem Grafen Rechberg nur eine viel mattere und unbestimmtere Antwort zu geben wagte (Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg im Briefwechsel, hrsg. von Tempeltey, S. 126, 129).

[132]) Bismarck, Ges. Werke III, 2. Aufl. S. 64.

[133]) Schwemer a. a. O. S. 76.

[134]) Arnim an Schleinitz, 6. Okt. 1859 (Pr.G.St.A. III).

Kapitel III.

Die Zurückhaltung Preußens gegenüber dem Nationalverein 1859/60.

I. Von der Nationalvereinsgründung bis zum Badener Fürstentag.

Durch die Gründung des Nationalvereins im September 1859 hatte die bis dahin unorganisierte Einheitsbewegung einen festen Rahmen erhalten. Was bislang nur in vielfach zusammenhanglosen Adressen, Erklärungen, Zeitungsartikeln und Broschüren Ausdruck gefunden hatte, sollte jetzt durch systematische Bearbeitung der Öffentlichkeit, durch unorganisatorischen Zusammenschluß aller nach Reform drängenden Kräfte in eine einheitliche Linie gebracht werden. Der durch den italienischen Krieg so plötzlich hervorgerufene Erregungszustand der Nation setzte sich in einer zielbewußt geleiteten, dauernden Volksbewegung mit dem Endzweck einer grundlegenden Bundesreform fort.

Die Stellung der deutschen Regierungen zum Nationalverein als der allein greifbaren Organisation dieser Bewegung war mit wenigen Ausnahmen von Anfang an eine durchaus feindselige. Die Stadt Frankfurt verweigerte dem Verein das Domizil[1]), in Hessen-Darmstadt wurde gegen die Teilnehmer an der Eisenacher und Frankfurter Versammlung Untersuchung eingeleitet und die Beteiligung an politischen Vereinen am 21. September 1859 ausdrücklich untersagt[2]). Mecklenburg verbot den Nationalverein am 5. Oktober 1859, Kurhessen am 26. Januar 1860[2]); in Hannover suchte man dem Verein zwar nicht durch ein direktes Verbot, wohl aber durch mancherlei Schikanierung seiner Mitglieder entgegenzutreten[3]). In Bayern, Sachsen[4]), Württem-

---

[1]) Schwemer, Frankfurt III, 2, S. 122.

[2]) Planck a. a. O. S. 27; Schwab a. a. O. S. 22; Oncken, Bennigsen I, S. 348, 463.

[3]) Ebenda; vgl. Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover II, 1, S. 411 u. a.; Oncken, Bennigsen I, S. 390 f.; Mommsen, Miquel I S. 180 ff.

[4]) Planck a. a. O. S. 28; Fuchs S. 257 ff.

berg[5]) und Baden sah man von direkten Unterdrückungsmaßregeln gegen den Verein ab, ließ jedoch über seine Mißliebigkeit keinen Zweifel.

All das bedeutete freilich für die Existenz des Nationalvereins noch keine Gefährdung, solange sich Preußen dem Vorgehen der Mittelstaaten nicht anschloß. Besaß der Verein in diesem größten deutschen Staat Bewegungsfreiheit, so waren die vereinzelten Maßnahmen der anderen Regierungen, denen bei der wachsenden Verflochtenheit des gesamtdeutschen Lebens eine hermetische Abschließung ihrer Grenzen gegen eine in Preußen geduldete Volksbewegung unmöglich war, zur Erfolglosigkeit verurteilt und konnten die Ausbreitung des Vereins auch im nichtpreußischen Bundesgebiet nicht wirksam hindern. Die Stellungnahme Preußens war es, die über das Schicksal des Nationalvereins in ganz Deutschland entscheiden mußte.

Bald genug setzte die Agitation des unter Mitwirkung preußischer Politiker gegründeten Vereins auch in der preußischen Bevölkerung ein. Anfang Oktober 1859 fand in Hamm (Westfalen) die erste Versammlung des Vereins auf preußischem Boden statt[6]). Man nahm teilweise an, der Nationalverein werde anläßlich dieser Versammlung seine vom Frankfurter Senat nicht genehmigten Statuten der preußischen Regierung zur Genehmigung vorlegen[6]). Ob ein solches Gesuch in den Kreisen des Nationalvereins wirklich erwogen worden ist, ist nicht bekannt; jedenfalls sah der Verein davon ab, und das Berliner Ministerium fühlte sich nicht bewogen, nachdem es soeben mit Schwerins Erlaß nach Stettin seine Haltung zur Reformbewegung ausgesprochen, nunmehr zu der mittlerweile entstandenen Organisation erneut grundsätzlich Stellung zu nehmen. Als der kurhessische Gesandte den Freiherrn von Schleinitz auf die Versammlung in Hamm und deren Beschluß, „daß die Wahlkörper auf die gesetzlichen Vertreter der deutschen Nation insbesondere zunächst durch Adressen einzuwirken hätten", aufmerksam machte und daran die Anfrage knüpfte, ob Preußen diese Propaganda dulden werde, entgegnete der Minister nur, das Petitionsrecht sei in Preußen frei; im übrigen verwies er bezüglich der Ansichten der Regierung über die Reformbewegung auf Schwerins Beantwortung der Stettiner Adresse[7]). Der Unterstaatssekretär von Gruner erklärte dem kurhessischen Gesandten in eben diesen Tagen[8]), man

---

[5]) Planck a. a. O.; Fuchs S. 267 f.

[6]) Immediatbericht Trotts, 24. Sept. 1859 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg IV).

[7]) Immediatbericht Wilkens', 11. Okt. (Ausfertigung ebenda). Über den weiteren Verlauf dieses Gesprächs siehe oben S. 57.

[8]) Immediatbericht Wilkens', 1. Okt. (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg IV).

solle die Reformbewegung, „der man seiner Ansicht nach eine unverdiente Wichtigkeit beilege", doch lieber im Sande verlaufen lassen, als sie durch Unterdrückung zum Märtyrertum zu erheben. Diese Geringschätzung der Einheitsbewegung [9]) war nicht nur taktisch vorgetäuschtes Desinteressement, sondern sie bestimmte auch die internen Erwägungen des Berliner Kabinetts [10]). Bei Gruner selbst war sie mit einem guten Teil innerer Abneigung gegen die „wüste radikale Strömung", die demokratische und ultraliberale Richtung" und den „politischen Radikalismus" verbunden [11]).

Gruners Antipathie gegen den Nationalverein, die im letzten Grunde ablehnenden Anschauungen Schwerins und Schleinitz' und die Abneigung des Prinzregenten gegen ein „Andringen von unten her" fanden jedoch in Maßnahmen gegen den neugegründeten Verein keinen Ausdruck. Preußen übte völlige Zurückhaltung. Dem Beitritt von Beamten stand in Preußen — und wenn man von einigen Kleinstaaten absieht, nur in Preußen — nichts im Wege [12]). Daß die Passivität der Regierung gegenüber diesen Beamten allerdings nicht ministeriellen Sympathien für die Einheitsbewegung entsprang, sondern lediglich dem Bemühen des Innenministers um Gerechtigkeit und Objektivität, zeigt die gewollte Unparteilichkeit, mit der Schwerin auf der anderen Seite auch an den übernommenen konservativen, zum Teil reaktionären Verwaltungsbeamten festhielt, obwohl diese die Politik der Zentrale vielfach durchkreuzten [13]).

Alle Versuche, Preußen zu klarer Parteinahme zu drängen, blieben vergeblich. Die Mittelstaaten erinnerten im Oktober 1859 am Bundestig in der Motivierung ihres Antrages auf Revision der Bundeskriegsverfassung daran, es sei eine „unzweifelhafte Vearpflichtung aller Bundesglieder ..., unberufenen, auf Umsturz der Bundesverfassung gerichteten Bestrebungen nach Maßgabe der Gesetze ernstlich entgegenzu-

---

[9]) Siehe auch unten S. 119.

[10]) Vgl. unten S. 86.

[11]) Justus v. Gruner, Rückblick auf mein Leben, Deutsche Revue 26, 3, S. 88 f. Daß Gruner dieses spätere schroffe Urteil über den Nationalverein auch schon während seiner Amtszeit vertreten hat, machen die bei Ringhoffer a. a. O. S. 438 mitgeteilten gleichzeitigen Briefstellen wahrscheinlich. Vgl. unten S. 132 f.

[12]) Oncken, Bennigsen I, S. 469. Hugo Müller, Der preußische Volksverein, S. 38. Vereinzelte Unterdrückungsmaßnahmen untergeordneter Behörden — so etwa das Verbot eines ostelbischen Landrats gegen die Veröffentlichung des Eisenacher Programms (Oncken a. a. O.) — fielen demgegenüber nicht ins Gewicht.

[13]) Bernhardi III, S. 271, 275 f., 278 f., 318 f., IV, S. 75, 80, 119 f., 127, 135, 161 f., 184. Vgl. Kaiser Friedrichs III. Tagebücher 1848—1866, S. XX; Albert v. Puttkamer, Staatsminister von Puttkamer, S. 18.

treten“ [14]), und verbargen dahinter eine Spitze gegen Preußens Duldung solcher Bestrebungen [15]). Aber Usedom, der entgegen seinen eigenen Wünschen von Schleinitz eine energisch protestierende Instruktion nicht bekommen hatte [16]), überging in seiner Erklärung zu dem Antrage [17]) diese Provokation einfach mit Stillschweigen. Mochten die Mittelstaaten hierbei ex silentio schließen, daß Preußen jene „Umsturzbestrebungen“ billige, — in Wahrheit war es nur eine neue Dokumentierung jener vorsichtigen Reserve, die einem Bund mit den deutschen Regierungen gegen die Bewegung ebenso auswich, wie einem Bund mit der Bewegung gegen die Regierungen.

Zu einer grundsätzlichen Aufgabe dieser Zurückhaltung vermochte auch die steigende Flut der nationalen Bewegung das Berliner Kabinett nicht zu treiben. Nur wenn die Regierung in Einzelfällen durch die Erregung der Geister tatsächlich Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im eigenen Lande befürchtete, scheute sie auch polizeiliche Maßnahmen nicht, um die Bewegung zu zügeln. So wurden im November 1859 bei der großen Schillerfeier in Berlin alle öffentlichen Umzüge polizeilich untersagt. Die offizielle Begründung dafür war zwar die Rücksicht auf die schwere Erkrankung des Königs [18]), aber es spielte auch die Besorgnis mit, die Festzüge, die am 9. November, dem Todestage Robert Blums, beginnen sollten, möchten von der Reformbewegung zu „unbequemen Demonstrationen“ benützt werden [19]). Man fürchtete in Berlin den „politischen Beigeschmack“ der Schillerfeier [20]). In der

---

[14]) Am 20. Okt. 1859, Pr.B.V. 1859, S. 734. Vgl. hierzu Bailleu, Der Prinzregent von Preußen und die Reform der deutschen Kriegsverfassung, H.Z. 78, S. 388 ff. Des Regenten Reformpläne für die Bundeskriegsverfassung, die annähernd das einzige aktive Vorgehen der Neuen Ära am Bundestage darstellen, ergeben, wenngleich sie letzten Endes eine Stärkung des Bundes zum Ergebnis haben mußten, für unsere Problemstellung keine Aufschlüsse, da der Regent die Frage als eine rein militärische betrachtete, durch die er die Bundesverfassung politisch nicht angetastet wissen wollte (Bailleu, S. 394 f.). Für die Vorgeschichte des mittelstaatlichen Antrages vgl. Daerr, Beust und die Bundesreformpläne der deutschen Mittelstaaten, a. a. O. S. 57 ff., 92 ff.

[15]) Wehrenpfennig a. a. O. S. 117; Sybel II, S. 341.

[16]) Fuchs a. a. O. S. 295 f.

[17]) Pr.B.V. 1859, S. 735 f.

[18]) Oncken, Bennigsen I, S. 352; Bernhardi III, S. 259.

[19]) Immediatbericht Wilkens', 25. Okt. 1859 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg IV).

[20]) Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands, S. 513. In der Tat kam es ja in der preußischen Landeshauptstadt am Abend des 10. November zu Ausschreitungen radikaler Elemente (Bernhardi III, S. 259, IV, S. 106, 116. Vgl. Weinich, Das Nationalfest von 1859, Diss. Leipzig [Masch.-Schr.], S. 41).

Provinz fand das Vorbild der Residenz durch die Verfügungen untergeordneter Behörden hie und da in recht kleinlichen Maßregeln Nachahmung [21]).

Vergeblich hatte Usedom vor dem Verbot der Schillerfeier in Berlin gewarnt, weil dadurch das Ansehen Preußens in Deutschland stark geschädigt werde [22]). Man schenkte seinen Vorstellungen in Berlin kein Gehör; in weitgehender Verkennung der Bedeutung des nationalen Aufschwungs belehrte Schleinitz den Bundesgesandten darüber, daß das Ansehen Preußens auf Grundlagen beruhe, „welche von solchen Tageseindrücken nicht einmal berührt, viel weniger denn erschüttert werden“ [22]). So ward das Verbot, das der Regent selbst für erforderlich hielt [23]), aufrechterhalten. Usedom aber gab sich mit der schroffen Abfertigung nicht zufrieden. Unter dem Eindruck des glänzend verlaufenen Frankfurter Schillerfestes [24]) setzte er dem Minister auseinander, daß es neben der preußischen Armee und dem preußischen Beamtentum doch noch „Grundlagen moralischer Art“ gebe, die nicht minder wesentlich seien und die durch ein solches Verbot allerdings beeinträchtigt würden. „Der Glaube Deutschlands, daß Preußen deutschen Fortschritt und Aufklärung wolle, und in sich selbst darstelle, gehört dahin. Thut Preußen etwas, das diesem Glauben widerspricht, ... so muß sein Ansehen in Deutschland sinken.“ Da sich die Schillerfeier zu einer großartigen Manifestation der geistigen Nationaleinheit Deutschlands gestaltet habe, dürfe sich Berlin mit Rücksicht auf die deutsche Nationalmeinung nicht davon ausschließen. Auf dem Gebiete der moralischen Eroberungen gebe es eben keine Bagatellen. Mit Freude hätten die Gegner Preußens die Berliner Bedenklichkeiten bereits ausgebeutet [22]).

In der Tat war der Eindruck des Berliner Schillerfeierverbots in Deutschland schwerwiegender, als seine Urheber gedacht hatten. In Berlin selbst war „die Stimmung für das Ministerium . . . seit der Schillerfeier ... sichtlich erkaltet“ [25]). Noch verstimmender wirkte das Verbot naturgemäß außerhalb Preußens, besonders in Süddeutschland.

---

[21]) Wie z. B. in Breslau, wo man den Zöglingen des Lehrerseminars die Teilnahme am Festkommers verbot und den Schulen den Tag nicht freigab (Kaufmann a. a. O. S. 514).

[22]) Anlage 6.

[23]) Wilhelm an Legationsrat Meyer, 14. Nov. 1859 (Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner, bearb. von Joh. Schultze, Bd. II, S. 138 f.).

[24]) Vgl. Schwemer, Frankfurt III, 2, S. 124 f. und Weinich a. a. O. S. 1.

[25]) Duncker an Herzog Ernst, 2. Dez. (Ernst von Coburg a. a. O. II, S. 529). Vgl. Weinich a. a. O. S. 41.

Zumal in Württemberg, dem Heimatland Schillers, hatte Schwerins Verbot „wieder zuviel geschadet“ [26]). Der König von Württemberg benutzte in der Erkenntnis, daß hier eine Gelegenheit sei, den preußischen Sympathien in seinem Lande das Wasser abzugraben, den Mißgriff des Berliner Kabinetts dazu, um die eigene nationale Gesinnung ins rechte Licht zu setzen [27]). Sein Berliner Gesandter hielt das Verbot nicht ohne stille Freude für „ein erstes Anzeichen, daß die Regierungsbehörde glaubt, an der Grenzlinie angekommen zu sein, innerhalb welcher sie den Parteien freie Bewegung zuzustehen gemeint ist“ [28]).

Die grobe Ungeschicklichkeit des Berliner Schillerfeierverbots war zum mindesten bezeichnend für die Verständnislosigkeit, mit der man in Berlin der erwachenden nationalen Bewegung immer noch gegenüberstand. So suchte Herzog Ernst von Coburg, der geschäftige Protektor der nationalen Bewegung Mitte November bei Gelegenheit der Letzlinger Jagden dem Prinzregenten selbst die Sache des Nationalvereins näherzubringen [29]). Der Regent äußerte sich zwar befriedigt darüber, daß der Verein seinen Sitz in Koburg aufgeschlagen habe und nicht in Frankfurt, „wo die Sachen sogleich auf Abwege geriethen“; eine Ausbreitung des Nationalvereins wollte er auch „in keiner Weise hindern“. Doch erklärte er wiederum, wie bei den Beratungen über die Stettiner Adresse, daß nach seiner Überzeugung „das, was Deutschland nothtue, nicht von unten her gemacht werden sollte“. Als warnendes Beispiel für das Ergebnis aller solcher Bewegungen von unten her führte er die badische Revolution an. Er glaubte offenbar nicht ganz daran, daß es dem Herzog gelingen werde, „die Leute auf dem gesetzlichen Boden zu erhalten“ [30]). Für ihn hatten die Namen mancher Nationalvereinsmitglieder keinen guten Klang: „Wenn solche Leute dabei sind, kann nichts Gutes daraus werden.“ Insbesondere die Tätigkeit Schulze-Delitzschs erregte bald das höchste Mißfallen des Regenten [31]). Die Schlußfolgerung Herzog Ernsts aus diesem Gespräch, „daß man die Bedenken des Prinzregenten gegen manche Personen bereits benutzt

---

[26]) Reyscher an Bennigsen 2. Nov. (Oncken, Bennigsen I, S. 352).

[27]) Dunckerbriefe S. 177.

[28]) Immediatbericht Lindens, 1. Nov. (Ausfertigung W.St.A. Stuttgart IV).

[29]) Ernst von Coburg a. a. O. II, S. 538 f.

[30]) Ähnlich urteilte sogar Roggenbach im Herbst 1859. (Friedrich von Baden, I, S. 156.)

[31]) König Wilhelm an Frau Geheimrat Delius, 26. Dez. 1861, mitgeteilt von E. von der Goltz in der Deutschen Rundschau Bd. 203, S. 226 ff. Vgl. Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften II, S. 24.

hatte, um ihn überhaupt gegen die Sache einzunehmen", war also durchaus begründet.

Dieser offenkundigen Skepsis des Regenten gegenüber der nationalen Bewegung hat man in den ganzen Jahren der Neuen Ära immer wieder durch Beeinflussungsversuche von liberaler Seite entgegenzutreten gesucht. Neben der Fürsprache Herzog Ernsts versuchte man es jetzt im Herbst 1859 auch auf dem Wege über die Prinzessin von Preußen, die auf die politische Haltung ihres Gemahls hie und da ohne Zweifel einen gewissen, im einzelnen freilich nicht genau abzuschätzenden Einfluß ausübte [32]). Ludolf Camphausen, der mit der Prinzessin schon länger in lebhaftem Gedankenaustausch stand [33]), übersandte ihr eine längere Denkschrift mit dem Titel „Andeutungen für die preußisch-deutsche Politik" [34]), die er auch dem Minister von Auerswald in Abschrift zukommen ließ [35]). Camphausen fand in der Einleitung seiner Denkschrift warme Worte für die nationale Bewegung; in ihr liege „eine Mahnung an die preußische Regierung, ihre ernsteste Aufmerksamkeit und ihre angestrengteste Thätigkeit der Vorbereitung und Bearbeitung des zukunftreichen Feldes" der Bundesreform zuzuwenden. Die Forderung des Nationalvereins „diplomatische und militairische Führung Preußens" sei zugkräftig genug, um große Massen um die Fahne dieser Bewegung zu scharen. Camphausen meinte, es sei „für Preußen lebhaft zu wünschen ..., daß die in Deutschland entstandene Bewegung nicht nur wach erhalten werde, sondern und vorzüglich daß sie sich von dem einmal erkannten Ziele nicht ablenken lasse". Aber da Camphausen einsah, „daß die wirkliche Erreichung des Zieles nur denkbar sei bei Gelegenheit eines Krieges", und da seiner Meinung nach ein Krieg nicht in der Möglichkeit und Absicht der preußischen Regierung liegen konnte, so vermochte auch er nicht anzugeben, wie Preußen die Forderungen der Bewegung erfüllen könne.

Ob die Prinzessin von Preußen, der Camphausen hier die nationale Bewegung anempfahl, in diesem Sinne auf den Regenten einzuwirken gesucht hat, ist nicht bekannt. Eine Änderung in der Haltung des Regenten ist in der Folgezeit nicht bemerkbar, so daß eine Wirkung von Camphausens Denkschrift — selbst wenn die Prinzessin sich ihre Gedanken zu eigen gemacht hat — auf die preußische Stellung zur Einheitsbewegung nicht erfolgte. So trat Preußen mit der gleichen

---

[32]) Vgl. Brandenburg, Reichsgründung I, S. 399.

[33]) Caspary, Ludolf Camphausens Leben, S. 395 u. a.

[34]) Nachlaß Auerswald. Die Denkschrift umfaßt 23 Seiten und ist unterzeichnet: Coeln, November 1859.

[35]) Camphausen an Auerswald, 21. Nov. 1859 (Nachlaß Auerswald).

Zurückhaltung, die es dem Nationalverein gegenüber seit der Beantwortung der Stettiner Adresse bewahrt hatte, in das Jahr 1860 und in die beginnende Kammersession, die mit der Einbringung der Heeresreformvorlage [36]) Kraft und Interesse von Regierung und Parlament weitgehend auf diese zunächst rein innerpreußische Frage lenkte.

In der Thronrede, mit der er am 12. Januar die Landtagssession eröffnete [37]), nahm der Regent Gelegenheit, den seit Mai 1859 zum ersten Male wieder zusammentretenden Kammern seine Stellung zu der mittlerweile entstandenen nationalen Bewegung öffentlich darzulegen. Nachdem „der Wunsch nach einer Reform der deutschen Bundesverfassung" sich neuerdings „wieder vielfach kundgegeben" habe, betrachte sich die preußische Regierung als die natürliche Vertreterin des Strebens, „durch zweckentsprechende Institutionen die Kräfte der Nation zu heben und zusammenzufassen, sowie überhaupt durch Maaßregeln von wahrhaft praktischer Bedeutung die Gesammtheit der deutschen Interessen wirksam zu fördern". Mit diesen Worten, deren Ton ohne Zweifel auf den „Maßregeln von wahrhaft praktischer Bedeutung" lag, rückte man ab von den weitergehenden theoretischen Zielen der nationalen Bewegung; eine Stellungnahme zu den prinzipiellen Forderungen der Nationalpartei, Zentralgewalt und deutsches Parlament, wurde vorsichtig vermieden, — das Versprechen jener praktischen Maßregeln aber, die man statt dessen ergreifen wollte, konnte erst dann Wert bekommen, wenn solche wirklich ins Werk gesetzt wurden: ein Wechsel auf die Zukunft, den die Neue Ära oft genug ausgestellt, aber niemals eingelöst hat.

Trotz dieser verschleierten Absage an die Bestrebungen des Nationalvereins fühlte man sich in Wien gerade durch diese Sätze der Thronrede unangenehm berührt [38]). Daß die weiteren Ausführungen des Regenten, in einer Absage an die Tendenzen mittelstaatlicher Politik gipfelnd, an den deutschen Höfen entsprechende Verstimmung auslösten, war nicht verwunderlich. Erklärte Wilhelm doch ausdrücklich [37]), er sei von dem Wunsche geleitet, „die Thätigkeit der deutschen Bundesversammlung in ihrem Verhältnisse zu den Verfassungen der Einzelstaaten auf das genaueste Maaß ihrer kompetenzmäßigen Wirksamkeit sich beschränken zu sehen". Die Abneigung, die man in Berlin gegen den Expansionsdrang des Bundestages hegte, fand damit unverhüllten

---

[36]) Am 10. Februar (Sten.Ber.Abg.H. 1860, I, S. 96 ff.). Über die Entstehungsgeschichte der Vorlage vgl. Sybel, Die preußische Heeresreform von 1860 (Vorträge u. Abhandlungen, München 1897).

[37]) Sten.Ber.Abg.H. 1860, I, S. 1.

[38]) Hengelmüller, Graf Aloys Karolyi, Deutsche Revue Bd. 38, 2, S. 163.

Ausdruck. Seit dem Novemberprogramm von 1858 hatte man aus dieser Anschauung, die allen bundesrechtlichen Abmachungen gegen den Nationalverein in erster Linie entgegenstand, niemals ein Hehl gemacht. Für die allgemein gehaltenen Formulierungen einer Thronrede deutlich genug hatte der Prinzregent jetzt also Preußens deutsche Politik abgegrenzt, einmal gegen die Aspirationen der Einheitsbewegung, zum andern gegen die ebenso geschäftige wie ängstliche Betriebsamkeit, mit der die Würzburger Staaten die eingerostete Bundesmaschine wieder in Gang zu bringen suchten. —

Unterdes empfing die deutsche Bewegung durch den Fortgang der italienischen Frage neue Antriebe. Der Jahresanfang 1860 brachte eine Wiederkehr des außenpolitischen Drucks vom Sommer 1859, als Napoleon mit der Absicht hervortrat, die ihm von Cavour im geheimen zugestandene Annexion Nizzas und Savoyens an Frankreich zu vollziehen. Das in Deutschland rege Mißtrauen gegen die Tendenzen der napoleonischen Politik befürchtete von diesem Schritt eine Störung des europäischen Gleichgewichts und eine Bedrohung der deutschen Südwestecke. Abermals ließ das Bewußtsein von der politischen und militärischen Ohnmacht des Bundes weite Kreise der deutschen Bevölkerung nach dem preußischen Schutz rufen, und die nationale Bewegung sah erneut die Möglichkeit für Preußen auftauchen, anläßlich eines großen äußeren Konflikts die im italienischen Krieg versäumte Chance auszunutzen. Biedermann, der dies der preußischen Regierung zum Bewußtsein bringen wollte [40]), ließ die Flugschrift „Die Savoyer Frage. Denkschrift an Preußens Staatsmänner von einem deutschen Patrioten“ [41]), die er im Einverständnis mit den Führern des Nationalvereins abfaßte [42]), durch Max Duncker dem Fürsten von Hohenzollern unterbreiten [43]).

In Berlin dachte man tatsächlich an eine Intervention in der Savoyer Frage; daß bei dieser Absicht, die zunächst zweifellos nur aus der prinzipiell antinapoleonischen Haltung der preußischen Politik entsprang, die nationale Erregung als treibendes Motiv mitgewirkt hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Daß man mit der Aktion jedoch die von Biedermann angeregte Lösung der deutschen Frage zu verbinden nicht gemeint war, bewies man dadurch, daß man in Wien und London gemeinsames Vorgehen vorschlug. Als Österreich und England sich dem versagten [44]), unterblieb der Berliner Schritt, und Biedermann

---

[40]) Oncken, Bennigsen I, S. 379. Vgl. Emminghaus a. a. O. S. 90.
[41]) Biedermann, Mein Leben, II, S. 157.
[42]) Oncken a. a. O. I, S. 365.
[43]) Biedermann a. a. O. II, S. 158; Biedermann, Fünfzig Jahre im Dienste des nationalen Gedankens, S. 97.
[44]) Engel-Jánosi, Rechberg, S. 73 f.; Zechlin a. a. O. S. 61 f.

bekam von Duncker lediglich die ausweichende Mitteilung, daß seine Denkschrift „mit großem Interesse" gelesen worden sei[45]). So blieb der Agitation des Nationalvereins die erhoffte Resonanz im Berliner Ministerium auf diesem Felde versagt. Der Mißerfolg ward vollständig, als auch der Führer der liberalen Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus, Georg von Vincke, auf Bennigsens Mahnen und Drängen im April nur eine kühle und ablehnende Antwort fand[46]). Selbst das Abgeordnetenhaus trug in diesem Augenblick, wo ihm mit der Heeresvorlage und der Sicherung des preußischen Verfassungslebens so gewaltige innerpolitische Aufgaben gestellt waren, Bedenken, eine deutsche Politik großen Stiles zu beginnen[47]).

Neben der fehlgeschlagenen[48]) Savoyer Agitation des Nationalvereins waren es im ersten Halbjahr 1860 insbesondere zwei Fragen, die die öffentliche Meinung Deutschlands bewegten: der kurhessische Verfassungsstreit und die schleswig-holsteinische Frage. In dem kurhessischen Konflikt nahm Preußen eine Haltung ein, die ihm mit der Entrüstung der Würzburger Staaten die Sympathien der deutschen Liberalen eintrug[49]). Aber hinter dieser preußischen Stellungnahme stand lediglich das verletzte Rechtsbewußtsein des Prinzregenten. Nicht um jener Sympathien der nationalen Bewegung willen trat Preußen dem hessischen Kurfürsten entgegen. Erklärte doch Schleinitz den erregten kurhessischen Debatten des Abgeordnetenhauses gegenüber, die Mitte April das Tagesgespräch von Berlin bildeten[50]), vom Ministertisch aus ausdrücklich[51]), es sei der Regierung nicht darum zu tun gewesen, dabei „eine populaire Frage zu ihren Gunsten in der öffentlichen Meinung auszubeuten". Er glaubte vielmehr auch hier den so gefürchteten Vorwurf preußischen „Eigennutzes" zurückweisen zu müssen: Wäre auf dem von Preußen eingeschlagenen Wege „eine echte und löbliche Popularität zu erlangen ..., so wäre der Königlichen Regierung nichts lieber, nichts erfreulicher gewesen, als eine solche Popularität mit allen ihren deutschen Bundesgenossen theilen zu können"[51]). Schleinitz war also weit davon entfernt, die nationale Bewegung in der kurhessischen Angelegenheit zu Hilfe zu nehmen, und es erscheint sehr zwei-

---

[45]) Biedermann a. a. O.

[46]) Oncken, Bennigsen I, S. 380, 383 ff.

[47]) Vgl. Baumgarten, Der Liberalismus. Eine Selbstkritik (Historisch-Politische Aufsätze, S. 125 f.).

[48]) Oncken, Bennigsen I, S. 381.

[49]) Stern VIII, S. 445.

[50]) Immediatbericht Trotts, 24. April 1860 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg V).

[51]) Sten.Ber.Abg.H. 1860, II, S. 794; vgl. Preuß. Zeitung vom 22. April 1860 (Nr. 189).

felhaft, ob die vertraulichen Beziehungen, die Duncker zu den hessischen Liberalen unterhielt[52]), seine volle Billigung fanden. Den deutschen Diplomaten gegenüber, die sich fast sämtlich über die Landtagsdebatten beschwerten, bedauerte er das Verhalten der Kammer und motivierte seinen Verzicht auf schärfere Gegenerklärungen damit, daß der Landtag wegen der Militärvorlage geschont werden müsse[53]). —

Mit der schleswig-holsteinischen Frage begann sich der Nationalverein, dessen Wirksamkeit auf dem Gebiet der eigentlichen Bundesreform durch die preußische Zurückhaltung weitgehend gelähmt wurde, seit der Berliner Ausschußsitzung von Mitte März 1860 zu beschäftigen[54]). Die Bedeutung dieser Frage, die seit langem der deutschen Einheitsbewegung starke Antriebe gegeben hatte, ward in der preußischen Regierung vor allem von Duncker erkannt. Ihm erschien sie als der archimedische Punkt, von dem aus ein aktiv vorgehendes Preußen die deutschen Bevölkerungen für sich gewinnen konnte. Aber seine darauf abzielenden Darlegungen vom März 1860 verfehlten auf die entscheidenden Berliner Stellen ebenso ihre Wirkung[55]), wie die gleichzeitigen Versuche Herzog Ernsts, den Regenten zu energischerer Außen- und liberalerer Innenpolitik zu bestimmen[56]). Als im Mai die holsteinischen Dinge im Abgeordnetenhaus zu lebhaften Debatten auch über die deutsche Frage führten, erklärte Schleinitz ostentativ[57]), daß die Regierung den Frankfurter Bundestag „nicht blos als faktisch, sondern auch als rechtlich bestehend" anerkenne. Im übrigen erschien ihm eine Erläuterung der deutschen Politik Preußens nicht erforderlich, da diese in den bisherigen Erklärungen der Regierung bereits deutlich genug bezeichnet worden sei[57]). Er verzichtete mit deutlicher Ironie auf die „begeisterte Rede", die man von ihm erwartete[57]), und wich damit dem Drängen der nationalen Bewegung abermals aus. Die Thronrede, mit der der Regent am 23. Mai den Landtag schloß, lag auf derselben Linie der Zurückhaltung und der Beharrung. Wilhelms tiefe Abneigung gegen territoriale Eroberungen, gegen „die Rolle eines

---

[52]) Dunckerbriefe S. 271; Bernhardi IV, S. 219; Haym a. a. O. S. 207; vgl. auch Anlage 8. Den Verkehr mit der kurhessischen Opposition machte die Kasseler Regierung auch dem preußischen Gesandten Sydow, allerdings wohl kaum mit Recht, zum Vorwurf (Göddäus an Wilkens, 29. Juli 1860, Pr.St.A. Marburg II).

[53]) Immediatbericht Trotts, 28. April 1860 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg V).

[54]) Oncken, Bennigsen I, S. 374.

[55]) Haym a. a. O. S. 209 ff.

[56]) Ernst von Coburg a. a. O. III, S. 17 ff. Vgl. Bernhardi III, S. 291 ff.

[57]) Sten.Ber.Abg.H. 1860, II, S. 974.

Viktor Emanuel[58]) fand diesmal besonders weitgehenden Ausdruck in der legitimistischen Formulierung, daß Preußen „in der Wahrung anerkannter Rechte Anderer die Wahrung des eigenen Rechts" erblicke[59]). Dieser Passus mußte in demselben Maße, in dem er in München das Mißtrauen des Bayernkönigs gegen die „Gothaische Politik" des Prinzregenten[60]) herabstimmte[61]), das Zutrauen der Einheitsbewegung niederschlagen. Da sich die Berliner Politik damit von den Anschauungen des altliberalen Dunckerkreises immer mehr entfernte, reichte der Leiter des Preßbüros dem Minister Auerswald ein Rücktrittsgesuch ein[62]). Er nahm erst davon Abstand, als sich die Situation vorübergehend wieder aussichtsreicher zu gestalten schien[63]). —

Trotz der vorsichtigen Haltung Preußens in der holsteinischen, der kurhessischen und der Savoyer Frage, trotz jenem Berliner Verbot der Schillerfeier war man auf mittelstaatlicher Seite mit der deutschen Politik der Neuen Ära nicht zufrieden. Seitdem der Nationalverein, der jetzt durch seine „Wochenschrift" auf weitere Kreise regelmäßig einzuwirken begann[64]), mit der gegen den hannoverschen Minister von Borries gerichteten Heidelberger Erklärung eine erfolgreiche Agitation betrieb[65]), waren die Besorgnisse an den deutschen Höfen im Wachsen. Immer wieder lag der sächsische Minister Beust[66]) dem preußischen Gesandten Savigny in den Ohren, Preußen möge doch einmal entschieden gegen die nationale Bewegung auftreten. Als ihm Savigny eine preußische Zirkulardepesche vom 6. Juni 1860[67]) mitgeteilt hatte, in welcher Schleinitz für jetzt auf eine Bundesreform verzichtet und erklärt hatte, Preußen lege auf die Erhaltung des Bundes den größten Wert, hielt Beust als gewandter Interpret Savigny vor, diese Erklärung schließe doch zugleich die moralische Verpflichtung

---

[58]) Wilhelm an Legationsrat Meyer, 25. April 1860 (Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker u. Staatsmänner, bearb. von Joh. Schultze, Bd. II, S. 148 f.).

[59]) Sten.Ber.Abg.H. 1860, II, S. 1273.

[60]) Dunckerbriefe S. 197.

[61]) Fuchs S. 346.

[62]) Duncker an Auerswald, 30. Mai 1860 (Nachlaß Auerswald).

[63]) Haym a. a. O. S. 233.

[64]) Wochenschrift des Nationalvereins, hrsg. von A. L. v. Rochau (zit.: Wochenschrift).

[65]) Oncken, Bennigsen I, S. 395 ff.

[66]) In seinen Memoiren (Aus drei Vierteljahrhunderten, Bd. I, S. 269 ff.) hat Beust seinen Gegensatz zum Nationalverein nur kurz und nicht in voller Schärfe dargestellt.

[67]) Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen 1848 bis 1871, I, S. 216 (die Depesche wird in den neueren Darstellungen nicht erwähnt).

für Preußen in sich, die Autorität der Bundesverfassung, die „gewissermaßen als vogelfrei dem Hohn und Spott der Bewegungsparteien preisgegeben“ sei, nicht untergraben zu lassen. Preußen müsse daher gegen die Verunglimpfung der Bundesverfassung durch die „Wühler“, die die preußische Kokarde in den einzelnen deutschen Staaten jetzt „frecher Weise an ihren Hut zu stecken sich erlaubten“, energisch vorgehen. Preußen allein habe es in der Hand, „mit wenigen Worten diese falschen Freunde zu entlarven“. Auch das monarchische Prinzip, die dynastische Solidarität der Interessen führte der um Argumente nie verlegene Beust für seine Forderung an, künftig „auf ein entschiedeneres Entgegenkommen Preußens“ bei der Bekämpfung des Nationalvereins rechnen zu können [68]).

Die Demarche des Dresdener Ministers verfehlte jedoch ihren Zweck; sein späteres, ständig erneutes Drängen in derselben Richtung läßt keinen Zweifel darüber, daß er, falls man in Berlin überhaupt darauf einging, in ablehnendem Sinne beschieden wurde [69]).

Dieselbe abweisende Haltung nahm man Österreich [70]) und Bayern [71]) gegenüber ein [72]). Begreiflich, daß diese Berliner Passivität das Mißtrauen der deutschen Regierungen gegen die Neue Ära unvermindert anhalten ließ. Mißfällig sprach man von den „persönlichen Antezedenzien“ einiger Minister und von den „störenden Einflüssen“ auf den Prinzregenten [73]). Besonders Auerswald, der als ein-

[68]) Savigny an Schleinitz, 15. Juni 1860 (Auszug Pr.G.St.A. X).

[69]) Eine Antwort von Schleinitz liegt nicht vor.

[70]) Als sich in Paris der preußische Gesandte und der österreichische Botschafter über die Konzessionen unterhielten, welche Preußen für die Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen den beiden Großmächten von Österreich in Deutschland verlangen würde (es handelt sich vermutlich um die von Hengelmüller, Deutsche Revue 38, 2, S. 166 erwähnte Unterredung), äußerte Graf Pourtalès, altliberal und früheres Mitglied der Wochenblattspartei, zu dem jungen Fürsten Metternich u. a., Österreich schlage einen falschen Weg ein, wenn es Bundesmaßnahmen gegen den Nationalverein beabsichtige, an denen Preußen doch nie teilnehmen werde. Man habe zwar viel Lärm gemacht um die sogenannten umstürzlerischen Zwecke des Vereins; indessen trage er dazu bei, das deutsche Nationalbewußtsein wach zu halten, indem er — hier mochte Pourtalès die Erklärung gegen Borries im Auge haben — alles brandmarke, was die kläglichen Erinnerungen des Rheinbundes wieder heraufbeschwören könnte (Auszug aus einem franz. Bericht des Grafen Pourtalès vom 17. Juni 1860, Pr.G.St.A. X).

[71]) Löwenstein an Schleinitz, 29. Juni 1860 (Auszug Pr.G.St.A. X).

[72]) Die interne Resonanz der österreichisch-mittelstaatlichen Aufforderungen im preußischen Kabinett war im einzelnen nicht zu ermitteln, da das preuß. Aktenmaterial gerade für das erste Halbjahr 1860 äußerst spärlich ist.

[73]) Hengelmüller a. a. O. S. 159, 166 ff.

ziger unter den liberalen Ministern regelmäßigen persönlichen Verkehr mit dem Regenten hatte[74]), galt den deutschen Diplomaten als Mittelpunkt einer Strömung, die der preußischen Politik angeblich einen Stützpunkt in den Bestrebungen des Nationalvereins geben wollte, während man die „versöhnlichen Gesinnungen" des Außenministers Schleinitz nicht in Zweifel zog[75]). Auch der „persönliche Wille des Prinzen" erschien als ein „durchaus loyaler, am bestehenden Rechte festhaltender"; nicht umsonst habe der Regent dem Kaiser Napoleon den Ausspruch „la Prusse est le Piémont de l'Allemagne" sehr verübelt und bewußt habe er mehrfach sein Festhalten am Recht betont[76]). Aber den „loyalen Absichten" des Prinzen stellte man die „gothaischen Tendenzen" seines Kabinetts[77]) gegenüber, gegen deren Sieg einzig die Unentschlossenheit des Regenten eine gewisse Garantie zu bieten schien[78]). Rechbergs Besorgnis steigerte sich bis zu dem Verlangen, Preußen solle seine deutschen Bundesgenossen darüber beruhigen, „daß es nicht die Gefahren der äußeren und inneren Lage Deutschlands auszunützen trachte, um Land oder Herrschaft zu gewinnen, daß Recht und Vertrag ihm höher stehen als die Sympathien des Nationalvereins"[77]).

Es war nur das Resultat solcher seit Jahresfrist ständig wachsenden Befürchtungen, wenn die mittelstaatlichen Souveräne die Baden-Badener Zusammenkunft des Prinzregenten mit Napoleon im Juni 1860[79]) zu dem Versuch benutzten, durch persönliche Einwirkung auf den Leiter der preußischen Politik die von ihren Kabinetten vergeblich angestrebte Unterdrückung des Nationalvereins zu erreichen. Während die „liberale Fürstentrias" in Baden mit ihrem Plan eines von Preußen geleiteten „Schutz- und Trutzbündnisses aller deutschen Fürsten mit Österreich" von dem preußischen Ministerpräsidenten Hohenzollern abgewiesen wurde, hielten die mittelstaatlichen Könige mit dem Großherzog von Hessen und dem Herzog von Nassau vertrauliche Beratungen ab, bei denen von König Johann Protokoll geführt wurde[80]).

---

[74]) Dunckerbriefe S. 325.

[75]) Immediatberichte Trotts, 7. Juli u. 8. Sept. 1860 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg V); Bernhardi IV, S. 21.

[76]) Immediatbericht Lindens, 20. Okt. 1860 (Ausfertigung W.St.A. Stuttgart IV).

[77]) Hengelmüller a. a. O.

[78]) Ebenda S. 278. Ähnlich Karolyis Bericht vom 21. Juli 1860 bei Thumann, Beusts Plan zur Reform des Deutschen Bundes vom 15. Okt. 1861, Diss. Berlin 1924 (Masch.-Schr.), S. 30 (Auszug gedruckt im Neuen Archiv für Sächsische Gesch. Bd. 46, S. 46—77).

[79]) Vgl. zum folgenden Ernst von Coburg a. a. O. III, S. 42 ff.; Bernhardi IV, S. 20 ff.

[80]) Berliner Zirkularerlaß, 9. Juli 1860 (Abschrift Pr.G.St.A. X u. XI).

Sie einigten sich darüber, „daß man in möglichst identischer Form sich der Unterstützung des Preußischen Kabinetts gegen ein weiteres Vorgehen des Nationalvereins versichern wolle“ [80]). Die Gelegenheit dazu bot sich, als der Prinzregent am 18. Juni den versammelten Fürstlichkeiten in einer Ansprache seine Stellung zu Napoleon und zu den Fragen der deutschen Politik darlegte. Da der Regent gewillt war, „die deutschen Fürsten in ihrer Souveränität zu schonen“ [81]), erklärte er diesmal wiederum, „daß eine Reform des Bundes nur unter gewissenhafter Achtung der Interessen Aller erstrebt werde“ und daß dafür der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet sei [82]). Aber das Mißtrauen der mittelstaatlichen Könige war damit nicht zerstreut. Der König von Württemberg forderte vielmehr im Verfolg der vertraulichen Vorbesprechungen von Preußen Garantien „zu besserer Bekämpfung der revolutionären Elemente“. Seine von den Königen eindringlich unterstützte Bitte beantwortete der Regent, auf einen solchen unmittelbaren Angriff offenbar nicht vorbereitet, lediglich mit einem Hinweis auf die soeben verlesenene Ansprache; alles weitere sollte den Verhandlungen der Kabinette vorbehalten bleiben. Gleichwohl brachte der König von Bayern den Prinzregenten vertraulich noch einmal auf die Unterdrückung des Nationalvereins, der seine umstürzenden Zwecke „unter der Annahme verfolge, er könne auf Sympathien in Preußen rechnen und handele eigentlich in Preußens Sinne“ [83]). Wilhelm entgegnete, daß man dem Verein dann ja nur Schwerins Antwort auf die Stettiner Adresse mitzuteilen brauche. Durch Polizeimaßregeln, wie die in Sachsen und Hannover, lege man dem Nationalverein mehr Wichtigkeit bei, als er tatsächlich habe. „Das Wesen des Vereins sei ein nationales, und man dürfe daran nicht ungestraft rütteln.“ Nur wenn der Verein gesetzwidrige oder umstürzende Handlungen begehen sollte, wollte der Regent zu seiner Unterdrückung die Hand bieten. König Max zeigte sich schließlich mit dieser Auffassung einverstanden und erklärte, selbst auch von einer Verfolgung des Vereins absehen zu wollen. —

Man hat die Baden-Badener Tage eine entschiedene „Absage an die deutschen Patrioten“, als deren Wortführer die liberale Fürstentrias aufgetreten war, genannt [84]). Zweifellos hat auch der Fürstentag den Regenten noch mehr als das mißtrauische Echo, das jede Berliner Kundgebung in den Mittelstaaten bisher gefunden, von der praktischen

---

[81]) Äußerung Wilhelms zu Leopold von Ranke am 13. Juni 1860 (Ranke, Zur eigenen Lebensgeschichte, S. 584).

[82]) Ernst von Coburg a. a. O. S. 47 f.

[83]) Oncken, Bennigsen I, S. 425 f.

[84]) Zwiedineck - Südenhorst, Deutsche Geschichte 1806—1871, Bd. III, S. 216.

Undurchführbarkeit einer Bundesreform überzeugt[85]). Trotzdem waren die Führer der Einheitsbewegung, die von den Badener Beratungen von vornherein nichts Positives erhofft hatten[86]), mit dem Ergebnis des Fürstentages nicht unzufrieden[87]). Hatte sich doch der Prinzregent abermals schützend vor den Nationalverein gestellt und ihm dadurch nicht nur die bisherige Duldung auf preußischem Boden erhalten, sondern auch etwaige Würzburger Maßnahmen gegen ihn letzten Endes unwirksam gemacht.

Von dem in Baden präzisierten Standpunkt zum Nationalverein ist der Prinzregent während der Neuen Ära nicht mehr abgewichen. Die Ereignisse der folgenden Jahre haben ihn wohl in seinem „antirevolutionären" Legitimismus bestärken können, aber niemals zu Vereinbarungen über eine gemeinsame Unterdrückung der Einheitsbewegung vermocht. Als Ernst von Coburg den Regenten in das Nachspiel der Badener Tage, die schriftliche Auseinandersetzung mit den mittelstaatlichen Königen über den Nationalverein, hineinzuziehen suchte, antwortete er dem Herzog fast mit denselben Worten, die er vor vier Wochen zuvor dem bayrischen König gegenüber gebraucht hatte: „Solange nur durch Besprechungen und gemäßigte Preßerzeugnisse der Verein sich in den bisherigen Schranken hielte", sei kein Grund zum Einschreiten gegeben. Preußen könne jedoch nicht „mit Hintansetzung der Interessen und Rechte der deutschen Fürsten" die Einheit anstreben, die der Verein bezwecke[88]). Gegen diese „Einheitstendenzen" des Nationalvereins, die mit seinen eigenen „Ansichten, Pflichten und Absichten" nicht harmonierten, sprach sich der Prinzregent gleichzeitig dem König Johann gegenüber aus[89]). —

Das besondere Mißtrauen des Regenten erregte der Versuch Heinrich von Arnims, für den September 1860 einen deutschen Abgeordnetentag in Heidelberg zustande zu bringen[90]). Der Plan des einstigen preußischen Märzministers war zwar an der Ablehnung ge-

---

[85]) Auch Schleinitz meinte unter dem Eindruck der Badener Verhandlungen, Preußen könne „vorläufig den so äußerst patriotischen deutschen Bundesgenossen gegenüber nicht daran denken ..., sie, wie Graf Ugolino es mit seinen Kindern machte, zu verspeisen in der wohlwollenden Absicht, ihnen einen Vater zu erhalten" (Bismarcks Briefwechsel mit Schleinitz, S. 74).

[86]) Oncken, Bennigsen I, S. 420.

[87]) Planck S. 39.

[88]) Ernst von Coburg III, S. 60.

[89]) Briefw. König Johann, S. 406 f.; vgl. Ermisch, König Johann und Kaiser Wilhelm I. (N.A.f.sächs.Gesch. 32, S. 331).

[90]) Zur Sache vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 415 ff.; Wochenschr. S. 438.

scheitert, die er in Württemberg und Bayern fand[91]), aber schon sein Auftauchen hatte genügt, um den Prinzregenten lebhaft an das Vorparlament von 1848 zu erinnern. Er betrachtete Arnims Vorgehen als „erste Regung" der Bewegung, „neben den Regierungen zu Handlungen und Thaten" überzugehen[92]). Ein Zustandekommen des von Arnim geplanten Abgeordnetentages wäre nach Wilhelms Ansicht „die Repetition des schmählichen Anfangs von 1848" gewesen[93]). Nichts aber erschien dem Regenten unsinniger und bekämpfenswerter, als eine solche „Volksbeglückung von unten herauf"[93]), der entgegenzutreten er fest entschlossen war. Möglich, daß diese scharfe Verurteilung des Arnimschen Planes, wie Oncken meint[94]), von den Badener Warnungen der mittelstaatlichen Könige nicht unbeeinflußt war. Das Gelingen von Arnims Plan hätte also möglicherweise einen offenen Ausbruch des latenten Gegensatzes zwischen dem preußischen Regenten und der nationalen Bewegung herbeigeführt. Dann wäre auch Preußen in die Front derer eingetreten, die die Bewegung eindeutig ablehnten und bekämpften; der Nationalverein selbst aber wäre schon im Herbst 1860 in jene oppositionellen Bahnen geraten, in die er 1861/62 allmählich gedrängt wurde. Nach dem Scheitern von Arnims Bemühungen sah jedoch der Regent keine zwingende Notwendigkeit, gegen den Nationalverein einzuschreiten[92]). Wilhelms Tendenz zu „Gewährenlassen und Passivität"[96]) ließ also das bisherige unklare Verhältnis, die Duldung des Vereins durch Preußen und, dadurch genährt, die Hoffnung des Vereins auf Preußen, auch weiterhin bestehen. —

Nach dem Badener Versuch nahmen die Bestrebungen der Mittelstaaten, Preußen zu einer Verfolgung des Nationalvereins zu veranlassen, fürs erste an Dringlichkeit ab. Die in Baden-Baden laut gewordene Auffassung des Prinzregenten von der Bundesreform und von der Reformbewegung hatte sich zwar als eine von der der Würzburger abweichende gezeigt; aber die mittelstaatlichen Regierungen waren durch die Versicherungen des Regenten doch von der unmittelbaren Sorge vor einem Bündnis preußischer Großmachtspolitik mit der nationalen Bewegung befreit worden. So einigte sich der württembergische Minister von Hügel am 26. Juni in Dresden mit Beust dahin, daß man jetzt nur noch vom preußischen Ministerium unmittelbar, dem man ja weniger über den Weg traute als dem Prinzen, eine schriftliche Ver-

---

[91]) Oncken a. a. O.
[92]) Briefw. König Johann S. 407.
[93]) Ernst von Coburg a. a. O. III, S. 50f.
[94]) Oncken, Bennigsen I, S. 430.
[96]) Marcks a. a. O. S. 160.

sicherung der Art erwirken wolle, wie sie der Regent in Baden-Baden seinen Mitfürsten mündlich gegeben hatte[97]). Auf der Rückreise sprach Hügel in München mit dem bayrischen Minister von Schrenk ebenfalls über den Nationalverein. Hier in München, wo der treibende Geist Beusts fehlte, hielten die Minister sogar „im Hinblick auf die in Baden zwischen den hohen Souverainen ausgetauschten Äußerungen eine weitere Erörterung zur Zeit nicht für nothwendig“[97]).

Dagegen gab sich Beust, als die von ihm erwünschte Versicherung des preußischen Ministeriums auf sich warten ließ, nicht zufrieden. Während eines zweitägigen Aufenthalts in Wien Anfang August 1860 erging er sich bei dem dortigen preußischen Gesandten Werther in den gewohnten Klagen darüber, daß preußischerseits kein Wort der Mißbilligung über die Bestrebungen des Nationalvereins geäußert werde, die auf Umsturz der Bundesverfassung und der kleineren deutschen Regierungen ausgingen. Als warnendes Beispiel hielt er Werther das Herzogtum Meinungen vor, das, obwohl von seinem Landesherrn vortrefflich regiert, neuerdings mit revolutionären Elementen unter dem Einfluß des Nationalvereins überschwemmt werde[98]). Nach Dresden zurückgekehrt, überreichte der sächsische Minister dem Freiherrn von Savigny eine kleine, offenbar offiziöse Broschüre, die die bundes- und landesrechtliche Ungesetzlichkeit des Nationalvereins ausführlich nachzuweisen sich bemühte[99]). Savigny wies sofort darauf hin, daß dieser Gegenstand nach den Baden-Badener Besprechungen augenblicklich erschöpft sei; „die Aufmerksamkeit aller deutschen Regierungen sei dem Verein hinlänglich zugewiesen und es bleibe nunmehr einer jeden überlassen, nach eigenem Ermessen den Verein zu überwachen, respective ihn auf gesetzlichem Wege in die gebührenden Schranken zurückzuweisen. Eine allgemeine Maßregel gegen den Verein Seitens des Bundes würde die Bedeutung des Vereins bei den Massen nur erhöhen“ und vielleicht das Gegenteil von dem bewirken, was Beust im Interesse der Beruhigung Deutschlands anstrebe. Beust versicherte demgegenüber, er halte sich für verpflichtet, diese Angelegenheit nicht einschlafen zu lassen, denn die deutsche Jugend müsse vor den Gefahren ungesetzlicher Bestrebungen bewahrt werden[100]).

---

[97]) Berliner Zirkularerlaß, 9. Juli 1860 (Abschrift Pr.G.St.A. X u. XI).

[98]) Werther an Schleinitz, 3. Aug. 1860 (Auszug Pr.G.St.A. X).

[99]) „Die Bestrebungen des Nationalvereins in ihrem Widerspruche mit der gesetzlichen Ordnung innerhalb des deutschen Bundes und der einzelnen Bundesstaaten.“ Als Manuskript gedruckt, Dresden o. J. bei Teubner, 24 S.

[100]) Savigny an Schleinitz, 15. August 1860 (Auszug Pr.G.St.A. X).

Den Bericht Savignys über dies Gespräch und die beigefügte Broschüre gegen den Nationalverein ließ Schleinitz dem Innenminister Schwerin und dem Justizminister Simons, die er schon vierzehn Tage zuvor um eine gutachtliche Äußerung über den Nationalverein gebeten hatte [101]), als Material zu diesem Gutachten übermitteln [102]).

II. Die Koburger Generalversammlung des Nationalvereins.

Die Anforderung eines Rechtsgutachtens durch Schleinitz stand im Zusammenhang mit einer Anfrage, in der der Koburger Regierungspräsident Francke im Juli in Bennigsens Auftrag Max Duncker um Auskunft darüber gebeten hatte, ob ein Beschluß des Nationalvereins auf der bevorstehenden ersten Generalversammlung am 3. September 1860, „die militärische und diplomatische Leitung des Deutschen Bundes einem Bundesstaat zu übertragen und eine Volksvertretung einzuführen, ein Beschluß, der auf legalem Wege durch die Presse und Anträge der Einzelkammern zu realisieren erstrebt werden sollte, auf Widerspruch in Berlin stoßen, eventuell Maßregeln der Könige dagegen Unterstützung in Berlin finden würden" [103]). Max Duncker hatte diese Anfrage Franckes am 29. Juli mit der Bitte um Instruktion an Schleinitz weitergeleitet [104]). Im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten war daraufhin zunächst ein „P.M. den National-Verein betreffend" [105]) ausgearbeitet worden, ein Rechtsgutachten eines Referenten, das zu dem Ergebnis kam, der Nationalverein verstoße schon dadurch gegen das Gesetz, daß er sich über die Grenzen eines einzelnen Territoriums hinaus auf ganz Deutschland erstrecke; er widerspreche sowohl dem preußischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 als auch dem das Vereinswesen betreffenden Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854. Die für die bevorstehende Generalversammlung geplante Resolution aber verfolge gar den Zweck, „die Bundesverfassung in ihren wesentlichsten

---

[101]) Siehe unten S. 84.

[102]) Schleinitz an Gruner, 25. Aug. (Ausfertigung Pr.G.St.A. X).

[103]) Dunckerbriefe, S. 214, Anm. 2; Bernhardi IV, S. 34; Oncken, Bennigsen I, S. 431.

[104]) Duncker an Schleinitz (Ausfertigung Pr.G.St.A. X).

[105]) Pr.G.St.A. X. Das Promemoria ist ohne Unterschrift — möglicherweise von der Hand des Geheimrats Schlieffen (s. unten S. 89) — und undatiert; der offenbar auf diesem ablehnenden Promemoria basierende Entwurf des ablehnenden Antwortschreibens an Duncker vom 30. Juli und der spätere Wechsel der Anschauungen im Außenministerium zu einer weniger ablehnenden Haltung legt es nahe, daß das Promemoria am 29./30. Juli 1860 niedergeschrieben ist, wofür auch die Einordnung in dem Aktenkonvolut spricht.

Grundbestimmungen zu beseitigen". Damit folge der Verein „einer unerlaubten Tendenz". Der Einwurf, daß das Ziel doch nur auf gesetzlichem Wege angestrebt werde, sei nicht stichhaltig, denn „eine legale Unterminierung der Grundlagen der Verfassung" sei eine contradictio in adjecto. Wolle der Verein doch „durch Aufregung der öffentlichen Meinung und der Massen einen moralischen Zwang, eine Erpressung gegen die Regierungen" üben; Erpressung aber sei „nicht ein erlaubter legaler Weg". Dieser „Modus der Sturm-Petitionen" sei vielmehr die „Tactik der erbärmlichsten, weil feigesten, Wühler und Verschwörer".

Offenbar unter dem Eindruck dieses schroff ablehnenden Referentengutachtens dachte der Außenminister zunächst daran, durch Duncker von der beabsichtigten Resolution dringend abraten zu lassen[106]). Dagegen kamen ihm aber doch Bedenken, und er beschied Duncker mündlich, daß die Regierung in der Sache überhaupt keinen Rat irgendwelcher Art erteilen könne[107]). Duncker schrieb also an Francke, der Nationalverein „müsse selbst wissen, wieweit die Gesetze ihm zu gehen erlaubten". Die Generalversammlung solle sich jedoch unter allen Umständen Mäßigung angelegen sein lassen und bedenken, ob sie mit der beabsichtigten Resolution „nicht eine Bahn betreten werde, auf welcher kein Halt mehr zu finden sein dürfte". Neben diesen Ratschlägen zur Vorsicht gab Duncker noch die verklausulierte Zusage, daß man von Berlin aus nicht einschreiten werde und bei einem Vorgehen von anderer Seite eventuellen Bundesbeschlüssen „eine möglichst weite Interpretation" geben wolle[108]).

Obwohl Duncker in seinem Schreiben, das für den Nationalverein wenig ermutigend war, den Eindruck zu erwecken suchte, als habe er höheren Orts gar nicht angefragt und als seien dies nur seine persönlichen Ansichten, merkte der Empfänger Francke, daß diese Antwort

---

[106]) Schleinitz an Duncker, 30. Juli (Konzept Pr.G.St.A. X).

[107]) Randbemerkung auf dem Konzept dieses Schreibens an Duncker.

[108]) Dunckerbriefe S. 214. Der dort abgedruckten Fassung des Briefes muß man den Vorzug größerer Glaubwürdigkeit geben vor der, die Bernhardi Anfang September 1860 in Reinhardsbrunn in den Papieren von Herzog Ernst vorfand und a. a. O. IV, S. 34 mitteilt. Bei Bernhardi heißt es weiter, Duncker habe außerdem noch geschrieben, „ob es nicht genug sei, wenn der Nationalverein nur das Prinzip preußischer Hegemonie aufstellte — und die andere Hälfte, die Volksvertretung am Bunde weglasse", wozu Bernhardi treffend bemerkt, der letzte Wink scheine ihm trotz der vorsichtigen Fassung deutlich genug. Dieser allerdings sehr deutliche Wink, der immerhin doch ein gewisses Eingehen Preußens auf die Bestrebungen des Nationalvereins bedeuten würde, ist jedoch in dem maßgeblicheren Abdruck Schultzes nicht enthalten.

inspiriert war[109]); gewiß merkte er auch, mit welch vorsichtiger Zurückhaltung man in Berlin den Plänen des Nationalvereins und nun gar seinen Anknüpfungsversuchen gegenüberstand. Er gab daher Dunckers Antwort an Herzog Ernst und den Minister von Seebach mit der resignierenden Bemerkung weiter, „daß ihm die am 3. September intendierten Anträge nicht zeitgemäß und erfolgreich erschienen, solche auch Reklamationen der Mittelstaaten provozieren würden“[110]).

Im Berliner Außenministerium mußte man sich, als man sich dem schroffen Urteil jenes Referentenentwurfs über den Nationalverein nicht angeschlossen, sondern eine Haltung eingenommen hatte, die zwar ebenfalls ablehnend und zurückhaltend war, aber doch wenigstens auf der bisherigen Linie der Duldung des Vereins beharrte, nunmehr darüber schlüssig werden, was Preußen denn zu tun habe, wenn die bevorstehende Generalversammlung trotz der Dunckerschen Warnung die beabsichtigte Resolution fassen würde. Preußen selbst stand dieser Resolution nicht freundlich gegenüber; die Mittelstaaten aber würden — das stand nach ihrer bisherigen Haltung nicht nur für Francke, sondern auch für Schleinitz fest[111]) — in einem solchen Beschluß endlich die seit langem erwünschte Gelegenheit finden, um den Bundestag gegen den Nationalverein mobil zu machen. Für diesen Fall mußte sich die preußische Regierung beizeiten eine sichere Rechtsgrundlage schaffen, damit „den etwa beim Bundestage zu erwartenden Anträgen gegenüber feste Ausgangspunkte genommen werden“[112]). So sah sich Schleinitz veranlaßt, den Innenminister Schwerin und den Justizminister Simons aufzufordern, ihre Ansicht „über die Gesetzlichkeit des in Rede stehenden Vereins überhaupt und namentlich der Tendenzen der beabsichtigten Resolution“ ihm mitzuteilen[113]). Schwerin hatte, da der Nationalverein kürzlich in der Kabinettssitzung zur Sprache gekommen war[114]), bereits ein ausführliches Votum „betreffend die Stellung der Königlichen Staats-Regierung zum deutschen National-Verein zu Coburg“[112]) ausgearbeitet, das er sämtlichen Ministern vorzulegen beabsichtigte[114]).

---

[109]) Bernhardi a. a. O. IV, S. 34.

[110]) Dunckerbriefe S. 214.

[111]) Schleinitz an Schwerin, 6. August 1860 (Konzept Pr.G.St.A. X): „Käme ein solcher Beschluß zu Stande, so würde derselbe höchst wahrscheinlich von Seiten mehrerer Bundes Regierungen Anträge am Bundestage auf Maßregeln gegen den Verein hervorrufen.“

[112]) Anlage 9.

[113]) Schleinitz an Schwerin, 6. August.

[114]) Schwerin an Schleinitz, 18. August (Ausfertigung Pr.G.St.A. X). Über die erwähnte Besprechung im Staatsministerium hat sich, da dessen Sitzungsprotokolle nicht zugänglich sind, nichts ermitteln lassen.

Diese Denkschrift übersandte er jetzt dem Außenminister in Beantwortung seiner Anfrage.

Das Votum Schwerins bezeichnete die bisherige Stellung des Ministeriums zum Nationalverein als eine „durchaus objektive, zuwartende", die auch weiterhin für angemessen erachtet wurde. In weitschweifigen Auslassungen führte der Innenminister alle juristischen und politischen Gründe dafür ins Feld, den Nationalverein unangefochten zu lassen. Die juristischen Ausführungen[115]) beschäftigten sich eingehend mit der Sachlage nach der preußischen Gesetzgebung und nach der Bundesgesetzgebung. Nach der preußischen Gesetzgebung kamen hier insbesondere vier Bestimmungen in Betracht: einmal Art. 30 der preußischen Verfassung[116]), sodann die §§ 98 und 99 des preußischen Strafgesetzbuches[117]) und schließlich das preußische Vereinsgesetz vom 11. März 1850, insbesondere der § 8 desselben[118]). Schwerin betonte zunächst, daß selbst für den Fall, daß der Nationalverein mit einer dieser Vorschriften in Widerspruch stehen würde, dennoch der Regierung „nur sehr beschränkte und im Erfolge ungewisse Mittel, nämlich nur die Erhebung der Anklage durch die Staats-Anwaltschaft, und die vorläufige Schließung der Vereine zu Gebote stehen würden, da die definitive Entscheidung in allen Fällen den Gerichten vorbehalten ist". Aber ganz abgesehen von dieser mehr technischen Frage widersprachen auch nach Schwerins Auffassung weder Zweck noch Organisation des Nationalvereins — „die beiden Momente, durch welche die Anwendung irgend welcher Straf- oder Polizei-Maßregeln bedingt wird" — den erwähnten gesetzlichen Bestimmungen.

Den Zweck des Vereins sah Schwerin gemäß den Frankfurter Statuten vom September 1859[119]) in dem Wirken „für die Einigung und freiheitliche Entwickelung des deutschen Vaterlandes auf gesetzlichem Wege". Dagegen war vom juristischen Standpunkt aus nichts einzu-

---

[115]) Wegen ihrer Ausführlichkeit wurde auf ihre Wiedergabe in Anlage 9 verzichtet und statt dessen eine kurze, das Wesentliche hervorhebende Zusammenfassung an dieser Stelle gegeben.

[116]) „Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen ... Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verboten im Wege der Gesetzgebung unterworfen werden" (Bernheim, Europäische Verf.Urk., S. 86).

[117]) Die beiden Paragraphen erklärten für strafbar geheime Verbindungen und Verbindungen, die sich ungesetzlicher Mittel bedienen.

[118]) Politische Vereine sind der Beschränkung unterworfen, daß sie „nicht mit andern Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten dürfen".

[119]) Abgedruckt Planck a. a. O. S. 24 f.

wenden. Selbst wenn man, fuhr die Denkschrift fort, von dieser etwas allgemein gehaltenen Formulierung des Vereinszwecks in den Frankfurter Statuten auf das Eisenacher Programm[120]) zurückgehe und danach „die schleunige Änderung der fehlerhaften Gesammtverfassung Deutschlands" auf gesetzlichem Wege als das eigentliche Ziel des Nationalvereins ansehen wolle, so sei auch das durch kein Strafgesetz zu verbieten, da nur „die Gewaltsamkeit ..., d. h. die Ungesetzlichkeit der Mittel, ... das Kriterium der Strafbarkeit von dergleichen Unternehmungen" sei. Den Einwand, der im Statut definierte Zweck des Nationalvereins sei nur ein ostensibler, während seine wahre Wirksamkeit eine den Strafgesetzen zuwiderlaufende sei, widerlegte Schwerin aus der Geschichte des Vereins, dessen Tätigkeit, lediglich in Beitragszahlungen der Mitglieder und in Ausschußsitzungen bestehend, ihm als überaus harmlos erschien.

Auch die Organisation des Nationalvereins gab Schwerin zu gesetzlichen Bedenken keinen Anlaß, da der Vereinsvorstand durch die im Oktober 1859 abgefaßte „Instruktion über die beim Beitritt zum deutschen National-Verein festzuhaltenden Punkte"[121]) jegliche Kollision mit der Vereinsgesetzgebung der deutschen Staaten geschickt umgangen hatte. Die Folge dieser notgedrungenen Vorsichtsmaßregel war in Schwerins Augen eine „eigentümliche Organisationslosigkeit" des Vereins, die ihn niemals zu einem straff zusammengefaßten, unter Umständen gefährlichen Machtinstrument in der Hand seiner Führer werden lassen konnte. „Eine lediglich in Geldzahlungen für denselben Zweck sich dokumentierende Vereinigung ist", so meinte Schwerin mit leichter Ironie, „nur eine höchst unvollkommene Erscheinung der Vereins-Idee, und hat auf politischem Gebiet, auf dem die Fäuste der Unbemittelten viel mehr ins Gewicht fallen als die — doch meist nur spärlichen — Spenden der Bemittelten, vollends eine durchaus untergeordnete Bedeutung."

Im zweiten Teil seiner juristischen Ausführungen widmete Schwerin den in Betracht kommenden Bestimmungen der Bundesgesetzgebung eingehende Darlegungen. Hier stand der § 1 des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854[122]) im Mittelpunkt. Dieser Beschluß war in der Reaktionszeit zustande gekommen und schon damals durch den Einspruch

---

[120]) Planck S. 93 ff. Vgl. oben S. 38.
[121]) Abgedruckt Planck a. a. O. S. 101.
[122]) Er bestimmte: „In allen deutschen Bundesstaaten dürfen nur solche Vereine geduldet werden, die sich darüber genügend auszuweisen vermögen, daß ihre Zwecke mit der Bundes- und Landesgesetzgebung im Einklange stehen und die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gefährden." (Pr.B.V. 1861, S. 4.)

Preußens gegen zu spezielle und zu weitgehende Bestimmungen nur in einer ziemlich allgemein gehaltenen Fassung zur Annahme gelangt[123]). Schon die Regierung Manteuffel hatte es seinerzeit nicht für nötig erachtet, den Bundesbeschluß in Preußen zu publizieren, so daß er hier gar keine formelle Geltung besaß. Schwerin verzichtete jedoch darauf, sich dieses formaljuristischen Einwandes zu bedienen, da er der Ansicht war, daß der fragliche Bundesbeschluß sowieso nicht mehr und nichts anderes enthalte als die preußische Landesgesetzgebung. Er belegte seine Auffassung im einzelnen mit der Entstehungsgeschichte jenes Beschlusses und mit dem allerdings etwas vagen Argument, der Nationalverein verstoße dadurch, daß er eine Änderung der Bundesverfassung anstrebe, noch nicht gegen die Bundesgesetzgebung, da Bundesverfassung und Bundesgesetzgebung etwas ganz verschiedenes seien. Wenn Schwerin meinte, „Bundesgesetzgebung ... ist die vom Bunde ausgegangene Gesetzgebung: unter diesen Begriff aber läßt sich die Bundesverfassung nicht subsumieren, da sie vielmehr das Resultat eines völkerrechtlichen Vergleiches ist, eines Actes, auf den der Ausdruck Gesetzgebung in keiner Weise angewendet werden kann", so begab er sich damit auf das Gebiet von Abstraktionen, deren juristische Haltbarkeit hier nicht nachzuprüfen ist. Aber der Nationalverein, der das Bundesrecht nicht zum Ausgangspunkt nahm, verstieß mit seiner Negierung der Bundesverfassung zum mindesten gegen den Sinn auch der Bundesgesetzgebung, die ja ihrerseits vorwiegend dem Schutz der Bundesverfassung diente ,— ein politischer Tatbestand, der nicht durch juristische Gegenargumente aus der Welt geschafft wurde, die praktisch darauf hinausliefen, daß die Bundesverfassung, die sich sowieso „eines ähnlichen Schutzes, wie die Landes-Verfassung, durch die preußischen Strafgesetze keineswegs zu erfreuen" hatte, hier von dem preußischen Innenminister für vogelfrei erklärt wurde.

Gerade an dieser Stelle wird deutlich, daß die juristische Argumentation niemals vom politischen Standpunkt ganz unbeeinflußt bleiben kann. War doch jenes erste Referentengutachten, das so scharf gegen den Nationalverein Stellung nahm und schon in seinem Ton die unverhohlene innere Abneigung seines Verfassers gegen den Verein zum Ausdruck brachte, auf Grund eben dieses Bundesbeschlusses und des preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zu einem Ergebnis gekommen, das dem Schwerins völlig entgegengesetzt war. Die Motive seiner Stellungnahme zum Nationalverein waren auch für einen Rechts-

[123]) Fischer, Die Nation und der Bundestag, S. 487 f. und Poschinger, Preußen im Bundestag 1851—1859, Bd. I, S. 30*, 230—232, 287 ff., 291 f.

doktrinär wie Schwerin insofern politischer Natur, als er den Verein politisch für einen quantité négligeable hielt und den preußischen Staat nicht dazu berufen glaubte, gegen seine harmlosen Bestrebungen als Hüter der deutschen Bundesverfassung aufzutreten. Gegenüber einem politisch mächtigen, dem eigenen Staat eventuell gefährlichen Nationalverein würde auch Schwerin dem Ministerium eine „objektive, durchaus zuwartende" Haltung wohl kaum empfohlen haben. So aber kam sein Votum juristisch und politisch[124]) zu dem Ergebnis, daß die für die Koburger Generalversammlung geplante Resolution nicht ungesetzlich sei, daß Preußen „sich durch ein Verbot des National-Vereins geradezu lächerlich machen würde", und daß auch der Wunsch der Regierung, „auf eine eklatante Weise den viel gehegten Verdacht des Sympathisierens mit den Tendenzen des National-Vereins beseitigen zu können", ein solches Verbot nicht hinreichend motiviere. Mit einer für die ganze Neue Ära und auch für die damalige Haltung des Regenten in der deutschen Frage typischen Selbstverständlichkeit erklärte der Innenminister schließlich, daß es „mit der bisher beobachteten streng gesetzlichen und offenen Haltung Preußens wenig harmonieren" würde, wenn etwaigen Besorgnissen „vor einer unbequemen Kollision der Vereins-Wirksamkeit mit den auf die Regelung der deutschen Frage bezüglichen Bestrebungen der Königlichen Staats-Regierung ... irgendwelcher Einfluß gestattet würde". Diese Gedanken klingen an jenen Passus in der Antwort auf die Stettiner Adresse an, wonach die eigenen Staatsinteressen zurückzutreten hatten vor der Idee des Rechts. Was Schwerin damals öffentlich gegen eine aktive deutsche Politik geltend gemacht hatte, sprach er hier in einer vertraulichen Denkschrift gegen eine Unterdrückung des Nationalvereins aus: Die Politik Preußens sollte nicht von der Staatsräson, sondern von höheren rechtlichen Bindungen moralischer Art geleitet werden. Solange aus der Duldung des Vereins ein unmittelbarer Schade für den Bestand des Staates nicht erwuchs, war es für diese ideale Auffassung unfair, ihn um irgendwelcher Vorteile willen zu verfolgen. Diese „streng gesetzliche" Haltung verbot eine Unterdrückung des Vereins wegen der an sich wünschenswerten Beseitigung des mittelstaatlichen Mißtrauens oder wegen einer entgegenlaufenden eigenen deutschen Politik ebenso, wie sie auf der anderen Seite eine Ausnutzung des Vereins für eine preußische Großmachtspolitik gegen die deutschen Regierungen nicht zugelassen hatte.

Schwerins bewußter Verzicht auf die Eingliederung des Nationalvereins in eine preußische Nationalpolitik und auf eine von den preußi-

---

[124]) Die politischen Ausführungen s. Anlage 9.

schen Interessen geleitete Beeinflussung des Vereins, seine Ablehnung eines Kampfbündnisses zwischen Preußen und Einheitsbewegung konnte, da bei der Zusammensetzung des Berliner Ministeriums mehr doch nicht zu erreichen war, notfalls auch den konservativen Elementen im Kabinett genügen. Der konservative Graf Schlieffen, Dezernent für deutsche Fragen im Außenministerium schon seit Manteuffels Zeiten[125]), dem Gruner Schwerins Votum zunächst vorlegen ließ, stimmte denn auch „im praktischen Resultat ... unbedingt damit überein, daß für jetzt von jedem Einschreiten gegen den National-Verein abzusehen ist, weil er bisher ohne alle Bedeutung ist, eine solche durch Maßregeln, die gegen ihn ergriffen würden, nur gewinnen könnte, und weil die Maßregeln ohne praktisches Resultat bleiben würden. Das Agitieren durch Presse, Petitionen und Kammer-Anträge wäre nicht zu verhüten“[126]). Neben Schlieffen schloß sich auch der konservative Justizminister Simons dem Schwerinschen Votum an[127]). Ähnlich dem Innenminister erklärte Schleinitz in einem Votum[128]), das er am 26. September, also bereits nach der Generalversammlung des Nationalvereins, für den Vortrag im Staatsministerium ausarbeiten ließ, „daß das bisherige Auftreten des Vereines in seinen öffentlichen Erklärungen und in der neuerlich stattgehabten Versammlung zu Coburg keinen thatsächlichen Grund für die Preußische Regierung darbietet, gegen denselben einzuschreiten“. Abgesehen davon, daß „Zweckmäßigkeitsgründe“ — also politische Erwägungen — nicht für ein Verbot des Nationalvereins sprachen, sah Schleinitz auch keine juristische Notwendigkeit für eine Unterdrückung des Vereins. Er schloß sich hier der Auffassung Schwerins an, daß der Verein der preußischen Landesgesetzgebung — d. h. dem Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und den allgemeinen Strafgesetzen — nicht widerspreche, und kam bezüglich der Bundesgesetzgebung analog den Ausführungen des Innenministers zu dem Ergebnis, daß der Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 lediglich eine „in anderen Worten ausgedrückte Wiederholung“ des Art. 30 der preußischen Verfassung sei.

Da das Votum des Außenministers den Ausführungen Schwerins keine neuen Gesichtspunkte hinzufügte, sondern im wesentlichen nur eine Zustimmung zu diesen bedeutete, so darf man die ausführliche, von Schleinitz, Simons und Schlieffen gebilligte Denkschrift Schwerins etwa als die offizielle Stellungnahme der Neuen Ära zum Nationalver-

---

[125]) Königl. Preuß. Staats-Kalender für das Jahr 1858, S. 95, für das Jahr 1859, S. 95. Vgl. über Schlieffen auch Bismarck, Erinnerung und Gedanke, Ges. W. Bd. 15, S. 137.

[126]) Randbemerkung vom 24. August zu Anlage 9.

[127]) Simons an Schleinitz, 24. August (Ausfertigung Pr.G.St.A. X).

[128]) Anlage 10.

ein bezeichnen. Sie ging, auf eine kurze Formel gebracht, dahin: Preußen hat kein Interesse an einer Unterdrückung des Nationalvereins, der einen bedeutsamen politischen Faktor nicht darstellt und durch ein Verbot womöglich erst zu einem solchen werden würde.

Mit diesem offiziellen Meinungsaustausch innerhalb des Kabinetts selbst war jedoch das Interesse der Berliner Politiker für den Nationalverein noch nicht erschöpft. Max Duncker konnte sich mit dem Verzicht auf jede Beeinflussung des Nationalvereins im preußischen Sinne nicht zufrieden geben. Er arbeitete eine längere Zuschrift an den leitenden Ausschuß des Nationalvereins aus, die er auch dem Staatsminister Auerswald zur Kenntnis brachte [129]). Eine Stellungnahme Auerswalds zu Dunckers Gedanken liegt jedoch nicht vor, so daß es offen bleiben muß, wieweit diese offiziösen Charakter trugen. Jedenfalls wird man sie überall dort nur als Dunckers eigene Auffassung werten dürfen, wo sie von den Denkschriften der Minister abweichen. Noch mehr als die juristisch trockenen Gutachten der Minister gewähren sie manchen Einblick in die „herabgestimmte Aktionslust [130]) des Berliner Ministeriums. Der Grundgedanke Dunckers war, daß der Nationalverein anstatt „der einen großen nationalen Aufgabe" — der Bundesreform — die einzelnen nationalen Aufgaben, welche „die gegenwärtige Lage" stelle, bearbeiten solle: also die kurhessische, die schleswig-holsteinische Frage, die Reform der Bundeskriegsverfassung u. a. m. Es waren Gedanken, die den Anschauungen Treitschkes, der damals in den Preußischen Jahrbüchern zum Nationalverein Stellung nahm, nicht fernstanden [131]).

Auf welchem Wege diese Denkschrift Dunckers den Führern des Nationalvereins zugekommen ist, wissen wir nicht. Duncker weilte vom 23. August an in politischer Mission [132]) bei Herzog Ernst in Reinhardsbrunn, das Bennigsen, der dort einige Tage zur Vorbereitung der Generalversammlung gewesen wer, bereits eine Woche zuvor verlassen hatte. [133]). Eine Begegnung Dunckers mit Bennigsen selbst hat also

---

[129]) Nachlaß Auerswald, Anlage 7. Daß die unbetitelte, vom 15. Aug. 1860 datierte Denkschrift an den Ausschuß des Nationalvereins gerichtet war, geht hervor aus Haym a. a. O. S. 220 ff.; wo auch ihr Inhalt schon sehr eingehend analysiert wird. Mit Rücksicht auf die von Haym und Oncken (Bennigsen I, S. 431 ff.) gegebenen Analysen erübrigt sich eine nochmalige ausführlichere Würdigung der Denkschrift.

[130]) Oncken, Bennigsen I, S. 431.

[131]) Preußische Jahrbücher VI, S. 114 ff. Vgl. Schurig, Die Entwicklung der politischen Anschauungen H. v. Treitschkes, S. 99, Anm. 1 und Katsch, Treitschke und die preußisch-deutsche Frage, S. 42 f.

[132]) Duncker an Auerswald, 19. Aug. 1860 (Nachlaß Auerswald), Anlage 8.

[133]) Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg im Briefwechsel, hrsg. von Tempeltey, S. 143 f.; Oncken, Bennigsen I, S. 433.

nicht stattgefunden; möglich, daß die Denkschrift durch den Herzog von Coburg dem Nationalverein übermittelt wurde. Jedenfalls waren zum mindesten die Vorstandsmitglieder des Vereins von der Stimmung in Berlin unterrichtet; hatte doch Herzog Ernst auch schon in Reinhardsbrunn Bennigsen mitgeteilt, daß der Prinzregent in der Ausrufung der Reichsverfassung von 1849 einen revolutionären Schritt sehen und sich in diesem Falle dem Nationalverein feindlich gegenüberstellen werde[134]).

Gleichwohl nahm die erste Generalversammlung des Nationalvereins Anfang September in Coburg weder auf diese Antipathie des Regenten gegen alles, was an 1848 erinnerte, Rücksicht, noch behielt sie die Denkschrift und das Warnungsschreiben Dunckers im Auge. Die Zumutung der Dunckerschen Denkschrift daß sich der Nationalverein unter Verzicht auf die vorläufig unlösbare Bundesreformfrage auf die Besprechung nationaler Einzelfragen beschränken solle, wurde von dem Ausschußmitglied Brater sogar ausdrücklich zurückgewiesen[135]); jene Resolution, von der Duncker abgeraten hatte, gelangte in Coburg, allerdings in der Formulierung etwas abgeschwächt, zur Annahme, und die Reichsverfassung von 1849 wurde als der rechtliche Ausdruck des Anspruches bezeichnet, den das deutsche Volk auf die bundesstaatliche Einheit habe. Die preußische Regierung aber wurde vor aller Öffentlichkeit dringlich aufgefordert, die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung tatkräftig wahrzunehmen und „die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit" zu tun[136]).

Die Wirkung dieser Vorgänge in Berlin war keine einheitliche. Die Stellungnahme des Ministeriums wurde durch den Verlauf der Generalversammlung nicht unmittelbar geändert[137]). Schwerwiegender war jedoch, wenn man dem Bericht Herzog Ernsts Glauben schenken darf[138]), der Eindruck, den die Koburger Beschlüsse auf den Prinz-

---

[134]) Le Mang, Der deutsche Nationalverein, S. 76.

[135]) Verhandlungen der ersten Generalversammlung des deutschen Nationalvereins, Coburg 1860 (im folgenden zitiert: Verh. d. 1. Gen.Vers.), S. 42.

[136]) Verh. d. 1. Gen.Vers. S. 15; vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 435 ff.

[137]) Anlage 10. Auch in Württemberg gab die Coburger Versammlung zu repressiven Maßregeln keinen Anlaß (Linden an Hügel, 14. Jan. 1861, Konzept W.St.A. Ludwigsburg), womit die durch Beusts Denkschrift (s. oben S. 81) auch in Stuttgart hervorgerufenen Erwägungen über den Nationalverein (Hügel an Linden, 1. Aug., 25. Aug., 11. Sept. 1860, Ausfertigung; Linden an Hügel, 17. Aug., 1. Sept., 17. Sept. 1860, Konzept W.St.A. Ludwigsburg) ihren vorläufigen Abschluß fanden.

[138]) Ernst von Coburg a. a. O. III, S. 81.

regenten selbst machten. Darnach äußerte sich der Regent jetzt „erbittert" über den Nationalverein und wollte, um seine Badener Mission von 1849 nicht gänzlich zu verleugnen, gegen ihn nunmehr einschreiten. Nur dem Herzog Ernst, der schon des öfteren dem Prinzen gegenüber die Sache des Nationalvereins vertreten hatte [139]), gelang es, „den Prinzregenten noch einmal zu beruhigen".

Mag Herzog Ernst die Verstimmung des Prinzregenten und sein eigenes Verdienst an ihrer Beseitigung immerhin übertrieben haben, — unzweifelhaft bleibt, daß die Antipathie Wilhelms gegen die nationale Bewegung stieg. Witterte er doch, in beginnender Gereiztheit über die 1860 wegen der Heeresreform einsetzenden Differenzen mit dem Landtag [140]), überall eine Wiederkehr der „schmählichen" Ereignisse von 1848 [141]) und machte kein Hehl aus seiner tiefen Abneigung gegen die jetzt wieder auflebenden schwarz-rot-goldenen Farben der Einheitsbewegung [142]).

Sah man hierin auf seiten der Mittelstaaten teilweise auch Anzeichen dafür, daß Preußen sich nicht „in die Bahnen des ... Nationalvereins drängen lassen werde" [143]), so wirkten die Koburger Beschlüsse an manchen deutschen Höfen doch derart besorgniserregend, daß man die Versuche erneuerte, Preußen gegen die Einheitsbewegung zu gewinnen. Aber die Warnungen König Johanns von Sachsen vor der „hochverrätherischen Natur" des Nationalvereins blieben in Berlin ebenso wirkungslos wie die entgegengesetzten Wünsche des badischen Großherzogs nach einer Legalisierung der Einheitsbewegung [144]). Ver-

---

[139]) Vgl. Ernst von Coburg III, S. 75; Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg im Briefwechsel, hrsg. von Tempeltey, S. 127 und oben S. 69 f.

[140]) Stern VIII, S. 470 f.; s. auch Anm. 143.

[141]) Ernst von Coburg a. a. O. III, S. 60; s. oben S. 80.

[142]) Siehe Exkurs.

[143]) Immediatbericht Uxkülls, des Vertreters von Linden, 15. Sept. 1860 (Ausfertigung W.St.A. Stuttgart III). Auch österreichischerseits begann man seit Juli die Konfliktsmöglichkeiten zwischen Preußen und der Einheitsbewegung klarer zu sehen. So veranlaßte die definitive Besetzung der neuen Offiziersstellen trotz der nur provisorischen Regelung der Heeresreform (Sybel II, S. 382; Bernhardi III S. 338, IV S. 8) den Gesandten Karolyi zu der Erwartung, dieses Vorgehen werde „die Bande des Vertrauens, welche das derzeitige preußische Kabinett ... mit der liberalen Partei vereinten, lockern und so die königliche Regierung ihren kleindeutschen Freunden für die nächste Zeit beträchtlich entfremden" (Hengelmüller, Deutsche Revue 38, 2, S. 282).

[144]) Der Brief König Johanns (Briefw. König Johann, S. 411; vgl. Ermisch a. a. O. S. 332) war veranlaßt von dem durch die Koburger Versammlung erschreckten Beust (Thumann a. a. O. S. 16, 18), das Schreiben Großherzog Friedrichs (Friedrich von Baden I, S. 221 f.) nahm im Gegen-

geblich bat auch der Berliner kurhessische Gesandte Wilkens bei einem Besuche im Auswärtigen Amt den Unterstaatssekretär Gruner, Preußen möge doch die Agitation der Reformbewegung nicht durch Stillschweigen gutheißen, sondern wenigstens in bezug auf die kurhessische Frage den bestimmten Wunsch nach Mäßigung aussprechen [145]). Aber Gruner, obwohl der Einheitsbewegung innerlich durchaus fremd und gerade in der kurhessischen Angelegenheit überaus vorsichtig [146]), antwortete auf diese gewiß bescheidene Bitte — denn von Unterdrückungsmaßnahmen war ja nicht die Rede —, daß es für die preußische Regierung unmöglich sei, in der kurhessischen Frage eine solche Desavouierung der Bewegung auszusprechen, denn dann würden „das Geschrei und die Anklagen gegen Preußen kein Ende nehmen, daß es die Kurhessische Verfassungs-Angelegenheit aufgegeben habe und dadurch der Regierung im Lande und bei der bevorstehenden Diät die größten Verlegenheiten bereitet werden". Auch in der kurhessischen Frage also stellte sich die Regierung, die wie im Frühjahr um der parlamentarischen Erledigung der Militärreform willen den Konflikt mit der öffentlichen Meinung des Landes scheute [147]), schützend vor die Volksbewegung; sie blieb, nachdem sie seinerzeit durch Schleinitz ihre Loyalität ausdrücklich betont hatte [147]), konsequent in der Abwehr mittelstaatlicher Angriffe.

Freilich genügte diese Loyalität nach beiden Seiten, die infolge der mangelnden Geschlossenheit des Berliner Ministeriums und seiner Differenzen mit dem Regenten die klare Linie vielfach vermissen ließ, bei der wachsenden Zuspitzung der deutschen Frage immer weniger. Statt die Neue Ära dem zwiefachen Andrängen der mittelstaatlichen Höfe und der Einheitsbewegung zu entziehen, nahm sie ihr auf der

---

satz dazu gerade von der in Koburg zutage getretenen Mäßigung seinen Ausgang und stand im Zusammenhang mit der seit dem Frühjahr 1860 in Karlsruhe eingeschlagenen nationalen und liberalen Politik (vgl. Friedrich von Baden I, Biographische Einleitung S. 31 ff.). Leider sind Antwortschreiben auf diese beiden Briefe, an denen man Herzog Ernsts Mitteilung über den verstimmenden Eindruck der Generalversammlung auf den Prinzen würde nachprüfen können, nicht bekannt.

[145]) Immediatbericht Wilkens', 30. Okt. 1860 (Ausfertigung Pr.St.-A. Marburg V).

[146]) Er war es in erster Linie, der im vergangenen Jahr der von Usedom vorgeschlagenen Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 widersprochen hatte, da der Bundestag in einer solchen entschiedenen Unterstützung der hessischen Bevölkerung „revolutionäre Tendenzen" wittern werde (Sybel II, S. 346); über Gruners ständige Leisetreterei in der kurhessischen Frage vgl. neuerdings auch Ferres, Sybels Stellung usw. S. 77, 80.

[147]) Siehe oben S. 73 f.

einen Seite die Sympathien der deutschen Regierungen, auf der anderen die der deutschen Bevölkerungen. Es war in der Tat so, wie es Sybel damals treffend formulierte, daß man „heute einen Schritt im einen, morgen einen im anderen Sinne tut, und eins durch das andere verdirbt, daß man von Bundesreform redet, die endlich doch nur durch Revolution gemacht werden kann, und nachdem man dadurch die Regierungen abgestoßen, dann nachher die Bevölkerungen verliert, indem man vor der Revolution zurückruft“ [148]). Dieser seit 1860 ständig fortschreitende Prozeß der Entfremdung zwischen der Neuen Ära und der Einheitsbewegung hat einschneidende Änderungen nicht mehr erfahren; nur noch seine einzelnen Stadien sind im folgenden aufzuzeigen.

III. Rechtsprinzip und Nationalitätsprinzip.

Vor der Betrachtung der weiteren Aktionen der innerdeutschen Diplomatie sei ein kurzer Blick geworfen auf den Einfluß, den Preußens Haltung zum deutschen Einheitsproblem durch die notwendige Stellungnahme zu der Umgruppierung der Großmächte erfuhr, die mit dem italienischen Krieg eingesetzt hatte. Die Teilnahme Preußens an den Monarchenzusammenkünften von Teplitz und Warschau [149]), letzten Endes Auswirkungen der italienischen und der deutschen Einheitsbewegung [150]), erfüllte die deutsche Öffentlichkeit mit großem Mißtrauen [151]), da sie Preußen mit einer Erneuerung der russisch-österreichischen Bindung in feindlichen Gegensatz zu der nationalen Bewegung zu bringen drohte. Die Besorgnis war nicht unberechtigt. Denn die Neue Ära hatte, befangen in den legitimistisch-dynastischen Traditionen der Ostmächte, seit 1859 auch in ihrer Stellung zur italienischen Einheitsbewegung und zu Cavour gerade die prinzipiellen, antirevolutionären Momente überaus stark betont [152]). Das Rechtsprinzip wurde dem offen

---

[148]) Heyderhoff-Wentzke I, S. 48.

[149]) Im Juli und im Oktober 1860 (Friedrich von Baden I, S. 199 ff.; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 56 f.).

[150]) Friedrich von Baden, Biographische Einleitung S. 34.

[151]) Planck, S. 39; Verh. d. 1. Gen.Vers. S. 21, 45 ff.; Ferres, Sybels Stellung usw. S. 39; vgl. auch Anlage 8.

[152]) S. auch Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden u. Schriften I, S. 484. Gewiß spielten bei der Stellungnahme Preußens zum italienischen Problem auch praktische, realpolitische und vor allem militärische Gesichtspunkte mit, so die damals weit verbreitete Anschauung von der strategischen Unersetzlichkeit des berühmten Festungsvierecks für die Verteidigung des Bundesgebiets (vgl. z. B. Bismarcks Briefwechsel mit Schleinitz, S. 131 ff.). Aber das war nicht das Entscheidende.

revolutionären Fortgang der italienischen Bewegung gegenüber in Berlin mit einer Schärfe geltend gemacht, die auch für die Beurteilung der deutschen Politik Preußens ungemein aufschlußreich ist. Zu der extrem legitimistischen Haltung Rußlands, das seinen Gesandten aus Turin abberief [153]), vermochte sich zwar die zu Kompromissen geneigte Neue Ära nicht zu entschließen, aber in einer nach Turin gerichteten Note [154]) erläuterte Schleinitz von Koblenz aus am 13. Oktober 1860 den Standpunkt seiner Regierung zu dem von Cavour vertretenen Nationalitätsprinzip. „Sicherlich sind wir weit davon entfernt", hieß es da zunächst, „den hohen Werth der nationalen Idee zu bestreiten. Sie bildet den hauptsächlichsten und laut ausgesprochenen Ausgangspunkt unserer eigenen Politik, die in Deutschland jederzeit die Entwicklung und die Vereinigung der nationalen Kräfte in einer wirksamern und mächtigern Organisation zum Zielpunkt haben wird." Aber dieses vielversprechende Bekenntnis zur nationalen Idee erfuhr sofort eine Einschränkung, die es nahezu entwertete. Schleinitz bezeichnete es nämlich weiterhin als die Aufgabe „einer regelmäßigen Regierung ..., nur auf dem gesetzlichen Wege der Reformen und unter Achtung der bestehenden Rechte ... die legitimen Wünsche der Nationen zu verwirklichen". Und ähnlich drückte er sich nicht lange danach im Landtag aus: „Ohne den Werth der nationalen Idee irgendwie zu unterschätzen, glauben wir ihr doch nicht diejenige absolute Geltung einräumen zu können, die für dieselbe in Italien vindiciert worden ist ..., eine Geltung, vor der alles Recht, sei es Völkerrecht, sei es Vertragsrecht, vor der jedes Interesse, sei es das gewichtigste und unzweifelhafteste, sich zu beugen und in den Hintergrund zu treten hätte" [155]).

Daß der Schleinitzschen Note nach Turin in ihrem grundsätzlichen Charakter eine über die italienische Frage hinausreichende Bedeutung zukam, gab der Minister selbst zu, als er sie im Februar 1861 im Abgeordnetenhaus gegen Vincke verteidigte [156]). Es sei nötig gewesen, meinte er, „einmal die Preußische Regierung zu verwahren gegen eine zu weitgehende und deshalb mißbräuchliche Anwendung des Nationalitätsprinzips und sodann ihre Stellung zu bezeichnen, gewissen Vorgängen und Ereignissen gegenüber, welche sie nicht umhin konnte, als völkerrechtswidrige zu betrachten". Man habe mit der Depesche „keineswegs eine Einmischung in die italienische Frage selbst beabsichtigt. Diese Depesche berührt den Kern und das Wesen der Frage überhaupt nicht; sie bezog sich vielmehr lediglich auf gewisse äußere,

153) Kaufmann a. a. O. S. 507.
154) Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1860, S. 97 f.
155) Sten.Ber.Abg.H. 181, I, S. 114 f.
156) Sten.Ber.Abg.H. 1861, I, S. 123.

damit nur in einem zufälligen Zusammenhang stehende Vorgänge und Ereignisse, die nicht nur für Italien von Wichtigkeit waren, sondern die weit über die Grenzen von Italien hinaus für alle Europäischen Mächte, ja für jeden unabhängigen Staat eine große allgemeine und prinzipielle Tragweite hatten".

Die Anwendbarkeit dieser Sätze auf Preußen selbst lag nicht fern. Ohne Zweifel suchte Schleinitz auch für seine deutsche Politik die schwierige Synthese von Nationalitätsprinzip und Rechtsprinzip; aber wo beide in Widerstreit miteinander standen, da gab er dem Rechtsprinzip unbedingt den Vorzug. Nur eine Verwirklichung „legitimer" nationaler Wünsche war in seinen Augen statthaft. Daß das Nationalitätsprinzip nicht nur irgendein abstraktes Recht, sondern ein innerer Lebenstrieb der Völker war, der sich durch die legitimistische Terminologie allein weder begreifen noch widerlegen ließ, das anzuerkennen lag ihm völlig fern[157]). Wenn es „illegitime" Natinalitätsbestrebungen gab, dann durften sie nicht verwirklicht werden.

Bis zu einem gewissen Grade hatte freilich diese doktrinäre Manifestation einen realpolitischen Hintergrund. Neben der deutschen Einheitsbewegung zwang auch die polnische Nationalbewegung die preußische Politik zur Auseinandersetzung mit dem Nationalitätsprinzip. Denn die weitgehenden Forderungen, die die polnische Landtagsfraktion während der ganzen Neuen Ära immer wieder erhob, beriefen sich vielfach gerade auf dieses Prinzip[157a]). Für die polnischen Gebiete des preußischen Ostens verbot aber das Lebensinteresse des Staates der Berliner Regierung von vornherein jede Konzession an nationale Idee und Selbstbestimmungsrecht. Es war also begreiflich, daß man in Berlin diese Ideen, deren direkte und indirekte Förderung durch die nationaldeutsche Bewegung die Polen freudig begrüßten[158]), auch für Deutschland nicht proklamierte[159]). Das erwachte Nationalbewußtsein der Völker drohte dem preußischen Staat auf der einen Seite zu nehmen, was es ihm auf der anderen zu geben versprach. Die Auseinandersetzung der alten, vom Absolutismus geschaffenen Staatenwelt mit den neuen, vom volkhaften Denken ausgehenden Kräften wird gerade an dieser Stelle in ihrer ganzen säkularen Bedeutung klar. Es bedurfte der genialen Skrupellosigkeit eines Bismarck, um durch die

[157]) Einen Überblick über die Auffassung vom Nationalitätsprinzip in jenen Jahren gibt Otto Brandt, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationalitätsprinzip, S. 11 ff.

[157a]) Sten.Ber.Abg.H. 1860/61 passim; vgl. Bernhardi IV, S. 104, 112.

[158]) Sten.Ber.Abg.H. 1861, I, S. 153 f.; Feldman, Gesch. der polit. Ideen in Polen usw., S. 209; Laubert, Die preußische Polenpolitik, S. 111.

[159]) Vgl. die entsprechende Bemerkung Rankes zu Bernhardi (Bernhardi IV, S. 91).

Politik der Alvenslebenschen Konvention die nationalrevolutionären Kräfte Polens abzuriegeln[160]) und doch später die Volksbewegungen in Deutschland, Italien und Ungarn gegen die legitimistischen Widerstände auszunutzen.

Die Neue Ära war bei ihrer Neigung, alle Dinge grundsätzlich zu betrachten, zu einer solchen Politik der Staatsräson nicht geschaffen. Es ist für die geistige Haltung wie für die politische Taktik dieser Männer überaus bezeichnend, daß sie zur Widerlegung der polnischen Ansprüche nicht etwa die vitalen Interessen des preußischen Staates oder die Bedürfnisse der deutschen Nation, sondern nur das starre Prinzip des Rechts ins Feld führten. In ihrer antipolnischen Haltung[161]) praktisch mit der Einheitsbewegung dieser Jahre übereinstimmend, unterschieden sie sich doch in den Motiven sehr weit von den vielfach realpolitischeren Erwägungen, die man in Nationalvereinskreisen geltend machte[162]). Für einen Mann wie Gruner bedeutete die Unterdrückung der polnischen Bewegung nur eine Etappe in dem prinzipiellen Kampf gegen die Revolution[163]).

So blieb für die Neue Ära neben einer maßvollen Innenpolitik die Legitimität das sicherste Bollwerk gegen den „Umsturz" von außen und von innen, dessen Abwehr der Prinzregent einmal den Frankfurter Bürgern gegenüber als Hauptgrundsatz seiner Politik hervorhob[164]). Nur insoweit sich die deutsche Bewegung in gesetzlichen Bahnen bewegte, durfte sie preußischerseits auf Duldung oder Anerkennung

[160]) Vgl. Wendt, Bismarck und die polnische Frage, Halle 1922.

[161]) Bernstorff an Bismarck, 7. Dez. 1861 (Bismarck-Jahrbuch VI, S. 116); Wendt a. a. O. S. 13; Laubert a. a. O. S. 112 f.

[162]) Der Nationalverein bekannte sich nicht programmatisch zum Nationalitätsprinzip, stand ihm aber natürlich um vieles näher als dem Rechtsprinzip. Männer wie Schulze-Delitzsch, Amelung und Schüler-Jena waren Vertreter des Nationalitätsprinzips, während andere wie Franz Duncker und Brater eine gewisse Skepsis zeigten (Verh. d. 1.Gen.-Vers. S. 13, 22, 42, 44, 46 f.; Oncken, Bennigsen I, S. 434). Treffendere Worte als die Franz Dunckers lassen sich über das Nationalitätsprinzip kaum sagen: „... nicht überall kann das Nationalitätsprinzip allein den Ausschlag geben. Überall werden an den Grenzen Verhältnisse vorkommen, wo historische Überlieferung, geographische Lage und Durcheinanderwohnen der Bevölkerungen Abweichungen von demselben erfordern; wir werden so wenig Südtyrol hingeben können, so wenig als ein Preuße heutzutage noch für eine Demarkationslinie in Preußisch-Polen schwärmen kann" (Verh. d. 1. Gen.Vers. S. 47). Gerade im Nationalverein hat man die Anwendbarkeit des Nationalitätsprinzips auf Posen immer entschieden bestritten (ebenda S. 52, 54 f.; Wochenschrift S. 416) und auf die Germanisierung der Ostmark hingearbeitet (Wochenschrift S. 658, 702, 747, 788, 825 u. a.).

[163]) Gruner an Bismarck, 5. Mai 1861 (Bismarck-Jahrb. V, S. 179).

[164]) Schwemer, Frankfurt III, 2, S. 136.

rechnen; und auch das nur bis zu dem Punkte, wo durch ein solches Gewährenlassen nicht andere „bestehende Rechte“ — in diesem Fall die Rechte der deutschen Fürstenhäuser — verletzt zu werden drohten.

Gewiß boten andererseits Schleinitz' Erklärungen der deutschen Einheitsbewegung eine Gewähr, daß das Berliner Kabinett, wie ja seine Rechtsverwahrung in der kurhessischen Frage gezeigt hatte, das „Rechtsprinzip“ auch gegen unten gelten ließ, daß es zur Unterdrückung des Nationalvereins nicht die Hand reichen würde, solange dieser selbst das Rechtsprinzip respektierte und sich wie bisher in legalen Schranken hielt. Aber die Schleinitzsche „Politik der Rechtsverwahrungen“ [165]) zeitigte für die deutsche Nationalpartei überwiegend negative Folgen. Die „Desavouierung des italienischen Vorgangs“ verstimmte sie entschieden [166]), und die in lehrhaftem Tone vorgetragene Voranstellung des Rechtsprinzips vor dem Nationalitätsprinzip war nicht geeignet, in nationalen Kreisen „Vertrauen und Sympathie zu erwecken“ [167]), zumal man im Nationalverein sehr wohl begriff, daß der wesentliche Inhalt der Schleinitzschen Note nicht die Polemik gegen Sardinien, sondern eine erneute Loyalitätsversicherung an die deutschen Kabinette war [168]).

---

[165]) Dunckerbriefe, S. 266.
[166]) Oncken, Bennigsen I, S. 465.
[167]) Planck a. a. O. S. 39.
[168]) Wochenschrift S. 209 f., 234.

Kapitel IV.

Der Nationalverein am Bundestag.

Nach der Koburger Generalversammlung des Nationalvereins war Preußen, wie wir sahen, den erneuten sächsischen und kurhessischen Wünschen auf Unterdrückung der Bewegung ebensowenig nachgekommen wie den badischen auf Anerkennung und Förderung. Zu einer entschiedeneren Vertretung des in den Gutachten von Schwerin und Schleinitz eingenommenen Standpunkts wurde das Berliner Kabinett erst genötigt, als der von Preußen schon länger erwartete [1]) mittelstaatliche Angriff auf die nationale Bewegung am Bundestag Anfang 1861 endlich erfolgte.

Obwohl die Mittelstaaten auf der Stuttgarter Polizeikonferenz im vergangenen Sommer den preußischen Vertretern vergeblich die Bundespolizeiwidrigkeit des Nationalvereins nachzuweisen sich bemüht hatten [2]), obwohl der hannoversche Minister von Borries im Herbst 1860 ebenso vergeblich die deutschen Höfe bereist hatte, um eine mittelstaatliche Liga gegen den Nationalverein zustande zu bringen [3]), entschloß sich jetzt der hessische Minister Dalwigk zum Appell an die Bundesbehörde. Auf dem Wege über den Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 suchte er, der mit dem Nationalverein nicht mehr allein fertig zu werden meinte, ein allgemeines Verbot des Vereins herbeizuführen [4]).

Da der Nationalverein nach Schleinitz' und Schwerins Auffassung mit diesem Bundesbeschluß nicht im Widerspruch stand [5]), so hatte man es preußischerseits an Warnungen vor dem geplanten Schritt in Darmstadt nicht fehlen lassen. Schon im Dezember 1860 hatte Usedom dem hessischen Minister das Lächerliche seines Vorgehens klarzumachen

---

[1]) Siehe oben S. 84.

[2]) Wochenschrift S. 130 (24. Aug. 1860). Akten über diese Polizeikonferenz waren weder im Pr.G.St.A. noch im W.St.A. Stuttgart zu ermitteln.

[3]) Immediatbericht des preußischen Gesandten Ysenburg in Hannover, 23. Okt. 1860 (Auszug Pr.G.St.A. X).

[4]) Die Tagebücher des Freiherrn von Dalwigk, hrsg. von W. Schüßler, S. 23 ff.

[5]) Siehe Anlage 9 u. 10.

versucht [6]), und Canitz, der preußische Ministerresident in Darmstadt, hatte dem Minister Dalwigk schon seit längerer Zeit geraten, „dem Beispiel sämtlicher anderer deutschen Regierungen zu folgen und den National-Verein sich selbst zu überlassen, ihm nicht durch eine zugewandte Beachtung und ein Einschreiten gegen denselben eine Bedeutung zu geben, die Letzterem nur erwünscht sein könne“ [7]). Aber Dalwigk beharrte auf seinem Vorhaben; sein Gesandter in Frankfurt, Herr von Münch, brachte am 5. Januar am Bundestage den Antrag ein, „die h. Bundesversammlung möge erklären, ob sie den sogenannten Nationalverein als unter das Verbot des § 1 des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 fallend betrachte“ [8]).

Auf seiten des Nationalvereins löste das Vorgehen des hessischen Ministers, dessen Unterdrückungsmaßnahmen die Nationalvereinspublizistik schon bisher immer wieder an den Pranger gestellt hatte [9]), sogleich eine Gegenaktion aus. Noch bevor sich der Vereinsausschuß am 21. Januar von Eisenach aus in einer offiziellen Erklärung gegen Dalwigks Antrag verwahrte [10]), versuchte man, unter der Hand auf das Berliner Ministerium und seine Berater rechtzeitig dahingehend einzuwirken, daß Preußen dem hessischen Antrag gegenüber eine ablehnende Haltung einnehme. Der Berliner Buchhändler Dr. Veit, altliberaler Abgeordneter im preußischen Landtag und Ausschußmitglied des Nationalvereins, der schon kurze Zeit zuvor mit dem Minister von Auerswald eine „vertrauliche Rücksprache“ über den Nationalverein gehabt hatte [11]), legte jetzt dem Minister eine längere Denkschrift über den Verein vor [12]). In dieser wurde der Nationalverein dem preußischen Minister begreiflicherweise in einer Perspektive dargestellt, die ihn der preußischen Regierung als möglichst zuverlässigen Bundesgenossen erscheinen lassen sollte. Um die innere Verwandtschaft zwischen der Neuen Ära und der Einheitsbewegung hervorzuheben, wies Veit darauf hin, daß dieselbe Überzeugung, die Graf Schwerin in der Antwort auf die Stettiner Adresse ausgesprochen habe, auch die Bildung des Nationalvereins veranlaßt habe. Er betonte außerdem das „preußische Programm“ des Vereins stärker und unbedingter, als man das in dessen öffentlichen Kundgebungen zu hören gewohnt war. Er versicherte,

[6]) Dalwigk S. 21 f.
[7]) Canitz an Schleinitz, 10. Januar 1861 (Ausfertigung Pr.G.St.A. X).
[8]) Pr.B.V. 1861, S. 4.
[9]) Vgl. insbesondere Wochenschrift S. 58 f., 265 ff., 281 ff., 291, 300.
[10]) Wochenschrift S. 325 (1. Februar).
[11]) Veit an Usedom, 9. Januar 1861 (Pr.G.St.A. XI). Über den Inhalt dieser Rücksprache ist nichts bekannt.
[12]) Nachlaß Auerswald. Die Denkschrift trägt das Datum des 5. Januar 1861.

„ für den einzig möglichen Ausweg aus dem deutschen Wirrsal, — die militairische und diplomatische Zusammenfassung Deutschlands unter dem Vortritt Preußens — Propaganda zu machen, mußte ... der Zielpunkt aller Bestrebungen des Nationalvereins werden". Zwar gab auch Veit zu, daß man erst auf der Coburger Generalversammlung, „nach der Arbeit eines vollen Jahres", soweit erstarkt gewesen sei, um gegen die Widerstände besonders des deutschen Südens diesen „ursprünglichen Gedanken zu fixieren". Aber nachdem das einmal geschehen sei, habe der Verein die Meinung „der Nation, des einzigen Verbündeten Preußens" aufgeklärt und entscheidend beeinflußt in einer Zeit, in der die preußische Regierung ihrerseits ihre moralischen Eroberungen in Deutschland nicht habe erweitern und befestigen können. So sei der Nationalverein vor allem im außerpreußischen Deutschland ein Sammelpunkt der gemäßigten Liberalen geworden. Das bedeute „für das übrige Deutschland", wo die monarchischen Überlieferungen schon stark erschüttert seien, „gleichzeitig das Festhalten an der Monarchie". Denn nur die Aussicht auf eine gesamtdeutsche Monarchie, so war der von Veit gelegentlich auch im Abgeordnetenhaus [13]) geäußerte Gedankengang, könne die Bevölkerungen „dem Phantome einer deutschen Republik" entreißen.

Die Arbeit des Nationalvereins lasse hoffen, so führte die Denkschrift weiterhin aus, daß „einer festen und umsichtigen deutschen Politik Preußens die Hand geboten werden kann, um das durch die auswärtige Politik des Herrn von Manteuffel verloren gegangene Terrain in den deutschen Ständekammern zurückzuerobern". So liege die Aufgabe des Nationalvereins vor allem im außerpreußischen Deutschland. In Preußen selbst werde er niemals die Ausdehnung und Bedeutung wie dort gewinnen können; in Preußen selbst habe er dafür die Aufgabe, die Überzeugung zu nähren und zu pflegen, „daß Preußen fortan sich nicht selbst genügen könne". Es bestand für Veit gar kein Zweifel darüber, „daß ... Preußischerseits zu dem gemeinsamen Werke die Hand geboten werden muß. Denn ein kaltes Zurücktreten würde nicht allein dem schlimmsten und zähesten Vorurtheile von preußischem Stolz und Hochmuth willkommene Nahrung geben, sondern eben dadurch den Verein auf Abwege führen". Der Nationalverein könne zwar — so bescheiden war man mittlerweile in den Kreisen der Einheitsbewegung schon geworden — von der preußischen Regierung keine „positive Förderung seiner Zwecke" verlangen, wohl aber, „daß ihm kein Hindernis in den Weg gelegt werde, so lange er sich auf gesetzlicher Grundlage befinde". So kam Veit schließlich auch auf den hessi-

[13]) Am 2. März 1861 (Sten.Ber.Abg.H. 1861, I, S. 315).

schen Antrag zu sprechen; er wies auf das preußische Vereinsgesetz vom 1. März 1850 hin, nach welchem in Preußen der Nationalverein allein zu beurteilen sei und dessen Anforderungen er vollkommen genüge. Seine gesetzliche Grundlage auch fernerhin in vollem Umfange festzuhalten, sei der Nationalverein unbedingt entschlossen.

Wenige Tage später sandte Veit diese Denkschrift auch an Usedom[14]). Bei diesem fielen seine Darlegungen offensichtlich auf günstigeren Boden als bei den Berliner Ministern. Nachdem der Bundestagsgesandte am 4. Januar sein Ministerium von dem hessischen Antrage telegraphisch in Kenntnis gesetzt hatte[15]), legte er seinem ausführlichen Bericht über die Behandlung des Antrages am Bundestage[16]) nach einem Hinweis auf seine Kissinger Denkschrift zur Stettiner Adresse[17]) die Gedankengänge, ja die Formulierungen Veits zugrunde, wenn er erklärte: „Auf jener Überzeugung, welche die Stettiner Antwort ausspricht, beruht auch der Nationalverein. Um dieselbe auszuführen, erstrebt er die militairische und diplomatische Einigung Deutschlands unter dem Vortritt Preußens. Dieses Ziel, sowie der Hinblick auf die Vereinigung der preußenfreundlichen Elemente in den nichtpreußischen Ländern war der Grund der Anfeindungen resp. Verfolgungen, welche der Verein und seine Mitglieder bei einzelnen Mittelstaaten zu erfahren hatten." Zu Besorgnissen habe der Nationalverein, so meinte Usedom weiterhin, bis jetzt keinen Anlaß gegeben, seine Agitation habe die gesetzlichen Mittel nicht überschritten. Und Usedom hob, ähnlich den Gedanken seiner Kissinger Denkschrift, anerkennend hervor, wie der Nationalverein gerade die früheren Radikalen zu einer vernünftigen nationalen Politik geführt habe.

Nach Usedoms Ansicht würde die Bundesversammlung, wenn sie die von Hessen gewünschte Interpretation des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 geben sollte, die Statuten des Vereins prüfen, seine bisherige Tätigkeit untersuchen und zu diesem Zwecke eine Kommission nach Art der früheren Zentralkommission einsetzen müssen. Derartige Schritte seien aber „den Interessen Preußens am feindlichsten, sie passen auch nicht mehr für die Gegenwart, in der ein derartiges Repressions-System bei den allgemeinen politischen Zuständen und dem Vorhandensein der Kammern nicht mehr durchzuführen ist. Für Österreich können dagegen solche Maßregeln nur erwünscht sein, weil es derselben bei

---

[14]) Veit an Usedom, 9. Jan. 1861 (Pr.G.St.A. XI).
[15]) Usedom an Schleinitz, 4. Jan. 1861 (Pr.G.St.A. X).
[16]) Usedom an Schleinitz, 16. Jan. 1861 (Ausfertigung Pr.G.St.A. X). In demselben Bericht befinden sich die von Schwemer, Frankfurt III, 2, S. 130f. verwerteten Auslassungen Usedoms über J. B. v. Schweitzer.
[17]) Siehe oben S. 45ff. und Anlage 4.

sich bedarf und weil sie Preußen in Bezug auf seine politische Entwickelung hemmen".

Neben diesen sprachen aber für Usedom noch andere Erwägungen überhaupt gegen jede Stellungnahme des Bundestages zum Nationalverein. Preußen habe sich mehrfach „zu dem Grundsatz bekannt, daß die Einwirkung der Bundesversammlung auf die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten und namentlich auf deren Verfassungs-Verhältnisse auf das genaueste Maaß ihrer allseitig anerkannten Kompetenz beschränkt werden müsse"[18]). Man werde also jetzt, „wo eine Einmischung des Bundestages in die innere Gesetzgebung, und sogar in die polizeilichen Vorschriften der Einzelstaaten verlangt wird, eine solche Überschreitung der kompetenzmäßigen Wirksamkeit desselben noch weniger zulassen können". Es war Bismarcks Erbe aus der Frankfurter Zeit, der Gedanke, daß Preußen das Feld für seine deutsche Politik außerhalb der Bundesverfassung zu suchen[19]) und jeden Beschluß des Bundestages zur Erweiterung seiner Kompetenz durch Rechtsverwahrung zu verhindern habe[20]), was Usedom hier seiner Regierung gegenüber für den Schutz des Nationalvereins anführte.

Aber nicht auf bloße Abwehr wollte Usedom die Haltung Preußens beschränkt sehen. Eine solche lediglich defensive Stellungnahme Berlins hätte sich ja mit der in Frankfurt nicht selten geübten Taktik begnügen können, daß man den mißliebigen Antrag, der zunächst an den politischen Ausschuß verwiesen worden war[21]), in diesem Ausschuß einfach liegen ließ. Diesen Ausweg hatte der hessische Bundestagsgesandte, Herr von Münch, selbst in Erwägung gezogen, als ihm Usedom vorgehalten hatte, der hessische Antrag werde nur „die Anzahl der schon in anderen Fragen aufgetretenen Enfants terribles des Bundestages noch um ein Mitglied vermehren". Mit einem solchen stillen Rückzug Hessens, den Dalwigk selbst sehr bald für nötig hielt[22]), dachte sich jedoch Usedom nicht zufrieden zu geben. Er wollte vielmehr durch eine Gegenaktion die Gunst der Situation für die Interessen Preußens ausnutzen: „Bei der Aufregung, welche der Antrag im Allgemeinen und selbst bei der dem Nationalverein an sich abgeneigten Presse, z. B. der Augsburger Allgemeinen Zeitung, hervorgerufen hat, scheint mir ... eine Beseitigung des Antrages durch Ruhenlassen desselben nicht thunlich und würde auch von unserm Standpunkte aus nicht zu empfehlen sein. Gelänge es, Herrn v. Dalwigk in Folge des in Rede

---

[18]) Siehe z. B. oben S. 71 f.
[19]) A. O. Meyer a. a. O. S. 457; vgl. oben S. 6, 10.
[20]) Sybel II, S. 390.
[21]) Pr.B.V. 1861, S. 4.
[22]) Dalwigk a. a. O. S. 26.

stehenden politischen Fehlers von seinem Posten zu entfernen, so würde ich dies als einen großen Gewinn für uns begrüßen. Ich höre von allen Seiten, daß er einer unserer enragirtesten und unverbesserlichsten Gegner ist, der, wie er selbst nach dem Frieden von Villafranca dem französischen Gesandten in Darmstadt sagte, einen Abfall an Frankreich einem Anschluß an Preußen vorziehen würde.“ [23]) Dalwigks Sturz — das wäre eine preußische Politik gewesen, die auch eminent im Sinne des Nationalvereins handelte! Aber Usedom dachte hier, wie so manchesmal [24]), mehr großzügig als in der Ebene des praktisch Erreichbaren. —

In den Gedankengängen Usedoms bewegten sich auch die Äußerungen der Preußischen Zeitung [25]), die zwar seit Jahresfrist nicht mehr eigentlich offiziöses Blatt war [26]), trotzdem aber und speziell diesmal [27]) der Auffassung des preußischen Kabinetts nicht fern stand. Auch die Preußische Zeitung sprach sich gegen eine Zustimmung Preußens zu dem hessischen Antrage aus, denn „nachdem die preußische Staatsregierung Preußen wiederholt als den natürlichen Vertreter der deutschen Einheitsbestrebungen bezeichnet und die nationale Idee als die innerste Triebfeder ihrer Politik bekannt“ habe, könne sie nicht die Hand bieten „zur Verfolgung irgend welcher Vereine, welche sich vorgesetzt haben, durch das Mittel der geistigen Arbeit und in den Schranken der bestehenden Landesgesetze für die Annäherung an das Ziel einer festeren Einigung der Nation zu wirken“. Schließlich wurde auch hier darauf hingewiesen, „daß die Einwirkung der Bundesversammlung auf die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten auf das genaueste Maß ihrer allseitig anerkannten Kompetenz beschränkt werden müsse“.

Dieses von Usedom wie von der Preußischen Zeitung vertretene Argument war für die Stellungnahme des preußischen Kabinetts selbst das ausschlaggebende. Als man im Berliner Ministerium, wo man von vornherein zur Verwerfung des hessischen Antrages fest entschlossen war [28]), am 15. Februar eine Instruktion für Usedom abfaßte [29]), ging

---

[23]) Schon während des italienischen Krieges hatte Usedom zu berichten gewußt (Immediatbericht vom 29. Juni 1859, Ausfertigung Pr.G. St.A. XIII), Dalwigk wolle sich „bei Frankreich nach Schutz gegen die Preußische Hegemonie umsehen“.

[24]) Reinhold Müller a. a. O. S. 289; vgl. Haym a. a. O. S. 187.

[25]) 19. Januar 1861 (Schultheß 1861, S. 29).

[26]) Dunckerbriefe, S. 177; vgl. unten S. 122, Anm. 51.

[27]) Bericht Werthers, 26. Januar (Pr.G.St.A. X).

[28]) Friedrich von Baden I, S. 244.

[29]) Schleinitz an Usedom, 15. Februar (Konzept Pr.G.St.A. X). Diese Instruktion ging, wie Usedom vorgeschlagen hatte (Usedom an Schleinitz, 16. Jan., Ausfertigung Pr.G.St.A. X), gleichzeitig abschriftlich an alle preußischen Gesandtschaften in Deutschland (Schleinitz an

man auf den Nationalverein selbst, seine Ziele und seine politische Bedeutung gar nicht ein, sondern betrachtete den hessischen Antrag nur unter dem Gesichtspunkte der preußischen Selbständigkeit gegenüber den Übergriffen des Bundestages. Schleinitz' Ausführungen gipfelten daher unter Betonung der juristischen Sachlage — und hier im Anschluß an seine Darlegungen vom vergangenen Herbst[30]) — in dem Gedanken, daß die von Hessen gewünschte Interpretation des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 „eine richterliche Funktion in sich schließen würde, welche der Bundesversammlung überhaupt nicht zustehe"; es liege deshalb „weder in der Berechtigung, noch in der Verpflichtung der Bundesversammlung", eine solche Interpretation zu geben.

Die Stellungnahme des Ministers Schleinitz trug den Charakter einer Rechtsverwahrung und war als solche rein defensiver Natur. Den hessischen Antrag mit einem Gegenschlag, etwa in der von Usedom angedeuteten Richtung zu beantworten, dazu konnte sich Schleinitz nicht entschließen. Man stellte sich in Berlin nur, wie immer, schützend vor den Nationalverein; und zu diesem Zweck war das preußische Votum „eine hübsche Formel, um nichts zu sagen resp. zu tun", wie es Wehrenpfennig damals nannte[31]). Die Neue Ära zeigte sich auch hier „fest, wie immer, wenn es sich um eine Negation handelt"[31]). Daß die preußische Opposition gegen jede Kompetenzerweiterung des Bundesorgans, die dem Nationalverein jetzt so zustatten kam, noch lange nicht einen Akt liberaler Nationalpolitik im Sinne der Einheitsbewegung bedeutete, dafür ist nichts bezeichnender, als daß der Gedanke einer Einschränkung der Bundeskompetenz bis weit auf die konservative Seite des preußischen Abgeordnetenhauses hinüber lebendig war[32]).

Am 27. Februar fand in Frankfurt die Sitzung des politischen Ausschusses über die Zulässigkeit des Nationalvereins statt[33]). Die in

---

Werther, Löwenstein usw., 15. Febr. 1861, Konzept Pr.G.St.A. X), damit diese sich vorkommendenfalls in gleichem Sinne äußern sollten.

[30]) Siehe oben S. 89 und Anlage 10.

[31]) Heyderhoff-Wentzke I, S. 59.

[32]) Ritter, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858—1876, S. 64.

[33]) Über diese Sitzung Bericht Usedoms, 27. Febr. (Ausfertigung Pr.G.St.A. X). Im Ausschuß vertreten waren Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt. Von den Königreichen fehlte also lediglich Hannover. König Georg und sein leitender Minister Borries hatten den Außenminister Platen zunächst über ihre Stellung zum hessischen Antrag im unklaren gelassen; erst Anfang Februar sprachen sie sich dahin aus, „daß die Bundesversammlung z. Zt. keine Veranlassung zum Einschreiten gegen den sg. National-

diesem Ausschuß nicht vertretenen kleineren Staaten hatten großenteils eine der preußischen ähnliche Haltung eingenommen[34]), im Ausschuß selbst hatte jedoch eine schärfere Auffassung das Übergewicht. Der bayrische Vertreter von der Pfordten lehnte als Referent die prinzipiellen Motive der preußischen Verwerfung des Antrages ab, da „lediglich Zweckmäßigkeitsgründe" den Bundestag bei seiner Entscheidung bestimmen könnten[35]). Der Präsidialgesandte Kübeck, dem Rechberg völlig freie Hand gelassen hatte[36]), sprach sogar davon, „daß der Nationalverein eminent unter das Verbot des Bundesbeschlusses falle"; wenn Österreich „aus Zweckmäßigkeitsgründen" eine Interpretation des Bundesbeschlusses ablehne, so sei wenigstens in der Motivierung die Verpflichtung der Regierungen zur Ausführung des Beschlusses hervorzuheben und das Vertrauen auszusprechen, „daß Deutschland die Tendenzen des Vereins zurückstoße". Die Majorität des politischen Ausschusses stimmte also zwar für Ablehnung des hessischen Antrages[37]), konnte aber, da ihre Ablehnung mehr aus Gründen der „Opportunität" als des „Prinzips" entsprang, den von Preußen vorgebrachten grundsätzlichen Motiven nicht zustimmen und wollte wenigstens in der Begründung den Regierungen zu einer etwaigen Unter-

---

verein habe". Gegen diese Formulierung hatte man in Württemberg starke Bedenken. Man vermutete übrigens, daß der Dalwigksche Antrag wegen des in seiner Folge hervortretenden Anschwellens des Nationalvereins in Hannover sehr verstimmt hatte (Ysenburg an Schleinitz, 24. Jan., Auszug Pr.G.St. X), Hügel an Linden, 8. Febr., Ausfertigung, Linden an Hügel, 11. Febr., Konzept W.St.A. Ludwigsburg).

[34]) Sachsen-Weimar (Heydebrandt an Schleinitz, 24. Jan., Pr.G.St.A. X), Oldenburg (Immediatbericht Ysenburg, 9. März ebenda), Nassau (Wochenschrift, S. 324).

[35]) Über Schrenks ähnliche Stellung: Löwenstein an Schleinitz, 13. Jan. (Auszug Pr.G.St.A. X).

[36]) Rechberg hielt den hessischen Antrag für „ungemein unzeitig" und erstrebte für seine Verhandlung eine Verständigung mit Berlin, etwa auf der Grundlage, daß bei dem Nationalverein die gesetzwidrigen Voraussetzungen des Bundesbeschlusses zuträfen, wobei aber die wirkliche Ausführung jenes Beschlusses „immerhin den einzelnen Regierungen überlassen bleiben könnte". Die Verständigung mit Berlin kam nicht zustande. Mit der Rechbergschen Ansicht konnte man sich auch in Stuttgart nicht befreunden. Im übrigen hielt man es in Wien nicht für unwahrscheinlich, daß Usedom sogar ausdrücklich etwas zugunsten des Nationalvereins vorbringe. (Werther an Schleinitz, 22. Jan., Schleinitz an Werther, 15. Febr. Pr.G.St.A. X); vgl. ferner den fünf Nummern umfassenden Briefwechsel Hügels mit dem wttbg. Gesandten in Wien aus dem Januar 1861, W.St.A. Stuttgart II).

[37]) Für seine Annahme stimmte außer Hessen selbst nur noch Sachsen.

drückung des Nationalvereins im voraus ihre stillschweigende Ermächtigung erteilen[38]).

Mit dem in diesem Sinne von dem Referenten Pfordten entworfenen Ausschußbericht[39]) konnte sich Usedom nicht einverstanden erklären. Es erschien ihm als das einzig mögliche, die abweichende preußische Auffassung in einem Separatvotum niederzulegen, denn Preußen dürfe sich in dieser Sache „nicht mit den Würzburger ... Regierungen auf denselben Standpunkt stellen". Um für ein solches Minoritätsvotum wenigstens die Zustimmung Badens zu erreichen, bat er Schleinitz darum, diejenigen beiden Punkte der preußischen Auffassung, die im Ausschuß auf besonders lebhaften Widerspruch gestoßen waren, in der Form abschwächen zu dürfen: nämlich einmal die schroffe Formulierung, daß die von Hessen geforderte Interpretation des Bundesbeschlusses „eine richterliche Funktion in sich schließen würde, welche der Bundesversammlung überhaupt nicht zustehe", sodann den Passus, daß eine solche Interpretation „weder in der Berechtigung, noch in der Verpflichtung der Bundesversammlung" liege.

Schleinitz erkannte die Notwendigkeit eines preußischen Separatvotums an und ermächtigte den Bundestagsgesandten, in einem solchen die abweichende Meinung seiner Regierung in jenen beiden Punkten formell etwas zu mildern, da die Form für die Regierung von keiner durchgreifenden Bedeutung sei. In der Sache selbst aber hielt Schleinitz, dem es hier viel mehr um die Wahrung des preußischen Prestiges der Bundesmajorität gegenüber als um die Schonung des Nationalvereins zu tun war, unbedingt an dem einmal eingenommenen prinzipiellen Standpunkt fest[40]).

Zur Abgabe des preußischen Sondervotums kam es jedoch nicht mehr, da der hessische Antrag in der Folgezeit den Weg aus dem politischen Ausschuß in das Plenum der Bundesversammlung nicht mehr zurückfand. Als Sachsen-Coburg im Mai 1861 und dann noch einmal im Oktober desselben Jahres auf beschleunigte Erledigung drängte[41]),

---

[38]) Bericht Usedoms, 19. März (Pr.G.St.A. X).

[39]) Er sprach dem Bundestag prinzipiell die Befugnis zu, darüber zu befinden, ob ein Verein mit der Bundesgesetzgebung in Widerspruch stehe und deshalb nicht geduldet werden dürfe; „zur Zeit" jedoch solle der Bundestag davon abstehen, sich über die Zulässigkeit des Nationalvereins auszusprechen und die Ausführung des fraglichen Bundesbeschlusses in bezug auf den Nationalverein „zunächst" den einzelnen Regierungen „vertrauensvoll überlassen".

[40]) Schleinitz an Usedom, 27. März (Konzept Pr.G.St.A. X).

[41]) Usedom an Schleinitz, 16. Mai (Ausfertigung Pr.G.St.A. IX), Immediatbericht Usedoms, 18. Mai (Auszug ebenda); vgl. Pr.B.V. 1861, S. 382 f., 677 ff.; Fischer, Die Nation und der Bundestag, S. 493.

war der einzige Erfolg die Verweisung der coburgischen Erklärung und einer entsprechenden hessischen Gegenerklärung an den politischen Ausschuß. Dort schlief die Angelegenheit vollkommen ein, bis nach mehr als Jahresfrist Baden kurzerhand den Antrag stellte, den Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 ganz aufzuheben[42]). Dieser Antrag fand zwar die lebhafte Zustimmung des mittlerweile an Schleinitz' Stelle getretenen Ministers Bernstorff[43]), ward aber ebenfalls im politischen Ausschuß begraben[44]), und Usedom konnte in einem Bericht, der schon an den Minister Bismarck gerichtet war[45]), feststellen, daß neben dem badischen auch der hessische Antrag „stillschweigend pro tempore auf sich beruht". Den Grund dafür sah Usedom in den Sympathien der Würzburger Regierungen für den neugegründeten „Großdeutschen Verein"[46]), der organisatorisch dem Nationalverein so sehr nachgebildet worden war, daß es nunmehr sehr schwierig erschien, „den National-Verein zu verfolgen, ohne zugleich den Großdeutschen Verein zu verdammen". —

Die ersten Wochen nach dem mißglückten hessischen Vorstoß in Frankfurt zeigten wiederum eine erhöhte Betriebsamkeit der deutschen Regierungen, durch unmittelbare Einwirkung auf die preußische Regierung selbst ein wirksames Einschreiten gegen den Nationalverein zu ermöglichen. Die preußischen Gesandtenberichte dieser Zeit sind voll von Erörterungen über den Nationalverein; gleich Usedom suchte mancher preußische Diplomat dabei durch Ratschläge und Warnungen die Politik des Berliner Kabinetts zu beeinflussen. So schlug Löwenstein aus München vor, durch eine offene und freisinnige Erklärung über die Zulässigkeit des Nationalvereins die liberale Partei in Deutschland zu befriedigen[47]). Kritischer stellte sich der preußische Gesandte Sydow in Kassel zum Nationalverein. Da er zur Zeit keine Möglichkeit sah, durch eine „angemessene Befriedigung wohl begründeter und billiger Wünsche in Bezug auf Machtstellung und Gestaltung Deutschlands" dem Nationalverein den Gegenstand seiner Agitation zu entziehen, hielt er es für geboten, die Einheitsbewegung „ihre Irrwege nicht schrankenlos durchlaufen zu lassen, sondern rechtzeitig durch Wegweiser ... zu warnen"[48]).

---

[42]) Pr.B.V. 1862, S. 391 f.
[43]) Bernstorff an Usedom, 20. Juli 1862 (Auszug Pr.G.St.A. I).
[44]) Fischer a. a. O. S. 488.
[45]) Usedom an Bismarck, 13. Nov. 1862 (Ausfertigung Pr.G.St.A. II).
[46]) Zur Sache vgl. Zimmermann, Der deutsche Reformverein, Diss. Heidelberg 1929.
[47]) Löwenstein an Schleinitz, 20. Jan. 1861 (Ausfertigung Pr.G. St.A. X).
[48]) Anlage 11.

In Berlin ging man auf diese Anregungen der Diplomaten nicht weiter ein. Man hatte genug zu tun, sich des Ansturms der Mittelstaaten zu erwehren, die neuerdings jeden Anlaß benutzten, wegen des Nationalvereins in Berlin vorstellig zu werden. Die deutschen Regierungen gingen dabei offenbar von dem Gesichtspunkt aus, daß man die Diskussion über den Nationalverein zwischen den Kabinetten nicht abreißen lassen dürfe[49]); dann konnte doch zuletzt der Erfolg in Berlin nicht ausbleiben. Den Anfang machte die württembergische Regierung[50]) mit einer Anfrage über die Reden und Beschlüsse der Berliner Nationalvereinsversammlung vom 25. Januar[51]). Schleinitz beantwortete sie nach geraumer Zeit mit der kühlen Erklärung, daß Preußen keine Veranlassung sehe, wegen dieser Versammlung gegen den Nationalverein einzuschreiten[52]). Mittlerweile fragte man schon aus München, wo die radikal klingenden Eßlinger Beschlüsse der württembergischen Liberalen[53]) beunruhigend gewirkt hatten[54]), vertraulich an, ob man in Berlin nicht geneigt sei, mit den deutschen Regierungen im voraus Maßregeln gegen eine etwaige Einführung der Reichsverfassung von 1849 auf ungesetzlichem Wege zu beraten[55]).

---

[49]) Immediatbericht Lindens, 25. Febr. 1861 (Ausfertigung W.St.A. Stuttgart IV).

[50]) Über Württembergs Stellung zum hessischen Antrag gibt ein etwa ein Dutzend Nummern umfassender Briefwechsel Hügels mit Linden eingehende Aufschlüsse (W.St.A. Ludwigsburg). Hügel hatte zwar den hessischen Antrag für taktisch ungeschickt gehalten und ihn deshalb abgelehnt (Schulenburg an Schleinitz, 11. Jan. 1861, Abschrift Pr.G.St.A. X), aber der alte König Wilhelm war gegen den Nationalverein so eingenommen, daß er im Staatsanzeiger vom 2. Februar in einem eigenhändigen Leitartikel davon sprach, die Regierungen würden diesen Umsturzplänen mit vereinten Kräften entgegenarbeiten (Pfister, Deutsche Zwietracht, S. 25 f.; Schneider. Württembergische Geschichte, S. 546 f.). Der „Staatsanzeiger für Württemberg" brachte am 21. u. 22. Febr. (Nr. 44 f.) auch eine scharf ablehnende „Geschichte des Nationalvereins". Mit diesen Tendenzen stand die württembergische Anfrage zweifellos in innerem Zusammenhang.

[51]) Vgl. Wochenschrift S. 328; Oncken, Bennigsen I, S. 482.

[52]) Schleinitz leitete die Anfrage zunächst an das hierfür zuständige Innenministerium weiter (Schleinitz an Schwerin, 14. Febr., Konzept Pr.G.St.A. X). Die von Schwerin erhaltene Auskunft (Schwerin an Schleinitz, 26. Febr., Ausfertigung Pr.G.St.A. X) gab er dem Grafen Linden (Schleinitz an Linden, 2. März, Konzept Pr.G.St.A. X).

[53]) Man hatte die Einführung der Reichsverfassung von 1849 gefordert und den Beitritt zum Nationalverein als Mittel empfohlen, „um zu einer den Wünschen und Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprechenden Verfassung Deutschlands zu gelangen" (Wochenschrift S. 348 f., 373; Schultheß 1861, S. 55 ff.; Oncken, Bennigsen I, S. 465; Dunckerbriefe S. 263).

[54]) Dunckerbriefe, S. 267.

[55]) Anlage 12.

Schleinitz wandte sich zunächst an Schwerin, legte ihm die Auffassung des Auswärtigen Amts von der bayrischerseits angeregten Frage dar und bat um Mitteilung, ob man im Innenministerium damit einverstanden sei[56]). Die Besorgnis der bayrischen Regierung, daß aus dem Nationalverein „Versuche zu einem ungesetzlichen Drucke auf die deutschen Regierungen oder zu einem gewaltsamen Umsturze der verfassungsmäßigen Zustände Deutschlands hervorgehen würden", vermochte Schleinitz nicht zu teilen. Im übrigen hielt er Preußen für stark genug, um alle etwaigen ungesetzlichen Bestrebungen „mit der Kraft des Gesetzes" oder auch „mit Gewalt" immer noch rechtzeitig genug zu unterdrücken. Dieselbe innere Widerstandskraft traute er auch den anderen deutschen Regierungen zu; sollten aber deren Mittel wider Erwarten irgendwo nicht ausreichen, so wollte Schleinitz nicht anstehen, „im gemeinsamen Interesse Deutschlands für die Wiederherstellung der Ordnung einzutreten". In diesem Vorsatz lag immerhin ein gewisses Entgegenkommen an Bayern. Aber es ging über das, was der Prinzregent in Baden-Baden dem König Max zugesagt hatte, nicht hinaus und bedeutete somit keine Änderung der damals eingenommenen Haltung, sondern lediglich eine schriftliche Fixierung jener Zusagen, wie sie Beust seinerzeit gewünscht hatte[57]). Vor allem lehnte Schleinitz alle Verhandlungen im voraus unbedingt ab, einmal weil die Kunde von solchen Verhandlungen in der Öffentlichkeit die Gewißheit erschüttern mußte, daß es zu gewalttätigen Unternehmungen überhaupt nicht kommen könne; sodann weil etwaige polizeiliche Maßregeln ja sowieso schon in der Hand jeder Regierung standen, Ausnahmegesetze aber „gerade jetzt am Wenigsten an der Zeit" waren.

Als Graf Schwerin sich diesem Standpunkt des Außenministers angeschlossen hatte[58]), wurde Löwenstein angewiesen[59]), in diesem Sinne sich gegen das bayrische Ministerium zu äußern. Damit war der bayrische Vorstoß gescheitert, und in München mußte man sich mit verschärften Schikanen gegen die Einheitsbewegung innerhalb des eigenen Staatsgebiets begnügen[60]).

---

[56]) Anlage 13.
[57]) Siehe oben S. 80f.
[58]) Schwerin an Schleinitz, 10. März (Ausfertigung Pr.G.St.A. X).
[59]) Schleinitz an Löwenstein, 14. März (Konzept Pr.G.St.A. X). Die Instruktion für Löwenstein hatte fast denselben Wortlaut wie Anlage 13.
[60]) Schon bevor die bayrische Anfrage in Berlin abgelehnt wurde, hatte man in der bayrischen Pfalz eine Nationalvereinsversammlung gewaltsam aufgehoben. Das Vorgehen der Pfälzer Behörden wurde jetzt von der Regierung nachträglich gebilligt, und das Münchener Ministerium ließ Direktiven wegen des Nationalvereins an sämtliche Verwaltungsbehörden ergehen, die allen Nichtbayern die Teilnahme auch an polizeilich ge-

Gleichwohl blieben ähnliche Versuche aus dem deutschen Norden nicht aus. Der mecklenburgische Minister von Oertzen, der für das gefährliche Anwachsen der Einheitsbewegung in erster Linie die Neue Ära verantwortlich machte, wollte, daß Preußen wieder vollständig unter die Bundesautorität zurückkehre, damit man „gegen jene Tendenzen wieder eine feste Basis" gewinne[61]). Daß man sich in Berlin nicht bewogen fühlte, nach der Zurückweisung der süddeutschen Mittelstaaten nunmehr auf die Wünsche eines norddeutschen Kleinstaats hin gegen den Nationalverein vorzugehen, war ein Ding der Selbstverständlichkeit.

Die Erörterungen zwischen den deutschen Kabinetten über den Nationalverein Anfang 1861 verliefen also wegen der ablehnenden Haltung Preußens ohne praktisches Ergebnis. Da der Nationalverein indessen überall rapide zunahm, begann man sich auf seiten der Mittelstaaten an Stelle der nunmehr aussichtslos erscheinenden gewaltsamen Unterdrückung der Bewegung[62]) einer anderen Taktik der Bekämpfung ernstlich zuzuwenden. Die Idee einer Umgestaltung des Bundes durch die Regierungen — seit langem ein wesentliches Element mittelstaatlich-partikularistischer Politik[63]) — wurde jetzt das Mittel, durch das die deutschen Höfe die Öffentlichkeit von ihrem guten Willen überzeugen und der Einheitsbewegung den Wind aus den Segeln nehmen wollten. Im besonderen war dies der Gedanke des Ministers Beust, der jetzt im

---

statteten Versammlungen verboten. „Lassen sich solche blicken, oder wollen dieselben sogar Reden halten, ist nicht nur die Versammlung aufzulösen, sondern die Ausländer sind auch augenblicklich auszuweisen." Die Begründung dafür fand man in dem „sehr günstigen bayrischen Vereinsgesetz", dessen Schutz nur bayrische Staatsbürger, nicht aber Ausländer in Anspruch zu nehmen berechtigt seien. — In Württemberg war man darüber verstimmt, daß Bayern die deutschen Gesandten von seinem schärferen Vorgehen nicht unterrichtet hatte, und sah zunächst keine Veranlassung zu entsprechenden Maßnahmen (Der württbg. Gesandte in München, Degenfeld, an Hügel, 1. April 1861, Abschrift, Hügel an Linden, 6. April 1861, Ausfertigung, Linden an Hügel, 11. April 1861, Konzept W.St.A. Ludwigsburg).

[61]) Dem Minister Schleinitz kam diese Forderung durch eine Denkschrift des preußischen Gesandten Richthofen zur Kenntnis (Rütz, Mecklenburgs deutsche Politik 1850—1866, Jb. des Ver. für Mecklenburg. Geschichte Bd. 86, S. 59).

[62]) In Württemberg erwog man zwar wegen einer Stuttgarter Versammlung des Nationalvereins (vgl. Wochenschr. S. 432) im April 1861 zeitweilig ein polizeiliches Einschreiten gegen den Verein, ließ aber den Gedanken im Mai wieder fallen, da man mit einer Beteiligung Preußens und Badens doch nicht rechnete und durch die noch ausstehende Erledigung des am Bundestage schwebenden hessischen Antrages der Initiative enthoben zu werden hoffte (W.St.A. Ludwigsburg).

[63]) Fuchs a. a. O. passim.

Frühjahr 1861 für ein Bundesreformprojekt bei den deutschen Kabinetten den Boden zu sondieren begann. In seinem Auftrag wandte sich Savigny nach Berlin [64]), um vertraulich zu erfahren, wie das dortige Ministerium die Bundesreformpläne Beusts aufnehmen werde. Schleinitz erwiderte ganz vertraulich, wenn Beust seine Wünsche nicht nur auf das praktische Bedürfnis nach Umgestaltung des Bundes, „sondern ebenso sehr auf das in der öffentlichen Meinung und der allgemeinen Stimmung des Volkes vorhandene Mißbehagen" stütze, so sei man in Berlin zwar weit davon entfernt, die Bedeutung dieser Motive zu verkennen; man müsse es jedoch „als eine kaum lösbare Aufgabe betrachten, eine Form des Bundes zu finden, welche die öffentliche Meinung einigermaßen befriedigen und doch zugleich Aussicht auf Annahme Seitens der Gesamtheit der deutschen Regierungen haben könnte" [65]). In diesem unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Forderungen der Einheitsbewegung und dem Widerstreben der deutschen Mittelstaaten sah Schleinitz die Rechtfertigung seiner passiven Haltung in der deutschen Frage [65]). Preußen habe sich auf die „Befriedigung des realen praktischen Bedürfnisses" beschränken müssen, d. h. vor allem eine energische Zusammenfassung der Wehrkräfte Deutschlands angestrebt. Schon weit genug glaubte Schleinitz damit der nationalen Bewegung entgegengekommen zu sein [66]).

Ähnlich äußerte sich Schleinitz zu dem preußischen Vertreter in Weimar [67]), der durch den Minister Watzdorf von Beusts Absichten unterrichtet worden war [68]). In der Formulierung zeigte dieses Schreiben jedoch einige charakteristische Änderungen: es stellte das preußische Interesse und die Forderungen der deutschen Nation in gemeinsamen Gegensatz zu den anderen deutschen Regierungen und bezeichnete neben der Reform der Bundeskriegsverfassung, die Preußen wegen der Unmöglichkeit einer organischen Bundesreform allein betreiben könne,

---

[64]) Thumann a. a. O. S. 24.

[65]) Schleinitz an Savigny, 30. April (Konzept Pr.G.St.A. IV); vgl. Thumann a. a. O. S. 27.

[66]) Er meinte, „daß die Agitation in Deutschland, deren Folgen Herr von Beust als so bedenklich bezeichnet und welchen er selbst mit Recht besser durch positive Maßregeln als durch eine bloße Negation entgegenarbeiten zu können denkt, in ihrem letzten Grunde doch weit weniger durch die theoretischen Fragen über die Bundesverfassung als durch die Befürchtungen, welche sich gerade an die Wehrhaftigkeit Deutschlands und seine Stellung dem Auslande gegenüber knüpfen, hervorgerufen und genährt wird".

[67]) Schleinitz an Heydebrandt, 30. April (Konzept Pr.G.St.A. IV); vgl. Thumann a. a. O. S. 27.

[68]) Thumann a. a. O. S. 24.

auch die kurhessische Verfassungsangelegenheit als Aufgabe der preußischen Politik [69]). Dadurch erfuhr das nach Weimar gerichtete Schreiben eine gewisse Nüancierung des Tones, in dem von der Einheitsbewegung gesprochen wurde. Für die praktische Politik bedeutete das jedoch so gut wie nichts, denn Schleinitz war sich ja darüber klar, daß das preußische Interesse und die Forderungen der Nation gegen die mittelstaatlichen Regierungen nicht durchzusetzen waren ohne gewaltsamen Bruch, den Preußen bei aller Betonung seiner nationalen Stellung unbedingt zu vermeiden hatte [70]). So war auch der unter Usedoms Einfluß von dem Außenminister gelegentlich geäußerte Gedanke, auf ein deutsches Parlament hinzuarbeiten, das dem preußischen Staate die Suprematie über Deutschland zuerkennen sollte, alles andere als ernst gemeint und nur dazu bestimmt, die Vorschläge Max Dunckers zu hintertreiben, die unter Verwerfung eben dieses vom Nationalverein geforderten „doktrinären" Weges auf eine Lösung der deutschen Frage von außen hinausliefen und die tatkräftige Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage zum Ansatzpunkt hatten [71]).

---

[69]) Einen entsprechenden Passus hatte auch das Konzept des an Savigny gerichteten Schreibens enthalten; dort war er jedoch bezeichnenderweise gestrichen worden.

[70]) Dunckerbriefe, S. 319.

[71]) Haym, Duncker, S. 229; Bernhardi IV, S. 122; s. oben S. 74.

Kapitel V.

Die innere Krise der Neuen Ära bis zum Rücktritt Schleinitz'.

Mit dem Tode Friedrich Wilhelms IV. war der Prinzregent am 2. Januar 1861 König geworden. Seine konservativen Grundanschauungen, von den Liberalen bislang meist verkannt, festigten sich von diesem Zeitpunkt an mehr und mehr [1]). Der Kriegsminister Roon, der Ende 1859 an des Liberalen Bonin Stelle getreten war, gewann jetzt bei dem König wachsenden Einfluß und versuchte mit Erfolg, das Ministerium der Neuen Ära zu untergraben [2]). Überall witterte der Monarch, durch den Sieg der italienischen Revolution Garibaldis und die Warschauer Polenaufstände erschreckt [3]), Intrigen der „Umsturzpartei" [4]). Die Neue Ära hatte schon im Frühjahr 1861 eigentlich abgewirtschaftet [5]), „perennierende Krisen" [6]) zogen sich von Monat zu Monat hin und lähmten jeden Versuch einer aktiven deutschen Politik mehr als je.

So war es kein Wunder, daß die Forderungen der nationalen Bewegung, soweit sie durch die Adreßdebatten und Petitionen des preußischen Abgeordnetenhauses die Regierung überhaupt zur öffentlichen Stellungnahme zwangen, während der ganzen Landtagssession 1861 beim Berliner Ministerium nichts als resignierende Ablehnung erfuhren. Schon in seiner Thronrede hatte König Wilhelm den Dunckerschen Entwurf in bezug auf die Bundeskriegsverfassung, die kurhessische und holsteinische Frage erheblich abgeschwächt [7]), und anläßlich der Adreßdebatte

---

[1]) Marcks a. a. O. S. 194 ff.; Stern VIII, S. 457 f.; Friedrich von Baden I, S. 262.

[2]) Marcks a. a. O. S. 198 ff.; Stern VIII, S. 473 f.

[3]) Bernhardi IV, S. 100.

[4]) Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1848—1866, S. 91.

[5]) Vgl. Bernhardi IV, a. a. O.; Oncken, Die Baden-Badener Denkschrift Bismarcks usw., H.Z. 145, S. 107.

[6]) Roon, Denkwürdigkeiten II, S. 55; Hintze, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert (Schmoller-Festschrift S. 469 ff.); Bismarck, Erinnerung und Gedanke, Ges. W. Bd. 15, S. 163 ff.; Haym a. a. O. S. 230 f.

[7]) Haym a. a. O. S. 225.

hatte der auch vom Nationalverein gebilligte [8]) Antrag Stavenhagen, daß Preußen die „ihm ... gebührende Stellung an der Spitze des deutschen Bundesstaats" einnehmen solle, den Minister Schleinitz am 7. Februar zu der Erklärung [9]) genötigt, die Regierung habe „sich bereits wiederholt über die Stellung ausgesprochen, welche sie zu den deutschen Reformbestrebungen einnimmt" und sie werde in der Bundesreformfrage „nur auf streng gesetzlichem und friedlichem Wege und unter gewissenhafter Achtung der Rechte Aller" vorgehen. Die Initiative könne sie nicht ergreifen, weil ein solcher Schritt für jetzt keinen Erfolg verspreche. Der Antrag Stavenhagen greife „über den dermaligen Standpunkt der Regierung weit hinaus". Im übrigen beständen über diese Frage „noch tiefe und wesentliche Meinungsverschiedenheiten ... nicht blos unter den Regierungen, sondern auch in der großen Masse des Volkes und unter den besten und einsichtigsten Männern der Nation" [10]), — Worte, die in den preußenfreundlichen Kreisen Süddeutschlands tiefe Niedergeschlagenheit hervorriefen [11]). Nachdem Schleinitz späterhin nochmals in die Debatte eingegriffen und erklärt hatte [12]), daß eine Annahme des Amendements Stavenhagen der Regierung „im höchsten Grade unerwünscht" sein würde, veranlaßte Schwerin den Finanzminister Patow, Vincke vertraulich zu erklären, die Annahme des Antrages Stavenhagen könne Schleinitz' Rücktritt herbeiführen, der nicht vereinzelt bleiben werde [13]). Die Regierung machte also die Ablehnung des Antrages zur Kabinettsfrage. Das Parlament wich diesmal noch zurück und lehnte den Antrag mit 261 gegen 42 Stimmen ab [14]).

Aber die deutsche Frage verschwand damit nicht von der Tagesordnung. Vier Wochen darnach lag dem Abgeordnetenhaus eine Petition Amelung aus Stettin vor, die in der Forderung des Nationalvereins gipfelte, „daß die Staatsregierung dem berechtigten Verlangen des Preußischen wie des gesammten Deutschen Volkes nach Aufhebung des Bundestages, Einsetzung einer einheitlichen Centralgewalt und Berufung eines deutschen Parlaments endlich Erfüllung verschaffe" [15]). Da Schlei-

---

[8]) Wochenschrift S. 353 (22. Febr. 1861).

[9]) Sten.Ber.Abg.H. 1861, I, S. 138, 150; vgl. Sybel II, S. 384.

[10]) Die Zwiespältigkeit der öffentlichen Meinung machte übrigens auch die Braunschweigische Regierung am 20. April 1861 als Begründung für ihre passive Haltung in der Bundesreformfrage geltend (Schultheß 1861, S. 64).

[11]) Dunckerbriefe S. 263.

[12]) Sten.Ber.Abg.H. a. a. O. I, S. 145.

[13]) Das Staatsarchiv, hrsg. von Aegidi-Klauhold, Bd. II S. IV.

[14]) Sten.Ber.Abg.H. a. a. O. I, S. 150.

[15]) Sten.Ber.Abg.H. a. a. O. IV, S. 283; vgl. Oppenheim, Waldeck, S. 141. Schon im Dezember 1860 hatten die auch sonst besonders regen

nitz bei der Verhandlung der Petition im Abgeordnetenhaus nicht anwesend war, fertigte Schwerin statt seiner die Petition damit ab[16]), daß das Interesse Preußens zur Zeit ein Zusammengehen mit Österreich erfordere und daß die „Einigkeit der deutschen Regierungen" höher stehe als eine „erzwungene Einheit". Die „Achtung jeden fremden Rechts" durfte als offenbar gewichtigstes Gegenargument auch diesmal nicht fehlen. — Eine deutlichere Absage an das Programm des Nationalvereins ließ sich kaum denken[17]). Mit Befriedigung konnte der konservative Führer Wagener in der Debatte feststellen[18]), daß die in der Petition liegende Aufforderung an die Regierung, sich „an die Spitze des Nationalvereins" zu stellen, von Schwerin zurückgewiesen worden sei.

Nachdem die Regierung so im Frühjahr 1861 kurz hintereinander im Abgeordnetenhaus vor zwei große Debatten in der deutschen Frage gestellt worden war, wollte Schleinitz dem Kabinett die Wiederholung einer Situation ersparen, die es nur in Kollision mit den deutschen Regierungen oder mit der nationalen Bewegung bringen konnte. Da indes dem Abgeordnetenhaus noch verschiedene andere Petitionen zur deutschen Frage eingereicht waren[19]), die zunächst in der Petitionskommission vorberaten werden mußten, ließ Schleinitz den Vorsitzenden dieser Kommission vertraulich wissen[20]), daß er „jede Besprechung der in jenen Petitionen berührten Fragen — sei es im Schoße der Petitionskommission, sei es im Plenum des Hauses — und damit die naheliegende Nothwendigkeit für die Regierung, sich auszusprechen, gerade

---

(vgl. z. B. Wochenschrift S. 352) Stettiner Mitglieder des Nationalvereins in einer Versammlung die Einreichung dieser Petition beschlossen (Wochenschrift S. 300). Da jedoch eine Petition unter dem Namen des Nationalvereins selbst nach der preußischen Verfassung unzulässig war (siehe Anlage 9), konnte die Stettiner Petition unter Umgehung dieser Bestimmung nur von den Stettiner Vereinsmitgliedern einzeln unterzeichnet werden. Ihr erster Unterzeichner, der Bankdirektor Amelung, spielte im Nationalverein, besonders als ausgesprochener Vertreter der preußischen Spitze, eine gewisse Rolle (Verh. d. 1. Gen.Vers., S. 15, 17, 26 ff., vgl. auch S. 39 f., 41, 44 f., 51; Wochenschrift S. 524; Oncken, Bennigsen I, S. 436, 440).

[16]) Sten.Ber.Abg.H. a. a. O. I, S. 310.

[17]) Die Ansicht Klüpfels (Einheitsbestrebungen I, S. 233), Schwerins Rede habe gezeigt, daß Preußen der Nationalpartei doch nicht so fern gestanden habe, wie man das nach Schleinitz' Äußerungen habe annehmen müssen, kann ich nicht begründet finden.

[18]) Sten.Ber.Abg.H. a. a. O. I, S. 316.

[19]) Sten.Ber.Abg.H. I, S. 590 ff. Es wurde darauf verzichtet, die Beteiligung der preußischen Nationalvereinsmitglieder an diesen nicht zur Verhandlung gekommenen Petitionen im einzelnen zu bestimmen.

[20]) Schleinitz an Saucken, 2. Mai 1861 (Konzept Pr.G.St.A. IV).

im gegenwärtigen Augenblicke nicht als dem Interesse der Sache und des Landes förderlich" betrachten könne; es würde seiner Meinung nach daher „der Akt eines wohlverstandenen Patriotismus sein ..., wenn die Kommission sich entschließen könnte, die Berathung überhaupt noch einige Zeit auf sich beruhen zu lassen".

Die betreffenden Petitionen kamen in der Tat im Parlament nicht mehr zur Verhandlung. Im übrigen übernahm es die gemäßigt liberale Kammermehrheit, immer bestrebt dem Kabinett keine allzu großen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, zum Teil aus eigenem Antrieb, unerwünschte Forderungen der Einheitsbewegung zurückzuweisen. Ein von Mitgliedern des Nationalvereins eingereichtes Gesuch um Erleichterung der preußischen Vereinsgesetzgebung [21]) beantwortete Vincke mit einer Verteidigung des bestehenden Gesetzes; ja der Abgeordnete Veit empfahl, obwohl selbst Ausschußmitglied des Nationalvereins, als Berichterstatter der Petitionskommission dem Plenum den einfachen Übergang zur Tagesordnung [22]) und nicht etwa eine Annahme der Petition, für die er als Altliberaler im Augenblick offenbar den Zeitpunkt nicht als gekommen erachtete. Die Notwendigkeit eine Abänderung der Vereinsgesetze zu erwägen, trat also an die Regierung selbst gar nicht heran. —

So war die Kammersession 1861 für die Einheitsbewegung wiederum ohne positives Ergebnis verlaufen. Als der König sogar in seiner Thronrede zum Landtagsschluß von der „in Europa regen Partei des Umsturzes" sprach [23]), wurde es offenbar, welchen Grad die antirevolutionäre Stimmung des Monarchen mittlerweile erreicht hatte. Der Huldigungsstreit [24]), ein neues Entlassungsgesuch Schwerins [25]) und die Verstimmung Hohenzollerns, der an Demission des gesamten Kabinetts dachte [26]), charakterisieren die allgemeine Zuspitzung der Lage. Vergeblich legte Hohenzollern dem Ministerium ein Schreiben Häußers vor, in dem dieser, von einer Pfingsten in Mannheim abgehaltenen Versammlung süddeutscher Abgeordneter beauftragt, von Preußen eine „wirksame Inititative in der nationalen Reformangelegenheit" forderte [27]). Man ließ in Berlin zwar Usedom und Pourtalès kommen,

---

[21]) Sten.Ber.Abg.H. 1861, III, S. 1639.
[22]) Sten.Ber.Abg.H. 1861, III, S. 1640 ff.; Wochenschr. S. 482, 514 f., 531.
[23]) Am 6. Juni. Sten.Ber.Abg.H. 1861, III, S. 1666.
[24]) Nach den Akten dargestellt von Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 195—198.
[25]) Stern VIII, S. 459.
[26]) Dunckerbriefe S. 280 f.
[27]) Zingeler a. a. O. S. 112 ff.; Oncken, Bennigsen I, S. 514.

um ein neues Programm in der deutschen Frage aufzustellen[28]), aber Schleinitz' Passivität und die innere Zersetzung des Ministeriums hinderten jeden Aufschwung. Max Duncker trat Anfang Juni wegen der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen als Leiter der Regierungspresse aus seiner unhaltbar gewordenen Stellung nach längeren Verhandlungen in den Dienst des Kronprinzen über[29]).

Wenn Duncker, gewissermaßen der hoffähige Exponent der nationalen Bewegung in Berlin, jetzt zum Ratgeber des Thronerben ward, so fand er sein neues Tätigkeitsgebiet in mancher Beziehung nicht unvorbereitet. In dem Zwiespalt zwischen König und Kabinett stand der Kronprinz auf der Seite des letzteren[30]). Dem Programm des Nationalvereins weniger abhold als sein Vater, hatte er im vergangenen Frühjahr Bernhardi gegenüber die Vereinstagung in Berlin zwar als Fehler bezeichnet, aber entschieden die Ansicht vertreten, daß die kleinen deutschen Staaten in Preußen aufgehen müßten[31]). Sein gesteigerter preußischer Ehrgeiz, sein Popularitätsbedürfnis und eine gewisse Liberalität der Anschauungen nach Coburgisch-englischer Art[32]) brachten Friedrich Wilhelm des volkstümlichen Kräften des damaligen Deutschland in manchem näher als seinen Vater. Er erkannte, daß neben den deutschen Fürsten jetzt auch das deutsche Nationalbewußtsein eine Macht darstellte. Aber er wurde durch seine Stellung daran gehindert, diese Auffassung zu betonen[33]). Auch sonst lagen zwischen der Welt des preußischen Thronerben und den Kreisen der deutschen Einheitsbewegung der Verschiedenheiten immer noch genug. Als man dem Kronprinzen im Sommer 1861 das Präsidium des Berliner Jahnfestes antrug, fürchtete er „unausbleibliche Verlegenheiten", wie „tendenziöse patriotische Exaltationen à la Vincke, deutsche Fahnen usw.", und war froh, durch eine englische Reise der Übernahme des Präsidium enthoben zu sein[34]). So wird man in bezug auf die nationale Bewegung den Einfluß Dunckers auf den Prinzen nicht überschätzen dürfen[35]). Für eine Fühlungnahme zwischen dem preußischen Thronfolger und dem Nationalverein liegt nur ein einziges, politisch bedeu-

[28]) Heyderhoff-Wentzke I, S. 62.
[29]) Duncker an Auerswald, 5. März, 15. April, 21. April, 5. Mai 1861 (sämtlich Nachlaß Auerswald); vgl. Haym a. a. O. S. 234—237; Dunckerbriefe S. XX f., 271 f., 279, 281. Über Dunckers Pressetätigkeit s. unten S. 121 ff.
[30]) Friedrich von Baden I, S. 263; Kaiser Friedrich Tgb. S. XXIII, 84, 93; Haym a. a. O. S. 237.
[31]) Bernhardi III, S. 300.
[32]) Kaiser Friedrich Tgb. S. XV f.
[33]) Bernhardi IV, S. 121.
[34]) Dunckerbriefe S. 288; vgl. Exkurs.
[35]) Dunckerbriefe S. XXI ff.

tungsloses Dokument vor[36]). Die wohlwollenden Notizen über den Nationalverein, die Friedrich Wilhelm gelegentlich seinem Tagebuch anvertraute[37]), waren kaum von Gewicht, da die Anschauungen des vorsichtig zwischen den Extremen lavierenden Kronprinzen[38]) selbst dann, wenn sie geltend gemacht wurden, auf die deutsche Politik der Neuen Ära ohne bestimmenden Einfluß blieben. —

Nachdem das Kompromiß einer feierlichen Krönung die Kluft zwischen dem Monarchen und dem Ministerium Anfang Juli überbrückt und die Entscheidung über die Geschicke der Neuen Ära noch einmal vertagt hatte, begab sich König Wilhelm nach Baden-Baden. Dort erfolgte am 14. Juli das mißglückte Attentat Oskar Beckers auf den Monarchen mit der Begründung, daß der König „nicht genug für Deutschlands Einheit" tue[39]). Abermals hielten die bewegungsfeindlichen Kreise den Moment für gekommen, Wilhelm zur grundsätzlichen Änderung seiner Politik zu drängen. Neben anderen[40]) kam der hessische Minister Dalwigk im Auftrage seines Großherzogs angereist, beglückwünschte den König zum Mißlingen des Attentats und wies darauf hin[41]), solche Attentate seien „der Ausfluß einer revolutionären Stimmung im allgemeinen, die ihren Ausdruck in der Presse und in Vereinen finde". Der König erwiderte auf diese Kritik an seiner Duldung des Nationalvereins nachdrücklich, „es sei viel besser, berechtigten Forderungen des Volkes zu entsprechen, als durch Repressionsmaßregeln, namentlich gegen Vereine, die öffentliche Stimmung nur noch mehr zu reizen". Dalwigk meinte, „beständige Nachgiebigkeit führe zu nichts". Wilhelm hielt ihm das Argument entgegen, das die preußischen Minister und Diplomaten schon oft genug für eine Duldung des Nationalvereins ins Feld geführt hatten, nämlich: „In Preußen beachte man den Nationalverein gar nicht. Was bedeuteten 2000 Mitglieder desselben unter 17 Millionen Seelen?[42]) Wenn man verfolge, so mache man nur Märtyrer und gewähre dem verfolgten Vereine eine sich steigernde gefährliche Bedeutung." Im weiteren Verlauf der Unterredung, als Dalwigk sein Mißtrauen gegen die preußische Politik nicht verbarg, wurde der König schließlich heftig; er verwies auf die Erklärungen, die er ein Jahr zuvor in Baden-Baden über den Nationalver-

---

[36]) Poschinger, Kaiser Friedrich, I, S. 385.
[37]) Kaiser Friedrich Tgb. S. 88; s. auch unten S. 142.
[38]) Kaiser Friedrich Tgb. S. XXII.
[39]) Stern VIII, S. 460.
[40]) Dunckerbriefe S. 297.
[41]) Dalwigk a. a. O. S. 39 ff.
[42]) Die Zahl der preuß. Nationalvereinsmitglieder war zu niedrig gegriffen. Sie betrug im Juli 1861 über 7000 (Wochenschr. S. 578).

ein abgegeben habe, und beklagte sich über das Mißtrauen, das man ihm trotzdem immer noch entgegenbringe. Dalwigks Verdächtigung des Nationalvereins erzürnte den König so sehr, daß er hinterher „noch ganz aufgeregt" dem ebenfalls in Baden anwesenden Bismarck davon erzählte [43]). Der Versuch, anläßlich des Attentats den preußischen König für die hessische Auffassung von der am Bundestage noch schwebenden Frage der Gesetzlichkeit des Nationalvereins zu gewinnen, war völlig gescheitert. Wilhelm hat dem hessischen Minister diese Baden-Badener Unterredung vom Juli 1861 nie verziehen und sie auch später noch als eine persönliche Beleidigung empfunden [44]).

Die bisher geübte Verteidigung der Einheitsbewegung gegen mittelstaatliche Angriffe aufzugeben, dazu ließ die objektive Natur und der gerechte Sinn des Königs sich durch das Beckersche Attentat und seine Ausbeutung im mittelstaatlichen, reaktionären und ultramontanen Lager [45]) nicht bewegen. Der König ließ sich andererseits aber durch das Attentat auch nicht einschüchtern; er dachte nicht daran, aus Furcht vor etwaigen künftigen Mordversuchen in der deutschen Frage anders oder rascher zu handeln als bisher [46]). So blieb das Badener Attentat in positivem wie in negativem Sinne ohne entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik König Wilhelms und auf seine Haltung zur Einheitsbewegung [47]).

Aber die lediglich defensive Haltung Preußens gegen mittelstaatliche Angriffe auf die Bewegung, wie sie der König soeben wiederum eingenommen hatte, war auf die Dauer immer weniger geeignet, den Forderungen des Nationalvereins Genüge zu tun. Je länger Preußen zögerte, eine offensive und aktive deutsche Politik im Sinne des Nationalvereins zu treiben, desto mehr geriet der Nationalverein in Gegensatz zu der derzeitigen preußischen Regierung; das sinkende Ansehen der Neuen Ära ließ ihn immer stärker betonen, daß er nicht von den augenblicklich amtierenden Berliner Ministern die Inangriffnahme der deutschen Frage erwarte, sondern daß nur die Macht des preußischen Staates an sich und seine auf die Dauer nicht zu lähmenden Lebensnotwendigkeiten das Programm der preußischen Spitze rechtfertigten [48]).

---

[43]) Dalwigk a. a. O. S. 41.
[44]) Dalwigk a. a. O. S. 263, 266.
[45]) Wochenschr. S. 568; Kaiser Friedr. Tgb. S. 102 f.; Bernstein a. a. O. III, S. 203; Gesch. der Frankfurter Zeitung, S. 55.
[46]) Marcks a. a. O. S. 166.
[47]) Sybel II, S. 393.
[48]) Vgl. insbesondere die enttäuschten und ungeduldigen Artikel in der Wochenschrift: „Preußens Zurückhaltung" (S. 410 f.), „Preußen und der Nationalgeist" (S. 495 f.), „Preußische Zustände (S. 520 ff.); vgl. H. Blum, Vorkämpfer der deutschen Einheit, S. 250.

Als im August die zweite Generalversammlung des Vereins in Heidelberg stattfand, wurde die Verstimmung gegen das preußische Regiment deutlich genug laut [49]). Wußte doch die Schwäche Schwerins nicht einmal der vom Ministerium geübten Schonung des Nationalvereins bei den Vollzugsorganen in der Provinz überall Geltung zu verschaffen [50]).

Die Spannung zwischen der Neuen Ära und der nationalen Bewegung war im Laufe des Jahres 1861 zusehends gewachsen. Lediglich in zwei Einzelfragen schien sich zeitweise die Verständigung zwischen Preußen und der Einheitsbewegung anzubahnen, die in der eigentlichen deutschen Verfassungsfrage ausblieb: im Pressewesen und in der Flottenfrage.

Max Duncker war während seiner zweijährigen Tätigkeit als Direktor des Zentralpreßbüros im Rahmen seiner überaus vielseitigen Aufgaben [51]) vor allem bestrebt, im außerpreußischen Deutschland eine preußenfreundliche Presse zu schaffen. Dank seiner Vermittlung wurde das Gebiet der außerpreußischen Presse das Feld, auf dem Preußen nicht nur im Sinne der Einheitsbewegung, sondern auch wirklich praktisch mit dem Nationalverein zusammenarbeitete. Schon Ende Oktober 1859 brachte er die Unterstützung der als Fortsetzung der „Bayrischen Wochenschrift" in München erscheinenden „Süddeutschen Zeitung" durch das preußische Preßbüro zustande [52]). Die finanzielle Beihilfe Preußens für das Unternehmen, das von Karl Brater, also einem Ausschußmitglied des Nationalvereins, geleitet wurde, war beträchtlich. Durch Karl Mathy als Mittelsmann verpflichtete sich das preußische Preßbüro, 35000 Gulden, nahezu 80% des erforderlichen Kapitals,

---

[49]) Mommsen, Miquel I, S. 206.

[50]) So ließ der konservative Königsberger Polizeipräsident Maurach im Mai 1861 eine gesellige Zusammenkunft der Königsberger Nationalvereinsmitglieder polizeilich auflösen mit der Begründung, daß von ihrer Abhaltung keine vorherige Anzeige beim Polizeipräsidium erstattet worden sei. Da eine solche bei bloßen geselligen Veranstaltungen jedoch überhaupt nicht erforderlich war, legte man Beschwerde beim Regierungspräsidenten ein. Der Polizeipräsident aber reichte sogar gegen die Königsberger geschäftsführenden Mitglieder des Vereins Klage beim Staatsanwalt ein, weil die nach § 2 des preußischen Vereinsgesetzes erforderliche Vorlegung der Vereinsstatuten und des Mitgliederverzeichnisses bei der Ortspolizeibehörde nicht erfolgt sei. Die Klage entbehrte jedoch, wie man seitens des Nationalvereins geltend machte, des Rechtsgrundes, da sich der betreffende Paragraph nur auf Vereine bezog, die in einem preußischen Ort ihren gesetzlichen Sitz hatten, und deshalb auf den Nationalverein, der ja sein Domizil in Koburg aufgeschlagen hatte, nicht zutraf. Als die Königsberger Nationalvereinsmitglieder freigesprochen waren und ein Rekurs abschlägig beschieden wurde, legte die Staatsanwaltschaft sogar Berufung beim Justizministerium ein, über deren Erfolg jedoch nichts bekannt ist (Wochenschr. S. 456, 471 f., 548, 564, 637).

zur Gründung der Zeitung beizutragen [53]). In einem dem Vertragsentwurf beigefügten Programm [53]) mußte die Redaktion der Zeitung dafür versprechen, „der Politik des Nordens, speziell Preußens, im Süden eine nachdrückliche und gerechte Vertretung zu schaffen" und „die patriotischen Bestrebungen" der preußischen Regierung zu unterstützen. Der vierte Punkt des Gründungsprogramms, in dem man unschwer die Anschauungen der preußischen Minister und des Prinzregenten erkennt [54]), gibt darüber Aufschluß, wie die Regierung diese Bestrebungen verstanden wissen wollte. Die Gründung einer großen Zeitung in Süddeutschland mit dem deutschen Programm der Neuen Ära bedeutete einen erheblichen Fortschritt auf der Bahn der moralischen Eroberungen. Die Berliner Regierung suchte in vorsichtiger Abschätzung des gegenwärtig Erreichbaren zunächst einmal die süddeutsche Öffentlichkeit, deren Beeinflussung dem Nationalverein selbst ja nur in geringem Maße gelang, der österreichfreundlichen Bearbeitung durch die Augsburger Allgemeine Zeitung zu entziehen.

Die „Süddeutsche Zeitung" war nicht das einzige Nationalvereinsblatt, das von Duncker insgeheim moralische und materielle Unterstützung empfing. Lammers erhielt als Redakteur der „Weserzeitung" durch Dunckers Mitarbeiter Rößler und Wehrenpfennig offiziöse Be-

---

Maurachs Vorgehen fand übrigens Nachahmung durch entsprechende Maßnahmen des Bürgermeisters in dem benachbarten Insterburg, die jedoch gleichfalls erfolglos blieben (Wochenschr. S. 563).

[51]) In den nordischen Staaten suchte er die antidänische (Dunckerbriefe S. 245 f., 256, 277), in der Schweiz die antinapoleonische Presse (Aufzeichnung Dunckers vom 16. Febr. 1860, Nachlaß Auerswald; Haym a. a. O. S. 206) zu stärken. In Preußen selbst galt seine Fürsorge in erster Linie der ministeriellen „Preußischen Zeitung", die aus einem rein gouvernementalen Organ in ein selbständigeres Blatt umgewandelt werden sollte und deren Redaktion man Karl Biedermann vergeblich anbot (Dunckerbriefe S. 176 f., 180, 209, 253; Biedermann, Mein Leben II, S. 197—200).

[52]) Schultze, Eine preußische Zeitungsgründung in München (Deutsche Rundschau 192, S. 25 ff.): Raumer, Eine preußische Zeitungsgründung in München (Deutsche Rundschau 203, S. 150 ff.); Haym a. a. O.

[53]) Raumer a. a. O. S. 157 f. Gustav Freytag, Karl Mathy und Treitschke, Karl Mathy enthalten nichts über diese Dinge.

[54]) „Die ‚S.Z.' wird, was die Frage der Bundesreform betrifft, davon ausgehen, daß die Erklärung des preußischen Ministeriums vom 12. September d. J. auf die Stettiner Adresse den Anforderungen der gegenwärtigen Lage entspricht, ... daß eine direkte Wiederaufnahme der deutschen Verfassungsfrage nur dann einige Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn Preußen ein ganz anderes unbestrittenes Ansehen und Vertrauen im Süden erlangt hat als dies heute der Fall ist ..." (Raumer a. a. O.)

richte über die preußische Politik [55]). Nach allen Seiten wurden von Berlin aus die Fäden gesponnen. Dem Projekt Beselers, die Gervinussche „Deutsche Zeitung" wieder aufleben zu lassen, lieh das Preßbüro willig seine Unterstützung; als der Plan fehlschlug [56]), entschloß sich die Regierung, eine von einer Handelsgesellschaft gestiftete Summe für die Gründung einer zweiten großen preußenfreundlichen Zeitung in Süddeutschland anzulegen. Als Hauptschriftleiter suchte der Minister Auerswald selbst den journalistisch hochangesehenen Gothaer Karl Biedermann zu gewinnen; als dieser ablehnte, übertrug man die Leitung des neuen Blattes, das als „Die Zeit" seit Frühjahr 1861 in Frankfurt erschien [57]), dem Nationalvereinsmitglied Lammers. Neben der Gründung der „Zeit" und der „Süddeutschen Zeitung" erstreckte sich die Einwirkung des Dunckerschen Büros auf eine Anzahl kleinerer Blätter, wie z. B. auf das Organ der kurhessischen Opposition, Ötkers „Hessische Morgenpost" [58]).

Dunckers Pressetätigkeit, großenteils in enger Fühlungnahme mit Auerswald und Fürst Hohenzollern betrieben und von Usedom mit lebhaftem Interesse begleitet [59]), wurde jedoch gehemmt und vielfach durchkreuzt durch entgegenwirkende Tendenzen des Außenministeriums [60]). Da keineswegs das ganze Berliner Kabinett mit voller Energie hinter der Dunckerschen Preßpolitik stand und da infolgedessen die finanziellen Hilfsmittel nicht in der erforderlichen Höhe flüssig gemacht wurden, so waren die Unternehmungen des Preßbüros letzten Endes zum Mißlingen verurteilt. Die preußischen Zahlungen für die „Süddeutsche Zeitung" flossen bald — zumal nach Dunckers Rücktritt von der Leitung der Berliner Pressestelle — unregelmäßig [61]), so daß sie sich, obwohl der Nationalverein in die Bresche sprang und im Juni 1861 durch Übernahme von zehn Aktien zu je 120 Talern ebenfalls finanzielle Beihilfe leistete [62]), schließlich in München nicht mehr halten konnte und 1862 mit der Frankfurter „Zeit" zusammengelegt werden mußte [61]). Die preußische Inititiative war also auch im Pressewesen

[55]) Emminghaus S. 86 f.

[56]) Dunckerbriefe S. 174 f., 189 f., 219 f., 223 f.

[57]) Biedermann, Mein Leben II, S. 192—197; Emminghaus S. 95 f., 101 f.; Dunckerbriefe S. 211 f., 244, 253, 256; A.D.B. Bd. 51, S. 536 (Lammers); Oncken, Bennigsen I, S. 407; Schwemer, Frankfurt III, 2, S. 132; Mayer, J. B. v. Schweitzer, S. 50 f., 59.

[58]) Dunckerbriefe S. 250 f.

[59]) Dunckerbriefe S. 177 f.

[60]) Dunckerbriefe S. 160, 162 u. a.; vgl. oben S. 36 u. Anlage 8.

[61]) Schultze a. a. O. S. 26 f.; über die Finanzierung und die ständige Finanznot der Zentralpressestelle macht Behrend, Theodor Fontane und die „Neue Ära" (Archiv f. Pol. u. Gesch. III, S. 478, Anm. 1) einige auf Akten beruhende Angaben.

[62]) Oncken, Bennigsen I, S. 456, Anm. 2.

binnen kurzem erlahmt. Aber davon abgesehen mußte die Tätigkeit des Berliner Preßbüros schon deshalb ohne nennenswerten Erfolg bleiben, weil eine preußenfreundliche Preßpropaganda auf die Dauer nur dann schlagkräftig betrieben werden konnte, wenn in Berlin eine aktive, zugreifende Politik geführt wurde. Ihr Mangel war die tiefste Ursache für das Scheitern der Dunckerschen Bestrebungen, durch geschickt angelegte preußische Gelder im Verein mit publizistischen Kräften und materiellen Mitteln des Nationalvereins die öffentliche Meinung Deutschlands zu gewinnen. —

In der Flottenfrage wiederholte sich, wenn auch äußerlicher und lockerer, vorübergehend die im Pressewesen erfolgte Annäherung zwischen Preußen und der Einheitsbewegung. Im Sommer 1858 — noch während der Stellvertretung — hatte der Prinz von Preußen dem Staatsministerium eröffnet, daß er „aus politischen und militairischen Rücksichten" eine beschleunigte Entwicklung der preußischen Marine für nötig halte [63]). Auch die Einheitsbewegung hatte sich mit der wachsenden Zuspitzung der schleswig-holsteinischen Frage seit dem Sommer 1860 dem Gedanken einer deutschen Flotte wieder zugewandt [64]). Die öffentliche Meinung stand allerdings dem Problem und insbesondere der Frage „deutsche Flotte oder preußische Flotte?" anfangs noch recht zwiespältig gegenüber [65]). Wie die Verstärkung der preußischen Landrüstung, so war auch die Schaffung einer preußischen Kriegsflotte eine Angelegenheit, deren Unterstützung man im Nationalverein von einer vorherigen preußischen Initiative in der deutschen Frage abhängig machen wollte. Inzwischen traf jedoch die Berliner Regierung ihrerseits Anstalten, die wachsende Anteilnahme der Nation an dem Ausbau des deutschen Küstenschutzes anzufachen und für die eigenen Flottenpläne nutzbar zu machen. Da die Möglichkeit, daß aus der geplanten Bundesexekution in Holstein sich ein Krieg mit Dänemark entwickeln werde, nicht von der Hand zu weisen war, wurde in Berlin, wie Bennigsen von Francke erfuhr [66]), im März 1861 gewünscht, „daß der Nationalverein zu einer großen Flottenbewegung, zum Beispiel auch durch Einsammlung von Geldbeiträgen, sich bestimmen lasse". Ähnlich lautete im April eine Mitteilung Droysens, wonach der preußische König leicht

---

[63]) Kabinettsordre vom 28. Juni 1858 (Abschrift Pr.G.St.A. XIV).

[64]) Vgl. die Debatten im Preuß. Abgeordnetenhaus am 16. Mai 1860 (Sten.Ber.Abg.H. 1860, II, S. 1157 ff.).

[65]) Wochenschrift S. 21, 27, 56; Verh. d. 1. Gen.Vers. S. 55; Dunckerbriefe S. 210 f., 275; Emminghaus, S. 91; Harkort, Die Preußische Marine und die Deutsche Flotte, Berlin 1861.

[66]) Oncken, Bennigsen I, S. 503.

für die Schaffung einer Flotte zu interessieren sei[67]); aber Droysen warnte im Gegensatz zu Francke davor[67]), „die Sache nicht zu viel durch große Versammlungen, den Nationalverein usw. zu früh zu betreiben, teils damit sie nicht in ein verkehrtes Geleis komme, teils um den Gegnern nicht Gelegenheit zu geben, den König mißtrauisch zu machen".

Wenngleich also der Monarch die Unterstützung der deutschen Nationalpartei für den preußischen Flottenbau nicht in Form einer lauten öffentlichen Agitation betrieben wissen wollte, so war ihm doch die Begeisterung des Volkes für die Seerüstung zu erwünscht, als daß er sie zurückgewiesen hätte. So kam die Angelegenheit in Berlin im Frühjahr 1861 in Fluß. Die alte Admiralität wurde am 16. April aufgelöst und an ihrer Stelle ein Marineministerium gebildet, das dem Kriegsminister Roon nebenamtlich übertragen wurde[68]). Roon trat der Flottenfrage gleich mit der ihm eigenen Initiative und Tatkraft näher[69]). Eine Denkschrift Dunckers, wonach Preußen „nach Analogie des Zollvereins auf die Gründung eines Flottenvereins bedacht sein müsse", fand seine volle Billigung[70]). Obwohl Roon seiner ganzen Natur nach ein Gegner aller Volksbewegungen war, verkündete er am 27. Mai im Abgeordnetenhaus[71]), daß die Regierung von den Bestrebungen, „welche in den Hansestädten und sonst in Deutschland lebendig geworden sind, auf die Vermehrung der maritimen Streitkräfte Deutschlands hinzuwirken, ... mit großer Genugthuung Kenntniß genommen" habe. In den Kreisen des Nationalvereins erkannte man dies Entgegenkommen zunächst nur teilweise an[72]); Bennigsen blieb skeptisch[72]), und der im Mai zusammentretende Vereinsausschuß konnte sich noch nicht zum offiziellen Eingreifen in die Flottenfrage entschließen[73]). Erst als von anderer Seite für die Flotte gesammelt wurde und Preußen die eingehenden Beträge annahm[74]) wurde von allen Seiten so sehr auf Sammlungen des Nationalvereins gedrängt[75]), daß auch der Ver-

---

[67]) Oncken, Bennigsen I, S. 506; Emminghaus a. a. O. S. 98 f.

[68]) Koch, Geschichte der deutschen Marine, 2. Aufl., S. 36; Roon, Denkwürdigkeiten III, S. 312 f.

[69]) Oncken, Bennigsen I, S. 511.

[70]) Haym a. a. O. S. 243; Oncken, Bennigsen I, S. 503; Dunckerbriefe S. 289.

[71]) Sten.Ber.Abg.H. 1861, III, S. 1391; ebenso zustimmend Bismarck (Ges.-W. III, S. 293).

[72]) Oncken, Bennigsen I, S. 508, 511.

[73]) Oncken, Bennigsen I, S. 536.

[74]) Das Staatsarchiv, hrsg. von Ägidi-Klauhold, I, Nr. 121; Bernhardi IV, S. 125.

[75]) Wochenschrift S. 496; Oncken a. a. O.

einsausschuß seine bisherige Zurückhaltung aufgeben mußte. Die Heidelberger Generalversammlung beschloß am 24. August, Beiträge für die preußische Flotte zu sammeln [76]). Wie in der Preßpolitik, so reichten sich also auch in der Flottenfrage die Neue Ära und der Nationalverein die Hand, um unter Zurückstellung der Bundesreform eine praktische Frage schon jetzt in Angriff zu nehmen. Über die Verhandlungen, die deswegen von seiten des Nationalvereins mit dem preußischen Marineministerium offenbar durch Unruh geführt wurden, konnte dieser im September „ganz günstigen Bescheid" geben [77]). Bis Ende 1861 lieferte der Nationalverein 140 000 Gulden — die Baukosten eines Kanonenbootes — an das preußische Marineministerium ab [78]).

Aber die soeben geknüpften Beziehungen sollten sich bald wieder lösen. Denn während die nationalen Kreise sich vielfach der Hoffnung [79]) und mittelstaatliche Politiker der Befürchtung [80]) hingaben, daß die Annahme der Flottensammlungen gleichzeitig die Annahme der Führerschaft in Deutschland bedeute, sah Preußen in der Entgegennahme der Flottengelder nur die Verpflichtung, für den deutschen Küstenschutz tätig zu sein. Allen Spendern, die sich genannt hatten, würde zwar ein Gedenkblatt überreicht [79]), und dem Nationalverein wurden seine monatlichen Zahlungen mit dem stereotypen Satz quittiert, „daß dieser patriotische Beitrag seiner Zeit die bestimmungsmäßige Verwendung finden soll" [82]), aber damit erschöpfte sich der Dank, den

---

[76]) Wochenschrift S. 579 ff.; Oncken, Bennigsen I, S. 535 ff.

[77]) Oncken, Bennigsen I, S. 538.

[78]) Wochenschrift S. 724; die Summe entspricht 80 000 Talern, wohl daher sind irrtümlich bei Oncken a. a. O. nur 80 000 Gulden angegeben. Vgl. Koch, Die Sammlungen für die deutsche Flotte (Marine-Rundschau, 7. Jg. (1896), S. 137—148).

[79]) Koch a. a. O.

[80]) Vgl. Dalwigks Äußerung zu Gortschakoff im Oktober 1864: „Der konservative Minister von Roon habe noch vor zwei Jahren von dem Nationalverein ein Geschenk von 200 000 Reichstalern für die preußische Flotte angenommen, sich also diesem revolutionären Verein gegenüber verpflichtet" (Dalwigk S. 148).

[82]) Wochenschr. S. 612, 676, 692, 716; einen etwas wärmeren Ton verriet lediglich die letzte Empfangsbestätigung vom 7. Jan. 1862 (ebenda S. 748). Die erste Quittung war übrigens ohne jede Erwähnung des Nationalvereins nur auf den Namen des Geschäftsführers Streit ausgestellt, so daß dieser bei der zweiten Sendung darauf hinwies, er habe nicht als Privatmann, sondern als Geschäftsführer des Nationalvereins die Beiträge eingesandt. Das Ministerium trug dem in den späteren Empfangsbescheinigungen Rechnung, bemerkte aber, daß „bei der Erteilung von Quittungen über eingehende Flottenbeiträge im Allgemeinen ein Gewicht darauf nicht gelegt worden ist, aus welchen Vereinen oder Sammlungen dieselben hervorgegangen sind" (Ebenda S. 636).

Preußen der Einheitsbewegung für ihre Unterstützung abstattete. Die Konzentration der Regierung auf die Reorganisation des Landheeres und die dadurch bedingte Inanspruchnahme der Staatsfinanzen erlaubten zudem nur eine beschränkte Förderung des preußischen Flottenbaues. Daher verliefen die von Bremen angeknüpften Verhandlungen über den Küstenschutz im Dezember 1861 ergebnislos [83]), so daß der Ausschuß des Nationalvereins, obwohl König Wilhelms Thronrede im Januar 1862 noch einige wohlwollende Worte für das „erfreuliche Streben" in der Öffentlichkeit und die „patriotischen Beiträge" zum Flottenbau gefunden hatte [84]), am 4. März beschloß, die Ablieferung der Flottengelder einzustellen [85]). So riß schon kurz vor dem Ende der Neuen Ära auch dieser Verbindungsfaden zwischen Preußen und der Einheitsbewegung ab. Ohne sichtbaren Erfolg ist die Verbindung gleichwohl nicht geblieben: Der späterhin gebaute Panzerkreuzer „Arminius" wurde im wesentlichen aus den Beträgen erstellt, die durch die Sammlungen nationaler Kreise eingekommen waren [86]).

---

[83]) Oncken, Bennigsen I, S. 512; Duckwitz, Denkwürdigkeiten. S. 127 f.; Koch, Vorstadien der Reichsmarine (Marine-Rundschau 1896).
[84]) Sten.Ber.Abg.H. 1862, I, S. 2.
[85]) Oncken, Bennigsen I, S. 557; Mommsen, Miquel I, S. 216.
[86]) Koch, Die Sammlungen für die deutsche Flotte, a. a. O.

Kapitel VI.

Bernstorffs Unionsversuche, ihr Scheitern und das Ende der Neuen Ära.

Im Herbst 1861 schien ein Wechsel im preußischen Außenministerium den Hoffnungen der Nationalpartei auf die Neue Ära in später Stunde doch noch Erfüllung zu verheißen. Das Ergebnis der wachsenden Reformbewegung war bei König Wilhelm doch der Eindruck gewesen, daß Preußen die bisherige Zurückhaltung in der deutschen Frage aufgeben müsse[1]); in Baden-Baden hatten Bismarck und Roggenbach, seit Mai badischer Außenminister, jeder in seinem Sinne ebenso dahin gedrängt[2]). So war am 31. Juli an Stelle des amtsmüden Schleinitz, dessen biegsame Natur die inneren Krisen und die außenpolitischen Probleme nicht zu meistern vermocht hatte, der Londoner Gesandte Graf Bernstorff zunächst provisorisch zum Außenminister ernannt worden[3]). Sein Eintritt in die Regierung bedeutete zwar eine weitere Verstärkung des konservativen Flügels im Kabinett; auf der anderen Seite aber wies gerade ihn seine Teilnahme an der preußischen Union auf die Bahn einer aktiven deutschen Politik[4]). Der Schleinitzsche Weg der „unbedingten Konciliation gegenüber Wien und Würzburg", wie Usedom die von ihm bekämpfte österreichisch orientierte deutsche Politik des Ministerium gelegentlich genannt hatte[5]), war für die härtere Natur Bernstorffs ungangbar.

Die energischere Hand des neuen Ministers machte sich sofort bemerkbar, als er im September 1861 mit König Wilhelm in Ostende zusammentraf. Dort hatten der Großherzog von Baden und Roggenbach schon seit Ende August den preußischen Herrscher im Sinne eines

---

[1]) Sybel a. a. O. II, S. 393.
[2]) Friedrich von Baden, Biographische Einleitung, S. 37; Oncken, Die Baden-Badener Denkschrift Bismarcks, H.Z. 145, S. 106 ff.
[3]) Ringhoffer a. a. O. S. 420.
[4]) Vgl. Meineckes Besprechung des Ringhofferschen Buches in Gött.Gel.Anz. 1907, S. 579 ff.
[5]) Usedom an Schleinitz, 2. Juni 1861 (Pr.G.St.A. VIII).

entschiedenen Vorgehens in der deutschen Frage bearbeitet[6]). Das badische Programm, beruhend auf einem Entwurf Roggenbachs aus dem September 1859[7]), sah die Schaffung eines Bundesstaats vor, der durch freie Vereinbarungen Preußens mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten zustande kommen, unter preußischer Führung stehen und den Ausschluß Österreichs dem Kaiserstaat durch eine völkerrechtliche Garantie seines gesamten Länderbesitzes tragbar machen sollte. König Wilhelm und Auerswald zeigten sich in Ostende solchen Vorschlägen gegenüber ganz bereitwillig[8]). Auch Bernstorff war geneigt, auf das badische Programm einzugehen. Hatte er doch vor kurzem selbst ein Projekt ausgearbeitet, das ein deutsches Parlament vorsah[9]). So schien Preußens deutsche Politik, gedrängt und angeregt durch die seit Jahresfrist von Baden ausgehenden Bemühungen, jetzt endlich die von der Einheitsbewegung ersehnte Richtung einzuschlagen. Nach der bevorstehenden Krönung des Königs sollte die preußisch-badische Aktion durch eine badische Zirkulardepesche eingeleitet werden, in deren Beantwortung Preußen dann mit einer öffentlichen Kundgebung über die Notwendigkeit einer Bundesreform das Werk beginnen sollte.

Ende September bezeichnete Bernstorff dem König in einer von den Ostender Beratungen zweifellos schon beeinflußten Denkschrift[10]) die Ziele seiner deutschen Politik: militärische Führung der deutschen Kontingente durch Preußen, gemeinsame diplomatische Vertretung im Ausland, Beiträge der deutschen Einzelstaaten zur preußischen Marine und eventuell ein gemeinschaftliches deutsches Delegiertenparlament in Berlin. All diese Programmpunkte kamen den Forderungen der nationalen Bewegung so weit entgegen, daß man gemeint hat: „Wenn Worte Taten wären, hätte ein Zusammenwirken des Nationalvereins und des Ministeriums Bernstorffs vor der Tür gestanden."[11]) In der Tat konnte die badisch-preußische Aktion, die eine „mächtige Resonanz unter den Besten des Volkes und in der Bewegung der Masse auszulösen bestimmt war"[12]), im Gegensatz zu den elementaren Kräften der nationalen Bewegung nicht betrieben werden. Die Empfindung dafür hat auch dem konservativen Bernstorff nicht ganz gefehlt. So verschloß er

---

[6]) Friedrich von Baden, I, S. 274 ff.
[7]) Friedrich von Baden, I, S. 116—153.
[8]) Friedrich von Baden, I, S. 277.
[9]) Friedrich von Baden, I, S. 279. Es ist vermutlich dasselbe Programm, mit dessen Ausarbeitung Bernstorff vom König noch als Londoner Gesandter beauftragt worden war; vgl. Ringhoffer S. 415; Oncken, Bennigsen I, S. 539.
[10]) Ringhoffer S. 424 f.; Friedrich von Baden, I, S. 279, Anm. 3.
[11]) Oncken, Bennigsen, I, S. 540.
[12]) Friedrich von Baden, Biogr. Einl. S. 37.

sich anfangs nicht der Erwägung, bei der Durchführung seiner deutschen Politik die Mitwirkung der Einheitsbewegung in Anspruch zu nehmen. Freilich war der Weg, den der soeben aus England Zurückgekehrte zu diesem Zwecke einschlug, kaum der geeignete. Als Mittelsmann diente ihm ein alter Achtundvierziger, der im damaligen politischen Deutschland ein Außenseiter war und der durch die Art seines Auftretens die Verständigung zwischen Preußen und dem Nationalverein zweifellos nicht gefördert hat. Rudolph Schramm, ein liberaler Rheinländer, hatte durch eine 1855 veröffentlichte Schrift „Der Norddeutsche Staat" das Auge Bernstorffs auf sich gelenkt[13]). Als der Minister ihm jetzt die Umrisse des preußischen Reformplanes mitteilte, damit er in „zuverlässigen patriotischen Kreisen" Freunde dafür werbe, eilte er nach Gotha, um Bennigsen und dem gerade dort versammelten Ausschuß des Nationalvereins Mitteilung von Bernstorffs Plänen zu machen[14]). Allein Bennigsen stand dem „gefährlichen Schwätzer und Projektemacher" Schramm skeptisch gegenüber und schenkte seinen Mitteilungen erst Glauben, als sie ihm der Herzog von Coburg bestätigte[14]). Bennigsens Erklärung, daß der Nationalverein auch einen Anfang der Ausführung seines Programms mit Freuden begrüßen werde[15]), war zunächst das einzige Ergebnis der von Schramm eingeleiteten Beziehungen.

Nach dieser ersten Information setzte Schramm seine Vermittlungsversuche in den folgenden Wochen mit wenig Geschick fort[16]). Wiederholt sprach er mit Bernstorff, der ihm jedesmal versicherte, der König halte entschlossener als je an dem Reformplan fest. Schramm machte — zweifellos ohne Autorisierung von seiten des Nationalvereins — dem Minister sogar den reichlich plumpen Vorschlag, „der Bestrebung und Tätigkeit des Nationalvereins die offizielle Sanktion der preußischen Regierung zu verleihen"; das führe zwar, so meinte er, „zu einer Art von Bruch mit Österreich und seinen Klienten im deutschen Bunde", sei aber unerläßlich. Daß der Vorschlag eine entschiedene Ablehnung durch Bernstorff erfuhr, ist nicht verwunderlich. Denn ganz abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken seitens des Monarchen würde man schon aus taktischen Erwägungen, die die unmittelbare Provokation eines direkten Bruchs mit Österreich und den Würzburgern

---

[13]) Gedenkblatt an Rudolph Schramm, Mailand 1883 (als Manuskript gedruckt), Anhang.

[14]) Gedenkblatt an Rudolph Schramm; A.D.B. Bd. 32, S. 448 (Rudolph Schramm): Oncken, Bennigsen I, S. 540ff.

[15]) In einer Braunschweiger Versammlung vom Nov. 1861 (Wochenschrift S. 692; vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 542 ff.).

[16]) Oncken, Bennigsen I, S. 541.

nicht ratsam erscheinen ließen, für eine Unterstützung des Nationalvereins kaum das Mittel einer „offiziellen Sanktion" gewählt haben, sondern allenfalls den von Cavour beschrittenen Weg geheimer Subventionen und verschleierter Zusammenarbeit. Daß Bernstorff — wie Schramm behauptet — in eben derselben Unterredung sich bereit erklärt haben soll, Bennigsen zu empfangen, muß bei der Unzuverlässigkeit jenes Gewährsmannes bezweifelt werden[17]). Schramm will zwar dem Präsidenten des Nationalvereins Bernstorffs Zusage übermittelt haben; daß Bennigsen von der angeblich erteilten Erlaubnis keinen Gebrauch gemacht hat[18]), läßt jedoch die Angabe fragwürdig erscheinen.

Überhaupt wird man die Bedeutung der von Bernstorff gesuchten Fühlungnahme nicht überschätzen dürfen. Auch noch während Bernstorffs Amtszeit war es der König selbst, der die preußische Außenpolitik maßgebend bestimmte. Und wie sehr für die Auffassung König Wilhelms das soeben angenommene Bernstorffsche Programm von dem des Nationalvereins abwich, wie unbedingt der Träger der Krone selbst auch jetzt noch an seiner früheren Haltung zum Nationalverein festhielt, darüber geben die Äußerungen des Monarchen zu Napoleon in Compiègne genugsam Aufschluß[19]). König Wilhelm hielt den Nationalverein nicht für gefährlich, solange man ihn nicht wie im Großherzogtum Hessen zum Märtyrertum erhob; solange der Nationalverein „nur schreibe und spreche", könne man ihn gewähren lassen. Sollte der Verein aber zu „revolutionären faits" übergehen, dann wollte auch er ihm scharf entgegentreten. Als Napoleon ihm entgegenhielt, Preußen könne sich doch über den Nationalverein nicht beklagen, erwiderte Wilhelm mit der ganzen, auch hier auf taktische Verschleierung verzichtenden Offenheit, die ihm sein Begriff des Rechts eingab, es liege nicht in seinen politischen Prinzipien, eine Politik wie die Viktor Emanuels zu treiben, zu der ihn der Verein drängen wolle; außerdem sei es leichter, vier Regierungen zu stürzen als 32.

---

[17]) Oncken a. a. O. Da sich außer der eigenen Mitteilung Schramms nirgends ein Beleg für diese gewichtige Tatsache findet, dürfte sie nur mit größter Vorsicht aufzunehmen sein. Auch die anderen Mitteilungen Schramms (Gedenkblatt a. a. O.) haben schon in ihrer Formulierung — so die Behauptung, man habe ihm in Ostende den „Plan zur Reichsschöpfung" mitgeteilt — den Charakter stark verwischter Erinnerungen aus der Zeit nach der Reichsgründung. Die Zeitschrift Schramms, in der er den Londoner Verfassungsentwurf Bernstorffs zuerst mitgeteilt hat, „ad liberos in Germania omnes" (Mailand 1873), war mir nicht zugänglich.

[18]) Oncken a. a. O.

[19]) Ringhoffer S. 442; Brandenburg, Die Reichsgründung I, S. 416 f.

Bei dieser starren Haltung des Monarchen waren etwaige Pläne Bernstorffs auf Benutzung der Einheitsbewegung aussichtslos. So bedeuteten auch die Vermittlungsversuche Schramms nicht den Beginn einer neuen Epoche in den Beziehungen Preußens zum Nationalverein, sondern nur eine vorübergehende Episode. Nur zu bald sollte das Pendel nach der anderen Seite ausschlagen. Die sogenannte Unionspolitik Bernstorffs ist ohne den Nationalverein begonnen und dann in bewußtem Gegensatz zur Einheitsbewegung aufgegeben worden. —

Wenige Tage nach der Zusammenkunft von Compiègne fand in Königsberg die feierliche Königskrönung Wilhelms I. statt. Es war eine preußisch-dynastische Demonstration von politischer Bedeutung, die durch die starke Betonung des Gottesgnadentums und durch das Fehlen irgendeines Hinweises auf den deutschen Beruf Preußens in den Ansprachen des Herrschers[20]) auf die Einheitsbewegung verstimmend wirkte[21]). Hinter der antiliberalen Haltung der höchsten Stelle standen die verletzenden Maßnahmen untergeordneter Organe, so etwa das polizeiliche Verbot von Schwarzrotgold[22]), nicht zurück. Auf der anderen Seite blieb die feierliche Weihe des legitimistischen Gedankens und des monarchischen Prinzips bei der Krönung, mit der der König seiner entschlossenen inneren Wendung zum Konservativismus prunkvollen äußeren Ausdruck verlieh[23]), zweifellos auch nicht ohne verstärkende Rückwirkung auf die Abneigung des Herrschers gegen jedes „Andrängen von unten her" und auf sein starres Festhalten am „Recht" der deutschen Mitfürsten. Der weitere Verlauf der preußisch-badischen Aktion konnte hieraus alles andere als fördernde Antriebe empfangen. Zudem fand Bernstorff, Anfang Oktober endgültig zum Außenminister ernannt[24]), im preußischen Kabinett selbst Widerstände genug. Sogar in seinem eigenen Ministerium machte ihm die hohe Bürokratie lebhafte Opposition. Der Unterstaatssekretär Gruner, ausgesprochener Gegner einer „liberalen Tendenzpolitik, die in Deutschland Geschäfte machen will"[25]), stellte Bernstorff vor[26]), „daß er als Konservativer der letzte

[20]) Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden u. Schriften, Bd. II, S. 18 ff.

[21]) Bernhardi IV, S. 163; Wochenschr. S. 645, 654, 661, 726; Dunckerbriefe S. 329 f.

[22]) Exkurs.

[23]) Marcks a. a. O. S. 197.

[24]) Ringhoffer a. a. O. S. 420.

[25]) Ringhoffer a. a. O. S. 438; besonders deutlich werden diese in starkem Gegensatz zur Einheitsbewegung stehenden Anschauungen Gruners in seinen drei Denkschriften aus dem Jahre 1860 (Ferres, Sybels Stellung usw. S. 76 ff.).

[26]) Gruner, Rückblick auf mein Leben (Deutsche Revue 26, 3, S. 159 f.).

sein müsse, eine solche Bahn einzuschlagen, da durch das Organ des Nationalvereins die demokratische Partei in Deutschland sich soeben für diesen Weg ... erklärt habe". Gruner erschien es unmöglich, „im Innern sich auf die Kreuzzeitungspartei, in auswärtigen Angelegenheiten aber auf den Nationalverein und seine Anhänger" zu stützen. Er sah in Bernstorffs Plänen nur eine „akademische Erörterung", die „eines großen Staates unwürdig sei, wenn hinter derselben nicht der feste Entschluß stände, für die Erreichung des gesteckten Zieles das Schwert zu ziehen". Als Bernstorff bei seinen Plänen beharrte, reichte Gruner dem König sogar ein Entlassungsgesuch ein, da er an einer Politik nicht mitwirken könne, die der „bisher verfolgten Politik aufs Diametralste widerspräche". Sein Rücktrittsgesuch blieb jedoch zunächst unerledigt, so daß er sein Amt vorläufig weiter versah, — nicht zur Freude Bernstorffs[27]) und gewiß auch nicht zum Vorteil der Bernstorffschen Projekte.

All das war kein geeigneter Boden für eine Politik, wie sie Roggenbach der preußischen Regierung zugedacht hatte[28]). Als der badische Minister Ende Oktober den in Ostende verabredeten Entwurf einer badischen Zirkulardepesche[29]) an Bernstorff sandte, und der König mit dem Ministerium darüber beriet, stimmte man nach langen Debatten dem badischen Vorschlage zwar „im Allgemeinen" zu, fand im einzelnen jedoch so viele spezifisch preußische Einwände[30]), daß die Ausführung der Bernstoffschen Pläne ins Ungewisse hinausrückte. Vergeblich entfaltete der liberale Flügel im Kabinett eine regere Tätigkeit. Auerswald hatte auf der Rückreise von der Königsberger Krönung mit dem Finanzminister Patow die deutsche Frage besprochen[31]). Die Frucht dieses Gesprächs war eine „Denkschrift die Neugestaltung der deutschen Verhältnisse betreffend"[32]), die Patow seinen Ministerkollegen im November überreichte. Er wollte sie als Material für die Beratungen angesehen wissen, die das preußische Kabinett anläßlich des badischen Antrages beschäftigten[31]), und ohne Zweifel damit einen Druck auf deren Beschleunigung ausüben. Sybel hatte, seit kurzem Professor in Bonn, bei den Vorschlägen des Finanzministers Pate gestanden; in den Einzelheiten lehnte sich Patows Arbeit vorwiegend an die „Grundzüge für die Reorganisation des deutschen Zollvereins" des Präsidenten Lette an[31]), der sich mit dem Plan eines deutschen Zoll-

---

[27]) Ringhoffer a. a. O. S. 471.
[28]) Friedr. von Baden I, S. 293.
[29]) Abgedruckt ebenda I, S. 285 ff.
[30]) Ebenda, Biogr. Einl. S. 39, I, S. 293 ff., 299 f.; Sybel II, S. 394, 400.
[31]) Patow an Auerswald, 21. Nov. 1861 (Nachlaß Auerswald).
[32]) Nachlaß Auerswald; vgl. Sybel II, S. 339 f.

parlamentes trug[33]) und, obwohl nicht selbst Mitglied des Nationalvereins, von seiner Gründung an eifrig für dessen Ziele wirkte[34]). Patows Denkschrift, die einen engeren und einen weiteren Bund befürwortete, streifte einleitend auch die Bedeutung der nationalen Bewegung und ließ die Sympathien des Verfassers für die Einheitsbewegung deutlich erkennen. Diese erschien dem Minister als ein Wiedererwachen der Bewegung von 1848/49 „in geläuterter Gestalt", in der die revolutionären und republikanischen Tendenzen jetzt ganz verschwunden seien oder „in dem Bewußtsein ihrer Ohnmacht" mindestens darauf verzichteten, sich geltend zu machen, — eine Auffassung, die mit der Usedoms manches gemein hatte. Soviel wir sehen, war es das einzige Mal, daß Patow zu der deutschen Frage eingehend Stellung nahm und sich zum Anwalt der Einheitsbewegung innerhalb des Kabinetts machte. Eine Wirkung war seiner Initiative nicht beschieden; seine Denkschrift wurde von seinen Ministerkollegen völlig ignoriert. Die Ursache dafür wird man allerdings weniger in der „Gesinnung" der übrigen Minister zu suchen haben[35]), als in den mannigfachen inneren Widerständen und äußeren Hemmungen, die sich einer aktiven deutschen Politik Preußens entgegenstellten.

Als ein solches neues Hemmnis für die preußisch-badischen Pläne kam eben jetzt das Bundesreformprojekt des Ministers Beust heraus[36]), einer jener Versuche, durch die die mittelstaatlichen Triaspolitiker angeblich den Dualismus der Großmächte ausgleichen und die Wünsche der Nation befriedigen, in Wahrheit freilich vor allem die eigene bedrohte Sonderstaatlichkeit retten wollten. Die wesentlichen Punkte des Beustschen Planes — alternierendes Präsidium, wandernde Ministerkonferenzen, Dreierdirektorium, Bundesgericht und als Surrogat eines Nationalparlaments eine Delegiertenversammlung am Bunde — waren im letzten Sinne gegen die preußischen Bundesreformpläne gerichtet und lösten den entsprechenden Widerhall in Preußen aus. Bernstorff wies schon nach flüchtiger Lektüre des Beustschen Planes auf dessen Mängel hin[37]); Usedom erklärte dem bayrischen

---

[33]) Dunckerbriefe S. 295.

[34]) Emminghaus a. a. O. S. 101.

[35]) Sybel a. a. O. Da Sybel an der Entstehung der Patowschen Arbeit persönlich mit beteiligt war, begreift es sich, daß auch sein historisches Urteil über den Grund ihrer Erfolglosigkeit von persönlichem Vorurteil nicht frei ist.

[36]) Zur Sache vgl. Thumann a. a. O. Das Projekt ist datiert vom 15. Okt., ging aber erst am 11. Nov. nach Berlin ab (Thumann S. 102).

[37]) Thumann a. a. O. S. 108.

Bundestagsgesandten spöttisch[38]), „solche neue Projekte sollten wahrscheinlich dazu dienen, die einheitliche National-Bewegung zu zerteilen und ihr damit die Spitze abzubrechen: sie könnten aber ebenso leicht den Erfolg haben, allen Glauben an die Haltbarkeit der jetzigen Bundeszustände vollends zu untergraben — gewiß sehr gegen den Willen ihrer Verfasser".

Für die badisch-preußischen Pläne war die Initiative Beusts deshalb nicht bedeutungslos, weil man sich in Berlin bei aller grundsätzlichen Bereitwilligkeit zur Inangriffnahme der Bundesreform doch über entscheidende Einzelheiten nicht im klaren war. Jeder äußere Widerstand bedeutete eine Belastung der vorwärtsdrängenden Elemente im Kabinett und war geeignet, die Verhandlungen zwischen Berlin und Karlsruhe hinauszuzögern; das wog bei der wachsenden Vertrauenskrise der Neuen Ära schon schwer genug. Daß das sächsiche Projekt von Österreich und den Mittelstaaten zurückgewiesen wurde[39]), war für das Berliner Ministerium nur ein neues Warnungszeichen. Denn gerade diese Ablehnung der antipreußischen Mächte, mochte sie aus noch so verschiedenartigen Wurzeln entsprungen sein, ließ in ihrer Gesamtheit nur zu deutlich durchblicken, wie wenig die Mehrzahl der deutschen Höfe geneigt war, in der Bundesreformfrage ohne Zwang überhaupt Konzessionen zu machen. Und da man in Berlin als Mittel zur Erreichung des engeren Bundes unter ausdrücklichem Verzicht auf jede Gewaltpolitik nur freiwillige, friedliche Vereinbarungen mit den deutschen Regierungen im Auge hatte[40]), so stand man vor einem kaum lösbaren Problem. Zur Unterstützung des eigenen diplomatischen Vorgehens die nationale Bewegung mit vollem Ernst als Druckmittel zur Erlangung der Zustimmung der anderen Regierungen einzusetzen, lag trot der vorübergehenden Fühlungnahme Bernstorffs mit Schramm nicht in der Absicht des Berliner Kabinetts. Indem es sich damit eines gewichtigen Mittels begab, blieb es auch darüber im unklaren, wie denn die Zustimmung der deutschen Regierungen überhaupt erlangt werden sollte[40]).

Daß Bernstorff den Beustschen Reformvorschlag in seiner bekannten Note vom 20. Dezember entschieden ablehnte, daß er mit der Formulierung „Bundesstaat im Staatenbund" dem sächsischen Minister

---

[38]) Usedom an Bernstorff, 15. Nov. 1861 (Ausfertigung Pr.G.St.-A. IV). Das Konzept dieses Schreibens faksimiliert in Ein Jahrhundert Deutscher Geschichte, Reichsgedanke und Reich 1815—1919, hrsg. von Goldschmidt, Kaiser, Thimme.

[39]) Sybel II, S. 398.

[40]) Friedrich von Baden I, S. 301 f.

das Ostender Programm entgegensetzte [41]), bedeutete zwar für die unter Schleinitz in Mißkredit gekommene deutsche Politik Preußens einen Prestigegewinn, blieb aber ohne unmittelbare praktische Bedeutung. Auch die Absicht, durch die Note wenigstens die nationale Bewegung für die preußische Auffassung zu gewinnen, lag Bernstorff fern; nicht von ihm, sondern von gegnerischer Seite wurde das Schriftstück veröffentlicht [42]). Zudem bekannte sich Bernstorff darin zu der Überzeugung Beusts, „daß es hohe Zeit und im Interesse der Erhaltung der für alle Staaten gleich nothwendigen obersten Grundsätze der Ordnung und des Rechts geboten sei, die Frage der deutschen Bundesreform dem zersetzenden Treiben des Parteiwesens zu entnehmen" [43]). Die Bedeutung dieser Redewendung ist gewiß nicht zu überschätzen; aber es muß doch stärker, als das bisher geschehen, betont werden, wie entschieden Bernstorff damit die Bundesreform aus der Diskussion und Agitation der öffentlichen Meinung entfernt und das „zersetzende Treiben" der Nationalbewegung ausgeschaltet wissen wollte [44]). Bernstorffs Note war also alles andere als eine „unverhüllte Berufung an die Revolution", wie sie Rechberg im ersten Zorn nannte [45]). Das einzige, was die Nationalbewegung, die nach Bernstorffs Anschauung bei der deutschen Politik Preußens nicht selbständig mitzureden hatte, dem Vorgehen des Berliner Außenministers günstig stimmen konnte, war der sachliche Inhalt des Bernstorffschen Programms, der bei aller Verschiedenheit der Ausgangspunkte doch den Gedankengängen der Einheitsbewegung verwandt war. Dies und der selbstbewußte Ton der Note fand so teilweise in Nationalvereinskreisen auch Anerkennung [46]).

Aber Bernstorffs vorsichtiger Auftakt zu einer neuen Unionspolitik, den der zu erwartende Widerspruch der Wiener und Würzburger Regierungen nicht hatte verhindern können, brach binnen kurzem unter den Erschütterungen der innerpreußischen Kämpfe in sich zusammen. Die Gründung der deutschen Fortschrittspartei, vom Nationalverein mit Freuden begrüßt [47]), und vielfach sogar als „Exekutive des Nationalvereins" aufgefaßt [48]), hatte in Preußen den nationalen Einheitsgedanken

[41]) Sybel II, S. 401.

[42]) In der Augsburger Allgemeinen Zeitung, Anfang Jan. 1862 (Ringhoffer a. a. O. S. 453; Thumann a. a. O. S. 133 f.).

[43]) Schultheß, 1861, S. 98.

[44]) Der Nationalverein protestierte nachdrücklich gegen diesen Vorwurf zersetzender Wirkung (Wochenschr. S. 745: „Einwendungen gegen die Note des Grafen Bernstorff").

[45]) Sybel II, S. 402.

[46]) Oncken, Bennigsen I, S. 554.

[47]) Wochenschrift S. 494.

[48]) So Schulze-Delitzsch (Oncken, Bennigsen I, S. 565). Daß man diese Auffassung freilich nicht überall in der Fortschrittspartei teilte,

so eng mit den linksliberal-demokratischen Forderungen verknüpft, daß die Antipathie König Wilhelms gegen die Einheitsbewegung verstärkt wurde. Die Spannung zwischen der preußischen Krone und der deutschen Bewegung war im Wachsen. Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus standen vor der Tür. In der Erkenntnis der bedrohlichen Situation suchte Schwerin nach harten Auseinandersetzungen mit dem auf einen ausgesprochen konservativen Wahlaufruf drängenden König[49]) durch mehrere Rundschreiben noch im Oktober und November 1861 den Wahlkampf im Sinne eines gemäßigten Altliberalismus zu beeinflussen[50]). Da jedoch in diesen Wahlerlassen nicht gegen das weitgehende deutsche, sondern nur gegen das innenpolitisch radikale Programm der Fortschrittspartei Front gemacht wurde[51]), suchten die Konservativen, von der offiziellen Bekämpfung der Fortschrittspartei noch nicht befriedigt[52]), das Kabinett auch gegen den Nationalverein scharf zu machen. Die Regierung bekundete jedoch ihm wie dem „Preußischen Volksverein" gegenüber, in dem sich die konservative Agitation jetzt ein dem Nationalverein nachgebildetes Organ geschaffen hatte[52]), durch ihre fortdauernde Zurückhaltung, daß sie nicht gesonnen war, eine der beiden Organisationen auf Kosten der anderen zu fördern. —

Als die Fortschrittspartei nach den Neuwahlen vom Dezember 1861 mit 109 Mandaten ins Abgeordnetenhaus einzog[53]), fand das Versagen der Neuen Ära im liberalen und nationalen Sinne auch parlamentarisch sinnfälligen Ausdruck. Der Führer der jetzt geschlagenen, gemäßigt liberalen Regierungsmehrheit, Georg von Vincke, kehrte selbst nicht mehr in den Landtag zurück. Er war kein Freund des Nationalvereins gewesen[54]). Statt seiner und seiner altliberalen Gesinnungsgenossen füllten jetzt viele Anhänger des Nationalvereins, insbesondere seines linken Flügels, die Reihen. Vor ihnen trat der gemäßigte Flügel der Einheitsbewegung, wie ihn im preußischen Landtag etwa der Abgeordnete Veit repräsentierte, im Parlament in den Hintergrund. Die Radikalisierung des Landtages brachte die liberalen Kabinettsmitglieder

---

zeigt die Konsequenz, mit der sich führende Geister wie Waldeck vom Nationalverein fernhielten (Oppenheim, Waldeck S. 15).

[49]) Zechlin a. a .O. S. 198—201.

[50]) Schultheß, 1861, S. 46 f., 48 f.; Parisius S. 49; Bernhardi IV, S. 150, 152, 210 f.

[51]) Parisius S. 48 ff.; Dunckerbriefe S. 333, Anm. 1. Ebensowenig ging es in dem Leitartikelkrieg, den die ministerielle Presse gegen die Fortschrittspartei führte, um nationale Fragen, denn der Leiter des Preßbüros, seit Oktober 1861 Wehrenpfennig, stand selbst dem Nationalverein nahe (Oncken, Bennigsen I, S. 370, 375).

[52]) Hugo Müller a. a. O. S. 38 f., 95.

[53]) Parisius S. 52.

[54]) Wochenschrift S. 482, 515, 524.

nicht nur diesem, sondern auch der Krone gegenüber in eine höchst kritische Position[55]). Das Wahlresultat, insbesondere die Wahl fast aller „prononzierten Namen von 48", wirkte auf König Wilhelm sehr verstimmend[56]), und sein Mißfallen über diese „Bande"[57]) verstärkte sich täglich. Mit Befriedigung wurde diese prekäre Lage des Berliner Ministeriums im Würzburger Lager konstatiert[58]).

Die schweren Besorgnisse, mit denen der gefährdete linke Flügel des Kabinetts in die beginnende Landtagssession eintrat, waren um so begründeter, als ihm durch eine längere Erkrankung Auerswalds die direkte Beziehung und der persönliche Verkehr mit dem König in diesen entscheidenden Wochen entzogen wurde[59]), und als der Ministerpräsident Hohenzollern selbst krankheitshalber den ganzen Winter über außer Landes weilte[60]). Eine programmatische Aufzeichnung, die Auerswald noch vor seiner Erkrankung, zwischen Wahl und Zusammentritt des Abgeordnetenhauses, niedergeschrieben[61]), zeigt, daß man sich der drohenden Gefahren wohl bewußt war und ihnen durch „unverzügliche Vorlegung" liberaler Gesetze in der Kammer begegnen wollte. So brachte das Ministerium in dem am 14. Januar 1862 eröffneten Landtag nacheinander mehrere fortschrittliche Vorlagen[62]) ein, ohne jedoch dadurch das Abgeordnetenhaus für die Militärvorlagen geneigter zu machen und von der deutschen Frage abzulenken.

Während sich gerade jetzt die nationalen Forderungen der Opposition besonders ungestüm hervordrängten, trat für die preußische Regierung vor der akuten inneren Krise die nationale Frage völlig in den Hintergrund. Vergeblich war es, daß jetzt Richthofen, der preußische Vertreter in den Hansestädten, dem Außenminister Bernstorff seine Anschauungen über die deutsche Politik entwickelte[63]). Drei Jahre nationaler Bewegung und drei Jahre schwächlicher Berliner Politik hatten die Stellung Richthofens, der im Sommer 1859 den Demonstrationen der erwachenden Nationalbewegung noch mit Skepsis gegenübergestanden hatte[64]), wesentlich gewandelt. Wäre die Regierung jetzt

[55]) Heyderhoff, Kritische Parlamentstage im alten Preußen (Preuß. Jahrb. Bd. 198, S. 144).
[56]) Ebenda S. 142 f.; vgl. Zechlin a. a. O. S. 205—208.
[57]) Friedrich von Baden I, S. 317.
[58]) Vgl. z. B. Augsburger Allgemeine Zeitung, 14. Januar 1862 (Nr. 14).
[59]) Bernhardi IV, S. 183 f., 196, 217, 228; Dunckerbriefe S. 308, 318, 325; Heyderhoff a. a. O. S. 146.
[60]) Zingeler a. a. O. S. 116.
[61]) Anlage 15.
[62]) Sten.Ber.Abg.H. 1862, I, S. 33 ff., 68 f.
[63]) Anlage 16.
[64]) Siehe oben S. 39 f.

seinem Rat zu einer entschlossenen Außenpolitik gefolgt, so hätte das Abgeordnetenhaus zu ihrer Durchführung die Militärvorlage höchstwahrscheinlich angenommen[65]). Allein das gegenseitige Mißtrauen zwischen Ministerium und Landtag, und die unveränderte Abneigung des Königs gegen eine Politik, die ohne beträchtliche Souveränitätsminderung seiner deutschen Bundesgenossen nicht durchzuführen war, machte das von Richthofen empfohlene außenpolitische Bündnis mit der Einheitsbewegung, deren innenpolitisch liberale Forderungen jetzt an den konservativen Traditionen der preußischen Krone rüttelten, zu einem Ding der Unmöglichkeit[66]). Den Standpunkt des Monarchen teilte auch Graf Schwerin. Als ihm Duncker mehrfach eine preußische Aktion in Holstein als die einzige Möglichkeit bezeichnete, um „der steigenden Bewegung in Deutschland, welche durch Worte nicht mehr zu hemmen" sei, zu begegnen, und dringend davor warnte, die Bewegung führerlos weitertreiben zu lassen oder in Preußen gar durch die von Schwerin erwogene Oktroyierung neuer Wahlgesetze zu bekämpfen[67]), gab der Innenminister nur eine ausweichende Antwort. Er war gleich Patow der Ansicht, daß mit dem neuen Landtag nicht zu regieren sei[68]).

Im Auswärtigen Amt gewann mittlerweile Gruners Anschauung Oberwasser, daß die Bundesreform auf sich beruhen bleiben müsse[69]). So erwiderte Preußen zwar auf die gegen Bernstorffs Note vom 20. Dezember protestierenden identischen Noten Österreichs und der Mittelstaaten in energischem Tone; Bernstorff nahm in einem Zirkularschreiben an die preußischen Gesandten vom 21. Februar den Gedanken des Bundesstaats im Staatenbund nochmals auf[70]), aber diesem diplomatischen Nachgefecht folgten die praktischen Aktionen ebensowenig wie früher. Bernstorff selbst bezeichnete die Auseinandersetzung über die Bundesreform gelegentlich als „theoretisch akademischen Streit"[71]), und bei den Debatten, die sich im Februar um die deutsche Frage im Landtag entspannen, wurde es auch den Gemäßigteren klar, daß seine Politik der Einheitsbewegung nicht entgegenkommen wollte.

---

[65]) Vgl. Mommsen, Miquel I, S. 205.

[66]) Vgl. den ungemein aufschlußreichen Brief Dunckers vom 5. März 1862 (Dunckerbriefe S. 318 ff.) und die resignierte Äußerung König Wilhelms zu Häußer (ebenda S. 328, Anm. 3).

[67]) Ebenda S. 315 ff.; Haym a. a. O. S. 260 f.

[68]) Dunckerbriefe S. 318, 326.

[69]) Dunckerbriefe S. 320.

[70]) Ringhoffer a. a. O. S. 450 ff.

[71]) Immediatbericht Lindens, 21. Febr. 1862 (Ausfertigung W.St.A. Stuttgart III). Linden hielt sogar die Broschüre „Ein preußisches Programm in der deutschen Frage" (Springer-Berlin, 1862), die davon sprach, „daß die Gemeinsamkeit an Volksfesten und nationalen Erinnerungs-

Viel mehr als bisher wurde während dieser letzten Monate der Neuen Ära das preußische Abgeordntenhaus der Schauplatz, auf dem sich die preußische Regierung und die Einheitsbewegung auseinandersetzten. Schon Ende Januar hatte das Drängen des Abgeordnetenhauses auf energisches Vorgehen Preußens in Kurhessen [72]) die Regierung in einige Verlegenheit versetzt, da sie sich darüber klar war, daß die kurhessische Frage für die „Demokratie" nur der Prüfstein sein sollte, an dem es sich erweisen mußte, wie weit das Ministerium den Forderungen des Nationalvereins nachgeben würde [73]). Die Volksvertretung zögerte nicht, durch Anträge in der deutschen Frage das Kabinett auch auf dem entscheidenderen Boden der Bundesreform zur Rede zu stellen. Als neben einem ministeriell gehaltenen Antrag Albrecht am 14. Februar der im Sinne des Nationalvereins abgefaßte Antrag Schulze-Delitzsch und ein nach der liberalen Seite hin noch radikalerer Antrag Bresgen einging [74]), berief König Wilhelm das Staatsministerium sofort zur Sitzung [75]); das Kabinett sprach sich mit Genehmigung des Königs für den Antrag Albrecht aus, war sich aber einig darüber, „daß man weitergehenden Anträgen und Ansichten und namentlich dem Verlangen, die wünschenswerthe bundesstaatliche Einigung in Deutschland im gewaltsamen Wege herbeizuführen, entschieden entgegen treten müsse" [76]). Damit wurde außer dem Antrag Bresgen in dem Antrag Schulze-Delitzsch auch das Programm des Nationalvereins von der Regierung schroff zurückgewiesen.

Die Kommission, der das Abgeordnetenhaus die Anträge in der deutschen Frage zur Vorberatung übertragen hatte, arbeitete indessen unter Verwertung der Anträge Albrecht und Schulze-Delitzsch eine ganz neue Resolution aus [77]). Die Hoffnung altliberaler Kreise [78]), daß der

---

feiern keine Gemeinsamkeit staatlicher Interessen darstellen, und daß letztere weder ersungen, noch ertoastet werden können" (S. 9) für eine von Bernstorff inspirierte Schrift (Linden an Hügel, Privatschreiben, 1. Febr. 1862, W.St.A. Stuttgart III). Eine Nachprüfung dieser Notiz war auf Grund des vorliegenden Materials nicht möglich.

[72]) Sten.Ber.Abg.H. 1862, I, S. 46 f.

[73]) Immediatbericht des Berliner kurh. Gesandten Baumbach, 31. Jan. 1862 (Ausfertigung Pr.St.A. Marburg V).

[74]) Sten.Ber.Abg.H. 1862, I, S. 106 f., 135.

[75]) König Wilhelm an das Staatsministerium, 16. Febr. 1862 (Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner, bearb. von Joh. Schultze, Bd. II, S. 183).

[76]) Protokoll der Conseilsitzung v. 16. Febr. 1862 (Abschr. Pr.G.-St.A. XII).

[77]) Sten.Ber.Abg.H. 1862, II, S. 400 ff.

[78]) Z. B. Duncker (Heyderhoff-Wentzke I, S. 77) und Haym (Dunckerbriefe S. 315).

Ansturm Österreichs und der Mittelstaaten gegen Bernstorffs deutsches Programm der Regierung das Verhältnis zum Landtag erleichtern werde, ging dabei freilich nicht in Erfüllung. Die Kommission wollte vielmehr den Außenminister jetzt auch zur praktischen Durchführung des von ihm bisher nur theoretisch angedeuteten Zieles drängen; so forderte sie in ihrer Resolution, daß die Regierung die „bundesstaatliche Organisation offen als das Ziel ihrer Politik hinstellt und zunächst durch Vereinbarungen mit den deutschen Staaten ihrer Verwirklichung entgegenzuführen strebt“ [79]). Bernstorff antwortete durch eine Erklärung [79]), die sich im Sinne des Kabinettsbeschlusses vom 16. Februar für den Antrag Albrecht aussprach und die Anträge Schulze-Delitzsch und Bresgen verwarf. Seine Erklärung wurde zwei Tage darauf dahingehend abgeschwächt [79]), daß man „das Bundesrecht als Ausgangspunkt, die Vereinbarung als Mittel, den Bundesstaat als Ziel“ betrachte; „letzterer sei aber aus praktischen Rücksichten nach seiner Ausdehnung und nach seiner Kompetenz unbestimmt zu lassen“. Der entscheidende Passus des Kommissionsantrages wurde von der Regierung damit abgetan, daß er „eine Drohung einschließe, und zu bedenklichen Auslegungen Anlaß geben könne“. Erklärlich, daß diese Kundgebung der Regierung unter den Abgeordneten „einige Aufstörung“ erregte [80]); trat ihnen doch damit die Auffassung der Regierung, die in scharfem Gegensatz zu den Männern der Fortschrittspartei und des Nationalvereins das bestehende Bundesrecht als Ausgangspunkt betrachtete, in bestimmter Formulierung entgegen.

Auf der Seite der Regierung war der Kronprinz, der wie in der Ministerkrise des Frühjahrs 1861 so auch in diesen kritischen Tagen an den entscheidenden Beratungen rege teilnahm, im Sinne eines Ausgleichs tätig [81]). Aber selbst er vertrat den Standpunkt, daß man doch nicht Prinzipien anerkennen könne, „welche von Volkssouveränität handeln, von rechtlicher Fortbestehung der Nationalversammlungsbeschlüsse von 1848 zu Frankfurt sprechen und verlangen, wo Vereinbarungen mit den deutschen Staaten nicht möglich, müßten wir handeln — also cavourisieren“ [82]). Auch der Kronprinz lehnte also das „Cavourisieren“ ab; obwohl Anhänger der Roggenbachschen Pläne, hielt er nur eine vorsichtige deutsche Politik Preußens für rätlich [83]) und glaubte deshalb, es sei genug, daß die Regierung an ihrem alten

[79]) Sten.Ber.Abg.H. a. a. O.; vgl. Wochenschr. S. 792, 800.
[80]) Kaiser Friedrich Tgb., a. a. O. S. 129.
[81]) Ebenda S. 129—131; Dunckerbriefe S. 322; Bernhardi IV, S. 187; vgl. zum folgenden auch H. O. Meisner, Der preußische Kronprinz im Verfassungskampf 1863, S. 2 f.
[82]) Kaiser Friedrich Tgb., a. a. O. S. 129 f.
[83]) Hohenlohe-Schillingsfürst a. a. O. I, S. 117.

Standpunkt in der deutschen Frage festhalte [82]). Er verkannte völlig, daß gerade die bisherige Vorsicht der Regierung in der Bundesreformfrage die nationale Bewegung ihre frühere gemäßigte Taktik aufgeben und jetzt auf Taten drängen ließ.

So schwächte die deutsche Kommission des Abgeordnetenhauses ihre Anträge nicht in dem von der Regierung gewünschten Sinne ab, sondern verschärfte den Konflikt noch durch die ausdrückliche Erklärung, der Frankfurter Bundestag bestehe nicht mehr zu Recht [84]). Zu spät und vergeblich hatte Usedom bei seinen liberalen Freunden gegen diesen „törichten" Beschluß zu wirken gesucht [85]). Die Kommission blieb dabei und beleuchtete zudem in ihrem Bericht eingehend den prinzipiellen Gegensatz, in dem sie sich zu dem Standpunkt der Regierung befand [86]). Das Parlament, in der deutschen Frage zu der Kompromißpolitik der früheren Kammermehrheit [87]) nicht mehr geneigt, trieb jetzt die Krise zur Entscheidung.

Vergeblich suchte der Nationalvereinsausschuß, von dessen Tagung man in Regierungskreisen vielfach „übertriebene Redensarten nebst unbilligen Forderungen" erwartete [88]), Anfang März in Berlin die Entscheidung noch zugunsten des Abgeordnetenhauses und damit der Einheitsbewegung zu beeinflussen. Die Mäßigung in den Beschlüssen, die vorwiegend Bennigsen und Miquel zu danken war [89]), wirkte zwar auf den preußischen Kronprinzen sympathisch, so daß er meinte, der Nationalverein, von der Regierung „vernünftig behandelt und überwacht", könne Preußen große Dienste leisten [88]); aber da seine Ansicht für die Berliner Politik vollkommen unmaßgeblich war, und da ihm gerade jetzt der König wegen seiner unerwünschten oppositionellen Haltung nahelegte, von den ministeriellen Beratungen fernzubleiben [90]), so war den Sympathien Friedrich Wilhelms für den Nationalverein eine praktische Wirkung so wenig wie früher beschieden.

Noch bevor der Antrag der deutschen Kommission im Landtage zur Beratung kam, führte der überstürzte Verlauf der weiteren Entwicklung das Ende herbei. Nach der Annahme des Antrages Hagen gab das Ministerium seine Entlassung ein, die der König zunächst noch einmal zurückwies; das Abgeordnetenhaus wurde an dem Tage auf-

[84]) Sten.Ber.Abg.H. 1862, II, S. 403.
[85]) Heyderhoff-Wentzke I, S. 78.
[86]) Sten.Ber.Abg.H. a. a. O. S. 395 ff.
[87]) Siehe oben S. 115.
[88]) Kaiser Friedrich Tgb. S. 130.
[89]) Bernhardi IV S. 237; Oncken, Bennigsen I, S. 555 ff.; Mommsen, Miquel I, S. 215.
[90]) Kaiser Friedrich Tgb. S. 131; Dunckerbriefe S. 322; Haym a. a. O. S. 265.

gelöst, an dem im Plenum die Debatte über die deutsche Frage beginnen sollte, die die Regierung zu vermeiden wünschte[91]). Auch die Denkschrift, mit der die liberalen Minister das Programm des konservativen Regierungsflügels bekämpften, verzichtete auf jede Erörterung der Bundesreform[92]). Gleichwohl entschied sich König Wilhelm, von innerpolitischen Gesichtspunkten geleitet, am 17. März für das konservative Programm; mit der Ersetzung der altliberalen Minister durch das konservative Beamtenkabinett Hohenlohe fand die Neue Ära ihr Ende.

Der Sturz der Neuen Ära beschleunigte die Abwendung des Nationalvereins von Preußen, die sich 1861 langsam vorbereitet hatte und schon im Februar 1862 teilweise offen zum Ausdruck gekommen war[93]). Bennigsen selbst verhielt sich zwar im Sommer 1862 noch zuwartend, da er mit dem zweiten, noch größeren Wahlsieg der Fortschrittspartei vom Mai 1862 auch einen Sieg der nationalen Idee in Preußen nahe gekommen glaubte[94]). Aber mit dem Beginn des Ministeriums Bismarck schwanden auch den Gemäßigten diese letzten Hoffnungen: der Nationalverein trat endgültig in Opposition zur preußischen Regierung[95]). Die Entlassung des Ministeriums Auerswald-Schwerin hat aller Zusammenarbeit zwischen Preußen und der Einheitsbewegung im Sinne der letzteren ein Ziel gesetzt.

---

[91]) Bernhardi IV, S. 232; Sybel II, S. 411. Offiziell begründete man die Auflösung natürlich nur mit der Annahme des Antrags Hagen (Sten. Ber.Abg.H. 1862, I, S. 301; Preuß. Ztg. vom 12. März 1862).

[92]) Ringhoffer S. 524ff.

[93]) So in der Frankfurter Vereinsgruppe (Gustav Mayer a. a. O. S. 61, Schwemer a. a. O. S. 142f.).

[94]) Oncken, Bennigsen I, S. 562, 564.

[95]) Oncken, Bennigsen S. 571; Mommsen, Miquel, I, S. 224.

Schluß.

Der deutschen Politik der Neuen Ära haftet wie ihrer Innenpolitik der Charakter des mißlungenen Experiments an. Mit einer lediglich gemilderten Ministerialpraxis im Innern und einer vorwiegend negativ eingestellten Defensive in Deutschland waren die Probleme nicht zu meistern, die die allenthalben in Bewegung geratenen liberalen und nationalen Volkskräfte den Kabinetten stellten. Der schwächste Punkt in dieser schwachen Position des altliberalen Kabinetts ist seine aus der innenpolitischen Situation beinahe zwangsläufig erwachsende Tendenz gewesen, sich auf jeden Fall — sei es auch mit den größten Konzessionen an den konservativen Monarchen — selbst im Sattel zu halten, um nur ja die ständig drohende Wiederkehr eines konservativen Ministeriums zu verhindern[1]). Unter diesen Umständen hatten die Ansichten des Königs selbst, denen sich die Minister bei Meinungsverschiedenheiten fast jedesmal unterwarfen, für die Führung der Politik auch in Einzelfragen eine entscheidende Bedeutung. So war es in allererster Linie König Wilhelm persönlich, der die Stellung der Regierung zum deutschen Einheitsproblem und zur Einheitsbewegung maßgebend bestimmt hat. Der in Deutschland wie in Italien einzig möglichen Lösung des Einheitsproblems durch eine „Revolution von oben" standen die legitimistischen Velleitäten des Monarchen entgegen; seine Stellung zur deutschen Einheitsbewegung, zur „Revolution von unten", wurde außer von diesen auch noch durch Bedenken innenpolitischer Art bestimmt, die ihn in jeder Steigerung selbständiger Mitwirkung der Volkskräfte am Staatsorganismus und in der damit verbundenen Demokratisierung des öffentlichen Lebens eine Beeinträchtigung der traditionellen Stellung der Krone sehen ließen. König Wilhelms Haltung zum deutschen Nationalverein ist, in ihren sachlichen Ursachen verstärkt durch persönliche Antipathien gegen einzelne führende Männer, eine im innersten Grunde ablehnende gewesen. Daß er den Verein nicht gewaltsam unterdrückte, wie es die mittelstaatlichen Regierungen und

[1]) Vgl. Neumann, Die Stufen des preußischen Konservatismus, S. 160.

zum Teil die Konservativen im eigenen Lande von ihm verlangten, hatte seine Ursache einmal darin, daß er ihm keine große Bedeutung beimaß, vielmehr von einem Verbot erst eine größere Ausbreitung desselben befürchtete, sodann in dem Widerwillen, den sein entwickeltes Rechtsempfinden gegen polizeiliche Schikanen in der von Dalwigk und anderen mittelstaatlichen Ministern geübten Art hegte. Dazu kam — wenigstens in den Jahren der Neuen Ära, als die Fortschrittspartei noch nicht bestand — ein gewisses Wohlwollen für die Kundgebungen des deutschen Nationalgefühls, die der antinapoleonischen Richtung seiner Politik entsprachen. König Wilhelms Bundespolitik, die sich, nachdem sie erst einmal festere Umrisse angenommen, unter Verwerfung des von den Mittelstaaten erstrebten Weges der formalen Kompetenzerweiterung des Bundestages auf eine brauchbare militärische Neugliederung des Bundes beschränken wollte, war von den Bestrebungen des Nationalvereins, der dem Bundesorgan schlechthin jede Rechtsgrundlage absprach, durch eine Welt von Gegensätzen getrennt. Nicht ohne Berechtigung hat man seine Haltung „bundeskonservativ" genannt[2]). Von dem Ehrgeiz, an der Spitze Deutschlands zu stehen, ist auch König Wilhelm zwar nicht frei gewesen, aber es sollten die deutschen Souveräne sein, die sich vertrauensvoll um ihn scharten[3]).

Unter seinen Ministern haben die konservativen Kabinettsmitglieder Roon, Simons und von der Heydt in bezug auf die deutsche Frage und die deutsche Bewegung eine von der des Königs abweichende Meinung niemals an den Tag gelegt; Roon hielt in seiner exklusiv preußischen und ausgesprochen reaktionären Einstellung von der Einheitsbewegung zweifellos noch weniger als der Herrscher selbst. Auch der Außenminister Schleinitz hat eigene Gedanken über die Bewegung nirgends entwickelt; seine Auffassung von der deutschen Frage, geteilt von seinem Amanuensis Gruner, dem der Nationalverein ein Greuel war, charakterisiert sich als eine über die des Monarchen noch hinausgehende ständige Reserve und als eine jeder Tatkraft entbehrende Negation alles Handelns; seine vergleichenden Auslassungen über Rechtsprinzip und Nationalitätsprinzip modifizierten die geläufigen legitimistischen Dogmen nur insofern, als sie der nationalen Idee eine gewisse theoretische, für die legitimen Gewalten jedoch völlig unschädliche Berechtigung zuerkannten. Wenngleich es das Anwachsen der Einheitsbewegung zuwege brachte, daß unter Schleinitz' Nachfolger Bernstorff die Bundesreformfrage vom preußischen Kabinett als bren-

---

[2]) Schwemer, Frankfurt III, 2, S. 135; vgl. Marcks a. a. O. S. 153.
[3]) Vgl. Bernhardi IV, S. 155 und die Charakteristik der deutschen Politik König Wilhelms von Joh. Schultze (Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner, Bd. II, S. XVII f.).

nend anerkannt und ihre Lösung versucht wurde, so änderte sich doch praktisch in der Haltung der Regierung zum Nationalverein damit nichts. Nur die Motive der sich gleichbleibenden Zurückweisung des Vereins waren andere: hatte Schleinitz den Anerbietungen der Nationalpartei gegenüber die kalte Schulter deshalb gezeigt, weil er ihr Ziel, die Bundesreform, nicht verfolgen wollte, so hatte Bernstorff zwar dies Ziel mit gewissen Einschränkungen aufgenommen, aber auf die Einsetzung der Bewegung für seine Pläne verzichtet.

Einzig die Stellungnahme Schwerins trägt eine besondere Note. Nächst Roon die am deutlichsten ausgeprägte Persönlichkeit, rückt Graf Schwerin schon als Leiter des Innenministeriums, in dessen unmittelbaren Geschäftsbereich die Behandlung der preußischen Nationalvereinsgruppen fiel, in den Vordergrund des Interesses. Mit der Feststellung, daß er den Nationalverein nicht für eine preußische Hegemonialpolitik ausnutzen wollte, daß er ihm in Preußen keine Verbreitung wünschte und daß er seine Ideen schroff zurückwies, ist das Wesen seiner Anschauungen noch nicht in seiner vollen Eigenart umrissen. Das eigentlich Bedeutsame an seiner Stellungnahme ist die Motivierung, die er ihr in dem Gutachten über den Nationalverein gab, das dann zum Ausgangspunkt der ministeriellen Anschauungen wurde. Denn es sind Gedankengänge, die in manchem die typischen Züge altliberaler Staatsanschauung tragen [4]), in ihrer Überspannung aber auch die starre Geradlinigkeit widerspiegeln, die der politischen Haltung Schwerins im besonderen eigentümlich war. Von der außenpolitischen Wirkungskraft des „Rechts" hatte Schwerin eine so hohe Auffassung, daß er sich von einer vollkommen neutralen Haltung zum Nationalverein und seinen mittelstaatlichen Gegnern, von einer rechtlichen, überall gesetzlichen, nach allen Seiten loyalen und vor allem durchaus offenen Politik eine Hebung des preußischen Ansehens versprach, die dem eigenen Staat auf die Dauer zum Segen gereichen würde. Schwerin und sein Monarch hatten von den moralischen Eroberungen eine ethisch bestimmte und viel abstraktere Auffassung als die Häupter der Nationalpartei, die darunter vor allem ein konkretes Bündnis zwischen Preußen und der Einheitsbewegung zum Zweck der Bundesreform verstanden. Indem der altliberale Innenminister die im Privatleben gültigen Maximen undiplomatischer, vorbehaltloser Ehrlichkeit in die Sphäre zwischenstaatlicher Beziehungen übertrug, übersah er, daß im Verkehr der Staaten untereinander eine tatkräftige, zugreifende Politik sich in der Regel mehr Ansehen zu verschaffen vermag, als der einer Großmacht schlecht anstehende Verzicht auf eine solche. Wenn die

[4]) Schroth, Welt- und Staatsideen des deutschen Liberalismus, S. 89.

Neue Ära diesen Verzicht neben den sittlichen mit utilitarischen Gesichtspunkten [5]) motivierte, dann bewies der Verlauf der Dinge, daß das eine Fehlkalkulation gewesen war. Denn die Gunst der öffentlichen Meinung pflegt sich in der Mehrzahl der Fälle auf die Seite des Erfolges, auch des rücksichtslos errungenen Erfolges zu stellen. Dagegen fanden, wie die Untersuchung zu zeigen suchte, all die so überaus ehrlich gemeinten Loyalitätsbeteuerungen König Wilhelms, Schleinitz' und Schwerins, ihre Versicherungen von der Uneigennützigkeit ihrer Politik, fast nirgends Glauben und erwiesen sich nicht als geeignet, der Neuen Ära in Deutschland die Sympathien von Regierenden oder Regierten zu gewinnen. Im Gegenteil: an Stelle der moralischen Eroberungen sah man sich bald einer wachsenden Verstimmung bei Kabinetten und Bevölkerungen gegenüber.

Auch innenpolitisch war Schwerin die Hebung der Regierungsautorität durch Loyalität gegen alle Parteien mißlungen. Die milde Auslegung der preußischen und der Bundesvereinsgesetzgebung durch das Berliner Ministerium wurde in einzelnen Fällen von den Unterbehörden im Lande sabotiert, an deren konservativer Zusammensetzung Schwerin aus seinem Gerechtigkeitsgefühl heraus zum Schaden seines eigenen Ansehens nicht rütteln ließ. So findet an dem Versagen Schwerins das Scheitern der Neuen Ära außenpolitisch und innenpolitisch die augenfälligste Dokumentierung.

Auerswald und Patow standen dem Nationalverein freundlicher gegenüber als der Innenminister; aber auch jener hatte Bedenken gegen eine Förderung des Vereins; zunehmende Kränklichkeit hinderte ihn an einer wirksamen Vertretung nationaldeutscher Ideen, so daß er das allmähliche Versagen der Neuen Ära mit müder Resignation hinnahm [6]). Dem Finanzminister stand von seinem Ressort aus keine Möglichkeit offen, den gelegentlich geäußerten Sympathien für die Einheitsbewegung nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Und der Ministerpräsident Fürst Hohenzollern selbst besaß nicht das erforderliche Selbstbewußtsein, um die von ihm mehrfach befürwortete deutsche Politik gegen die Widerstände der Krone durchzusetzen. Für ihn war es wie für die Mehrzahl seiner Kollegen charakteristisch, daß er das Nützliche und das Notwendige wohl oft genug erkannte, aber sich nicht zu Schritten entschließen konnte, die zur Erreichung des als richtig erkannten Zieles unerläßlich waren [7]). Bis zu einem gewissen Grade trieben alle diese altliberalen Männer, wie Baumgarten gelegentlich

---

[5]) Meinecke, Die Idee der Staatsräson, 3. Aufl., Einleitung.
[6]) Heyderhoff, Kritische Parlamentstage, a. a. O. S. 143.
[7]) Vgl. Dunckerbriefe S. 179.

klagte, „Politik wie die Wissenschaft" und meinten, „eine Sache wäre mit gründlicher Diskussion erledigt" [8]).

In dieser Atmosphäre der Entschlußlosigkeit mahnte Duncker, der dem Nationalverein nicht ohne positive Kritik gegenüberstand, vergeblich zu energischer Außenpolitik. Seine Mission als Mittelsmann zwischen der preußischen Regierung und der deutschen Einheitsbewegung scheiterte [9]). Auch Usedoms Eintreten für die Nationalbewegung blieb in Berlin ohne Folgen. Mit seiner intensiven Fürsprache für den Nationalverein nahm Usedom unter den preußischen Diplomaten eine Stellung ein, der zwar die gelegentlich geäußerten Ansichten einiger Gesandten wie Löwenstein und Richthofen nahestanden, die aber in Männern wie Sydow oder Savigny höchst aktive Gegner hatte. Daß sich Usedom um ehrliches Verständnis für die nationale Bewegung bemühte, darüber lassen seine zahlreichen Äußerungen keinen Zweifel. Es wäre ungerecht, wollte man den Beziehungen Usedoms zur deutschen Einheitsbewegung das harte Urteil zugrunde legen, das Bismarck über seine „Neigung zu unterirdischen Verbindungen" und seinen Verkehr mit den italienischen Einheitskämpfern Garibaldi und Mazzini während seiner späteren Turiner Gesandtenzeit gefällt hat [10]). Wenn man freilich an solche Verbindungen den strengen Maßstab legt, wie etwa der preußische Gesandte in Stuttgart, der seinem Legationssekretär Zschock sogar den brieflichen Verkehr mit Max Duncker verbot [11]), dann waren auch Usedoms ständige Klagen bei seinen liberalen Freunden über das Berliner Ministerium inkorrekt zu nennen. Zum Nationalverein selbst sind seine Beziehungen übrigens nur ganz loser Natur gewesen; seine Sympathie für den Verein stieß nicht durchweg auf Gegenseitigkeit, da man dort teilweise einem offenbar von Schleinitz in Umlauf gesetzten Gerücht [12]) Glauben schenkte, daß der preußische Bundestagsgesandte und sein Vorgänger eine Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich beabsichtigten.

---

[8]) Heyderhoff-Wentzke I, S. 61.

[9]) Constantin Rößler, Ausgewählte Aufsätze, S. 423.

[10]) Bismarck, Erinnerung und Gedanke, Ges. W. Bd. 15, S. 137 ff. In Diplomatenkreisen ist Usedom fast durchweg höchst abfällig beurteilt worden. Dem scharfen, ja gehässigen Urteil des Grafen Robert von der Goltz und Manteuffels (Dorn, Goltz a. a. O. S. 125, 241, 258 f.) gaben die spöttischen Bemerkungen des württembergischen Bundestagsgesandten Reinhard über ihn und seine Gattin Olympia wenig nach (W.St.A. Stuttgart II). Aufschlußreich sind auch die Äußerungen Gustav Freytags über Usedom (Gustav Freytags Briefe an Albrecht von Stosch, hrsg. von H. F. Helmolt, 1913, S. 33 f., 36, 51).

[11]) Dunckerbriefe S. 328, Anm. 4.

[12]) Dunckerbriefe S. 201, 204.

Die duldsame und doch als so unzureichend empfundene Behandlung, die der Nationalverein im Zeitraum der Neuen Ära von seiten Preußens erfuhr, änderte sich in der zweiten Epoche der Vereinsgeschichte (1862—1866) unter dem Ministerium Bismarck entscheidend[13]). Da für Bismarcks Handeln starre Prinzipien wie Legitimitätsgedanke oder nationale Idee keine richtungweisende Gültigkeit besaßen, und da er als der dem König unentbehrliche Schildhalter des Königtums von den legitimistischen Anwandlungen des Monarchen weniger abhängig war als die Neue Ära, so hat sich seine Stellung zu den populären Kräften den wechselnden Bedürfnissen der preußischen Politik jeweils anpassen können. Durch die preußische Konfliktsperiode war er zunächst gezwungen, den Nationalverein, der mit der Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 das Schwergewicht seiner Forderungen von der preußischen Spitze auf das deutsche Parlament verschob[14]), erbittert zu bekämpfen. Unter seinem Regime war der Verein auch in Preußen behördlichen Verfolgungen und Verboten ausgesetzt; die Wochenschrift wurde in Preußen unterdrückt. Aber daneben berief sich Bismarck auch schon während der Konfliktsjahre auf die nationale öffentliche Meinung, wenn seine Politik eine solche Taktik erforderte, und suchte bereits 1863 durch die Forderung eines deutschen Parlaments aus direkten Volkswahlen die Politik des Frankfurter Fürstentages zu durchkreuzen. Nachdem er nach der Frankfurter Generalversammlung von 1865 noch scharf gegen den Nationalverein Stellung genommen, vertauschte er im Entscheidungsjahr 1866 die rücksichtslose Unterdrückung der Einheitsbewegung mit einer ebenso rücksichtslosen Ausnützung. Obwohl er den König von Hannover gelegentlich vor dem Bündnis mit dem Nationalverein als einem Bunde mit der Revolution gewarnt hatte, nahm er selbst — teils persönlich, teils durch den preußischen Innenminister Eulenburg, teils durch Mittelsleute wie Bernhardi und Roggenbach — mit den Führern der Einheitsbewegung Fühlung. Der grundsätzliche Unterschied, daß für Bismarck die nationale Idee Mittel zur Vergrößerung Preußens, für die Einheitsbewegung aber Preußen Mittel zur Verwirklichung der nationalen Idee war, wurde durch die von Bismarck eingegangene Verbindung zum Teil dadurch überbrückt, daß sie der Einheitsbewegung in der Schaffung des deutschen Parlaments einen wesentlichen Teil ihrer Forderungen erfüllte. Die Verquickung großpreußischer Hegemonialbestrebungen mit den

---

[13]) Zum Folgenden: Oncken, Bennigsen I, S. 581, 592 ff., 608 f., 640, 648, 656, 684, 692, 701 ff., 710 ff., 731 ff., 742; Mommsen, Miquel I, S. 220 ff., 281 f., 324 ff., 343 ff.; Bechstein, Feodor Streit, S. 30; Oetker, Lebenserinnerungen III, S. 380 ff.; Bism. Ges. W. IV, S. 403, 459.

[14]) Vgl. Mommsen, Miquel I, S. 223 ff.

nationalen Ideen läßt die Bismarcksche Politik als „die großartigste und erfolgreichste Synthese der alten Staatsräson der Kabinette und der neuen populären Gewalten" erscheinen[15]).

Selbstverständlich kann die Betrachtung der in ihrer Zielsicherheit einzigartigen Stellung Bismarcks zur Einheitsbewegung keinen Wertmaßstab abgeben für die Beurteilung der Haltung der Neuen Ära. Dagegen erscheint ein Vergleich mit der entsprechenden Stellungnahme Österreichs und der Mittelstaaten eher gerechtfertigt. Der dauernden Zurückhaltung Preußens stand im Zeitraum der Neuen Ära eine gesteigerte Aktivität der Mittelstaaten gegenüber, die nicht nur den Nationalverein als den Totengräber der partikularen Souveränitäten eindeutig ablehnte und verfolgte, sondern sich umgekehrt seit 1861 auch mit allen erdenklichen Mitteln bemühte, eine dem Nationalverein gleichwertige Volksbewegung zu entfachen, um die allgemeine Unzufriedenheit mit den Bundesverhältnissen in eine der mittelstaatlichen Politik unschädliche Bahn zu lenken. Der 1862 gegründete Deutsche Reformverein war die Frucht dieser Bemühungen. Für die hier wichtigen Gesichtspunkte ist es belanglos, daß weder der Kaiserstaat noch die dritte Staatengruppe ernstlich an Bundesreformen dachten und daß der „großdeutsche" Verein eine dem Nationalverein ebenbürtige Ausdehnung und Bedeutung niemals gewonnen hat; wesentlich ist, daß die antipreußischen Bundesmächte unbeschadet ihrer ständigen Betonung der dynastischen Solidarität das Mittel populärer Agitation, dessen Gebrauch sie der Neuen Ära mit Unrecht vorwarfen, selbst nach Kräften für ihre eigene Politik nutzbar zu machen suchten[16]). Die Aggressivität der Mittelstaaten wies in dieser Beziehung einen viel gesünderen Egoismus auf, als die loyale Beschränkung des Regenten und seines Ministerium auf die korrekten, rein diplomatischen Mittel, die für den Ausfall an greifbaren Erfolgen nicht einmal durch den erhofften ideellen Gewinn entschädigte. Es möchte scheinen, als ob die Mittelstaaten in ihrer Sorge um die eigene Existenz die Chancen der preußischen Machtposition, die Möglichkeiten eines preußischen Appells an die nationalen Volkskräfte viel klarer sahen und für aussichtsreicher hielten, als es die Leiter der preußischen Politik selbst taten.

Die Ergebnisse der Untersuchung haben die bisher in der Lite-

---

[15]) Meinecke a. a. O. S. 518.

[16]) Vgl. Fröbel, Ein Lebenslauf; Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland (9. Aufl.), Bd. I, S. 47 f.; Börner, Julius Fröbel und das österreichische Bundesreformprojekt aus dem Jahre 1863, Diss. Marburg 1919 (insbesondere S. 61 f., 73, 78, 97); Zimmermann, Der deutsche Reformverein; Mommsen, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, a. a. O. S. 527.

ratur vertretene, im ganzen einheitliche Auffassung [17]) von der Stellung der Neuen Ära zum Nationalverein, unbeschadet einiger Korrekturen im einzelnen, im wesentlichen bestätigt. Mit Hilfe von ungedrucktem Material und unter Heranziehung der neueren gedruckten Quellen ist es jedoch möglich gewesen, einzelne Partien des bereits festliegenden Bildes klarer herauszuarbeiten [18]) und die Motive deutlicher zu machen, die für die Haltung des Prinzregenten und seiner Minister entscheidend waren. Als Ursache für das Ausbleiben der an sich in diesem Zeitraum verhältnismäßig leicht möglichen Zusammenarbeit zwischen Preußen und der Einheitsbewegung hat sich in der Hauptsache ergeben: innenpolitisch die grundsätzliche und zugleich reale Erwägung, der Demokratie und dem Liberalismus nicht gleichzeitig mit den nationalen Bestrebungen den Einbruch in das konservative Gefüge des preußischen Staates zu ermöglichen, außenpolitisch die auf mangelndes Selbstvertrauen gegründete Scheu vor einer egoistischen Machtpolitik und fast noch mehr die starre, mitunter doktrinäre Befolgung traditioneller Prinzipien, die in der Unantastbarkeit überkommener Rechtsverhältnisse und in der legitimistischen Solidarität der Dynastien gipfelten.

---

[17]) Vgl. Adolf Schmidt, Preußens deutsche Politik (3. Aufl.), 1867, S. 212; Bulle, Geschichte der neuesten Zeit, Bd. II (2. Aufl.) S. 347; Stern VIII, S. 443; Biedermann, 1840—1870. Dreißig Jahre deutscher Geschichte II, S. 255. Biedermann, Geschichte des Deutschen Einheitsgedankens S. 65; Parisius a. a. O. S. 30 f.; Parisius, Hoverbeck I, S. 165 f.; Philippson, Forckenbeck, S. 42; Hansen, Die Rheinprovinz 1815—1915, I, S. 765 f., 769; Oncken, Bennigsen I, passim; Mommsen, Miquel I, passim; Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien; Neumann, Die Stufen des preußischen Konservatismus, S. 186 u. a.

[18]) Die beiden Einzelfragen, die von der sonst beobachteten lediglich passiven Duldung des Nationalvereins abweichen, das Pressewesen und die Flottenfrage, können möglicherweise durch eine Sonderuntersuchung in manchen Zügen noch weitere Aufhellung erfahren.

Exkurs über König Wilhelms Stellung zu den schwarz-rot-goldenen Farben.

Die ungedruckten Immediatberichte der mittelstaatlichen Diplomaten in Berlin [1]) geben von zwei kleinen Vorfällen Nachricht, die für des Regenten Antipathie gegen die schwarz-rot-goldenen Farben [2]) höchst bezeichnend sind. Die Stettiner Polizeidirektion hatte im Sommer 1860 „den öffentlichen Gebrauch einer Fahne mit deutschen Farben" verboten [3]), so daß Stettiner Bürger sich mit einer Petition um die Zulassung der nationalen Farben an die Kammer gewandt hatten [4]). Der Innenminister Schwerin teilte daraufhin der Stettiner Polizei mit, daß „das öffentliche Aufstecken schwarz-rot-goldener Fahnen gesetzlich nicht verboten sei, und deshalb von Seiten der Polizei nicht verhindert werden dürfe". Die Folge dieses toleranten Erlasses war, daß bei einem bald darauf in Berlin stattfindenden Turnfeste im Festzuge zahlreiche schwarz-rot-goldene, angeblich sogar rote Fahnen getragen wurden, wogegen man nur eine einzige preußische Fahne — und auch diese erst auf das ausdrückliche Verlangen der Polizei hin — mitführte. Über diesen Vorfall sprach der Prinzregent dem Berliner Polizeipräsidenten von Zedlitz sein größtes Mißfallen aus. Er wisse wohl, grollte er, daß der Grund hiervon nur in Schwerins Erlaß an die Stettiner Polizei liege. Von diesem Erlaß habe er jedoch vorher keine Kenntnis gehabt, und solange er regiere, wolle er in Preußen keine anderen als preußische Fahnen sehen. Entschlossen, diesen seinen Willen auch energisch durchzusetzen, nahm der Regent keinen Anstand, als er bald nach dem Berliner Turnfest bei der Durchfahrt durch die Stadt Düren (Rheinland)

---

[1]) Immediatbericht Trotts, 8. u. 29. Sept. 1860 (Ausf. Pr.St.A. Marburg IV) und des Württembergers Uxküll, 15. Sept. 1860 (Ausf. W.St.A. Stuttgart III).

[2]) Vgl. auch Wilhelm an Auerswald, 14. Nov. 1858 (Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner, bearb. von Joh. Schultze, Bd. II, S. 124f.).

[3]) Akten darüber waren im Pr.St.A. Stettin nicht zu ermitteln.

[4]) Wochenschrift S. 33.

eine schwarz-rot-goldene Fahne bemerkte, persönlich einen Gendarmen abzuschicken, um dagegen einzuschreiten [5]).

Bekanntlich machte ein Jahr darauf die Berliner Jahnfeier die Frage abermals akut. Duncker warnte vor jeder Beanstandung der deutschen Fahnen, auch der Kronprinz schrieb dem König in der Angelegenheit [6]). Die Entscheidung, die der Monarch nach anfänglichen Bedenken diesmal traf, daß nämlich nur den nichtpreußischen Turnvereinen das Tragen von Schwarz-rot-gold zu gestatten sei [7]), läßt eine Auffassung erkennen, die in der zwiespältigen Stellung Schwerins zur preußischen und außerpreußischen Einheitsbewegung ihr charakteristisches Seitenstück findet.

Auch bei den Königsberger Krönungsfeierlichkeiten nahm man an den Farben der Einheitsbewegung Anstoß. Die Polizeibehörde, gerade in Königsberg dem Nationalverein wenig freundlich gesinnt [8]), ließ am 13. Oktober in der Krönungsstadt die schwarz-rot-goldenen Fahnen entfernen, mit der Begründung, daß die Krönungsfeier ein preußisches und kein deutsches Fest sei [9]). Vermutlich war es wieder das Eingreifen Schwerins, das, wie im Jahr zuvor in Stettin, die Durchführung dieser Verordnung verhinderte. Jedenfalls wurde, ein neues Zeichen für die in Regierungskreisen einander widerstreitenden Anschauungen, das polizeiliche Verbot am folgenden Tage zurückgezogen [9]). Die deutschen Farben waren jetzt sogar unmittelbar den Fenstern des Königs gegenüber zu sehen, ohne daß der Monarch diesmal dagegen eingeschritten wäre [10]). Auch in Berlin, Halle und Bromberg konnte anläßlich der Krönung ungehindert schwarz-rot-gold geflaggt werden [11]). Lediglich in Frankfurt (Oder) umging der Krönungszug ostentativ die schwarz-rot-gold geschmückte Hauptstraße, was den Minister Schwerin zu der Erklärung veranlaßte, das Aushängen der deutschen Fahne sei eine Demonstration, die immer unangenehm wirke [12]).

So bedarf die Behauptung Wentzkes [13]), daß die Verbote gegen Schwarz-Rot-Gold in Preußen mit der Einsetzung der Regentschaft gefallen seien, einer starken Einschränkung, die auch schon durch das

---

[5]) Der Dürener Vorfall findet sich nur in den Berichten Trotts; vgl. auch Wochenschr. S. 260.
[6]) Haym, Duncker S. 242; Dunckerbriefe S. 291.
[7]) Valentin-Neubecker, Die deutschen Farben, S. 36, Anm. 70.
[8]) Siehe oben S. 121, Anm. 50.
[9]) Schultheß 1861, S. 47; Wochenschr. S. 637.
[10]) Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms, II, S. 74 f.
[11]) Wochenschrift S. 655, 667.
[12]) Wochenschrift S. 726.
[13]) Wentzke, Die deutschen Farben, S. 186.

von Valentin[14]) beigebrachte Material geboten ist. Die Stellung König Wilhelms zur deutschen Trikolore ist wie die zur Einheitsbewegung überhaupt eine ablehnende gewesen[15]); ihr konnte Schwerin nur gelegentlich eine mildere Handhabung der polizeilichen Praxis abringen. Man war sich in Berlin des engen Zusammenhanges zwischen der Flaggenfrage und der Bundesreformfrage zu sehr bewußt[16]), um in jener Konzessionen zu machen, die man in dieser nicht zugestehen wollte; die Farben von 1848 gleich Österreich und den süddeutschen Regierungen lediglich zur populären Drapierung der eigenen politischen Pläne zu verwenden[17]), das gewann jedoch der preußische Staat Wilhelms I. nicht über sich.

---

[14]) Valentin-Neubecker, a. a. O. S. 36 ff.

[15]) Über König Wilhelms spätere Abneigung gegen Schwarzrotgold vgl. auch Zechlin, Schwarzrotgold und Schwarzweißrot in Geschichte und Gegenwart, S. 32 und Kaiser Friedrich III., Kriegstagebuch 1870/71, hrsg. von H. O. Meisner, S. 336.

[16]) Vgl. Bernstorffs Erklärung bei Valentin S. 37 f.

[17]) Valentin S. 37 f.; Wentzke a. a. O. S. 186 ff.

Anlagen.

Anlage 1.

Richthofen an Schleinitz[1]).

Vertraulich. Hamburg, den 25. July 1859.

Manifestationen zur Verbesserung der Bundesverfassung.

Die Manifestationen, welche in Hannover und Thüringen zum Behuf einer Veränderung der Bundesverfassung und Herstellung einer einheitlichen Gewalt unter der Hegemonie Preußens Statt gehabt, haben nicht verfehlt, auch hier mehrfachen Anklang zu finden, und ich bin von verschiedenen Seiten vertraulich befragt worden, welche Aufnahme diese Zwecke, und welche Aussicht auf Erfolg und Unterstützung sie in Preußen gefunden haben? Man hat dabei die Absicht ausgesprochen, eventl. auch hier ähnliche Demonstrationen zu machen.

Ich habe hierauf nur erwidern können, daß ich mich hierüber ohne Kenntnis befinde, und daß, wenn ich auch aus den neulichen Verhandlungen am Bunde wegen des Oberbefehles, die zur Publicität gelangten, ersehen, daß die Königliche Regierung eine Unzulänglichkeit der Bundesverfassung für gewisse Fälle und in gewissem Grade anerkennt, ich doch darüber nicht unterrichtet sei, ob die weiter gehenden Bestrebungen jener Demonstrationen einen Anhalt in der eigenen Ansicht der Königlichen Regierung fänden; ich könnte daher nur dem eigenen Ermessen der Betheiligten überlassen, was sie hierüber zu thun gedächten. In der That glaubte ich einen Rath zu solchen Demonstrationen, auch selbst nicht unter der Hand, ertheilen zu dürfen.

So allgemein auch überall die Unzulänglichkeit der Bundesverfassung anerkannt ist, so würden die Demonstrationen in diesem Sinne doch nicht von Allen, welche diese Ansicht theilen, ausgehen; die Mehrzahl bezweifelt ein energisches Vorgehen in dieser Hinsicht Seitens Preußens und fürchtet, sich ohne Nutzen zu kompromittieren. Die, welche dies nicht fürchten, gehören einer Richtung an, die, wie

[1]) Ausfertigung Pr.G.St.A. III. Siehe oben S. 39f.

berechtigt sie auch sein mag, sich bereits im Konflict mit den Regierungen befindet, unter denen sie leben. Geschehe hinterdrein doch nichts, um ihre Ansicht zu fördern, so wäre der Zwiespalt zwischen Regierung und Land nur noch größer, und die Gereiztheit gefährlicher, denn die Regierungen würden nicht verfehlen, diese Demonstrationen dem geheimen Einflusse Preußens zuzuschreiben, und jene, welche die Demonstration gemacht haben, würden glauben, von Preußen im Stiche gelassen zu sein.

Liegt es aber in der Absicht der Königlichen Regierung, wirklich in diesem Sinne vorzugehen, so bedarf es jener Demonstrationen gar nicht. Das Bedürfnis einer anderweitigen Gestaltung des Bundes ist so allgemein anerkannt, daß ihr die Zustimmung zu den hierauf bezüglichen Schritten, was das Volk betrifft, überall zufallen würden. Die ganze Sache bekäme dann einen Charakter von Legitimität, welcher ihr nicht blos, wie bisher, die linken Seiten der deutschen Ständeversammlungen, sondern die überwiegende Mehrzahl des ganzen Volkes, ja vielleicht selbst einige kleinere Regierungen zuführen würde.

Diese Erwägungen haben mich bestimmt, mich von der Sache fernzuhalten, bis E. E. mich etwa mit anderweiten, hierauf bezüglichen Instructionen zu versehen die Geneigtheit haben möchten.

Anlage 2.

Schleinitz an Richthofen[1]).

Berlin, den 2. August 1859.

.....

Auch in Preußen selbst haben sich ähnliche Wünsche vielfach kundgegeben; doch darf ich es als eine erfreuliche Wahrnehmung bezeichnen, daß das Vertrauen auf die Intentionen und die Weisheit S. K. H. des Prinz-Regenten die, gewiß überall vom lebhaftesten Interesse für die deutschen Verhältnisse beseelte Bevölkerung Preußens von drängenden Demonstrationen zurückhält. Wenn aber die Kgl. Regierung solchen Kundgebungen, wo sie im eigenen Lande hervortreten sollten, keinen Einfluß auf ihre Entschlüsse gestatten könnte, so versteht es sich von selbst, daß sie derartigen Demonstrationen im Auslande, auch wenn sie von der achtungswerthesten Seite und von den wohlwollendsten Motiven für Preußen ausgehen, völlig fremd bleiben

[1]) Konzept Pr.G.St.A. III. Vermutlich verwertet von Sybel II, S. 337. Siehe oben S. 40.

muß, und daß ihren Vertretern im Auslande diesen allerdings beachtenswerthen Erscheinungen gegenüber nur die Rolle aufmerksamer und besonnener Beobachter zukommen kann.

Anlage 3.

Denkschrift von Dunckers Hand[1]).

Preußen kann in der deutschen Frage, welche mit der Sicherung seines Bestandes und seiner Macht so nahe zusammenhängt, kein anderes Ziel verfolgen, als eine enge Verbindung mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Diese Verbindung muß eine solche werden, daß es nicht mehr in der Wahl dieser Staaten liegt, ob sie dem Gange der preußischen Politik folgen wollen oder nicht.

Da dieses Ziel weder durch Anwendung militärischer Gewalt noch auf dem Wege der Revolution erstrebt werden darf, werden besonders günstige Konjunkturen erforderlich sein, um dasselbe zu erreichen. Aber sowohl um das Eintreten solcher Konjunkturen zu benutzen als um die Gefahren vermeiden zu können, welche in der gegenwärtigen deutschen Verfassung für Preußen liegen, ist eine vorbereitende Thätigkeit von großem Umfange und ernstem Nachdruck unerläßlich ...

... Preußen wird wohlthun den völlig loyalen Weg zu gehen und die öffentliche Meinung Deutschlands am Besten gewinnen und festhalten durch eine Reihe von Anträgen am Bundestage, welche die Sicherung des Rechtszustandes in Deutschland, das Wohl Deutschlands und seine Vertheidigungsfähigkeit zum Zweck haben.

So wichtig die Unterstützung der öffentlichen Meinung für Preußen ist, diese Anträge dürfen nicht auf Erwerbung der Popularität berechnet sein und keinen agitatorischen Charakter an sich tragen. Sie müssen den Schein einer Wiederaufnahme der Unionspolitik vermeiden und dem Auslande keine Veranlassung zu Einmischungen bieten. Sie müssen vielmehr den Charakter an sich tragen, durch den nunmehr in Preußen bestehenden Rechtszustand, durch die Pflicht Preußens für das Wohl und die Sicherheit Deutschlands zu sorgen, diktiert zu sein ...

Preußen kann ohne Beihilfe der öffentlichen Meinung zu keiner Verbesserung seiner Stellung am Bunde gelangen, den Anschluß der Mittel- und Kleinstaaten nicht erlangen ... [Es sei] wünschenswerth, daß Preußen sofort einen Schritt thue, welcher seinen ebenso loyalen als entschlossenen Willen bezeichnet. Die deutsche Frage beschäftigt gerade in diesem Augenblick alle Gemüther, überall faßt man die ge-

[1]) Nachlaß Auerswald. Siehe oben S. 42 f.

gefährdete Lage Deutschlands ins Auge und die Erwartungen aller sind auf Preußen gerichtet. Preußen aber kann nur mit äußerster Vorsicht und Behutsamkeit verfahren.

Wenn nun die deutschen Angelegenheiten als besonderes Ressort ausgesondert und dadurch der Höchsten Aufmerksamkeit als besonders würdig bezeichnet werden, wenn dieselben Seiner Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern übergeben werden und somit als Geschäftskreis des Ministerpräsidenten gleichsam den Mittelpunkt der Geschäfte bilden, so ist dieser Akt veränderter Geschäftsbehandlung in Verbindung mit dem Namen Seiner Hoheit allein genügend, ein großes Vertrauen zu erwecken ohne übermäßige Hoffnungen zu erregen.

Es würde in diesem Schritte eine Anerkennung der Bedeutung der deutschen Frage, eine Anerkennung des Ernstes der gegenwärtigen Lage Deutschlands, sowohl ein Beweis der voraussehenden Fürsorge der preußischen Regierung, als eine Gewähr ihres aufrichtigen und nachhaltigen Strebens in den deutschen Dingen liegen. Die Stellung, welche die preußische Regierung durch diesen Schritt einnähme, würde sagen, daß Deutschland auf keine waghalsige und überstürzte Initiative, wohl aber auf ein ruhiges gemäßigtes und insbesondere auf ein systematisches Vorgehen Preußens zu rechnen habe. Jedermann würde diesen Eindruck haben; er würde auch dem behutsamsten Schritte der preußischen Regierung das Gepräge der Sicherheit und des Nachdrucks geben und wesentlich dazu beitragen, die deutsche Bewegung in den Bahnen der Besonnenheit zu erhalten.

Am 18. August 1859.

Anlage 4.

Usedoms Kissinger Denkschrift[1]).

Pro Memoria
betreffend die Beantwortung der Stettiner Petition
wegen Reform des deutschen Bundes.

Die Königl. Regierung geht ohne Zweifel von dem richtigsten Gesichtspunkte aus, wenn sie die neuerlich so unerwartet in Deutschland entstandene Bewegung auf Bundesreform im Preußischen

[1]) Pr.G.St.A. III. Siehe oben S. 44ff.

Sinne, keineswegs vernachlässigen, sondern wo möglich auf der rechten Bahn erhalten will. Zwar dürfte dieselbe für den Augenblick kein großes praktisches Resultat erzielen, wie dies auch auf den Versammlungen zu Eisenach usw. mehrfach erkannt und ausgesprochen worden ist. Wohl aber bietet sie schon jetzt ein bedeutendes Machtmittel für Preußen dar und kann, einsichtig gepflegt, bei günstiger Gelegenheit große politische Früchte tragen. So ist es, zum Beispiel, schon gegenwärtig erfreulich zu sehen, wie so manche extreme politische Parteien und ihre Führer, die wegen übertriebener Freiheitsideen bisher der Staatsregierung feindlich gegenüber standen, nunmehr mit dem jetzigen Regierungssystem sich befriedigt erklären, sofern dasselbe nur Aussicht gewähre, auch die nationale Einheit zu fördern und zu entwickeln; es solle deshalb, wie sie erklären, unter Beseitigung unzeitiger politischer Differenzen, die Bildung einer „deutschen Nationalpartei" erstrebt werden. Es wäre ein bedeutendes Ergebnis, wenn auf diese Weise diese berechtigte und vernünftige Nationalbewegung jene unvernünftigen politischen Freiheitsbestrebungen absorbiren und unschädlich in sich aufgehen lassen könnte.

Wie die Sachen jetzt stehen, wird es vornehmlich Sache der Preußischen Bevölkerung sein, in einem vaterländisch-brüderlichen Sinne den Manifestationen im übrigen Deutschland entgegen zu kommen und dieselben zu erwidern; in gleichem Sinne wird auch die Preußische Presse sich äußern müssen, und auf diesem indirecten Wege könnte die Königl. Regierung diejenige Wirkung auf die Dinge ausüben, welche ihr die Umstände auf dem directen Wege versagen. Anträge auf Bundesreform beim Bunde durchsetzen zu wollen, wäre in der That ebenso verkehrt, als dem Kranken die Selbstheilung oder dem Angeklagten die Selbstverurtheilung anheimzustellen. Noch verkehrter wäre es freilich, wollte man etwa dem Bunde neue Attributionen und Befugnisse den Einzelstaaten gegenüber beilegen: Dies hieße dem Übel, das man beklagt, geradezu neue Kräfte zuführen. Hieran darf also unter keinen Umständen gedacht werden. Dagegen scheint es allerdings an der Zeit, daß die Königl. Regierung das ihr in dieser Richtung bewiesene Vertrauen durch irgend eine Erwiderung vergelte und ihre Stellung zur Sache, so weit es möglich, an den Tag lege: es ist dies eine Bedingung, damit die Anhänger Preußens in Deutschland Muth und Zuversicht behalten. Auch sind auf den verschiedenen Zusammenkünften dringende Wünsche dahin laut geworden.

Hierzu bietet nun die Stettiner Adresse eine sehr passende Gelegenheit, und daß dieselbe von der Königl. Regierung nicht ohne Antwort gelassen werden dürfe, darf wohl als feststehend angenommen werden.

Es fragt sich aber hierbei zunächst, von welcher Stelle eine solche Erwiderung ausgehen solle? Den Petenten würde es ohne Frage am erwünschtesten und bei der übrigen Preußischen und Deutschen Bevölkerung auch am wirksamsten sein, wenn dieselbe im Allerhöchsten Namen des Prinz-Regenten Selbst abgefaßt werden könnte. Allein die Rücksichten, welche S. K. Hoheit den deutschen Fürsten gegenüber nothwendig würde nehmen müssen, scheinen einer solchen Form unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen zu setzen. Denn eine zu allgemein gehaltene oder nichts sagende Antwort würde den Zweck verfehlen, jo sogar unter der preußisch-deutschen Partei eine wirkliche Entmuthigung verbreiten; man bedenke nur, mit welch ungünstigem Auge schon die Manifestationen für Preußen von den deutschen Regierungen betrachtet werden, und wie vielem Nachtheil, oder Verfolgung, sich Diejenigen aussetzen, welche daran Theil nehmen; sie werden in ihrem freiwilligen Streben nur durch die Hoffnung aufrecht erhalten, die Königl. Regierung könne ihnen in definitivo nicht zuwider sein. Die Antwort wird also eingehender und nicht entmuthigender Art sein müssen, und deshalb nicht vom Prinz-Regenten Selbst, sondern „auf dessen Befehl" vom Minister des Innern zu ertheilen sein.

Betreffend den Inhalt der Antwort, möge es erlaubt sein, auf einige Punkte hinzudeuten, die im Interesse von Preußens deutscher Politik darin nicht fehlen dürfen.

1) Zunächst einige Worte der Zufriedenheit mit dem zugleich loyalen und patriotischen Geiste, welcher sich in der Adresse kund gegeben.

2) Sodann Ausdruck der Befriedigung, daß das von der Königl. Regierung, auf Allerhöchste Anordnung des Prinz-Regenten, seit Beginn der Regentschaft befolgte politische System so allgemeine Anerkennung gefunden, nicht in Preußen allein, wo man dessen Wirkungen selbst erfahre, sondern auch im übrigen Deutschland, wo viele Einflüsse thätig seien, die Absichten der Königlichen Regierung nicht in richtigem Lichte erscheinen zu lassen, vielmehr geradezu Haß gegen sie selbst und das Preußische Volk zu erwecken. Dergleichen feindliche Bestrebungen würden jedoch Preußen auf dem eingeschlagenen Wege nicht irre machen; die Königl. Regierung werde vielmehr in dem, was sie für das engere, wie das weitere Vaterland für nützlich halte, tendenziöser und egoistischer Verdächtigungen halber nicht zurückgehen. Ebenso hoffe sie fest, es werde auch das Preußische Volk von der Liebe zu seinen deutschen Brüdern und dem Glauben an die Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes, sich nicht abwendig machen lassen.

3) Die Reform der Bundesverfassung betreffend, worauf die Adresse speziell gerichtet sei, so sei der deutsche Bund bekanntlich als ein völkerrechtlicher Verein zu bestimmten speziellen Zwecken, nämlich erstens zur inneren Ruhe, und zweitens zur äußeren Sicherheit Deutschlands, geschlossen. Es solle hier nicht untersucht werden, und die Adresse gewähre hierzu auch keinen Anlaß, ob der erste dieser Zwecke zu allen Zeiten mit dem Gefühl seiner wahren Bedeutung verfolgt worden sei. Im Betreff der äußeren Sicherheit Deutschlands sei, wie sich nicht verkennen lasse, durch den Bund ein in vieler Hinsicht vortreffliches Festungssystem zur Vertheidigung der deutschen Westgränze geschaffen worden. Sollte jedoch auf dieser Defensiv-Grundlage zur wirklichen kriegerischen Action vorgegangen werden, so sei die jetzige Bundeskriegsverfassung mit großen strategischen Operationen, die im Verlauf eines Krieges doch auch einen offensiven Charakter annehmen könnten, schwerlich je in Einklang zu bringen. Von dieser Überzeugung geleitet, die sich auch im Volk überwiegend ausgesprochen, habe die Königliche Regierung neuerlich für einen bestimmten Fall dahin gestrebt, ihre deutschen Bundesgenossen und deren deutsche Streitkräfte unter ihrer einheitlichen Leitung dergestalt zu vereinigen, daß das Vaterland dem Ausgange eines möglichen europäischen Krieges mit größerer Zuversicht hätte entgegensehen können. Der Preußische Antrag vom 4. Juli am Bundestage wäre in diesem Sinne von der Königl. Regierung gestellt. Es dürfe jedoch nicht verhehlt werden, daß — wäre der Antrag zur Abstimmung gelangt — die große Majorität der deutschen Regierungen sich dagegen erklärt und voraussichtlich, auch in diesem doch in vieler Beziehung exceptionellen Falle, die stricte Durchführung der bisherigen Bundeskriegsverfassung verlangt haben würde.

4) Eine solche Stimmung, welche sich in einem für Deutschland so ungemein kritischen Momente unzweideutig herausgestellt hat, darf nun doch nicht unerwogen bleiben, wenn davon die Rede ist, die Bundesverfassung einer Revision im Sinne vermehrter Einheitlichkeit zu unterwerfen. Wenn dieselbe an sich freilich einen neuen Grund zur Bejahung der Bedürfnißfrage darbieten möchte, so darf doch nicht übersehen werden, daß jetzt, wo die Gefahr vorüber scheint, noch weniger Aussicht vorhanden wäre, ähnlichen, oder noch allgemeineren Anträgen am Bunde, die Majorität oder Unanimität zu gewinnen. Es würde ferner wenig damit gewonnen sein, wollte der Bund z. B. in seinem Verhältniß zu den Einzelstaaten theoretisch sich eine vergrößerte Machtfülle decretiren, sofern nicht zugleich eine dauernde Bürgschaft für richtige und gemeinnützige Anwendung derselben gegeben wäre.

5) Inzwischen möge das Preußische Volk sich versichert halten, daß auch in Zukunft, so wie bisher, sei es zur Bewahrung des deutschen Friedens, sei es zur Führung eines deutschen Krieges, die Weisheit des Prinz-Regenten in jedem practischen Falle die besten und kräftigsten Mittel zu Heil und Frommen des deutschen Vaterlandes ergreifen und durchführen werde. Würde nur Preußen hierzu die Möglichkeit gewährt, so würde es sicher kein Opfer scheuen, zumal wenn das Vertrauen des Preußischen wie des Deutschen Landes ihm frei und willig entgegenkomme.

6) Einige freundliche Entgegnungsworte des Grafen Schwerin, wegen des ihm gewidmeten Passus in der Adresse, würden den Schluß bilden.

Es möge hier schließlich noch einmal wiederholt werden, daß man Seitens der Königlichen Regierung doch ja keinen Anstand nehmen möge, in diesem Falle das Nothwendige offen zu sagen: nämlich, daß zwar die Reform der Bundesverfassung im einheitlicheren Sinne nützlich und nothwendig scheine, aber mittelst Bundesanträgen, wegen der Dissidenz der Particularstaaten, nicht durchzusetzen wäre, daß indeß die Preußische Regierung in jedem vorkommenden practischen Falle in diesem patriotischen Sinne zu handeln entschlossen sei. Dies wird die deutsche Bewegung sowohl für die Gegenwart in ihren richtigen Schranken, als auch für die Zukunft am Leben und zu weiteren Eventualitäten fertig erhalten.

Kissingen den 29. August 1859.

Anlage 5.

Unruh an Duncker[1]).

[Anfang September 1859.]

Hochgeehrter Herr

da es uns leider gegenseitig nicht hat glücken wollen, einander einheimisch zu finden, so kann ich nicht umhin, Ihnen nachstehende schriftliche Mittheilung zu machen, obgleich ich dies lieber mündlich gethan hätte.

Am 1. d. M. besuchte ich auf einer Geschäftsreise meinen alten Freund W. C. Schmidt, Director der Lebensversicherungs Gesell[schaft]

[1]) Nachlaß Duncker. Teilweise gedruckt Dunckerbriefe S. 172 f. Siehe oben S. 41, 49 u. a.

in Magdeburg. Derselbe sagte mir, daß er mir ein sehr wichtiges Schriftstück mittheilen wolle, welches aus erster Hand stamme. Darauf hohlte er aus seinem Pult ein ganzes Pack lithographirte Abzüge der „vertraulichen Besprechung“. Da ich mich zu einer solchen Vervielfältigung nicht für ermächtigt gehalten hatte und fürchtete, daß einer meiner Freunde eine Indiscretion begangen habe, so drang ich auf Angabe der Quelle und erfuhr, daß Pastor Hildebrandt das Schriftstück erhalten und man dasselbe als Manuscript für Freunde hatte lithographiren lassen. Freilich hat auch der Lithograph nicht ermangelt, seinen Freunden ebenfalls einige Abzüge zukommen zu lassen! —

Wenn also die vertrauliche Besprechung nächstens in einer Zeitung abgedruckt wird, so wollen Sie mir dies nicht zur Last legen. Für die neue Hannöversche würde die Schrift jedenfalls sehr interessant sein. Desto angenehmer wäre es, wenn Sie gegen jene Art der Verbreitung nichts Erhebliches einzuwenden haben.

Auf dem Rückwege von Magdeburg fuhr ich in demselben Coupé mit Oberbürgermeister Hasselbach, dem ich ebenfalls eine Aufforderung zur Unterschrift der Eisenacher Erklärungen hatte zugehen lassen, obwohl ich wußte, daß er ohne Erkundigungen bei den oberen Behörden nichts unterschreiben würde. Dies ging denn auch aus seinen Äußerungen hervor. Als ich ihm nun sagte, daß ich glaube, unsere Regierung billige diese Bestrebungen, ja bedürfe derselben, erwiederte er, man habe ihm allerdings in Magdeburg ein Schriftstück mitgetheilt, und behauptet, daß dasselbe die Ansichten der Regierung enthalte. Dem sei aber gewiß nicht so. Er halte die Schrift für die Privatmeinung des Professor Duncker und nichts weiter; übrigens werde er am anderen Tage Gelegenheit haben, durch Schwerin die Wahrheit zu erfahren. Ich bat Hasselbach, mir die Auskunft mitzutheilen, welche er von Schwerin erhalte, setzte aber hinzu, ich hielte die Schrift auch nicht für einen „Staatsministerial-Beschluß“, sei indessen überzeugt, daß der Inhalt von mehreren Mitgliedern des Ministeriums gekannt und vollkommen gebilligt werde, vielleicht auch vom Prinz Regenten. Wenn Schwerin davon keine Kenntnis haben sollte, so gehöre dies nach den Vorgängen im verflossenen Sommer auch nicht zu den Unmöglichkeiten. Daß er davon unterrichtet, vermuthe ich aus dem Umstande, daß — wie ich gehört — Schwerin und Schleinitz mit der Antwort auf die Stettiner Adresse vom Prinz Regenten beauftragt sei[en]. Diese könne allerdings nicht entworfen werden ohne die vertrauliche Besprechung zu kennen, sofern diese in den bestimmenden Kreisen maßgebend oder auch nur gebilligt sei.

Hasselbach blieb dabei stehen, daß die Bewegung in Süddeutsch-

land und allen nichtpreußischen Landen der preuß[ischen] Regierung wohl angenehm sein könne, daß dieselbe aber in keinem Falle einen Anschluß der preußischen Bevölkerungen an jene Bestrebungen wünsche. Ich erwiederte ihm, die Süddeutschen hätten gegen unsere Regierung nicht mehr Mißtrauen als gegen das preußische Volk. Sie sprächen von den hochmüthigen und herrschsüchtigen Preußen, wunderten sich, daß die Preußen in der deutschen Frage nichts von sich hören ließen und erwarteten mit Spannung den Anschluß der Preußen an die Eisenacher Erklärungen. Wenn wir still säßen, vornehm schwiegen, ihnen nicht die Hand reichten und nicht zeigten, daß auch wir Deutsche seien, so würde sich Süddeutschland ganz von uns abwenden, während es jetzt auf dem besten Wege ist, sich mit uns zu vereinigen. Dies kann nicht einseitig geschehen, sondern beide Theile müssen mitwirken. Man könne darüber nicht einmal streiten: denn die Süddeutschen verlangten unsere Activität, um so mehr, als wir uns hoffentlich in der glücklichen Lage befinden, mit unserer Regierung denselben Weg zu gehen.

Am 3. kam Hasselbach zu mir: er habe Schwerin ausführlich gesprochen. Die Sache liege ganz so, wie er vermutet. Schwerin sei mit der Antwort auf die Stettiner Adresse beauftragt ... Von der „vertraulichen Besprechung" wisse Schwerin nichts. Hasselbach habe sie ihm gezeigt. Schwerin behaupte, daß die Regierung davon gar keine Kenntniß besitze. Die Bewegungen im nichtpreußischen Deutschland könnten unserer Regierung allerdings nicht unangenehm sein, dagegen erscheine eine Beteiligung der preußischen Bevölkerung an diesen Bestrebungen aus mehrfachen Gründen nicht wünschenswert und in keiner Weise zu fördern. Als Hasselbach ihm seine Argumente (ohne meinen Namen zu nennen) mitgeteilt hat, soll Schwerin geantwortet haben, wenn ein Accept der Wünsche Deutschlands notwendig sein sollte, so geschehe derselbe besser durch unser Abgeordnetenhaus bei passender Gelegenheit während der nächsten Zeit.

Anlage 6.

Usedom an Schleinitz[1]).

Frankfurt a/M, 11. November 1859.

Die große und allgemeine Theilnahme, womit die Schiller-Feier gestern den ganzen Tag hindurch die Stadt bewegte, hat mich abgehalten, mich wegen eines weiteren in dem Hohen Rescripte vom

[1]) Ausfertigung Pr.G.St.A. VI. Siehe oben S. 68.

4 ten November c. enthaltenen, eben dieselbe Schiller-Feier betreffenden Vorwurfs bei E. E. ganz gehorsamst zu rechtfertigen. Der Vorwurf besteht darin, daß ich gesagt: „Das Verbot der Schiller-Feier in Berlin alterire wesentlich das Ansehen Preußens in Deutschland.“ Denn, wie das Hohe Rescript hiergegen sich ausdrückt: „Das Ansehen Preußens beruhe auf Grundlagen, welche von solchen Tageseindrücken nicht einmal berührt, viel weniger denn erschüttert werden.“

Nun habe ich es niemals in Abrede stellen wollen, daß es solche Grundlagen, wie E. E. im Auge haben, für das Ansehen Preußens gibt. Seine Armee z. B., seine Finanzen, seine Administration und seine Rechtspflege werden dieselben bleiben, gleichviel ob die Schiller-Feier in Berlin verboten oder erlaubt wird. Dagegen gibt es andere Grundlagen moralischer Art, welche für das Ansehen Preußens nicht minder wesentlich sind und welche durch ein solches Verbot allerdings beeinträchtigt werden. Der Glaube Deutschlands, daß Preußen deutschen Fortschritt und Aufklärung wolle, und in sich selbst darstelle, gehört dahin. Thut Preußen etwas, das diesem Glauben widerspricht, stellt es sich selbst ein Zeugniß des Gegentheils aus, so muß sein Ansehen in Deutschland sinken. Die Schiller-Feier hat sich nun nicht nur in Deutschland, sondern auch in und außerhalb Europas zu einer großen Manifestation unserer g e i s t i g e n Nationaleinheit gestaltet. Schließt sich Berlin ohne Grund davon aus, so hat man sich dort selbst die Schlüsse zuzuschreiben, welche die deutsche Nationalmeinung daraus zieht. Mit welcher Freude die Gegner Preußens die Berliner Bedenklichkeiten ausgebeutet haben, wollen E. E. aus dem, beispielsweise beigelegten Artikel der Wiener Morgenpost hochgeneigtest ersehen.

Ferner glaube ich auch, die Eile, mit welcher das Königliche Gouvernement die anfängliche Berliner Zögerung durch eine öffentliche Grundsteinlegung ersetzt und die großen Opfer, zu denen man sich hernach für das Schiller-Monument entschlossen, desgleichen das Patent des Schiller-Preises, welches Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent so eben Selbst zu erlassen geruht haben, als Entschuldigung für mich anführen zu können, daß mir die Sache vorher wichtig genug vorgekommen ist, um ihr in der Depesche vom 2. d. so lebhaft das Wort zu reden.

Über eine dritte Stelle der Hohen Verfügung E. E., als sollte aus dem Entschlusse der Königlichen Regierung in der Kurhessischen Frage ein Agitationsmittel gemacht werden, um die populären Leidenschaften in einem Nachbarlande in Bewegung zu setzen, werde ich noch besonders zu berichten die Ehre haben.

(gez.) Usedom.

P. S. Ich bitte E. E. mir zu Gute zu halten, wenn ich über das für unsern deutschen Standpunkt Nothwendige dringend und ehe es zu spät ist schreibe: ich kann es auf dem hiesigen Beobachtungsorte gewöhnlich früh und richtig wahrnehmen. Ich habe einst unter dem Rochowschen Ministerium das Ridikül erlebt, was sich an den verunglückten Ausdruck vom „beschränkten Unterthanen-Verstande" angeknüpft und das Ansehen Preußens wahrlich nicht gehoben hat[1]). Geben wir unseren Feinden doch keine solche Gelegenheit — denn auf diesem Gebiet giebt es keine Bagatellen!

Anlage 7.

Denkschrift Dunckers über den Nationalverein[2]).

Der Nationalverein ist zu einer Zeit gebildet worden, in welcher sich der Verlauf der deutschen, der europäischen Angelgenheiten in keiner Weise auch nur mit einiger Bestimmtheit voraussehen ließ. Nur das Gefühl der schutzlosen Lage Deutschlands, der völlig unzureichenden Formen der Bundesverfassung war in jenen Tagen, unmittelbar nach dem Frieden von Villafranca maßgebend. Es war natürlich, daß man im Norden, wo die Ansichten über die Ziele der Bundesreform in den liberalen Kreisen überall dieselben sind, auf die Wege von 1848 und 1849 zurückging, d. h. auf die Idee der totalen Bundesreform. Da die Demokratie ihre besonderen Verfassungspläne aufgegeben hatte, gelang die Einigung über die Hauptpunkte ohne große Schwierigkeit. Der Verein fand indeß nur da Anklang, wo die ihm zu Grunde liegenden Gedanken schon vor zwölf Jahren mächtig waren. Seine einzig nennenswerthe neue Erwerbung war Hannover, wofür jedoch Sachsen so gut wie vollständig verloren gegangen zu sein scheint. In Baden hat der Verein einigen Anklang gefunden, aber erst nachdem ihm die Badische Regierung selbst die Bahn geöffnet hatte. In Württemberg, Hessen-Darmstadt und Baiern ist derselbe vollkommen ohne Einfluß geblieben.

Wenn man sich keinen Illusionen hingeben will, darf man sich nicht verhehlen, daß auch diese Stellung des Vereins im Süden, so wenig einflußreich dieselbe ist, nur erreicht werden konnte durch Verhüllung des letzten Zieles. Schon bei der ersten Versammlung in Eise-

---

[1]) Schon 1848 hatte Usedom in den „Politischen Briefen und Charakteristiken" (S. 26) seine Entrüstung über diesen Ausdruck ausgesprochen.

[2]) Nachlaß Auerswald. Vgl. Haym a. a. O. S. 220 ff., Oncken, Bennigsen I, S. 431 f. Siehe oben S. 90 f.

nach wagte es der N.V. nicht, sein Programm präzis zu formuliren. Als man in Frankfurt mit einer stärkeren, wiewohl an sich sehr schwachen Vertretung des Südens zusammen traf, sah man sich genöthigt, den eigentlichen Gedanken noch mehr ins Unbestimmte zu verallgemeinern. Und trotz aller dieser Vorsicht wiesen die Bevölkerungen des Südens, wies die Bevölkerung Sachsens die Ziele des Vereins kaum mit geringerer Entschiedenheit zurück als die Regierungen.

Diese Thatsache muß für die weitern Schritte des Vereins maßgebend sein. Der Süden will die Reform des Bundes, d. h. die Revolution des Bundes nicht, der Süden will weder die Unterordnung unter Preußen noch den Ausschluß Österreichs.

Aber nicht blos für die Bevölkerungen im Süden, auch für die Regierung, ohne welche die Zwecke des N.V. in die Luft gestellte Chimären sind, sind die Erwartungen nicht eingetroffen, welchen man sich bei der Bildung des Vereins hingeben durfte. Man konnte damals voraussetzen, Preußen werde die Reform des Bundes mit Energie in die Hand nehmen und durchsetzen. Fast das Entgegengesetzte ist eingetreten. Wahrscheinlich sah die preußische Regierung schon damals klarer über die Stimmung im Süden, und ohne Zweifel war sie darüber gewiß, daß eine Bundesreform auf gewaltsamen Wege unternehmen, nichts weiter hieße, als die heißesten Wünsche des Kaisers Napoleon in zuvorkommendster Weise erfüllen. Der Kampf gegen die Mittelstaaten, die wenigstens im Süden ihre Bevölkerungen so gut wie ausnahmslos auf ihrer Seite gehabt hätten, gegen Österreich, Rußland und Frankreich war unmöglich. Man mußte dann wenigstens Frankreichs Zustimmung durch die Abtretung des linken Rheinufers erkaufen. Solche Eventualitäten zu vermeiden nahm die preußische Regierung ihre Stellung. Gewiß, daß sie das Ziel des N.V. anerkannte, aber eben so gewiß, daß dieses Ziel jetzt nicht aufgesteckt werden durfte. Die Stetttiner Erklärung besagte demnach, daß Preußen sich bemühen werde die Kräfte der Nation zu gedeihlicher Wirksamkeit zusammen zu fassen, das Recht zu schützen und die Bundesreform unter Wahrung der Rechte aller zu betreiben. Man stellte sich damit freundlich zum N.V.; seine moralische Einwirkung konnte wesentlich dazu beitragen, die Renitenz einiger Regierungen gegen Reformen, welche die augenblicklichen Lage dringend gebot, überwinden zu helfen. Seitdem ist man noch einen Schritt weiter gegangen. Man hat mit voller Bestimmtheit für den gegenwärtigen Augenblick auf eine allgemeine Reform des Bundes verzichtet und dieselbe auf zwei unmittelbar nothwendige Punkte beschränkt. Man hat ferner die Erfahrung gemacht, daß die Preußen abgeneigten Bevölkerungen des Südens weit weniger durch das Eintreten Preußens für das Recht Kurhessens gewonnen

wurden, als durch das offene und versöhnliche Auftreten in Baden und Teplitz. Endlich hat die allgemeine europäische Lage Österreich und die Mittelstaaten gezwungen, auf die Beseitigung des Ministeriums Hohenzollern zu verzichten und eine Anlehnung an Preußen zu suchen; Thatsachen welche in London und Paris nicht ohne großen Eindruck geblieben sind. So wenig sich die preußische Regierung darüber täuscht, daß man Seitens der Mittelstaaten den guten Worten gar keine oder möglichst geringe thatsächliche Konzessionen folgen zu lassen gedenkt, so kann sie doch von dem letzten Gesichtspunkt ihrer Politik, der Zusammenhaltung der deutschen Kräfte gegen Frankreich, aus nicht wünschen, daß neue Konflikte in Deutschland hervorgerufen oder die noch bestehenden geschärft werden, daß die günstigen Eindrücken zugänglich gewordene Stimmung von Gebieten, um deren Gewinnung es sich wesentlich handelt, wieder in Reizbarkeit und Mißtrauen sich verwandelt, daß den Ministerien der Mittelstaaten, deren Beseitigung sie dringend wünschen muß, durch starkes Auftreten und eine heftige Agitation für Preußen neue Stützen aus dem verletzten Selbstgefühl der Bevölkerungen ihrer Staaten erwachsen.

Die gesammte Situation ist heute eine andere als da vor einem Jahre der N.V. gebildet wurde; sie ist bedeutend präciser geworden und das Schicksal des N.V. wird wesentlich davon abhängen, in wie weit er sich entschließen mag, diesen veränderten Bedingungen und seinen eigenen Erfahrungen Rechnung zu tragen. Und wenn dem N.V. gewiß weder zugemuthet werden kann noch soll, dem Gange der preußischen Regierung zu folgen, so wird er am wenigsten sich versagen können, der nationalen Lage Deutschlands nach Innen und Außen gerecht zu werden. Er darf weder die Liberalen Süddeutschlands wider ihren Willen zu Stützen illiberaler Regierungen machen, noch die Päne L. Napoleons indirekt unterstützen.

Es handelt sich darum, an die Stelle der einen großen nationalen Aufgabe d i e nationalen Aufgaben treten zu lassen, welche die gegenwärtige Lage jedem national gesinnten Manne stellt. In der gewissenhaften, treuen, unbeirrten Lösung dieser einzelnen Aufgaben wird der N.V. die Lösung der großen nationalen Aufgabe nicht allein vorbereiten, sondern in der That erreichen. Diese Aufgaben lassen sich leicht präzisiren:

1) Den Preßagitationen, welche französischer Seits im größten Maßstabe in der Schweiz, in Belgien, in Deutschland betrieben werden, tritt der N.V. entgegen. Er unterstützt die deutschen Organe in der Schweiz und in Belgien.
2) Der N.V. klärt die Demokratie in Deutschland darüber auf, daß sie als Mittel für französische Zwecke benutzt werden soll

und beweist die Nichtigkeit der Hoffnungen derer, welche ihrer Seits hofften, L. Napoleon als Werkzeug für ihre Zwecke gebrauchen zu können. Der N.V. enthüllt den napoleonischen Demokratismus.

3) Der N.V. betreibt die nationalen Aufgaben der Bundeskriegsverfassung und alle dahin einschlagenden Fragen einheitlicherer Organisation des deutschen Wehrwesens, der Küstenbefestigung, ferner die Wiederherstellung einer deutschen Flotte zum Zwecke derselben, vermittelst der Betheiligung der norddeutschen Küstenstaaten.

4) Der N.V. hält das Interesse an der hessischen und holsteinischen Frage lebendig.

5) Der N.V. arbeitet den großdeutschen, ultramontanen und feudalen Tendenzen in allen deutschen Staaten entgegen.

6) Der N.V. arbeitet darauf hin, das verfassungstreue Princip in allen Einzelnstaaten zur Geltung zu bringen und die Verwaltungen, welche principiell diesem und der Bundesreform im Wege stehen, durch besser gesinnte zu ersetzen.

7) Der N.V. wirkt in diesem Sinne auf die deutsche Presse und die deutschen Kammern und veranstaltet Zusammenkünfte gleichgesinnter Mitglieder derselben.

Für alle diese Ziele sind die politischen Kräfte vorhanden, alle diese Ziele können erreicht werden, ohne Spaltung der liberalen Partei, ohne Zerwürfnisse des N.V. mit Preußen, und statt für die auswärtigen Feinde Deutschlands Waffen zu schmieden, erfüllt der N.V. seine erste Aufgabe und sein eigentlichstes Ziel, die Stärkung Deutschlands gegen das Ausland. Nur die nationale Leistung giebt Anspruch auf die Führung der Nation. Der N.V. würde, indem er auf die Durchführung der durchgreifenden Reform des Bundes für den Augenblick verzichtete, nicht nur die deutsche Nation zur Einheit und Gemeinschaft erziehen und Deutschland gegen außen stärken, er würde auch eine sehr große Zahl praktischer und nüchterner Männer gewinnen, welche dem N.V. bisher fremd geblieben sind, weil sie mögliche Ziele vermißten. Erst mit diesen Elementen kann der N.V. die Kraft erlangen, welche er zur dereinstigen Durchführung der großen Reform bedarf.

Das Gegentheil von alledem würde erfolgen, wenn die bevorstehende General-Versammlung den Beschluß faßte, dahin zu wirken, daß die militairische und diplomatische Vertretung des deutschen Bundes in die Hände E i n e s Bundesstaats gelegt und eine Volksvertretung am Bunde eingeführt werde.

Indem man in einem solchen Beschlusse nicht einmal wagte, Preußen zu nennen, würde man sich dennoch verpflichten auf dem kürzesten Wege auf ein Ziel loszugehen, für welches dem N.V. in der gegenwärtigen Lage sehr geringe reale Kräfte zur Verfügung stehen. Im deutschen Volke würde dieser Beschluß den Verein da, wo er ohnehin Sympathien besitzt, vielleicht auf einen Augenblick heben, aber er würde seiner Ausbreitung sehr bestimmte Grenzen ziehen. Die Regierungen würden mit wenigen Ausnahmen dem Verein mit erhöhter Feindseligkeit entgegen treten und sich der Gelegenheit freuen, ihm endlich polizeilich beikommen zu können. Preußen würde einem solchen Beschluß ganz fremd bleiben. Im günstigsten Falle würde der N.V. eine Menge werthvoller Kräfte durch eine Agitation absorbiren, welche kein praktisches Resultat ergeben kann. Nicht das ist die Aufgabe des N.V., sein Ziel immer von Neuem und immer stärker betont zu bekennen, sondern die Wege zu gehen, welche sicher zu demselben führen.

15. August 1860.

Anlage 8.

Duncker an Auerswald[1]).

Berlin 19. August 1860.

E. E. habe ich gehorsamst zu berichten, daß der Herr Minister von Bethmann Hollweg unter dem 16. d. M. angezeigt hat, daß der Antrag auf Ernennung des Dr. Neumann zum außerordentlichen Professor Allerhöchsten Orts gestellt sei. Aus Kassel war ein Dr. Hohndorf hier anwesend, der sich eine politische Mission beilegte. Es fehlte mir an Mitteln mich vollständig über ihn zu informiren. Ich habe mich deshalb ganz allgemein und völlig unverfänglich gehalten. Mit einer Ausnahme sind bisher alle Wahlen mit dem Vorbehalt auf die Verfassung von 1831 erfolgt. Man erwartet die der 16 Vertreter des großen Grundbesitzes in demselben Sinne.

Über die Folgen der Teplitzer Zusammenkunft ist man im Publikum ungemein beunruhigt. Täglich laufen eine Menge besorgter Anfragen ein. Die Nachrichten von Drohnoten Österreichs, von einem aggressiven Vorgehen gegen Neapel und Sardinien finden fast durchgängig Glauben. Alle diese Allarmschüsse waren in Paris geladen. Die Keime einer sich bildenden Koalition sollen erstickt werden. Da der friedliche Brief an den Grafen Persigny zu diesem Zwecke nicht ausgereicht hat, sollen die liberalen Parteien in England und Preußen

[1]) Nachlaß Auerswald. Vgl. Haym S. 233. Siehe oben S. 43, 74, 90, 94 u. a.

bei ihrer Besorgnis für Italien gefaßt und dadurch in Harnisch gebracht die englische wie die preußische Regierung an einer näheren Stellung zu Österreich hindern. Hier sagt fast jedermann bei dem Eintreffen jener Nachrichten: das ist die Folge der Anlehnung, die man Wien in Teplitz gewährt hat. Nun werden wir mit unserm Gut und Blut Österreich aus der Noth helfen, um seinen Dank zu ernten! In Bezug auf die Nachrichten des Nord über Teplitz habe ich Herrn von Gruner ein Dementi für die Preußische Zeitung vorgeschlagen.

Bei dieser Unruhe des Publikums ist das geschlossene Auftreten der offiziösen Presse um so gebotener. Ich gestatte mir deshalb E. E. zu bitten, diese Angelegenheit auf Grundlage des Seitens E. E. hierüber erlassenen Schreibens[1]) dem Herrn Minister von Schleinitz dringend ans Herz legen zu wollen. In welcher Weise die Polemik gegen uns in der Kölnischen Zeitung fortgeht, beweisen die ... beiden Artikel aus der Nummer vom 18. August d. J. Artikel von unzweifelhaft offiziell unterricht[et]er Seite greifen unsere Berichtigungen nicht gerade in der zartesten Form an. In welchem Licht muß die Regierung der Redaktion der Kölnischen Zeitung erscheinen und welchen Einfluß vermöchte das literarische Bureau unter diesen Umständen auf diese Redaktion auszuüben?

Seine Hoheit der Herzog von Sachsen Coburg hat seine Einladung nach Reinhardsbrunn wiederholt. Ich denke am 26. d. M. dahin abzugehen. Um mir selbst klar zu sein und einen Anhalt für mich für die Besprechung der in Rede stehenden Angelegenheit zu haben, habe ich das beifolgende Memoire geschrieben[2]). Es ist nicht die Absicht, dasselbe zu übergehen oder sonst vorzuzeigen. Da ich nicht sicher bin, in allen Punkten das Richtige getroffen zu haben, würde mir eine Weisung von E. E. oder Seitens des Herrn Minister von Schleinitz sehr willkommen sein.

Viel wichtiger als dies Alles wäre freilich, wenn es möglich wäre, durch eine unzweideutige Thatsache, welche den Engländern zugleich Verpflichtungen gegen Preußen auferlegte, der Welt die feste und unzertrennliche Verbindung Englands und Preußens zu beweisen.

---

[1]) Liegt nicht vor.

[2]) Daß es sich bei diesem Memoire nicht um die in Anlage 7 abgedruckte Denkschrift an den Nationalverein handelt, wird aus dem oben S. 90 Gesagten wahrscheinlich. Der letzte Absatz des vorliegenden Schreibens läßt vermuten, daß dies Memoire bestimmt war, durch den Herzog von Coburg England wegen der Teplitzer Zusammenkunft zu beruhigen.

Anlage 9.

Votum des Ministers des Innern[1])

C. B. 529. 530.

betreffend die Stellung der Königlichen Staats-Regierung zum deutschen National-Verein zu Coburg,

dem Königlichen Staats-Ministerium ganz ergebenst vorzulegen.

Die nationale Bewegung, welche in Folge der dem deutschen Vaterlande drohenden Gefahren im vorigen Jahre hervortrat, ist von Anfang an für die Königliche Staats-Regierung ein Gegenstand sorgfältiger Beobachtungen gewesen. Die Allgemeinheit derselben, die Mannigfaltigkeit der bezüglichen Kundgebungen, besonders aber auch die Wichtigkeit der davon betroffenen politischen Frage, die ja auch die Regierungen selbst angelegentlichst beschäftigte, waren Anlaß genug, nicht nur die Erscheinung in ihrem Verlauf aufmerksam zu verfolgen, sondern auch ihr gegenüber einen festen Standpunkt mit Klarheit und Entschiedenheit einzunehmen. Es hat auch nicht an Veranlassungen gefehlt, über diesen Standpunkt öffentlich Zeugniß abzulegen und dürfte es in dieser Beziehung genügen, auf den im Auftrage Sr. Königlichen Hoheit des Regenten, Prinzen von Preußen auf eine von Einwohnern Stettins überreichte Adresse ertheilten Bescheid vom 12. September v. J. ... hinzuweisen. So hat denn auch der im September v. J. zu Frankfurt a/M. gegründete National-Verein, welcher sich zum Mittelpunkt u. Leiter der gedachten Bewegung aufgeworfen hat, der Aufmerksamkeit der Regierung nicht entgehen können, und auch ihm gegenüber hat sie eine bestimmte Stellung bewußt eingenommen.

Diese Stellung, die den in dem erwähnten Bescheide auf die Stettiner Adresse ausgesprochenen Grundsätzen entspricht, kann kurz als eine durchaus objektive, zuwartende bezeichnet werden. Von der Richtigkeit und Angemessenheit derselben ist die Regierung überzeugt; allein die von Seiten anderer Bundes-Regierungen bei verschiedenen Gelegenheiten ausgesprochenen Wünsche, Maßregeln gegen den gedachten Verein zu ergreifen, sind Anlaß genug, die Frage nochmals einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen, damit einerseits das von der Regierung bisher beobachtete Verhalten völlig gerechtfertigt dastehe

[1]) Metallographierte Ausfertigung Pr.G.St.A. X. Siehe oben S. 84 ff.

und andererseits für das Auftreten derselben den etwa beim Bundestage zu erwartenden Anträgen gegenüber feste Ausgangspunkte genommen werden.

Bei dieser Prüfung, welche die Aufgabe dieses Votums ist, wird einerseits die rechtliche Seite der Frage — und zwar sowohl rücksichtlich der Landes- als auch rücksichtlich der deutschen Bundes-Gesetzgebung ins Auge zu fassen — andererseits aber auch die politische Seite zu berühren sein ...[1])

... Es bleibt nunmehr nur noch übrig zu erwägen, ob es, ganz abgesehen von der Rechtsfrage, politisch rathsam und der Würde der Preußischen Staats-Regierung angemessen sein würde, sich an irgendwelchen Maßregeln gegen den National-Verein zu betheiligen. Es fragt sich hierbei, welche Gründe könnten zu einer solchen Betheiligung bestimmen? Es lassen sich deren drei denken: die Überzeugung von der Gefährlichkeit des Vereins, die Rücksicht auf die Wünsche anderer Bundes-Regierungen und die Besorgniß vor Verlegenheiten, die der Königlichen Regierung bei der Verfolgung ihrer Ziele in der deutschen Frage durch die Thätigkeit des Vereins bereitet werden könnten.

Die Überzeugung von der Gefährlichkeit des Vereins würde allerdings als ein triftiger Grund zum Einschreiten gegen denselben anzuerkennen sein, wenn sie selbst begründet wäre. Allein dies ist nicht der Fall; weder um seiner Zwecke, noch auch um seiner Macht Willen kann der National-Verein gerechte Besorgnisse einflößen. Seine Zwecke liegen auf geistigem Gebiete; er will nur Überzeugungen hervorrufen und verbreiten; das Handeln nach Maßgabe dieser Überzeugungen, die Herbeiführung des angestrebten Endzieles, bleibt den dazu gesetzlich berufenen Organen des Staatslebens überlassen. Den geistigen Kampf, den der National-Verein auf diese Weise vielleicht heraufbeschwört, hat die Preußische Regierung nicht zu fürchten, am allerwenigsten aber darf sie in diesem Kampfe zu den Waffen der Gewalt greifen; sie würde dadurch nicht allein das Ziel gänzlich verfehlen, denn die Erfahrung lehrt, daß eine geistige Bewegung auf die Dauer nicht gewaltsam unterdrückt werden kann und durch den Druck nur einen um so gefährlicheren Charakter annimmt, — sondern sie würde, — sich selbst und dem Geiste der Preußischen Verfassung untreu, — die Grundsätze verleugnen, deren Anerkennung und Durchführung nicht allein für die innere staatliche Entwickelung von den segensreichsten Folgen gewesen ist, sondern auch — als der einzig richtige Weg der moralischen Eroberungen — dem

[1]) Auf die Wiedergabe der juristischen Ausführungen Schwerins konnte im Hinblick auf die entsprechende Argumentation Schleinitz' (s. Anlage 10) verzichtet werden. Siehe oben S. 85 ff.

Preußischen Namen dem Auslande gegenüber Ansehen und Einfluß gewonnen hat. Es wäre ein Armuths-Zeugniß sonder Gleichen welches die Regierung ihrem eigenen Machtbewußtsein nicht nur, sondern auch der bestehenden Bundesverfassung ausstellt, wenn sie aus Furcht vor der siegenden Gewalt der vom National-Verein verkündigten Gedanken durch Gewaltmaßregeln der ganzen Bewegung ein Ende zu machen versuchte, und sicherlich würde der Gewinn für das Gut, das dadurch geschützt werden soll, — nämlich die deutsche Bundesverfassung — ein höchst zweifelhafter sein.

Es könnte jedoch, wenn auch die ausgesprochenen Zwecke des Vereins zu Besorgnissen keinen Anlaß geben, doch die Macht desselben an sich zu einer so bedenklichen Höhe, daß der Möglichkeit eines Mißbrauchs vorgebeugt werden müßte, entweder schon sich entwickelt haben, oder doch sich entwickeln zu wollen den Anschein haben. Allein auch diese Befürchtung ist ungegründet; die eigenthümliche Organisation — oder eigentlich Organisationslosigkeit — des National-Vereins steht, wie schon oben dargethan worden ist, jeder bedenklichen Machtentfaltung desselben entgegen.

Wenn aber die Königliche Staats-Regierung in der Sache selbst keinen Anlaß zu Maßregeln gegen den National-Verein findet, so kann sie sich auch durch die Rücksicht auf etwaige Wünsche anderer Bundes-Regierungen nicht dazu bestimmen lassen. Wie gewichtig auch dergleichen Rücksichten sein mögen, und wie sehr sie auch durch den Wunsch, auf eine eclatante Weise den viel gehegten Verdacht des Sympathisierens mit den Tendenzen des National-Vereins beseitigen zu können, unterstützt werden mögen, so können doch um ihret Willen die obersten Grundsätze der Staatsleitung, von deren unverrückbarer Festhaltung die geachtete und einflußreiche Existenz der Regierung wesentlich mit abhängt, nimmermehr außer Acht gelassen oder gar verletzt werden; daß dies aber durch ein Einschreiten gegen den Verein geschehen würde, ist bereits vorher angedeutet worden.

Was endlich den dritten denkbaren Grund anlangt, — die Besorgniß vor einer unbequemen Collision der Vereins-Wirksamkeit mit den auf die Regelung der deutschen Frage bezüglichen Bestrebungen der Königlichen Staats-Regierung, — so bedarf dieser kaum der Widerlegung. Es würde mit der bisher beobachteten streng gesetzlichen und offenen Haltung Preußens wenig harmonieren, wenn dergleichen Rücksichten irgendwelcher Einfluß gestattet würde.

Fehlt es hienach an politischen Gründen für ein Einschreiten gegen den National-Verein, so wird dasselbe noch durch die Erwägung

der wahrscheinlichen Folgen desselben entschieden widerrathen. Wie schon erwähnt, würde die Anwendung von Gewalt-Maßregeln gegen den nur mit geistigen Waffen kämpfenden Verein als eine Verleugnung der Grundsätze erscheinen, deren Proclamation Seitens der Preußischen Regierung überall im In- und Auslande mit Jubel begrüßt worden ist, und deren consequente Durchführung man im Vertrauen auf die Aufrichtigkeit und Kraft der Regierung erwartet und hofft. Dieses Vertrauen, diese Hoffnung würde eine bittere Täuschung erfahren, die für das Ansehen des Preußischen Namens vielleicht nicht ganz unerhebliche Nachtheilige Folgen haben könnte; Ja, es ist vielleicht nicht zu weit gegangen, wenn man behauptet, Preußen würde sich durch ein Verbot des National-Vereins geradezu lächerlich machen.

Nach alledem erscheint auch vom politischen Standpunkte aus das von der Königlichen Staats-Regierung gegen den National-Verein bisher beobachtete Verhalten als das richtige und angemessene, und es empfiehlt sich daher, bei demselben solange zu beharren, als nicht der Verein selbst durch eine Überschreitung der gesetzlichen Schranken zum Einschreiten gegen ihn nöthigt. Ein solches Überschreiten der gesetzlichen Schranken würde aber auch selbst in einem Beschluß wie er von der bevorstehenden Coburger Versammlung besorgt und in dem Schreiben des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 6. d. M. als etwa dahin gehend angedeutet wird

> „durch die Presse, durch Petitionen und durch Anträge bei den Kammern dahin zu wirken, daß die gesammte diplomatische und militärische Führung des Bundes in Eine Hand gelegt und daß eine Volksvertretung am Bunde organisiert werde"

nicht gefunden werden können, da die M i t t e l der Wirksamkeit, Presse und Petition auch hier an sich nicht ungesetzlich sind, und insofern sie etwa in solcher Weise gebraucht werden sollten, nur das Preßgesetz und die Bestimmungen in Betreff des Petitionsrechts wie sie die verschiedenen Landesverfassungen enthalten zur Anwendung gebracht werden können. Polizeiliches Einschreiten auf Grund eines Bundesbeschlusses, würde so wenig verfassungsmäßig für die preußische Regierung zulässig, als, wie oben angezeigt, politisch räthlich sein.

Eine Petition unter dem Namen des National-Vereins bei der Preußischen Landesvertretung würde übrigens diese auf Grund des § 32 der Verfassung [1]) zurückzuweisen haben.

Putzar, den 18ten August 1860.

---

[1]) „Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtnamen sind nur Behörden und Korporationen gestattet." (Bernheim, Europäische VerfUrk. S. 87.)

Anlage 10.

Votum des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten[1]).

Berlin, den 26ten September 1860.

Mit dem Votum des Herrn Ministers des Innern vom 18. August d: J. in Betreff der Stellung der Königl. Staatsregierung zum deutschen National-Verein kann auch ich, gleich dem Herrn Justizminister, mich nur einverstanden erklären.

Es wird zunächst einem Zweifel überhaupt nicht unterliegen, daß das bisherige Auftreten des Vereins in seinen öffentlichen Erklärungen und in der neuerlich stattgehabten Versammlung zu Coburg keinen thatsächlichen Grund für die Preußische Regierung darbietet, gegen denselben einzuschreiten. Die Zwecke desselben sind, soweit sie bisjetzt hervortreten, nicht gegen Preußen gerichtet, und seine Wirksamkeit ist zur Zeit eine so wenig in das Gewicht fallende, daß selbst die entschiedensten Gegner des Vereins eine bereits eingetretene Gefährlichkeit desselben nicht behaupten, vielmehr eher die Besorgniß zu erkennen geben, daß Maaßregeln, die man gegen den Verein ergriffe, ihm erst eine Bedeutung und Ausbreitung verschaffen möchten, die er zur Zeit nicht besitzt.

Sprechen hienach besondere Zweckmäßigkeitsgründe nicht dafür, Seitens der Preußischen Regierung gegen den Verein zur Zeit, sei es durch Maaßregeln im eigenen Lande, sei es durch Anträge beim Bunde auf gemeinsames Vorgehen aller deutschen Regierungen, einzuschreiten, so würde zu derartigen Maaßregeln nur dann überzugehen sein, wenn die Vorschriften der Landes- oder Bundesgesetzgebung dies unerläßlich machten. Daß aber der National-Verein nach seinen Zwecken, Mitteln oder Einrichtungen gesetzlich unstatthaft wäre, vermag ich nicht anzunehmen.

Es mag zugegeben werden, daß das Preußische Gesetz vom 11. März 1850 sich überhaupt nur auf Vereine bezieht, die in Preußen ihren Sitz haben. Insoweit würde es aber auf einen Verein, der in Coburg seinen Sitz hat, und mit dem Preußischen Staate nur durch die innerhalb seines Gebietes wohnhaften Mitglieder in Berührung kommt, wenigstens nicht in dem Sinne anwendbar sein, daß innerhalb der Preußischen Staaten und für Preußische Unterthanen der National-Verein als ein verbotener und die Theilnahme an demselben als eine strafbare anzusehen wäre. Wenn dagegen der Verein, so weit sich seine

---

[1]) Konzept Pr.G.St.A. X. Siehe oben S. 89.

Thätigkeit vermöge seiner Organisation und seiner Preußischen Mitglieder innerhalb der Königl. Staaten äußern kann, als ein Preußischer angesehen wird, so findet sich, wie ich mit den Herren Ministern der Justiz und des Innern anerkenne, weder in den allgemeinen Strafgesetzen, noch in den Vereinsgesetzen vom 11. März 1850 eine Vorschrift, auf Grund deren der National-Verein als ein unerlaubter und strafbarer Verein nach seinen bisjetzt erkennbaren Zwecken, Mitteln und Einrichtungen behandelt werden müßte.

Zweifelhafter könnte dies nach der bestehenden Bundesgesetzgebung und insbesondere nach § 1 des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 erscheinen. Die dort gegebene Bestimmung, daß nur solche Vereine geduldet werden sollen, welche sich genügend darüber auszuweisen vermögen,

daß ihre Zwecke mit der Bundes- und Landesgesetzgebung im Einklange stehen,

findet jedoch ihre Erläuterung in den vorangegangenen Verhandlungen. Nach den Letzteren sollte durch den Bundesbeschluß ein Anderes nicht bestimmt werden, als was bereits in Preußen durch Verfassung und Gesetz vorgeschrieben war. Nur in diesem Sinne hat die Preußische Regierung dem Bundesbeschlusse ihre Zustimmung ertheilt und aus eben diesem Grunde es für nicht erforderlich erachtet, denselben in Preußen zu publiciren. Wie also auch andere Bundesregierungen die fragliche Bestimmung auffassen mögen, so erscheint jedenfalls die Preußische Regierung berechtigt, sie lediglich als die in anderen Worten ausgedrückte Wiederholung des Grundsatzes in § 30 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 zu betrachten, wonach diejenigen Vereine erlaubt sind, deren Zwecke den Strafgesetzen (des Bundes oder des eigenen Staates) nicht zuwiderlaufen. Es findet daher auch die in dem Votum des Herrn Ministers des Innern enthaltene Ausführung, daß der National-Verein nach Preußischer Gesetzgebung nicht für einen unerlaubten erachtet werden könne, volle Anwendung auf den Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854.

Anlage 11.

Sydow an Schleinitz[1]).

22. Februar 1861.

.....

Das beste Mittel gegen den National-Verein und gegen ähnliche ungeregelte Bestrebungen wäre ohne Zweifel die Herbeiführung einer

[1]) Ausfertigung Pr.G.St.A. X. Siehe oben S. 108.

angemessenen Befriedigung wohlbegründeter und billiger Wünsche in Bezug auf Machtstellung und Gestaltung Deutschlands in geordnetem Wege.

Hierzu fehlt es aber im gegenwärtigen Augenblicke an der Möglichkeit. Wenigstens ist keine Aussicht auf irgend schnelle Erfolge vorhanden.

Es wird nun wohl geltend gemacht, daß der National-Verein durch seine Agitation jenes nationale Bedürfniß fühlbarer, dessen Befriedigung dringender mache, und daß er hierdurch vorbereitend, also nicht nachtheilig, sondern nützlich wirke.

Allein es ist dies die Wirkung eines zweischneidigen Schwertes.

Er richtet freilich die Aufmerksamkeit auf bestehende Mängel, auf blutende Wunden; er zeigt auf schlagende Weise die Verkehrtheit und Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände in manchen deutschen Territorien.

Allein er vermag nicht zugleich die Mittel zur Abstellung der Mängel, zur Heilung der Wunden darzubieten. Seine Medicamente sind theils erfolglose Palliative, theils gefährliche Reizmittel, theils endlich unanwendbare Radicalmittel. Deshalb muß der Erfolg seiner Thätigkeit spaltend, Unzufriedenheit und Mißtrauen steigernd, und kann nicht einigend und guten Saamen für die Zukunft ausstreuend sein.

Daß, neben flachen Liberalen und ungeduldigen Demokraten, sowie unklaren und unpraktischen Doktrinären, unter seinen Mitgliedern sich auch sanguinische Patrioten mit übrigens conservativen Neigungen befinden, genügt nicht, eine Gewähr für die Ungefährlichkeit seiner Wirksamkeit darzubieten.

Ist die öffentliche Meinung, wie nicht zu bezweifeln, eine große Macht geworden, so kommt es jetzt mehr noch als früher darauf an, sie ihre Irrwege nicht schrankenlos durchlaufen zu lassen, sondern rechtzeitig durch Wegweiser die Abirrenden zu warnen. —

Treten Zeitumstände ein, unter denen die obrigkeitliche Autorität in einigen mittleren und kleinen deutschen Staaten noch mehr erschüttert wird, als dies jetzt schon der Fall ist, so mag der National-Verein, in seiner dann vielleicht schnell eintretenden Ausdehnung und Entwickelung, wohl das Medium sein können, um den betreffenden Regierungen die Zügel ihres Regiments vollends zu entreißen, und eine nur durch Preußische Dazwischenkunft oder durch „Bundes-Exekution“ wieder zu beseitigende Anarchie hervorzurufen.

Freilich stellt er meistens (nicht immer) die Nothwendigkeit Preußischer Führung für Deutschland voran, und sucht durch solche captatio benevolentiae Preußen für sich zu gewinnen. Allein seine Neigung für Preußen ist kaum eine recht sichere. Sie kann auch in das

Gegentheil umschlagen, wenn die Königliche Regierung seiner Richtung nicht hinreichend entspricht.

Überdies stimmt sein Vorantreten für Preußen nicht wenige Regierungen und Regierte gerade gegen Preußen.

Seine Wirkung erscheint in dieser Hinsicht als sehr verwandt mit den Erfolgen derjenigen exclusiven Preußen, durch deren Beschränktheit, Anmaßung und Übereilung Preußens Zukunft mehr beeinträchtigt und gefährdet wird, als durch dessen erbittertste Feinde.

Anlage 12.

Schrenk an Montgelas[1]).

München, den 15. Februar 1861.

Wie E. E. bekannt, hat die am 3. l. M. von der württembergischen Volkspartei abgehaltene Versammlung zu Eßlingen die Erklärung abgegeben: „Es sey das Recht und die Aufgabe des deutschen Volkes, auf die Einführung der Reichsverfassung vom 28. März 1849 mit den, einen integrirenden Bestandtheil derselben bildenden Grundrechten und auf die nach den Vorschriften dieser Verfassung und des Reichsgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmende Einberufung des Reichstages, durch welchen — vor allem wegen Lösung der noch unerledigten Oberhauptsfrage, Einsetzung einer vorläufigen Centralgewalt und sonstiger etwa wünschenswerthen neuen Feststellungen die erforderlichen Beschlüsse zu fassen wären, mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken."

Nachdem die Eßlinger Versammlung es in den Motiven dieser Erklärung offen ausspricht, daß der in aller Form aufgehobene und ohne die Zustimmung des deutschen Volkes, beziehungsweise der einzelnen deutschen Landesvertretungen wieder hergestellte Bundestag nicht mehr zu Recht, sondern nur thatsächlich bestehe, während der Rechtsbestand der Verfassung vom 28. März 1849 die Basis jener Erklärung bildet, mögen Sie selbst ermessen, welcher Werth auf den Schluß derselben gelegt werden kann, wonach auf Erreichung des daselbst bezeichneten Zweckes „mit allen gesetzlichen Mitteln" hingewirkt werden soll.

Auch ist diese Erklärung der Eßlinger Versammlung keineswegs eine vereinzelte Erscheinung; dieselbe steht vielmehr im nahen Zusammenhange mit anderen Kundgebungen ähnlicher Art, namentlich mit den bekannten Bestrebungen und der Wirksamkeit des sogenannten

---

[1]) Abschrift Pr.G.St.A. X. Siehe oben S. 109.

Nationalvereins, welcher sich die Herstellung einer einheitlichen Spitze und die Berufung eines Parlamentes für Deutschland zu Ziele gesetzt hat. Endlich läßt es sich unter den dermaligen Zeitverhältnissen nicht ohne Grund bezweifeln, ob diese Bewegungsparthei sich stets innerhalb der gesetzlichen Schranken halten, und nicht, dieselben durchbrechend, den Versuch machen wird, auf dem Wege der Gewalt ihr Ziel zu erreichen.

Deshalb hat die Königl. Regierung in jener Erklärung der Eßlinger Versammlung genügenden Anlaß zu finden geglaubt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es nicht räthlich wäre, sich mit den befreundeten deutschen Regierungen jetzt in's Benehmen zu setzen, und über die Maßregeln zu verständigen, welche gemeinsam zu ergreifen wären, um das Recht und die Ordnung in Deutschland vor einem gewaltsamen Umsturze und namentlich vor der gewaltsamen Einführung der sogenannten deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 zu bewahren.

Bekanntlich hat nun die Königl. Preußische Regierung diese Reichsverfassung zu keiner Zeit als zu Recht bestehend anerkannt, vielmehr dieser Verfassung stets jede Anerkennung versagt, auch hat S. Maj. der jetzt regierende König Wilhelm noch im Juni des verfl. Jahres in Baden ein Einschreiten gegen den Nationalverein für den Fall in Aussicht gestellt, daß sich derselbe zu ungesetzlichen Schritten und Thätigkeiten wie z. B. der Berufung einer National-Versammlung, verleiten lassen sollte, und noch im Laufe dieses Monats hat die Kgl. Preuß. Regierung durch den beredten Mund des Minister Freiherrn von Schleinitz es ausgesprochen, wie sie — consequent mit ihrer bisherigen Haltung — an dem Rechtsboden festhält, daher die oben bezeichneten Bestrebungen der deutschen Bewegungs-Parthei und namentlich des National Vereins nicht billigt[1]).

Ganz abgesehen von diesen offiziellen Erklärungen der Kgl. Preuß. Regierung unterliegt es aber keinem Zweifel, daß diese Regierung in vollem Bewußtseyn der ihr obliegenden Verpflichtungen, ungesetzlichen und gewaltsamen Versuchen zur Geltendmachung der besagten Reichsverfassung von 1849 mit aller Kraft entgegen treten würde. Im Hinblick auf diesen Standpunkt der Kgl. Preuß. Regierung und mit Rücksicht auf die Stellung derselben im deutschen Bunde, sowie auf die nahen und freundlichen Beziehungen Bayerns zu Preußen, glaubt die Kgl. Regierung daher sich in dieser Angelegenheit zunächst an die Kgl. Preuß. Regierung wenden zu sollen, und ich ersuche E. E. dem-

[1]) Schrenk kann hier nur Schleinitz' Rede vom 7. Februar im Abgeordnetenhaus im Auge gehabt haben, in der jedoch der Nationalverein nicht ausdrücklich erwähnt wird. Sten.Ber. Abg.H. 1861, I, S. 138. Vgl. oben S. 115.

gemäß, Vorstehendes zum Gegenstande einer vertraulichen Besprechung mit dem Kgl. Staatsminister Freiherrn von Schleinitz zu machen und sich dessen Äußerung darüber zu erbitten, ob die Kgl. Preuß. Regierung mit der diesseitigen Ansicht einverstanden und geneigt sei, sich mit der Bayrischen und anderen befreundeten deutschen Regierungen im Voraus über die Maßregeln zu verständigen, welche für den Fall zu ergreifen sein würden, daß die Einführung der sogenannten Reichsverfassung von 1849 oder eine Änderung der bestehenden Bundesverfassung überhaupt auf ungesetzlichem Wege versucht werden sollte.

Anlage 13.

Schleinitz an Schwerin[1]).

Berlin, den 26. Februar 1861.

.....

Nach demjenigen, was mir bisher über Statuten, Versammlungen und sonstige Handlungen des s. g. Nationalvereines bekannt geworden, vermag ich zur Zeit nicht die Besorgnis zu theilen, daß aus dem Vereine selbst oder aus der Bewegung der Geister, welche derselbe hie und da in Deutschland anregen mag, Versuche zu einem ungesetzlichen Drucke auf die deutschen Regierungen oder zu einem gewaltsamen Umsturze der verfassungsmäßigen Zustände Deutschlands hervorgehen würden. Insofern E. E. diese meine Ansicht theilen, würde es nicht ohne Bedenken sein, auf die von der Königl. Baierischen Regierung befürworteten Verhandlungen über besondere Vorsichts-Maßregeln gegen etwaige Umsturzpläne einzugehen.

Es darf vorausgesetzt werden, daß, wie die Preußische Regierung sich vollständig im Stande fühlt, etwaigen ungesetzlichen Bestrebungen des National-Vereines oder anderer Versammlungen innerhalb ihres Staatsgebietes mit der Kraft des Gesetzes entgegenzutreten und nöthigenfalls Angriffe auf die gesetzliche Ordnung mit Gewalt niederzudrücken, auch die übrigen deutschen Regierungen in dem Gesetze, in der Energie ihrer Behörden und der Treue der Bevölkerungen die Mittel haben, jeden Versuch zu einer Gewaltthat gegen die bestehende Verfassung gleich in seinem Beginne zu unterdrücken. Sollten wider Erwarten irgendwo diese Mittel nicht ausreichen, so würden wir nicht anstehen, im gemeinsamen Interesse Deutschlands für die Wiederherstellung der Ordnung einzutreten. In dieser Gewißheit, daß jede solche

[1]) Konzept Pr.G.St.A. X. Siehe oben S. 110.

ungesetzliche Bewegung sofort mit der vollen Kraft des Gesetzes und der Macht unterdrückt und resultatlos gemacht werden würde, liegt die sicherste Bürgschaft dafür, daß es zu gewaltthätigen Unternehmungen überhaupt nicht kommen wird.

Wollte man gleichwohl im Voraus unter den deutschen Regierungen Verhandlungen darüber pflegen, wie dergleichen ungesetzliche Unternehmungen zu verhindern wären, so möchte schon die Kunde hievon, die dem Publikum nicht vorenthalten bleiben wird, jene Gewißheit erschüttern und deshalb dem eigentlichen Zwecke entgegenwirken. Die zu vereinbarenden Maaßregeln aber würden sich wesentlich nur auf polizeiliche Überwachungen beschränken können oder zu Ausnahme-Gesetzen führen müssen. Die ersteren stehen schon jetzt in der Hand jeder Regierung und es bedarf nicht erst einer Verabredung darüber, um sich gegenseitig dasjenige mitzutheilen, was im gemeinsamen Interesse aller oder mehrerer deutscher Regierungen erheblich scheint. Daß aber Ausnahme-Gesetze gerade jetzt am Wenigsten an der Zeit sein würden, bedarf keiner Ausführung.

E. E. beehre ich mich um geneigte Äußerung ganz ergebenst zu ersuchen, ob dieselben damit einverstanden sein würden, wenn ich im Sinne des Vorstehenden mich gegen die Königl. Baierische Regierung ausspräche.

Anlage 15.

Aufzeichnung von Auerswalds Hand[1]).

[Januar 1862.]

1) Die Regierung hat 2 unversöhnliche Gegner
   a. die Demokratie
   b. die Kreutz-Zeitungs-Partei.
2) Ihre Stützen sind
   a. die Liebe des Volkes für den König und das traditionelle feste Band, das die Nation an das Königshaus fesselt.
   b. Das Vertrauen, das sie, hoffentlich bei der Mehrzahl [genießt], daß sie redlich sei, und ihre Impulse nur aus ihrer Treue und Liebe für König und Land empfängt.

---

[1]) Nachlaß Auerswald. Siehe oben S. 138. Die Aufzeichnung wurde vermutlich veranlaßt durch König Wilhelms Absicht, in einer Konseilsitzung die parlamentarische Lage eingehend zu besprechen (König Wilhelm an Minister v. d. Heydt, 16. Januar 1862; Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker usw., II, S. 176).

3) Das Intriguiren und Verläumden der Gegner kann sie nur überwinden, wenn sie in der großen Mehrzahl des Volkes die ad 2 bezeichneten Gefühle, welche das Fundament Preußens bilden, nährt und wachsen macht und den festen Glauben an ihre Vaterlandsliebe und ihre Ehrlichkeit über jeden Zweifel in der öffentlichen Meinung aufrecht erhält.

4) Die Situation im Lande:

a. Besorgniß, daß die Regierung es theils mit Aufrechterhaltung des Staats Rechts nicht redlich meint, oder zu schwach dazu ist.

b. die allgemeine Meinung, daß die Regierung in sich uneinig und gespalten ist und namentlich das Vertrauen des Königs nicht besitzt.

c. daß es ihr an Energie gebricht; daß sie im Innern ihr Ansehen aufrecht zu erhalten nicht die Kraft und nach Außen nicht den Muth hat, Preußens Ansehen hoch zu halten, besonders in der Stellung in und zu Deutschland.

d. Die Finanzfrage ...

e. In der zusammentretenden Landtags Versammlung ist die Kreuz Zeitungs Partei nicht vertreten, aber sie wird außerhalb derselben um so erbitterter und gefährlicher wirken. Die Demokraten haben nicht die Mehrheit, werden aber nach Kräften das ihre thun besonders dadurch, daß sie die im Lande erschütterte Zuversicht zu der Regierung, die die Mehrheit in die Häuser mitbringt, bestens ausbeuten und diese zu verblenden versuchen werden.

Das Herrenhaus ... ist der Regierung feindlich, politisch unzurechnungsfähig und wird statt die Regierung zu stützen, sie nach Kräften zu untergraben suchen.

B. Welchen Weg hat man zu gehen, um den aus solchen Umständen drohenden Gefahren zu begegnen.

a. Durch die That zu beweisen, daß man ehrlich sei, durch unvorzügliche Vorlegung derjenigen Gesetze, welche durch ihre eigene Überzeugung eine Berechtigung in dem bestehenden Staats Recht und den Bedürfnissen des Landes haben. Zunächst

α) Minister Verantwortlichkeits Gesetz.
β) Gesetz über die Ober Rechenkammer.
γ) Kreis-Ordnung.
δ) Ländliche Polizei Ordnung.
ε) Rheinische Gemeinde-Ordnung.

ζ) Lehns Gesetz für Pommern.
η) Einige andere Gesetz Entwürfe, die weniger prinzipielle Bedeutung haben.

b. Sie wird fest auf der ins Leben gerufenen Reorganisation der Armee bestehen müssen, durch die die Sicherheit des Staates bedingt wird, und in Vollendung derselben sich gewissenhaft nach [sic!] dem vorschreitenden Zustande der Finanzverhältnisse leiten lassen.

c. Sie wird sich bereit halten müssen, dem bösen Willen des Herrenhauses, wenn nöthig, durch eine Ernennung von neuen Mitgliedern, die auf die nothwendigste Zahl zu beschränken sind, zu begegnen.

Anlage 16.

Richthofen an Bernstorff[1]).

4. Februar 1862.

... Wir haben doch nur auf zwei Alliirte in unserer deutschen Politik zu rechnen. Der Eine ist das deutsche Volk, und ich meine, daß es nicht der Aufgabe monarchisch-conservativer Interessen bedarf, um sich auf dasselbe zu stützen; mir scheint im Gegentheil, daß die monarchisch-conservativen Interessen gerade nach dieser Richtung hin am Sichersten gefördert und gewahrt werden, je mehr wir Energie zeigen, den berechtigten Wünschen und Erwartungen Deutschlands zu entsprechen. Das ist aber nicht möglich, wenn man den Standpunct des Privatrechts als den für die internationalen Verhältnisse maßgebenden hinstellt. Mit diesem Standpuncte, der den Gegnern die Legalität des status quo a priori zugiebt, allen Reformen, zu denen die Andern nicht mitwirken wollen, die legale Basis entzieht, und jede Änderung nur von ihrem guten Willen abhängig macht, wird jede Furcht, jede Besorgnis, uns zu verletzen, ausgeschlossen, und wir werden stets den Kürzern ziehen. Wir werden vermöge dieses Grundsatzes immer auf das Niveau der Gleichheit mit den mittlern und kleinern Staaten zurückgeführt, weil doch dem realen Machtverhältnisse, das wir allegiren, nach diesem unsern eigenen Grundsatze keine Berechtigung im Bunde, und daher keine practische Bedeutung beigemessen wird. Man wird uns immer und überall um so schroffer gegenübertreten, je sicherer man im Voraus weiß, daß wir eine Geltendmachung der in dem

[1]) Ausfertigung Pr.G.St.A. V. Siehe oben S. 138 f.

realen Machtverhältnisse liegenden Mittel, durch welche eine Besserung des Zustandes in Deutschland herbeigeführt werden kann, selbst nicht für legal halten. Dadurch verlieren wir auch die uns sonst in diesen Dingen zugewendete Zuneigung einiger kleiner Staaten, weil sie allmälig zu der Ansicht kommen, daß wir ihnen Nichts nützen, und ihre Sympathie für uns ihnen nur schaden, und gelegentlich von den Mittelstaaten straflos in Rechnung gestellt werden kann. Von dieser letzteren Lage der Dinge habe ich mehrfache eigene Erfahrungen, und glaube, daß das Vertrauen zu uns von dieser Seite her, die auf einen Schutz von uns rechnet, sehr im Sinken ist.

Das ist indeß nicht der alleinige Nachtheil. Indem wir die Reformbedürftigkeit der deutschen Zustände anerkennen, und die Mittel, die hierzu doch nur führen können, nicht anwenden, legalisiren wir indirect die Bestrebungen der deutschen Nationalpartei, ohne sie im monarchisch-conservativen Interesse durch Aussicht auf Erfüllung ihrer Wünsche durch uns zu fesseln. Wir gewöhnen sie, die Hülfe von sich selbst und nicht von uns zu erwarten. Die Organisation der Partei entfernt sich daher immer mehr von dem monarchisch-conservativen Standpuncte, und von der Hoffnung auf Preußen, oder richtiger, sie wird von diesem Standpuncte herausgedrängt.

Ein anderweiter Alliirter wäre vielleicht im Auslande zu finden, und da, wo die Machtverhältnisse am Günstigsten sind. Aber die vielleicht sehr begründete Perhorrescirung gerade dieses Alliirten gilt als eine feststehende These, und weil sie als solche gilt, weiß man uns bei den Mittelstaaten des Rückhaltes von vornherein beraubt, der ihnen Furcht einflößen und sie zur Nachgiebigkeit zwingen könnte; man glaubt daher, daß wir nach allen Seiten der Mittel für die Politik entbehren, die wir proclamirt haben.

Die deutsche Frage wird durch keine Staatsschriften entschieden werden; sie hängt lediglich von der Kraft, dem Muthe, der Rücksichtslosigkeit und der Energie ab, mit der wir unsere sogenannten Alliirten, die im Grunde nichts weniger als solche sind, zwingen werden, mit uns zu gehen und zu uns zu halten. In das Gebiet der practischen Wirksamkeit wird sie erst treten, wenn wir jede passende Gelegenheit benützen, welche sich uns darbietet, unser Machtverhältniß ihnen wirklich fühlbar zu machen.

Verzeichnis des benutzten Aktenmaterials und der in der Arbeit dafür gebrauchten Abkürzungen.

Preuß. Geh. Staatsarchiv IAAb 40a, Vol. II:	Pr.G.St.A. I
Preuß. Geh. Staatsarchiv IAAb 40b, Vol. II:	Pr.G.St.A. II
Preuß. Geh. Staatsarchiv IAAB 61, Vol. II:	Pr.G.St.A. III
Preuß. Geh. Staatsarchiv IAAB 61, Vol. III:	Pr.G.St.A. IV
Preuß. Geh. Staatsarchiv IAAB 61, Vol. IV:	Pr.G.St.A. V
Preuß. Geh. Staatsarchiv IAAb 66, Vol. II:	Pr.G.St.A. VI
Preuß. Geh. Staatsarchiv IAAB 69, Vol. I:	Pr.G.St.A. VII
Preuß. Geh. Staatsarchiv IAAb 73, Vol. I:	Pr.G.St.A. VIII
Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. XVI, Nr. 6, Vol. I:	Pr.G.St.A. IX
Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. XVI, Nr. 44, Vol. II:	Pr.G.St.A. X
Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. 75, Bvc 4, Vol. I:	Pr.G.St.A. XI
Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. 90, Tit. XLIV, Nr. 24, Vol. IV:	Pr.G.St.A. XII
Preuß. Geh. Staatsarchiv ID 25, Vol. III:	Pr.G.St.A. XIII
Preuß. Geh. Staatsarchiv Kapitel VI, Tit. X, Sect. I, Nr. 1:	Pr.G.St.A. XIV

Preuß. Geh. Staatsarchiv, Nachlaß Duncker: Nachlaß Duncker

Preuß. Staatsarchiv Königsberg, Nachlaß Auerswald: Nachlaß Auerswald

Preuß. Staatsarchiv Marburg Nr. 46 v II: Pr.St.A. Marburg I

Preuß. Staatsarchiv Marburg Nr. 73 a: Pr.St.A. Marburg II

Preuß. Staatsarchiv Marburg Rep. D. Kl. VII, Abth. 16, Nr. 24, Vol. II: Pr.St.A. Marburg III

Preuß. Staatsarchiv Marburg acc. 1896/97, Nr. 16, 42/43: Pr.St.A. Marburg IV

Preuß. Staatsarchiv Marburg acc. 1896/97, Nr. 16, 44: Pr.St.A. Marburg V

Württ. Staatsarchiv Stuttgart, Rep. Deutscher Bund, S. 99: W.St.A. Stuttgart I

Württ. Staatsarchiv Stuttgart, Deutscher Bund, Verz. 1, Fasz. 86, Maßregeln gegen die Arbeitervereine. Nationalverein. 1853—1861: W.St.A. Stuttgart II

Württ. Staatsarchiv Stuttgart, Akten des Min. d. Auswärtigen Angel. Berichte der Gesandtschaft Berlin 1860—1863: W.St.A. Stuttgart III

Württ. Staatsarchiv Stuttgart, Gesandtschaftsakten, Verz. 61, Fasz. 9 u. 10: W.St.A. Stuttgart IV

Württ. Staatsarchiv Ludwigsburg, Min. des Innern, Akten betr. den sg. Nationalverein: W.St.A. Ludwigsburg

Verzeichnis der in den Anmerkungen angeführten Literatur.

Heinrich Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. 3. Aufl. Berlin 1904.

(Aegidi), Preußen und der Friede von Villafranca. Berlin 1859.

Die Neue Ära. Sondershausen 1862.

Paul Bailleu, Der Prinzregent und die Reform der deutschen Kriegsverfassung. Hist. Zeitschr. 78 (1897).

Hermann Baumgarten, Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. (Hist.-Pol. Aufsätze und Reden, eingeleitet von Erich Marcks. Straßburg 1894.)

Konrad Bechstein, Feodor Streit. Ein Kämpfer für Einheit und Freiheit 1848, 1859, 1866. Koburg 1925.

Fritz Behrend, Theodor Fontane und die „Neue Ära". Archiv für Politik und Geschichte Bd. III (1924).

Alexander Bergengrün, Staatsminister Freiherr August von der Heydt. Leipzig 1908.

L. Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 6. Aufl. 1932.

Ernst Berner, Der Regierungsanfang des Prinzregenten von Preußen und seine Gemahlin. Berlin 1901.

Aus dem Leben Theodor von Bernhardis. Bd. 3 u. 4. Leipzig 1894/95.

E. Bernheim, Europäische Verfassungsurkunden.

A. Bernstein, Revolutions- und Reaktionsgeschichte Preußens und Deutschlands von den Märztagen bis zur neuesten Zeit. Bd. 3. Berlin 1882.

— Schulze-Delitzsch' Leben und Wirken. Berlin 1883.

Friedrich Ferdinand Graf von Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten. Bd. I: 1809—1866. Stuttgart 1887.

Karl Biedermann, 1840—1870, Dreißig Jahre Deutscher Geschichte. Breslau.

— Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. Breslau 1886.

— Fünfzig Jahre im Dienste des nationalen Gedankens. Breslau 1892.

— Geschichte des Deutschen Einheitsgedankens. Wiesbaden 1894.

Allgemeine Deutsche Biographie. Leipzig 1875 ff.

Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister von Schleinitz 1858—1861. Stuttgart 1905.

Bismarck, Die gesammelten Werke. Bd. 3 (Pol. Schriften) 2. Aufl. 1925. Bd. 7 (Gespräche) 1924. Bd. 15 (Erinnerung und Gedanke) 1932. Berlin.

Bismarck-Regesten. Hrsg. von Horst Kohl. 2 Bde. Leipzig 1891/92.

Hans Blum, Vorkämpfer der deutschen Einheit. Berlin 1898.

Clara Börner, Julius Fröbel und das österreichische Bundesreformprojekt aus dem Jahre 1863. Diss. Marburg 1919.
Erich Brandenburg, Die Reichsgründung. 2 Bde. 2. Aufl. Leipzig 1922.
Otto Brandt, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationalitätsprinzip. Erlanger Universitäts-Reden 8. Erlangen 1930.
Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten. Bd. IV. Berlin 1931.
Constantin Bulle, Geschichte der neuesten Zeit. Bd. II. 2. Aufl. Leipzig 1886.
Protokolle der deutschen Bundesversammlung 1859—1862. Frankfurt.
Wilhelm Busch, Der Gegensatz zwischen König Wilhelm und Bismarck vor dessen Eintritt ins Ministerium. Bismarck-Jahrbuch II, 1895.
Anna Caspari, Ludolf Camphausens Leben. Berlin 1902.
Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. 6. Aufl. Berlin 1887—1889.
Martin Daerr, Beust und die Bundesreformpläne der deutschen Mittelstaaten im Jahre 1859. Neues Archiv für Sächsische Geschichte Bd. 52, 1931.
Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860—1871. Hrsg. von Wilhelm Schüssler. Stuttgart 1920.
Emil Daniels, Die politische Vorgeschichte des Krieges von 1859. Preuß. Jahrb. 206, 1926.
Arno Dorn, Robert Heinrich Graf von der Goltz, ein hervorragender Diplomat im Zeitalter Bismarcks. Halle 1930.
A. Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben 1841 bis 1866. Bremen 1877.
Max Duncker, Politischer Briefwechsel. Aus seinem Nachlaß hrsg. von Johannes Schultze. Stuttgart u. Berlin 1923.
A. Emminghaus, August Lammers. Dresden 1908.
Friedrich Engel-Jánosi, Graf Rechberg. München 1927.
Ermisch, König Johann und Kaiser Wilhelm I. Neues Archiv für Sächsische Geschichte Bd. 32.
W. Feldman, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen. München u. Berlin 1917.
Martin Ferres, Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 bis 1862. Berlin 1930.
Karl Fischer, Die Nation und der Bundestag. Ein Beitrag zur deutschen Geschichte. Leipzig 1880.
Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856—1906. 1906.
Günther Franz, Bismarcks Nationalgefühl. Leipzig 1926.
Gustav Freytag, Karl Mathy. Geschichte seines Lebens. (Gesammelte Werke Bd. 22.)
Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg im Briefwechsel 1853—1893. Hrsg. von E. Tempeltey. Leipzig 1904.
Gustav Freytags Briefe an Albrecht von Stosch, hrsg. von H. F. Helmolt. 1913.
Heinrich Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859—1866. 2 Bde. 10. Aufl. Stuttgart 1916.
Kaiser Friedrichs III. Tagebücher 1848—1866. Hrsg. von H. O. Meisner. Leipzig 1929.

Kaiser Friedrich III. Das Kriegstagebuch 1870/71. Hrsg. von H. O. Meisner. Leipzig 1926.
Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik. Hrsg. von Hermann Oncken. 2 Bde. Berlin 1926.
Julius Fröbel, Ein Lebenslauf. 2 Bde. 1890.
Walther Fuchs, Beusts Bundesprojekte 1853—1860. Diss. Marburg 1930 (Masch.-Schr.).
Eduard Freiherr von der Goltz, Der König und sein Volk. Eine Erinnerung an König Wilhelm I. aus der Konfliktszeit am Anfang des Jahres 1862. Deutsche Rundschau Bd. 203 (1925).
Justus von Gruner, Rückblick auf mein Leben. Deutsche Revue 26, 3.
J. Hansen, Die Rheinprovinz 1815—1915. Bd. I. Bonn 1917.
Friedrich Harkort, Die Preußische Marine und die Deutsche Flotte. Berlin 1861.
W. von Hassel, Geschichte des Königreichs Hannover. Leipzig 1899.
Rudolf Haym, Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891.
— Ausgewählter Briefwechsel. Hrsg. von Rosenberg. Stuttgart 1930.
Hengelmüller, Graf Aloys Karolyi. Deutsche Revue Bd. 38, 2.
Julius Heyderhoff, Kritische Parlamentstage im alten Preußen. Preuß. Jahrb. Bd. 198 (1924).
Heyderhoff-Wentzke, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Bd. I: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859—1870. Bonn u. Leipzig 1925.
Otto Hintze, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert. (Schmoller-Festschrift.) Leipzig 1906.
Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Hrsg. von Friedrich Curtius. Bd. I. 16.—20. Taus. Stuttgart 1907.
Preußische Jahrbücher. Hrsg. von Rudolf Haym. Bd. I—VI. 1859—1860.
Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen. Leipzig 1901.
Hildegard Katsch, Treitschke und die preußisch-deutsche Frage 1860 bis 1866. München 1919.
Georg Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Berlin 1900.
K. Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung 1848—1871. 2 Bde. Berlin 1872/73.
P. Koch, Geschichte der deutschen Marine. 2. Aufl. Berlin 1906.
— Vorstadien der Reichsmarine. Marine-Rundschau 7. Jg. (1896).
— Die Sammlungen für die deutsche Flotte. Marine-Rundschau 7. Jg. (1896).
Manfred Laubert, Eduard Flottwell. 1919.
— Die preußische Polenpolitik 1772—1914. Berlin 1920.
Richard Le Mang, Der deutsche Nationalverein. 1859—1909. Ein Gedenkblatt. Berlin 1909.
Erich Marcks, Kaiser Wilhelm I. 8. Aufl. Leipzig 1918.
Gustav Mayer, J. B. von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Jena 1909.
Hans Otto Mayer, A. L. Reyscher als Politiker. Diss. Tübingen 1928.
Friedrich Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution. Berlin 1913.

Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat. 7. Aufl. München u. Berlin 1928.
— Die Idee der Staatsräson. 3. Aufl. München u. Berlin 1929.
H. O. Meisner, Der preußische Kronprinz im Verfassungskampf 1863. Berlin 1931.
A. O. Meyer, Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag zu Frankfurt 1851—1859. Berlin u. Leipzig 1927.
Anni Mittelstaedt, Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland. Stuttgart 1904.
Wilhelm Mommsen, Die deutsche Einheitsbewegung. Eine Auswahl zeitgenössischer Äußerungen. Berlin 1926.
— Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung. Hist. Zeitschr. Bd. 138 (1928).
— Johannes Miquel. Bd. I. Stuttgart 1928.
Hugo Müller, Der preußische Volksverein. Diss. Greifswald 1914.
Reinhold Müller, G. v. Usedom als Nachfolger Bismarcks am Frankfurter Bundestag. Forsch. zur Brandenb.-Preuß. Gesch. Bd. 39.
Die Bestrebungen des Nationalvereins in ihrem Widerspruche mit der gesetzlichen Ordnung innerhalb des deutschen Bundes und der einzelnen Bundesstaaten. Als Manuskript gedruckt. Dresden.
Verhandlungen der ersten Generalversammlung des deutschen Nationalvereins. Coburg 1860.
Wochenschrift des Nationalvereins. Hrsg. von A. L. von Rochau. Coburg 1860ff.
General von Natzmer, Unter den Hohenzollern. Gotha 1887—1889.
Arno Neumann, Die Mitarbeit der Thüringer am deutschen Nationalverein. Progr. Jena 1912.
Siegmund Neumann, Die Stufen des preußischen Konservatismus. Berlin 1930.
Friedrich Oetker, Lebenserinnerungen. 3 Bde. Berlin 1877—1885.
Hermann Oncken, Rudolf von Bennigsen. 2 Bde. Stuttgart 1910.
— Politik, Geschichtsschreibung und öffentliche Meinung. (Hist.-Pol. Aufsätze I.) Stuttgart 1914.
— Lassalle. 4. Aufl. Berlin 1923.
— Die Baden-Badener Denkschrift Bismarcks über die deutsche Bundesreform (Juli 1861). Hist. Zeitschr. Bd. 145 (1932).
H. B. Oppenheim, Benedikt Franz Leo Waldeck (1848—1870). Berlin 1873.
Ludolf Parisius, Leopold Freiherr von Hoverbeck. 3 Bde. Berlin 1897—1900.
Albert Pfister, Deutsche Zwietracht. Erinnerungen aus meiner Leutnantszeit 1859—1869. Stuttgart 1902.
Paul Pfizer, Ziele und Aufgaben des deutschen Liberalismus. (Neu hrsg. von Georg Küntzel, Berlin 1911.) Tübingen 1832.
Martin Philippson, Max von Forckenbeck. Dresden u. Leipzig 1898.
(Planck), Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit. Coburg 1861.
Heinrich von Poschinger, Preußen im Bundestag 1851—1859. Bd. 3. 1882.
Margaretha von Poschinger, Kaiser Friedrich. Berlin 1889.

Stenographische Berichte des Preußischen Abgeordnetenhauses 1859—1862.
— des Preußischen Herrenhauses. 1859—1862.
Ein preußisches Programm in der deutschen Frage. Berlin 1862.
Gustav zu Putlitz, Ein Lebensbild. Aus Briefen zusammengestellt von Elisabeth zu Putlitz. Bd. I. Berlin 1894.
Albert von Puttkamer, Staatsminister von Puttkamer. 1928.
Leopold von Ranke, Zur eigenen Lebensgeschichte. Hrsg. von A. Dove. Leipzig 1890.
Kurt von Raumer, Das Jahr 1859 und die Deutsche Einheitsbewegung in Bayern. Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Deutschen Burschenschaft Bd. VIII. Heidelberg 1925.
— Eine preußische Zeitungsgründung in München. Deutsche Rundschau Bd. 203.
Materialien zur Geschichte der Regentschaft in Preußen. Berlin 1859.
Ein Jahrhundert deutsche Geschichte, Reichsgedanke und Reich 1815—1919. Hrsg. von Goldschmidt, Kaiser, Thimme. Berlin 1928.
A. L. Reyscher, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1807—1880). Freiburg u. Tübingen 1884.
Karl Ringhoffer, Im Kampf für Preußens Ehre. Das Leben des Grafen Albrecht von Bernstorff. 1906. (Rezension von Meinecke, Gött. Gel.Anz. 1907.)
Gerhard Ritter, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858—1878. (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte.) Heidelberg 1913.
Constantin Rößler, Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von W. Rößler. Berlin 1902.
v. Roon, Denkwürdigkeiten. 5. Aufl. Bd. III. Breslau 1905.
Max Rümelin, Gustav v. Rümelin, Erinnerungen an meinen Vater. Tübingen 1927.
Alfred Rütz, Mecklenburgs deutsche Politik 1850—1866. Jahrbücher des Vereins für Mecklenburg. Geschichte Bd. 86.
Wilhelm Sälter, Bernhardi als Politiker. Diss. Berlin 1927.
Theodor Scheffer, Die preußische Publizistik im Jahr 1859 unter dem Einfluß des italienischen Krieges. Leipzig 1902.
Aus den Papieren der Familie von Schleinitz. Berlin 1905.
Adolf Schmidt, Preußens deutsche Politik. 3. Aufl. Leipzig 1867.
E. Schneider, Württembergische Geschichte. Stuttgart 1896.
L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms. 3 Bde. Berlin 1888.
Gedenkblatt an Rudolf Schramm. Mailand 1883. (Als Manuskript gedruckt.)
Hansgeorg Schroth, Welt- und Staatsideen des deutschen Liberalismus in der Zeit der Einheits- und Freiheitskämpfe 1859—1866. Berlin 1931.
Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1860 ff. Nördlingen 1861 ff.
Joh. Schultze, Eine preußische Zeitungsgründung in München. Deutsche Rundschau Bd. 192.
Hermann Schulze-Delitzsch' Schriften und Reden. Hrsg. von Friedrich Thorwart. Berlin 1909.

Elisabeth Schurig, Die Entwicklung der politischen Anschauungen H. v. Treitschkes. Diss. Heidelberg. Dresden 1909.
Rudolf Schwab, Der deutsche Nationalverein, seine Entstehung und sein Wirken. Diss. Bern 1902.
Richard Schwemer, Die Reaktion und die Neue Ära. 3. Aufl. 1921.
— Geschichte der freien Stadt Frankfurt a. M. 3 Bde. Frankfurt a. M. 1910—1918.
Das Staatsarchiv, hrsg. von L. K. Ägidi und A. Klauhold. Hamburg 1861 ff.
Königl. Preuß. Staats-Kalender für das Jahr 1858, 1859.
Alfred Stern, Geschichte Europas 1855—1871. Bd. VIII. Stuttgart 1920.
(Heinrich von Sybel), Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung. Frankfurt 1859.
Heinrich von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. 2. Aufl. Bd. II. München 1888.
— Die preußische Heeresreform von 1860. (Vorträge und Abhandlungen. Mit einer biographischen Einleitung von E. Varrentrapp.) München 1897.
Hans Heinz Thumann, Beusts Plan zur Reform des deutschen Bundes vom 15. Oktober 1861. Diss. Berlin 1924 (Masch.-Schr.). (Auszug gedruckt im Neuen Archiv für Sächsische Geschichte Bd. 46.)
Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 5 Bde.
— Max Duncker. (Hist.-Pol. Aufsätze Bd. IV.) 2. Aufl. Leipzig 1920.
— Karl Mathy. (Hist.-Pol. Aufsätze Bd. IV.) 2. Aufl. Leipzig 1920.
Heinrich von Treitschkes Briefe, hrsg. von Max Cornicelius. 3 Bde. Leipzig 1912—1920.
Erich Uelsmann, Beiträge zur niederrheinischen Parteigeschichte der Neuen Ära und der Konfliktszeit 1858—1863. Diss. Köln 1922 (Masch.-Schr.).
Erinnerungen aus dem Leben H. V. von Unruhs, hrsg. von H. v. Poschinger. Stuttgart 1895.
Usedom, Politische Briefe und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart. Berlin 1849.
Veit Valentin und Otfried Neubecker, Die deutschen Farben. Leipzig 1928.
Wehrenpfennig, Geschichte der deutschen Politik unter dem Einfluß des italienischen Krieges. 1860.
Lothar Weinich, Das Nationalfest von 1859. Diss. Leipzig 1924 (Masch.-Schr.).
H. Wendt, Bismarck und die polnische Frage. Halle 1922.
Paul Wentzke, Die deutschen Farben, ihre Entwicklung und Deutung. Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Deutschen Burschenschaft IX. Heidelberg 1927.
Otto Westphal, Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. München u. Berlin 1919.
Aus dem politischen Briefwechsel des Deutschen Kaisers mit dem Prinzgemahl von England 1854—1861. Gotha 1881.
Kaiser Wilhelm I. politische Korrespondenz. 2. Aufl. Berlin 1890.
Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften. Hrsg. von Ernst Berner. 2 Bde. Berlin 1906.

Briefe Kaiser Wilhelms I. Hrsg. von Erich Brandenburg. Leipzig 1911.
Der alte Kaiser. Briefe und Aufzeichnungen Wilhelms I. Hrsg. von Karl Pagel. Leipzig 1925.
Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner. Bd. 2. 1854 bis 1869. Bearbeitet von Johannes Schultze. Berlin 1931.
Egmont Zechlin, Schwarz-rot-gold und Schwarz-weiß-rot in Geschichte und Gegenwart. Berlin 1926.
— Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht. Stuttgart u. Berlin 1930.
Joh. Ziekursch, Die Reichsgründung. Frankfurt 1925.
Erich Zimmermann, Der deutsche Reformverein. Diss. Heidelberg 1929.
K. Th. Zingeler, Karl Anton, Fürst von Hohenzollern. Stuttgart 1911.
H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte 1806—1871. Bd. III. Stuttgart 1905.
Augsburger Allgemeine Zeitung.
Konstitutionelle Zeitung (Sachsen).
Preußische Zeitung, Berlin.
Spenersche Zeitung, Berlin.
Staatsanzeiger für Württemberg Jg. 1859—1862. Stuttgart.

Lebenslauf.

Geboren bin ich, Walter Grube, Sohn des ord. Professors an der Technischen Hochschule Stuttgart Dr. phil. Georg Grube und seiner Ehefrau Magda, geb. Peters, am 12. Juni 1907 in Straßburg (Elsaß). Ich besitze die württembergische Staatsangehörigkeit und bin evangelisch-lutherischer Konfession. Die Vorschule besuchte ich in Dresden, Göttingen und Stuttgart und absolvierte alsdann das Dillmann-Realgymnasium in Stuttgart, das ich Ostern 1925 mit dem Zeugnis der Reife verließ. An der Universität Tübingen studierte ich vom S.S. 1925 bis zum W.S. 1925/26 Rechtswissenschaft; im Sommersemester 1926 studierte ich dort Geschichte und Deutsch. Vom W.S. 1926/27 bis zum W.S. 1928/29 studierte ich vorwiegend Geschichte, Deutsch und Englisch in Göttingen; vom S.S. 1929 bis zum S.S. 1931 dieselben Fächer in Marburg.

In Göttingen nahm ich an den historischen Übungen der Herren Geh. Rat Brandi, Prof. A. O. Meyer, Prof. Hessel, Prof. Mommsen, in Marburg an denen der Herren Prof. v. Premerstein, Prof. Stengel und Prof. Mommsen teil.

Im Herbst 1927 legte ich vor dem Provinzialschulkollegium in Hannover eine Ergänzungsprüfung im Griechischen ab. Das Rigorosum bestand ich in Marburg am 4. März 1931, die wissenschaftliche Prüfung für das höhere Lehramt daselbst am 12. Februar 1932. Zum 1. April 1932 wurde ich vom Provinzialschulkollegium Hannover als Studienreferendar der Oberrealschule Wesermünde zur Ausbildung überwiesen. Im November 1932 wurde ich auf meinen Antrag aus dem Schuldienst entlassen, um in den Bibliotheksdienst übertreten zu können. Seit 1. Dezember 1932 werde ich als Bibliotheksreferendar an der Universitätsbibliothek Tübingen ausgebildet.